

138,1
Kommentar

Was auf dem Spiel steht

Frieden, Freiheit und Wohlstand werden heute als selbstverständlich und kostenlos angesehen. Doch das erträumte Europa verwittert. Wer es retten will, muss auch über einen Plan C nachdenken.

25.01.2016, von BERTHOLD KOHLER



© AFP/Quo vadis, Europa?

Europa zerfällt. Noch nicht das in der EU organisierte Europa mit seinen Institutionen, Gesetzessammlungen und Bürokratien – in rasender Geschwindigkeit verwittert das erträumte Europa, das nicht nur der Generation, die den Krieg er- und überlebte, Hoffnung und Leitstern war auf dem Weg in eine Zukunft der Freiheit, des Friedens und des Wohlstands. Diesen Zielen sind die europäischen Völker insgesamt noch nie so nahe gekommen wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts.



Autor: Berthold Kohler, Herausgeber. Folgen:

Doch in den Höhen, in denen die Einigungsbewegung angelangt ist, scheint ihr Antrieb nicht mehr zu funktionieren. Unter den Kräften, die an ihr zerrern, ist keine, die ihr Auftrieb gibt. Krisen haben den Einigungsprozess oft auf höhere Umlaufbahnen gehoben. Die Konfrontation mit der Migrationskrise könnte jedoch einen Absturz zur Folge haben, wie ihn das uneinig gewordene geeinte Europa noch nicht erlebt hat. Niemand weiß, wie viel Einheit danach noch übrig wäre.

Schon das Ringen um die Erhaltung der Währungsunion führte den Europäern vor Augen, wie weit die politischen Vorstellungen in der EU immer noch auseinanderliegen (können). In ihren Grenzen treffen, wie sollte das bei der Geschichte Europas anders sein, höchst unterschiedliche Mentalitäten, Erfahrungen und Kulturen aufeinander. Allein Lage und Größe sind Ursachen dafür, dass die nationalen Interessen und Prioritäten nicht immer im Gleichschritt marschieren. Die Unterschiede in Wirtschaftskraft und Wohlstand sorgen schon innerhalb vieler Staaten für Neid und Streit.

Merkel ist zur einsamen Europäerin geworden

Zusammengehalten wird dieser Flickenteppich aus nationalen Eigenheiten von der Überzeugung, dass es den Völkern Europas zusammen besser gehe als allein, dass Solidarität besser sei als Rivalität und Freundschaft viel besser als Feindschaft. Doch das Gefühl, Teil eines großen europäischen Ganzen, einer unverbrüchlichen Schicksalsgemeinschaft zu sein, verliert an Bindekraft. In der Migrationskrise sind die Europäer zu allem Möglichen fähig, nur nicht zu einer gemeinsamen Politik. Dabei stehen nicht nur die Vorteile des Schengen-Systems auf dem Spiel. Die Flüchtlingskrise stellt den gesamten Zusammenhalt der EU und ihren Fortbestand als relevanter Faktor in der Weltpolitik auf die bislang härteste Probe.

Zu den bitteren Ergebnissen der Krise zählt, dass die meisten EU-Staaten nicht mehr der deutschen Führung folgen, die in der Eurokrise noch murrend und knurrend („deutsches Diktat“) akzeptiert worden war. **Angela Merkel**, noch vor wenigen Wochen von einer britischen (!) Zeitschrift zur „unentbehrlichen Europäerin“ erklärt, ist wegen ihrer Politik zur einsamen Europäerin geworden. Ihr Plan, den Strom der Migrantinnen an den Außengrenzen der EU zu drosseln und die aus humanitären Gründen aufzunehmenden Flüchtlinge fair zu verteilen, wäre zweifelsohne der beste – wenn er denn funktionierte.

Doch er geht bisher nicht auf. Die Entscheidung der Kanzlerin, bis zu seiner Verwirklichung so gut wie alle Migranten aufzunehmen, halten nicht nur ihre Kritiker in Deutschland für einen schwerwiegenden Fehler. Merkels Glauben an die Macht der Integration teilen nur wenige. Kein europäischer Partner ist bereit, Erklärungen zur Verteilung der Lasten blanko zu unterschreiben, solange Deutschland den Migranten offensteht wie ein Scheunentor. Mit ihrem Sonderweg hat Merkel ihre Autorität im In- und Ausland untergraben.

Historische Erfolge werden als kostenlos angesehen

Doch gehen auch andere eigene Wege. Großbritannien denkt über den Austritt aus der EU nach, weil es nicht Teil einer „immer engeren Union“ sein will. In östlichen Mitgliedstaaten bricht sich ein Neonationalismus Bahn, der die Mitgliedschaft in der EU mit dem Souveränitätsverlust unter der Breschnew-Doktrin vergleicht. Nicht einmal die zurückgekehrte Aggressivität Russlands bringt Staaten wie Polen und Ungarn dazu, den Schulterschluss mit Berlin zu suchen.

Ein Vierteljahrhundert in Freiheit und unzählige Milliarden, der Löwenanteil davon aus Deutschland, reichen offenbar noch nicht, um dauerhaft das Mindestmaß an Zusammengehörigkeitsgefühl und Kompromissbereitschaft zu erzeugen, ohne das ein Gebilde wie die EU nicht funktionieren kann.

Die Europäer müssen daher nicht nur über einen Plan B (oder auch nur „A2“) zur Bewältigung der Flüchtlingskrise nachdenken, sondern auch über einen Plan C – über die Möglichkeit, dass die EU den epochalen Ansturm der Migranten nur als zutiefst zerstrittene und handlungsunfähige „Gemeinschaft“ übersteht. Dann müsste man sich auf die alte Idee eines Kerneuropas besinnen, das den Stand der Integration bewahren und vorantreiben könnte.

Das wäre ein Eingeständnis des Scheiterns, weswegen viele auch nur das Nachdenken über das „Unmachbare“ scheuen. Doch ließe die Beschäftigung mit der Frage, ob die EU überdehnt und nur durch einen Rückschnitt auf einen Kern der Einigkeit und der Solidarität zu retten sei, ihre Mitglieder vielleicht auch endlich erkennen, was auf dem Spiel steht. Denn das ist zum Hauptproblem der europäischen Einigung geworden: Ihre wahrlich historisch zu nennenden Erfolge – Frieden, grenzenlose Freiheit, Wohlstand – werden als selbstverständlich und kostenlos angesehen. Das sind sie, wie die Migrationskrise es uns in vielfältiger Weise vorführt, mitnichten

138,3

Schengen on the rocks

The EU interior ministers are meeting in Amsterdam to discuss how to deal with the refugee crisis. Among the topics under debate is whether the current border controls within the Schengen area should be extended. Is this the end of the ideal of a borderless Europe?

HANDELSBLATT (DE) / 25 January 2016

Control borders for three years

To buy time in the refugee crisis the EU should temporarily suspend the Schengen Agreement, the liberal business daily Handelsblatt urges:

“The wave of refugees is threatening the Schengen Area because adequate controls on the outer borders can't be guaranteed. Cooperation among police authorities as stipulated in the agreement isn't happening where it should. ... A realistic approach would be to redouble all efforts to secure the outer borders, to ensure cross-border police cooperation, to fight criminal smugglers, to ensure uniform application of the Geneva refugee convention and to set rules for distributing the refugees. We should plan in a period of say three years for this. During this period the Schengen agreement should be suspended - by all parties! This makes sense not only for Europe, but also for the individual member states.”

TROUW (NL) / 25 January 2016

Mini Schengen out of the question

Dutch Prime Minister Mark Rutte has called on Europe to come up with a solution to the refugee crisis within two months. But his Plan B - a mini Schengen - would have disastrous consequences, warns the Christian social daily Trouw:

“This plan would be a defeat. It foresees a very trimmed down Schengen zone in which free travel in Europe is limited to just a handful of countries. That in itself would be bad enough. But above all this plan threatens to further erode the EU and consequently also jeopardise the single market and the euro. ... Plan B must not be an option. The Dutch EU Council presidency must put all its energy into finding a way out of this impasse together with Turkey. If it doesn't, we'll be facing not just a refugee crisis but a European crisis to boot.”

BERLINGSKE (DK) / 22 January 2016

Member states need to agree on action

The Danish Liberal Alliance party has suggested that Denmark stop taking in refugees for two years and put the money into refugee camps in the Middle East instead. The conservative daily Berlingske Tidende warns the EU against wasting more time, otherwise such proposals will become the reality:

“The longer it takes for the EU to reach an agreement, the more countries will come up with protective measures of their own. The controls are becoming tighter, to the point that soon we'll no longer be able to speak of free movement and open internal borders. That would deal a tragic blow to cooperation and growth in the EU. ... First of all the checking, sorting and sending back of refugees must take place in Greece and Italy. If these countries can't do that on their own they'll have to hand over responsibility to the EU. The countries that are blocking a joint EU solution are to blame when other governments start coming up with increasingly creative solutions against migration.”

KARJALAINEN (FI) / 25 January 2016

The EU has always pulled through so far

Despite all predictions to the contrary the liberal daily Karjalainen is convinced that the EU won't fail because of the refugee crisis:

“All over Europe the stance vis-a-vis refugees has hardened. To overcome the crisis cooperation is needed, because the states won't manage it on their own. Finland also has an EU outer border and Finland's border is no longer completely protected. But there is no reason to believe that the EU will collapse because of the refugee crisis. That was already supposed to happen because of the economic crisis but in the end the EU got its act together and solved the problems. It's typical of the EU to have problems agreeing on something but to manage it in the end - albeit at the last minute.”

Emmanuel Macron prêt à mettre fin « de facto » aux 35 heures

LE MONDE ECONOMIE | 23.01.2016 à 10h01 • Mis à jour le 23.01.2016 à 11h10 | Par [Nicolas Chapuis](#), [Isabelle Chaperon](#) (Davos, envoyée spéciale) et [Bertrand Bissuel](#)



Le gouvernement s'apprête-t-il à porter le coup de grâce aux 35 heures? A en juger par les dernières déclarations d'Emmanuel Macron, la réponse ne fait pas l'ombre d'un doute: c'est oui. En marge du Sommet de Davos, en Suisse, le ministre de l'économie a indiqué, vendredi 22 janvier, que la réforme du droit du travail, en cours de préparation, donnera la priorité aux entreprises pour fixer le taux de majoration des heures supplémentaires, quitte à ce que celui-ci soit inférieur au seuil minimum actuellement en vigueur.

Est-ce la fin des «lois Aubry», qui avaient réduit le temps de travail à 35 heures par semaine? «De facto, a répondu M. Macron, mais à travers des accords majoritaires» dans les entreprises entre direction et représentants du personnel. Ce énième coup de boutoir sur un sujet emblématique à gauche sème le trouble dans la majorité parlementaire et fait lever les yeux au ciel des leaders syndicaux.

Quelle est la réglementation actuelle et quelle évolution envisage M. Macron?

Aujourd'hui, la rémunération des heures effectuées au-delà des 35 heures bénéficie d'un coup de pouce: + 25 % en l'absence de tout accord. Mais un patron peut descendre jusqu'à 10 %, à condition d'avoir conclu un «deal» avec ses représentants du personnel.

Le projet de loi, porté par la ministre du travail, Myriam El Khomri, permettra à la direction d'une société et aux syndicats de s'entendre sur un pourcentage inférieur à ces 10 %, s'ils le jugent nécessaire.

C'est, en substance, ce qu'a dit M. Macron alors qu'il s'adressait, vendredi matin, à la presse internationale. **«Si vous pouvez négocier des accords majoritaires au niveau de l'entreprise pour n'avoir presque aucune surcompensation, cela veut dire que vous pouvez créer plus de flexibilité», a-t-il argumenté.**

Quelques heures plus tard, lors d'une conférence de presse avec des journalistes français, le ministre a précisé ses propos: **«La piste est (...) de passer en dessous de 10 %.»** A la question de savoir si le ratio applicable pouvait être égal à zéro, il a rétorqué: **«Je n'ai pas de souhait à donner. Cela dépendra des partenaires sociaux et de l'accord. Je suis favorable à ce que la loi prévoit une capacité pour les partenaires sociaux de décider le niveau.»**

Mais M. Macron est allé plus loin sur un point, en affirmant qu'une telle décision pouvait résulter d'un «accord simple [30 % des voix au minimum des représentants du personnel] ou majoritaire». **«C'est à définir», a-t-il confié.**

Les propos de M. macron engagent-ils le gouvernement ?

Au ministère de l'économie, on plaide que ces positions ne sont pas nouvelles. M. Macron les avait déjà exposées, en août 2014, dans un entretien à l'hebdomadaire *Le Point*, quelques jours avant d'être nommé à Bercy. Elles correspondent, estime-t-on dans l'entourage du ministre, **«à la voie ouverte par le président de la République lors de ses vœux aux acteurs de l'entreprise et de l'emploi»**, le 18 janvier 2016.

A ceci près que François Hollande ne s'était pas montré aussi précis: ce jour-là, il avait seulement expliqué que le projet de loi, porté par M^{me} El Khomri, **«permettra de réécrire les règles en matière de temps de travail (...) sans remettre en cause la durée légale»**. Dans ce schéma, l'accord d'entreprise aura vocation à **«fixer les modalités d'organisation du temps de travail (...) en permettant par exemple de fixer le taux de majoration et le nombre d'heures supplémentaires»**.

La majoration des heures supplémentaires sera-t-elle remise en question ?

Peu après l'intervention de M. Hollande, **M^{me} El Khomri** avait manifesté le souhait que soit maintenu le plancher de 10 %, mais en ajoutant que **«tout est sur la table»**. Le 19 janvier, son discours était plus ferme: **«On n'ira pas en deçà des 10 %.»**

Sollicité par *Le Monde*, le cabinet de la ministre du travail confirme cette ligne : l'objectif est de donner **«un plus grand champ à la négociation d'entreprise. Mais il n'y a pas de remise en cause du taux minimum de majoration des heures supplémentaires»**.

Cette querelle sur des pourcentages est tout sauf byzantine. Comme l'explique une source au sein de l'exécutif, en première ligne sur le dossier, la réglementation a évolué depuis une dizaine d'années et donne une grande liberté de manœuvre aux entreprises pour déroger à la durée légale du temps de travail.

« IL N'Y A PAS DE REMISE EN CAUSE DU TAUX MINIMUM DE MAJORATION DES HEURES SUPPLÉMENTAIRES »

Si les «35 heures» gardent encore un caractère contraignant, c'est surtout parce qu'elles servent de référence pour décompter le nombre d'heures supplémentaires. Supposons que celles-ci soient rétribuées à coups de lance-pierre, voire sans majoration: une telle hypothèse constituerait **«une remise en cause de facto des 35 heures»**, convient cette même source.

À l'Élysée, on soutient néanmoins que les propos de M. Macron ne dépassent pas le cadre de ce qui est prévu: il n'a fait que rappeler le **«schéma qui ouvre une large part à la négociation au sein des entreprises»**, notamment en matière d'organisation du travail. Les dirigeants de société **«ne pourront pas décider seuls, cela ne pourra se faire que dans le cadre d'un accord majoritaire avec les représentants des salariés»**.

L'intention de l'exécutif, ajoute-t-on dans l'entourage du chef de l'Etat, n'est pas de torpiller un système mis en place par un gouvernement de gauche. «La 36^e heure sera toujours payée davantage que la 35^e», précise-t-on.

Comment la majorité et les syndicats réagissent-ils ?

La sortie de M. Macron est diversement accueillie au Parti socialiste (PS). Son premier secrétaire, Jean-Christophe Cambadélis, la relativise. Pour lui, le ministre de l'économie **«n'a pas voulu se déjuger devant la presse internationale après ses déclarations d'août 2015», lors de l'université d'été du Medef. A cette occasion, M. Macron avait lancé: «La gauche a pu croire, il y a longtemps, que la France pourrait aller mieux en travaillant moins. Tout cela est désormais derrière nous.»**

« ON EST EN TRAIN DE SE TIRER UNE BALLE DANS LE PIED. CELA POSE UN PROBLÈME DE LIGNE POLITIQUE »

Mais de nombreux députés PS en ont assez des **«déclarations tonitruantes»** du ministre de l'économie, à l'image de Yann Galut, élu dans le Cher. **«A reprendre toujours des positions qui ne viennent pas de notre camp, on est en train de se tirer une balle dans le pied, a-t-il regretté, vendredi, sur Europe 1. Cela pose un problème de ligne politique et (...) de signal qu'on envoie à la gauche.»** M. Galut aimerait qu'au sommet de l'exécutif il y ait plus de clarté, **«pour que l'on sache où l'on va»**.

Du côté des syndicats, on oscille entre lassitude et colère. «Le sujet a été tranché par la ministre du travail et il est inutile d'y revenir», réagit Véronique Descacq, secrétaire générale adjointe de la CFDT. **«Emmanuel Macron dit être partisan de la réforme radicale,** enchaîne Jean-Claude Mailly, secrétaire général de FO. **Mais c'est une révolution libérale.»** L'idée défendue par le ministre de l'économie revient à faire **«travailler plus sans gagner plus»,** fustige-t-il.

Une fois de plus, M. Macron tient à démontrer qu'il est un homme libre, quitte à contredire une de ses collègues. **«Si j'avais un pouvoir sur la chose, je demanderais à tout le monde de la fermer»,** lâche une source, en charge du dossier.

Nur in Schweden arbeiten mehr

Deutschland hat die zweithöchste Erwerbstätigenquote der Europäischen Union. Besonders Frauen und ältere Menschen arbeiten immer häufiger.

25.01.2016, von SVEN ASTHEIMER

GRAPHIK

Der deutsche Arbeitsmarkt hat innerhalb der vergangenen zehn Jahre eine rasante Entwicklung durchlaufen. Das lässt sich unter anderem an der Erwerbstätigenquote ablesen, die **den Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe angibt. Dabei ist es unerheblich, ob die bezahlte Arbeit in Vollzeit oder Teilzeit ausgeübt wird.**

Im Jahr 2005 hatte diese Quote für Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren in Deutschland noch **bei 69 Prozent gelegen. Im Jahr 2014 waren es dagegen schon 78 Prozent**, wie das **Statistische Bundesamt** in Wiesbaden am Montag mitteilte. **Dies war der zweithöchste Wert in der gesamten Europäischen Union. Nur in Schweden lag der Wert noch um zwei Punkte höher.** Hinter **Deutschland folgen Dänemark, das Vereinte Königreich und die Niederlande.** Am **Ende der Skala rangieren die Euro-Krisenstaaten Griechenland, Spanien und Italien sowie der EU-Neuling Kroatien.** Der Durchschnitt in der Union beträgt 69 Prozent.

Den deutlichen Zuwachs führen die Statistiker **vor allem auf zwei Gruppen zurück: Frauen und ältere Menschen.** Beide seien zunehmend besser in den Arbeitsmarkt eingebunden, begünstigt auch durch den strukturellen Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft. **Die Erwerbstätigenquote von Frauen stieg seit 2005 um zehn Punkte auf 73 Prozent, liegt aber dennoch klar unter der von Männern mit 82 Prozent.** Deutlich niedriger liegt sie dagegen **in Europa, wo im Durchschnitt nicht einmal zwei von drei Frauen erwerbstätig sind (63 Prozent).**

Dennoch sehen die Statistiker auch für Europa leichte Zeichen der Entspannung. Erstmals seit sechs Jahren ist die Erwerbstätigenquote in der EU wieder gestiegen. Sie liegt aber immer noch unter dem bisherigen Höchstwert von 70 Prozent aus dem Jahr 2008, als die Finanz- und Wirtschaftskrise ihren Anfang nahm.

138,7

EXCLUSIVE: German government admits it cannot account for 600,000 of its 1.1million asylum seekers – and many could be using multiple identities to travel across Europe

- **Germany** government admits it cannot account for 600,000 **asylum seekers**
- That is more than than half of the 1.1million applications made in country
- Delays in processing applications may account for some of those missing
- Others may have gone to other EU countries, the Interior Ministry has said
- See more news on the migrant crisis at www.dailymail.co.uk/migrantcrisis

By [SAM TONKIN FOR MAILONLINE](#)

PUBLISHED: 21:32 GMT, 21 January 2016 | UPDATED: 12:18 GMT, 22 January 2016

The **German** government is unable to say where more than half of the one million **asylum seekers** allowed into the country have ended up, MailOnline can exclusively reveal.

Government statistics show that Germany registered 1.1million applications by the end of last year under its EASY system, which does not record much more than an applicant's country of origin.

German Interior Ministry spokesman Dr Harald Neymanns admitted that delays in the processing of asylum seeker applications would account for some of those missing. But he also said that in some cases refugees may not have stayed in Germany but instead gone on to a different country elsewhere in the EU.

In the dark: The German government is unable to say where more than half of the one million asylum seekers allowed into the country have ended up. Migrants are pictured walking to get a bus after arriving in Dortmund

Spread around the country: Migrants are pictured arriving at the train station in Dortmund, western Germany

A third explanation is that the refugees may not have existed in the first place - because some asylum seekers have been found to apply multiple times in an attempt to get sent to the city of their choice.

EASY stands for Erstverteilung von Asylbegehrenden, which translates as Initial Allocation System for Asylum Seekers.

The system, operated by the German Ministry For Migration And Refugees, aims to provide urgent first assistance to new arrivals by spreading them around the country based on a quota system.

Once the applicant's county of origin has been taken, officials assign the refugee a place where they are to be cared for, and where they can then make an application for asylum.

It is the responsibility of the location and state where they are assigned to care for them, and provide accommodation.

North Rhine Westphalia, which includes Cologne, takes far more of the immigrants than any other part of Germany with 21 per cent, whereas Bremen takes the least with less than 1 per cent. In the capital Berlin it is just over 5 per cent.

The asylum seeker is then expected to make their application for asylum once they arrive at the end state destination.

But of those refugees, only 476,649 - 326,529 men and 150,120 women - have so far gone through with the process and registered for asylum.

That means more than 600,000 are unaccounted for.

Police in Munsterland in North Rhine-Westphalia today carried out a series of raids as part of the ongoing investigation into the Cologne New Year sex attacks. Pictured is Cologne cathedral on December 31



Glum: Angela Merkel has come under increasing pressure over her open-doors migrant policy as it emerged more than 200 migrants were suing her government for taking too long to process their asylum applications. Pictured right: Migrants walk in the so-called 'Mahgreb Quarter' in Duesseldorf, Germany

It comes as police in Munsterland in North Rhine-Westphalia today carried out a series of raids as part of the ongoing investigation into the Cologne New Year sex attacks.

Officers say they have so far recorded 821 complaints of criminal incidents including hundreds of sex attacks.

The raids in Munsterland targeted two refugee centres, seizing 150 asylum seekers who were questioned in-depth.

They found that many claimed to be from Syria but were mostly from North Africa, a suspicion which has already been widely reported. But they also found that every second person had been registered at least twice on the EASY system.

It is entirely possible that if somebody doesn't like where they are being sent, that they simply re-apply again later in order to get sent somewhere else

Dr Harald Neymanns, spokesman for the German Interior Ministry

According to Dr Neymanns, the main objective of EASY is to provide the basics that refugees from a war-torn country would need, namely a roof over their head and food.

He said: 'It is entirely possible that if somebody doesn't like where they are being sent, that they simply re-apply again later in order to get sent somewhere else.'

'Many prefer to be in the big cities, and it might also be that they want to be sent somewhere they know they have contacts or relatives.'

He said that delays in the processing of applications meant that there may be many people in asylum seeker centres who had not been able to make their application yet because of the backlog, and therefore it was difficult to know an exact figure for how many of the 600,000 were still in Germany but not yet registered.

He added that others might not have stayed in Germany and had instead gone on to a different country. With regards to the numbers who had left Germany, or who did not exist in the first place, he said it was 'almost impossible' to tell.

But the police investigation in Munsterland found that not only did some of the people living in the asylum centres have two identities, but that some had as many as four or five.

How Erdoğan Weakens Turkey

PARIS – **Five years ago, when the so-called “Arab Spring” erupted, Turkey’s hour seemed to have arrived.** Having been humiliated by the European Union after years of accession negotiations – talks marked by a chain of false promises from the EU – Turkey’s then-prime minister (and now president) [Recep Tayyip Erdoğan](#) had the perfect plan for restoring his country’s pride and boosting its credibility: It would help to reshape a Middle East in turmoil. **Needless to say, things have not unfolded exactly as planned.**

Turkey was certainly in a strong position to make a difference. **With its functioning democracy, booming market economy, and rich cultural history, Turkey seemed to offer an attractive economic, social, and political model for the region. Like Indonesia, it was living proof that Islam is, in fact, compatible with both democracy and modernity** – an observation that was not lost on the demonstrators in, say, Cairo’s Tahrir Square.

Even then, however, there was cause for concern. Erdoğan was already giving the impression that he might seek to concentrate power in his own hands, thereby undermining Turkey’s democracy and, in turn, its regional leadership ambitions. Unfortunately, that is precisely what has happened.

It began when Erdoğan attempted, with the utmost self-assurance, to demonstrate his regional clout; **he insisted, for example, that Syrian President Bashar al-Assad, with whom Turkey had previously had friendly relations, step down.** He was so confident that his call would be heeded, and that he would emerge as an indispensable regional leader, that **he felt free to distance himself from the West and toughen his stance toward Israel.**

In fact, Erdoğan’s influence proved far weaker than he had anticipated. Making matters worse, **widening turmoil in the region began to expose Turkey’s deep-rooted problems; in particular, Kurdish nationalism, which Erdoğan had taken great pains to subdue, was reinvigorated. As the democratic dream of the Arab Spring degenerated, first into confusion and then into violence, Erdoğan’s dream, too, crumbled.**

But, instead of taking the lessons of this experience and creating a new vision for his country, **a disappointed, if not deeply frustrated, Erdoğan doubled down on his effort to consolidate power. By 2014, he had taken over the presidential palace and surrounded himself by a guard meant to evoke Ottoman splendor, a fairly transparent effort to compensate for his inability to shape regional developments according to his – much less his country’s – interests.**

This approach mirrors that of Russian President Vladimir Putin, who uses the sumptuous trappings and immense resources of his office to claim credit for restoring his country’s national pride, particularly when he is trying to persuade ordinary Russians to make economic sacrifices. **Likewise, Erdoğan has positioned himself as a kind of protector of Turks’ dignity and sense of themselves as constituting a great power.**

With the Syrian conflict raging next door, however, Erdoğan’s claims are far from convincing. **Turkey is facing a refugee crisis that dwarfs the one confronting Europe; a proliferation of terrorist attacks on its territory; and heightened tensions with the Kremlin,** following its downing of a Russian warplane near its border with Syria in November.

Clearly, Erdoğan’s approach has exacerbated a bad situation. Despite having made up with both the West and Israel – a move that presumably required him to swallow some pride – **he has refused to prioritize the fight against the Islamic State (ISIS) above the need to keep the separatist Kurdistan Workers’ Party (PKK) in check.** This has put distance between Turkey and its Western allies, which view the Kurdish question as a domestic issue.

From Turkey's perspective, however, this is not strictly true, owing to the influence that international developments – particularly with regard to ISIS – have on the PKK. **As the Kurds have emerged as a powerful force in the fight against ISIS, they have secured increased independence in Syria and Iraq. While the West, which much prefers the Kurds to ISIS, welcomes Kurdish gains, Turkey is watching them with anxiety, convinced that they prefigure a bid for Kurdish independence.**

In this context, **Erdoğan seems to have no intention of changing his approach, even though it is increasing Turkey's isolation from its Western allies. He apparently remains convinced that the West needs him – both to control NATO's southern flank and to filter and stem the flow of Syrian refugees toward Europe – more than he needs the West.** But this would not be the first time Erdoğan's self-assuredness backfired.

The reality is that, thanks largely to Erdoğan's relentless drive to [strengthen the presidency](#), **Turkey is losing diplomatic clout and becoming increasingly vulnerable to terrorism. It would be premature to write off Erdoğan, who has demonstrated more than once his extraordinary political resilience; but it is not too soon to condemn his approach. After all, a fragile Turkey makes for a more vulnerable West – and an even more vulnerable Middle East, which desperately needs pillars of stability.**

So funktioniert der Schäuble-Trick für die Euro-Krise

Der Euro-Rettungsfonds sorgt bisher dafür, dass Staaten mit hohem Pleiterisiko kaum mehr Zinsen zahlen müssen. Das will Finanzminister Schäuble ändern – mit einer simplen, aber einleuchtenden Idee.

Von [Holger Zschäpitz](#) Leitender Wirtschaftsredakteur

Wer eine gute Autoversicherung hat, fährt womöglich riskanter. Wer teuer krankenversichert ist, betreibt vielleicht weniger Gesundheitsvorsorge. Wer einen Rechtsschutz hat, streitet wahrscheinlich häufiger vor Gericht. Viele wagen mehr, wenn sie wissen, dass sie versichert sind und andere haften.

"Moral hazard" nennt Wolfgang Schäuble so etwas, wenn auch in größeren Zusammenhängen: Der Bundesfinanzminister spricht mit Vorliebe vom "moralischen Risiko", wenn es um das [Schuldenmachen in der Euro-Zone](#) geht. Denn die Erfahrung lehrt, dass sich einzelne Staaten der Währungsgemeinschaft übermäßig verschulden, weil sie damit rechnen können, am Ende doch rausgehauen zu werden.

Vor allem würden sich die Käufer der Staatsanleihen keine Gedanken machen, wenn auch sie von möglichen Verlusten ausgenommen würden. Die Bundesregierung will Halter von Staatsanleihen stärker in die Verantwortung nehmen, wenn ein Mitglied der Währungsunion finanzielle Hilfe vom Euro-Rettungsfonds benötigt.



Foto: Infografik Die Welt

Zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion könnte auf europäischer Ebene ein "Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden" in Betracht gezogen werden, erklärte das Finanzministerium gegenüber dem Finanz-Nachrichtenagentur Bloomberg. Schäubles Ministerium schlägt dazu eine "automatische Laufzeitverlängerung" von Staatsanleihen vor, wenn ein Euro-Land beim Rettungsfonds [ESM](#) Hilfen beantragt.

Die Laufzeitverlängerung soll sich über die Dauer des Hilfsprogramms strecken. Im November vergangenen Jahres hat bereits Bundesbankpräsident Jens Weidmann einen ähnlich Vorstoß gemacht.

Keine disziplinierende Wirkung auf Investoren

Im Kern handelt es sich um eine Art automatischer Enteignungsklausel. Denn wenn eine Anleihe nicht pünktlich zurückgezahlt wird, sondern die Laufzeit einseitig gestreckt wird, ist das nichts anderes als ein Schuldenschnitt und damit ein finanzieller Verlust für die Halter der Papiere. Das wäre neu: Mit Ausnahme von Griechenland war es bislang so, dass mit den Geldern aus dem Hilfsprogrammen auch die Forderungen der Gläubiger bedient worden sind.

Da für die Halter der Anleihen bislang das Risiko eines Schuldenschnitts äußerst gering war, haben die [Investoren](#) bislang nicht allzu sehr auf die finanzielle Solidität von Euro-Staaten geachtet. Das hat dazu geführt, dass Schuldenmachen nicht entsprechend mit höheren Zinsen von den Märkten bestraft wurde.

EZB erhöht Anleihekäufe auf 1,5 Billionen Euro

Die milliardenschweren Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) haben die disziplinierende Wirkung auf die Investoren weiter geschwächt. So waren die Risikoaufschläge riskanter portugiesischer Anleihen gegenüber risikolosen deutschen Papieren vorübergehend auf einen Prozentpunkt zusammengeschrumpft.

Es spielte beinahe keine Rolle, dass die Schuldenquote in diesem Jahr auf fast 130 Prozent steigen dürfte. Das zumindest erwartet die Ratingagentur Fitch.

Das ist dem Mahner Schäuble offensichtlich ein Dorn im Auge. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos ereiferte er sich darüber, dass die Europäer aus eigener Kraft geltende Regeln nicht einhalten würden. Eine Disziplinierung durch höhere Zinsen der Finanzmärkte ist in seinen Augen ein Weg, die Staaten zu mehr fiskalischer Solidität zu bringen.

Es ist nicht der erste Versuch, die Märkte für die eigenen Ziele einzuspannen. Seit 2013 enthalten alle Staatsanleihen eine sogenannte CAC-Klausel. Diese Klausel besagt, dass die Vertragsbedingungen eines Schuldtitels bei Zustimmung von 75 Prozent der Gläubiger neu bestimmt werden können. Damit soll verhindert werden, dass kleinere Anleihehalter eine Umstrukturierung blockieren. Beim Schuldenschnitt von Griechenland kam eine solche Klausel bereits zur Anwendung.

Berlin will Steuergelder schützen

Die Laufzeitverlängerung würde jedoch ohne jegliche Zustimmung der Halter gelten. Der Vorschlag sei noch in der Anfangsphase, heißt es laut Bloomberg im Ministerium. Offensichtlich soll die Idee in die Verhandlungen bei der Bankenunion eingebracht werden. Hier werden verschiedene Optionen zur Trennung der Staats- von Bankenrisiken diskutiert.

Eine automatische Laufzeitverlängerung sei eine der auf EU-Ebene diskutierten Optionen. Die EU-Finanzminister hatten sich am 8. Dezember vergangenen Jahres in Brüssel auf eine Vertiefung der Bankenunion verständigt und beschlossen, in diesem Jahr über weitere Schritte zu beraten.

Die Finanzmärkte reagierten umgehend auf die Idee. Die Risikoaufschläge von Portugal oder Griechenland gegenüber deutschen Anleihen stiegen markant. Beide Länder gelten neben Zypern zu den wackeligsten Staaten der Euro-Zone. Für Hellas taxieren die Akteure das Risiko einer weiteren Staatspleite in den kommenden fünf Jahren auf 57 Prozent, bei Zypern auf 22 und bei Portugal auf 15 Prozent.

"Der Vorschlag würde die Märkte größeren Risiken bei einzelnen Ländern aussetzen. Das könnte die Finanzierungskosten deutlich erhöhen", sagte Elwin de Groot dem Finanzdienst Bloomberg.

Berlin geht es auch darum, Steuergelder zu schützen. Im Zuge der Finanzkrise und der Einrichtung des [EU-Hilfsfonds ESM](#) zu Rettung angeschlagener Staaten war deutlich geworden, dass Staaten nicht von heute auf morgen in Schwierigkeiten geraten und dass private Gläubiger die Zeit nutzen würden, um sich zurückzuziehen, erläutert die finanzpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Antje Tillmann.

Trennung der Banken- von den Staatsrisiken

Sollte ein Land einen Antrag auf Rettungshilfen stellen, sei es somit sinnvoll, Staatsanleihen "einzufrieren". Damit könnten die Risiken von Staaten auf Banken verlagert und Steuergelder gespart werden, so Tillmann gegenüber Bloomberg.



Der Ökonom Matthias Kullas vom Centrum für europäische Politik (CEP) warnt jedoch, dass Staatsanleihen damit teurer würden, da mit einer möglichen Umstrukturierung das Ausfallrisiko steige, was sich wiederum in den Spreads niederschläge.

Trotz zu erwartender höherer Finanzierungskosten treibt Schäuble mit einem ganzen Bündel von Vorschlägen eine Trennung der Banken- und Staatsrisiken in der Euro-Zone voran. Am Freitag erneuerte der Minister in München seine Forderung, für Staatsanleihen eine Kapitalunterlegung und Risikogewichtungen einzuführen, um "aufsichtsrechtliche Begrenzungen in den Bankenportfolios" durchzusetzen.

Ohne Fortschritte bei der Trennung der Banken- und Haushaltsrisiken ist die Bundesregierung nicht bereit, die von der EU-Kommission vorangetriebene Vergemeinschaftung der Risiken durch eine europäische Einlagensicherung mitzutragen, so der Minister.

Bruxelles s'inquiète de la dette de la France à l'horizon 2026

Par [Manon Malhère](#)

Publié le 25/01/2016 à 18:33

La dette publique française devrait peser 101 % du PIB en 2026 si Paris ne change pas sa politique budgétaire, alerte Bruxelles dans un rapport sur la soutenabilité des finances publiques en Europe

Le verdict de Bruxelles est clair. La dette publique de la France restera stable jusqu'en 2020 avant de grimper inexorablement pour dépasser la barre des 100 % du PIB en 2026, alerte la Commission européenne dans un rapport sur la soutenabilité des dettes publiques en Europe, publié ce lundi.

Comme l'ensemble des pays européens, la France ne devrait pas être confrontée à des difficultés budgétaires «considérables» cette année. Et ce, même si certains aspects tels que le déficit primaire ou encore l'endettement du secteur privé peuvent poser des défis à court terme au gouvernement français.

En revanche, à moyen terme, **soit à l'horizon 2026, les perspectives sont bien plus sombres. La France fait partie des onze pays européens dont la Belgique, l'Irlande, l'Espagne, la Finlande, le Royaume-Uni ou encore l'Italie qui risquent d'être confrontés à des difficultés importantes en matière de finances publiques.**

La dette allemande estimée à 50 % du PIB en 2026

A politique budgétaire inchangée - autrement dit, si Paris ne fait pas suffisamment d'efforts sur ce terrain - et «dans des conditions économiques normales», la dette française atteindra 101 % du PIB en 2026 alors qu'elle ne devrait pas excéder les 60 % du PIB selon les règles budgétaires européennes en vigueur. La Commission précise que, de façon générale, le contexte actuel d'inflation faible et de croissance très modérée pose des défis additionnels à la «diminution du poids des dettes publiques dans l'Union européenne».

Au nombre de dix, les bons élèves incluent bien évidemment l'Allemagne qui devrait certainement voir sa dette publique continuer de décroître pour passer sous la barre des 60 % en 2020 avant d'arriver à 50 % du PIB en 2026. Les autres États qui présentent très **peu risques** en matière de «soutenabilité» de leur dette sont le **Danemark, le Luxembourg, la Bulgarie, la République tchèque ou encore la Slovaquie.**

L'Allemagne scandalisée par le comportement de certains réfugiés

Par Nicolas Barotte

Mis à jour le 25/01/2016 à 19:



Les exemples de dérapages de la part des demandeurs d'asile s'accroissent à travers le pays. Les partisans de l'intégration craignent les amalgames.

De notre correspondant à Berlin

Les exemples de dérapages de la part de demandeurs d'asile s'accroissent à travers le pays. Les partisans de l'intégration craignent les amalgames.

Barotte, Nicolas

L'EFFET de loupe est désastreux. Trois semaines après les agressions sexuelles de Cologne, les exemples s'accroissent de comportements inacceptables commis par certains demandeurs d'asile. Alors que l'opinion réclame qu'un frein soit mis à l'afflux des réfugiés, ces faits divers divisent l'Allemagne tiraillée entre les mouvements xénophobes qui se sentent légitimés et les partisans de l'intégration qui craignent les amalgames.

En l'espace de quelques jours, plusieurs exemples ont été relayés dans les médias. À Zwickau, en Saxe, un « réfugié s'est masturbé dans la piscine » tandis que quelques jours auparavant d'autres « y ont fait leurs besoins », s'est indigné la semaine dernière le directeur de l'établissement auprès de la mairie. Des clientes se sont aussi plaintes d'avoir été poursuivies « dans le sauna par des hommes ». Autre lieu, mêmes harcèlements, comme à **Bornheim, en Rhénanie-du-Nord-Westphalie. La semaine dernière, l'administration avait même décidé « d'interdire l'accès de la piscine aux demandeurs d'asile »**. Face à la polémique, elle est revenue sur sa décision. **Mais partout le problème semble pouvoir se poser. À Munich, la municipalité a choisi d'expliquer les règles de savoir-vivre à la piscine par des dessins : « on ne pousse pas les gens dans l'eau » ou bien « le même respect est dû à toutes les femmes quelle que soit leur tenue, maillot de bain deux pièces ou burkini »**. Les piscines ne sont pas les seuls lieux où se posent des problèmes de comportement. **À Fribourg, dans le Bade-Wurtemberg, la discothèque White Rabbit a annoncé mi-janvier ne plus vouloir accepter l'entrée des hommes « qui ne possèdent qu'un titre de séjour »**. **« Cela n'a pas été simple, mais nous ne voyons pas d'autre moyen de gérer le problème posé par certains réfugiés »**, avait écrit le club sur sa page Facebook. Face à l'avalanche de réactions scandalisées par cette ostensible discrimination, la direction a reculé. « Notre objectif n'a jamais été d'empêcher les réfugiés de faire la fête, mais d'engager un dialogue avec eux et de les intégrer à la vie nocturne », a-t-elle expliqué lundi. Ce n'est toutefois pas la première fois que le problème est

soulevé : en novembre dernier, à Bad Tölz en Bavière, le Brucklyn n'a pas hésité à mettre dehors des groupes de réfugiés qui importunaient les femmes.

Les agressions du Nouvel An ont ébranlé l'Allemagne. Selon un rapport de la police révélé par le quotidien Süddeutsche Zeitung, douze Länder sur seize ont été touchés par des violences sexuelles. Un millier de plaintes ont été déposées en Rhénanie-du-Nord-Westphalie ; quelques dizaines dans d'autres régions. À Cologne, la police a enregistré plus de 800 plaintes.

« Atmosphère empoisonnée »

« Ces attaques abominables ont empoisonné l'atmosphère », a déploré dimanche dans le Frankfurter Allgemeine Zeitung la secrétaire d'État à l'Intégration Aydan Özoguz. « Quelques centaines de criminels ne valent pas pour un million de réfugiés. **Tous ne doivent pas se trouver sous suspicion généralisée** », a-t-elle imploré. Depuis plusieurs semaines, des réfugiés s'organisent pour manifester contre ces actes commis par des étrangers. **À Würzburg, ils étaient ainsi 300 le week-end dernier pour « remercier » l'Allemagne de son accueil.**

Mais les « guides de bonne conduite » censés aider les réfugiés laissent entendre que le fossé est parfois grand entre les deux cultures : « Sourire n'est pas considéré comme une tentative de drague » ; « Uriner en public est un délit » ; « Porter des vêtements courts comme une minijupe est normal. Il n'est pas poli d'observer ces personnes avec insistance », lit-on dans l'un d'eux, le Refugee Guide. Le texte a été élaboré « avec des personnes d'origine étrangère » pour qu'il ne passe pas pour « arrogant ». Pour être utile, l'association avait repris quelques principes de base.

What German Companies Know

336 mots

26 janvier 2016

[The Wall Street Journal \(Europe Edition\)](#)

Monday's economic surprise, if one can call it that, is that German businesses agree with nearly everyone else that the German economy is struggling. The Ifo economic-climate survey clocked in at an 11-month low, still positive but worse than most expectations. Consumption is a bright spot as cheap oil leaves more cash in households' pockets, but manufacturers and builders are growing less optimistic.

Analysts chirruped that at least now European Central Bank President [Mario Draghi](#) will have to expand his asset-purchase program in March -- not that he needs much encouragement. Still, it's notable that German sentiment is declining despite Germany being the biggest beneficiary of Mr. Draghi's policies. Mr. Draghi's euro depreciation, to around \$1.08 Monday from nearly \$1.40 in mid-2014, is supposed to have been a boon for German exporters, and Germany's already-minuscule interest rates have managed to fall even farther. So what do skittish German companies know that economists don't?

Perhaps they remember that labor-market reform has been stalled for a decade, so that regular contracts remain among the most highly regulated in Europe. They're also aware that more than a decade of green-energy policies have created some of the developed world's highest electricity prices. They recall that Chancellor [Angela Merkel](#) lowered the retirement age to a fiscally unsustainable 65 from 67, and that the combined federal and local tax on corporate profits is nearly 30%, among the highest in Europe.

This is what Mr. Draghi has in mind when he begs Europe's political class to implement policy reforms, and when he says those reforms would boost Europe's resilience against external shocks such as the slowing Chinese growth that so weighs on Germany at the moment. If business confidence is softening, perhaps it's because above all German businesses know there's only so much Mr. Draghi can do.

Europe's Lingering Banking Disunion

By Marcello Minenna

852 mots

26 janvier 2016

[The Wall Street Journal \(Europe Edition\)](#)

With the new year, the eurozone has acquired a new banking regulator, as the [Single Resolution Board](#) is now open for business. Along with new capital requirements that are supposed to cement the concept of "bail-ins" -- the capacity of creditors and investors to absorb losses at a struggling bank before taxpayers step in -- this new resolution board is supposed to boost financial stability by clarifying the rules for failed banks. If only it were that easy.

The problem is twofold. Eurozone banks face the daunting task of cataloging liabilities that can be written down in a crisis. The resolution board intends to set minimum requirements for such liabilities, known by the acronym MREL, by the end of the year.

But with the financial system still under distress in some eurozone countries, identifying bail-in liabilities is a fraught task. Banks are waiting for a detailed, invasive regulation that has the potential to impose structural changes of their balance sheets. For instance, in order to comply with MREL standards, eurozone banks can be forced to issue classes of instruments unfamiliar to their management, such as junior or subordinated debt tranches with differentiated yields. The adjustments are neither simple nor immediate.

While the resolution board's chief, Elke König, hopes such rules will mean her board will "not have to resolve any bank" because institutions will be healthier, it seems that they have already had a harsh impact on peripheral banks.

Serious problems have arisen from the set of complex "reorganization schemes" that some national central banks have put in place for regional banks in order to anticipate and possibly avert the most negative consequences of the bail-in mechanism. The idea is that if regulators can force small- or medium-size banks to revamp their balance sheets before they reach a level of distress so severe as to trigger the [Single Resolution Board's](#) involvement, they can avoid the consequences of a full bail-in. **Italy and Portugal are the primary movers here, and their experiences show the potential for confusion.**

In some ways, these two countries have adopted similar procedures. Both have created bad banks to take on the nonperforming loans of struggling institutions, with write-downs that on average have exceeded 80%. They have then endowed new banks with higher-quality assets in the expectation of privatizing the good banks. So far so good. But the other common feature here has been an asymmetrical burden-sharing. This has penalized the banks' shareholders and some creditors far beyond the losses they would have suffered before the introduction of the eurozone's uniform rules. Shareholders and some creditors who might have suffered losses of 60% to 80% on their stakes or bonds in restructured banks under previous rules have now suffered losses of 100%.

[Italy's central bank](#) has let the ax drop on shares and subordinated bonds, while preserving senior bondholders and large depositors. Forcing those bondholders to take the heaviest losses might appear to spread the costs of bank resolution toward the more risk-seeking classes of investors. But policy makers have not taken well into account the wide diffusion of subordinated debt among retail investors and small savers. **The individuals involved often were unaware of the risks they took on when they held those assets. Those savers may**

have been misold their assets by institutions that shaded the truth about the risks. So Rome has had to establish an indemnity fund to reimburse some of the losses, although the 100 million euros (\$108 million) earmarked for this is less than 10% of the total losses suffered by this class of creditor.

Portugal has gone the other way, shifting losses disproportionately onto foreign investors in order to protect domestic savers. Some 52 senior bond issues, mostly held by foreigners, have been transferred to the bad bank after write-downs that amount to a whopping 80% off the value at which the bonds traded the day before this resolution was implemented. Other senior debt held domestically has been spared.

This avoids the political problem the Italians have suffered, but creates a legal headache. Foreign investment funds complain, with good cause, that this violates the pari passu principle under which all holders of a similar type of debt have the right to be treated equally in case of forced liquidation. Litigation is almost certain to come, even if it now appears that Lisbon has agreed in principle to reimburse at least partially the involved investors.

The new [Single Resolution Board](#) will help solve some of these problems as the room for pre-emptive actions by national central banks is quickly reduced, but those central banks will still have some limited scope to craft their own rules for unhealthy banks. **Meanwhile, European banks still face a difficult year or two as they adapt to new eurozone-level regulations while national governments cope with the economic and legal fallout of their own varied rules.**

Mr. Minenna is a doctoral lecturer at the London Graduate School of Mathematical Finance.

138,19

• [OPINION](#)

• [MAIN STREET](#)

(On laïcité) Europe's Feckless Secularism

Must even the most moderate Muslims renounce their faith to be good Europeans?

By

WILLIAM MCGURN

Jan. 25, 2016 7:20 p.m. ET

Nearly a quarter century ago, Yale's Harold Bloom famously described America as a "dangerously religion-soaked, even religion-mad, society."

When Europeans gaze upon our shores, this is pretty much what they see. From our strip-mall churches to the raucous intrusions of faith into our public life to our presidents routinely invoking the Almighty, they see an America hostage to primitive beliefs.

At a moment when [Europol](#) is reporting that [Islamic State](#) is planning more Paris-style terror attacks, that's unfortunate. It's unfortunate because **America's overt religiosity blinds Europe's elites to the one part of the American experiment most relevant to their needs today: our secularism.**

They have their own secularism, of course. In France, where it is most formalized, it is called laïcité -- the idea that the state isn't simply neutral toward religion but must banish all things religious, including religious arguments, from the public square. Here note that Marine Le Pen's right-wing National Front is appealing to the French public on the grounds that the party would be the better enforcer of laïcité.

The idea is that when you boot religion off the public square, you remove from public life the religious friction that in centuries past fueled devastating conflicts. **This same idea now animates the [European Union](#), and in principle leads to a more liberal, more cohesive and more inclusive society.**

That's the theory.

The reality is that in many European cities today, a Jew cannot walk the streets in safety. Just this month in Marseille, a man invoked [Islamic State](#) as he tried to decapitate a Jewish schoolteacher. The attack led to suggestions that the targets of such attacks -- French Jews -- would be better off not wearing yarmulkes in public.

Many Jews have already given their answer: In 2015 a record number left Europe for Israel. Most were French.

Women are also losing the freedom to walk Europe's streets in safety. On New Year's Eve in Cologne and other German cities, hundreds of women were robbed or sexually assaulted by Arab and North African asylum seekers in what authorities now say was a planned campaign. Not only did police do nothing, they initially tried to cover it up.

The reality is not much better for sexual minorities. Only a month ago in Sweden, a teenage refugee from North Africa was charged with beating a gay man to death, and then wrapping a dead snake around the victim's body. Even with all the sex-ed in the world, **it is hard to envision European Muslims accommodating themselves any time soon to modern European notions of sexuality.**

To put it another way, not only is Euro-secularism failing to persuade Europe's growing Muslim minority of its merits; increasingly it cannot protect its own citizens.

But there's the rub. Because Europe is not the only model of secularism. America is also a secular state.

The contrasts are illuminating. **Where European secularism is built on unspoken agnosticism about the ultimate source of human dignity, American secularism is rooted in a declaration of self-evident truths about man and the divine source of his unalienable rights.** The result is a nation that is a living, secular contradiction of contemporary European orthodoxy: **For not only is the U.S. among the earth's most religious nations, it is also the most modern.**

In "Democracy in America," Alexis de Tocqueville took on the European orthodoxy of his own day when he noted that, in America, **free religion was the friend of liberty.** The beauty of the American approach is that it avoided the aggressiveness of both extremes: the throne-and-altar alliance of the ancien regime on the one hand, and the militant secular state that emerged from the French Revolution on the other.

Perhaps most important for today, **American secularism does not require people to deny their religious identities to be good Americans. In an article for the New Republic entitled "Is it Time for France to Abandon Laicite?," Elizabeth Winkler puts it this way:**

"In the wake of terrorist attacks, it may strike some as counterintuitive to loosen -- or even abandon -- laicite. But allowing Muslims greater freedom to express their beliefs in peaceful ways may make them feel more accepted and less stigmatized by the country they have made their home. It could also encourage their participation in public institutions, like schools and government workplaces, fostering their adoption of French values and identity -- the very thing laicite aims, but often fails, to do."

Europeans have spent the past decade obsessing about bans on head scarves and burqas. Maybe it's time they give Tocqueville a try.

A year after the 'Charlie Hebdo' attacks, it would appear that France's strict secularism has only exacerbated religious and racial tensions.

BY ELIZABETH WINKLER

January 7, 2016

As France marks the one-year anniversary of the terrorist attack on the offices of *Charlie Hebdo*, French officials are stepping up efforts to counter violent extremism. One measure involves widening police powers to conduct raids and detain suspected terrorists. The Supreme Court is reviewing a draft bill that would make these temporary, state-of-emergency tools, implemented after the November 2015 attacks on multiple sites in Paris, permanent. The state-backed Conseil Français du Culte Musulman (French Council of Islam) has also announced its intention to [issue certificates](#) to imams who acknowledge French values and demonstrate their non-radical credentials.

Toleration, not suppression, of difference is the only policy that's really compatible with a heterogeneous society.

ELIZABETH WINKLER

Some worry that such measures will play into the hands of the Islamic State and other extremist groups. Increasing police powers could endanger respect for civil liberties, while imposing governmental control of Islam in France could drive more Muslims to radical sects. It would arguably be more effective to focus efforts on improving the integration of Muslims, many of whom feel alienated in French society. This would involve examining educational and career opportunities for immigrants and their families—paths that will offer them upward mobility and a better chance to assimilate into the workforce. But it would also mean revisiting a pillar of France's political and cultural identity: the policy of laïcité.

Laïcité is France's principle of secularism in public affairs, aimed at fostering a post-religious society. It developed during the French Revolution, which sought to dismantle the Catholic Church in France along with the monarchy, and was enshrined in the 1905 law on the Separation of the Churches and the State. Broadly, the idea refers to the freedom of citizens and of public institutions from the influence of organized religion. (“Laïcité” derives from the French term for laity—non-clergy or lay people.)

It goes further than the separation of church and state in other nations, however, by prohibiting religious expression in the public sphere. In early 20th-century France—a fairly homogenous, Christian nation—this was a straightforward attempt to protect government from the sway of the Catholic Church. But in modern France—a decidedly more heterogeneous and multi-religious society—this insistence on secularism is thorny. As a critic [argued](#) in *Le Figaro*, laïcité is unintelligible and even shocking to many Muslims, who view it as “an injunction to abandon their religion.” Instead of enhancing social harmony, it may actually be exacerbating religious and racial tensions.

Recent history already shows that the attempt to assimilate minorities by stamping out religious expression can backfire. In the spirit of laïcité, France passed a law in 2004 banning religious symbols and clothing, like crosses, kippas, and headscarves, in public schools. It had the effect of increasing the demand for private Muslim schools, keeping Muslims out of the mainstream instead of integrating them. A similar law banning the burqa in public spaces was passed in 2010.

Muslims feel targeted by laïcité. Although the principle is, in theory, applicable to all religions, in practice it tends to discriminate against Islam. In a country where many people aren't religious to begin with (or only loosely so) and most state holidays are Catholic holy days, Muslims have simply had more to give up.

In the wake of terrorist attacks, it may strike some as counterintuitive to loosen—or even abandon—laïcité. But allowing Muslims greater freedom to express their beliefs in peaceful ways may make them feel more accepted and less stigmatized by the country they have made their home. It could also encourage their participation in public institutions, like schools and government workplaces, fostering their adoption of French values and identity—the very thing laïcité aims, but often fails,

to do. As French leaders look to secure the safety of the French people, they would do well to reconsider the effectiveness of this policy.

Thus far, the government has taken the opposite approach. After the *Charlie Hebdo* attacks, President François Hollande affirmed that laïcité was “non-negotiable,” a “guarantee” against internal and external threats. France has also declared December 9 (the date of the 1905 law) a “Day of Laïcité” and introduced a new edict reinforcing the teaching of laïcité in public schools. The edict was inspired in large part by the refusal of many children to participate in a national minute of silence for the *Charlie Hebdo* victims, who they believe insulted the Prophet Muhammad. Parents and children must now sign a “charter of laïcité” demonstrating their understanding and respect for the principle.

In a sense, secularism is itself an enforced practice. As Dominique Moïsi, a French political scientist, [puts it](#), “Laïcité has become the first religion of the Republic.”

The ideal of a society wiped of the disagreements and divisions born of religion is, in many ways, admirable. But like so many utopian models, its enforcement has dystopian consequences. Benoist Apparu, a legislator and former secretary of state for housing, has [called](#) laïcité a “secular totalitarianism.”

France wants to insist, in Hollande’s words, on a single, unified “*peuple français*”—*afaternité* and an *égalité* that renders everyone the same. For this reason, the government also refuses to collect data about its citizens’ race and religion, as though ignoring their differences will somehow allow the country to arrive at this ideal of absolute integration. But as Jonathan Laurence, a fellow at the Brookings Institution, [points out](#), neglecting to recognize difference has obscured researchers’ ability to study the socioeconomic experiences of immigrants and minorities, hampering the creation of policies to address their needs. Idealized homogeneity is simply at odds with the realities of multiculturalism. It doesn’t work as a path to social harmony. If the events of 2015 demonstrated anything, it’s that laïcité is emphatically not the “guarantee” against threats that Hollande claims it is.

Toleration, not suppression, of difference is the only policy that’s really compatible with a heterogeneous society. As Western societies become more diverse, they also need to become more tolerant of different beliefs and perspectives, not more wary of them. In France, this would entail revoking the laws against religious expression in public institutions, educating children about world religions instead of censoring their discussion, and shifting the public conversation about religion to emphasize freedom rather than silence.

Given laïcité’s deep roots in French culture, this is no small task. As Hollande’s remarks suggest, the French feel strongly about laïcité. It’s a defining principle of the republic. The far-right National Front party, which soared in recent elections under the leadership of Marine Le Pen, has succeeded in large part by presenting itself as the defender of laïcité. But as Le Pen’s many critics [contend](#), the party’s laïcité is mostly a mask for Islamophobia.

Reform isn’t entirely inconceivable though. The issue is debated in France’s newspapers, and everyone from secular intellectuals to schoolteachers has called for change. In some sense, emphasizing freedom of expression when it comes to religion would actually be more consistent with other cultural practices, like France’s tradition of criticism and satire. Indeed, increased tolerance of difference would also help strengthen the notion that we must tolerate what some people find disagreeable, like the *Charlie Hebdo* cartoons. Satire must be allowed to flourish alongside religious expression. If the French want to protect their right to free expression and instill a love of liberty in their new countrymen, their best bet is to ensure that the right extends to all communities.

Elizabeth Winkler is a writer based in Washington, DC. Her articles have appeared in *The Economist*, *Quartz*, *Foreign Policy*, and *The New Republic*.

"Da wird Diskriminierung mit Diskriminierung bekämpft"

Tanja arbeitet mit Flüchtlingen und feiert im "White Rabbit" – einem Club, der Flüchtlinge nicht mehr rein lassen wollte.

Interview: Sarah Beha

Vergangenes Wochenende wurde bekannt, dass viele Clubs in Freiburg, einer Studentenstadt, die eigentlich für ihre weltoffene Art bekannt ist, keine Flüchtlinge mehr einlassen. Tanja, 24, lebt seit ihrer Kindheit in Freiburg, engagiert sich ehrenamtlich in der Flüchtlings- und Bildungsarbeit und geht regelmäßig in den linksalternativen Club „White Rabbit“. Dort soll es laut einer internen E-Mail der Betreiber zu Vorfällen mit Geflüchteten gekommen sein, darunter Messerangriffe, sexuelle Belästigung und Taschendiebstähle. Der Club dachte daraufhin an ein generelles Einlassverbot für Asylbewerber, hat davon inzwischen aber wieder Abstand genommen.

jetzt: Tanja, wie hast du reagiert, als du gelesen hast, dass ausgerechnet das "White Rabbit", vorerst keine Menschen mehr reinlassen werde, die nur eine Aufenthaltsgestattung besitzen?

Tanja: Ich war erst mal erstaunt, dass bei der Diskussion, die sich ja auf mehrere Clubs bezieht, so stark auf diesen Club geschaut wird. Und ich bin an sich enttäuscht, dass nur über die Probleme gesprochen wird. Das "White Rabbit" möchte nun einen obligatorischen Clubausweis einführen, also einen Ausweis, den jeder bekommen kann, der sich gegen Sexismus, Diskriminierung und Gewalt ausspricht. In diesem Fall wird also bereits an einem Lösungsansatz gearbeitet. Das ist bei der Diskussion ein bisschen untergegangen.

Außerdem war ich einfach total überrascht, weil ich in letzter Zeit oft im "White Rabbit" war und von solchen Vorfällen persönlich nichts mitbekommen habe, wobei mir die Problematik schon auch bewusst ist.

Inwiefern?

Naja, dass Leute, Flüchtlinge wie Deutsche, penetrant werden. Aber eigentlich ist mir das weniger im "White Rabbit" passiert. Dort hängen schon seit fast einem Jahr überall Schilder, die darauf hinweisen, dass man Belästigungen nicht toleriert und dass man auf sich aufmerksam machen soll, wenn man sich unwohl fühlt.

Außerdem wurden ich und ein Freund vor kurzem von zwei jungen Männern angesprochen, die uns in ein Gespräch verwickeln wollten. Bis jemand vom Personal zu uns kam und meinte, dass wir nicht darauf eingehen sollten, weil sie die beiden schon länger im Verdacht hätten, Wertsachen zu stehlen und dass es an sich vermehrt zu Taschendiebstählen im Club käme und man noch überlegen müsse, wie man das wieder in den Griff bekomme.

Also hast du ja doch etwas mitbekommen.

Mein Hauptproblem ist, dass ich ja nicht die Ausweise der beiden gesehen habe. Sie haben fließend Französisch geredet und Deutsch verstanden und ich finde es einfach wahnsinnig schwierig, da gleich zu pauschalisieren. Ich kann nicht einfach davon ausgehen, dass es sich bei den beiden um Flüchtlinge handelt. Das macht auch in der Integrationsarbeit, bei der ich mich engagiere, total viel kaputt. Wir versuchen, Menschen zu integrieren und ihnen einen Teil unseres Lebens zu zeigen und plötzlich kommen die Jungs nicht mal mehr in einen Club rein und Menschen begegnen ihnen feindlich. Deswegen bin ich sehr vorsichtig mit meinen Äußerungen, weil ich die Konsequenzen schwer abschätzbar finde.

Aber Probleme sollte man doch ansprechen.

Ja, ich möchte auch nichts kleinreden. Aber man sollte die Probleme möglichst professionell angehen. Also zum Beispiel als Clubbesitzer auch die Polizei rufen, wenn etwas vorfällt, damit Personalien aufgenommen werden können und es irgendwann auch verlässliche Zahlen gibt, die auf Fakten und nicht auf Vermutungen basieren.

Sind denn diese Clubausweise, die es bald geben soll, ein guter Ansatzpunkt?

Ich kann es mir ehrlich gesagt noch nicht vorstellen. Ich finde die Idee sehr wichtig, weil die Betreiber damit sagen, dass die Lösung, die sie jetzt gefunden haben, nicht so bleiben kann - da beziehen sie klar Stellung. Aber ich kann es mir

praktisch nicht vorstellen. Da liegt dann der Ausweis, man unterschreibt etwas und dann darf man rein. Ich weiß nicht, ob damit wirklich genug sensibilisiert wird. Aber an sich tut solche Aufklärungsarbeit bestimmt allen Clubbesuchern, und sicherlich nicht nur Flüchtlingen, gut.

Dass ausländisch aussehende Männer nicht in einen Club reinkommen, habe ich aber schon oft erlebt. Ich war an Weihnachten in einem anderen linksalternativen Club in Freiburg mit einem Flüchtling, der nur vorläufige Ausweisdokumente besaß. Er kam nur rein, weil er mit mir da war. Er musste direkt seine Papiere zeigen und ich wurde noch nicht mal nach meinem Ausweis gefragt. Ich finde es sehr gefährlich, wenn man Leute nach ihrem Aussehen selektiert. Und man so tut, als sei das in Ordnung, um Frauen zu schützen. Da wird Diskriminierung mit Diskriminierung bekämpft.

Wie ist denn an sich die Stimmung in Freiburg?

Ach ich glaube, Freiburg wirkt immer nur nach Außen hin sehr tolerant. Da gibt es auch genügend konservativ oder rechts denkende Menschen. Ich merke seit Köln, dass die Stimmung bei manchen Freunden ganz schnell kippt. Oder dass Mädchen nicht mehr feiern gehen wollen oder nur noch in einer Gruppe, obwohl bei ihnen nie etwas vorgefallen ist, einfach nur wegen der Berichterstattung. Bei Freunden, die auch in der Bildungs- und Flüchtlingsarbeit tätig sind, ist dieses Unwohlsein sehr viel weniger ausgeprägt. Sie können Situationen einfach besser einschätzen und denken nicht bei jedem ausländisch aussehenden Menschen, der ihnen auf der Straße begegnet, gleich an irgendetwas Fremdes oder Bedrohliches.

Fünf vor acht / Flüchtlingspolitik: Merkels "Wir schaffen das" überzeugt nicht mehr

Eine Kolumne von [Theo Sommer](#)

Umverteilung der Flüchtlinge auf alle 28 EU-Staaten, Schutz der EU-Außengrenzen, Bekämpfung der Fluchtursachen – die Kanzlerin setzt auf Europa. Wie lange noch?

26. Januar 2016, 7:52 Uhr [424 Kommentare](#)

Es wird einsam um die Bundeskanzlerin, auch wenn sie dies nicht wahrhaben will. Die Heimatfront wankt – nicht nur in der CSU, sondern von Tag zu Tag stärker in ihrer eigenen CDU und zugleich beim Koalitionspartner SPD. Die Öffentlichkeit steht nur noch zu einem Drittel hinter ihr. Der Gefühlsüberschwang der sommerlichen Willkommenskultur weicht der Verunsicherung, der Furcht vor Staatsversagen und der Angst vor gesellschaftlicher Überforderung. Angela Merkels "Wir schaffen das" überzeugt nicht mehr angesichts der Schwierigkeiten, den Anspruch in die Wirklichkeit umzusetzen. Schon gar nicht, wenn der Ansturm der Flüchtlinge im neuen Jahr unvermindert anhalten sollte.

Auch innerhalb der Europäischen Union brechen Merkel die Partner weg. Die Dänen haben ihr Land dicht gemacht; die Schweden sahen sich gezwungen, ihre Grenzen für Flüchtlinge zu schließen; zuletzt hat Österreich eine Obergrenze für die Aufnahme von Asylsuchenden festgelegt: 37.500 sollen es im Jahr nur sein. (Auf die Bundesrepublik hochgerechnet wären das 400.000 – doppelt so viele, wie dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer vorschweben.) Die Osteuropäer sperren sich sowieso; die Briten wollen bis 2020 ganze 20.000 Flüchtlinge aufnehmen; den Amerikanern, deren unglückselige Irak-Politik den Orient ins Chaos gestürzt hat, sind schon die von Obama anvisierten 10.000 im laufenden Haushaltsjahr ein Stein des Anstoßes. Rom aber bemüht sich, das Dublin-Abkommen auszuhebeln, demzufolge Flüchtlinge ihre Asylgesuche in dem EU-Land einzureichen haben, das sie als erstes betreten und wohin sie aus anderen Ländern auch zurückgeschickt werden können – eine für Italien wie Griechenland unerträgliche Last. Deutschland allein zu Haus? In der Tat.

Noch setzt die Kanzlerin auf Europa, um ihre drei Ziele zu erreichen: eine Umverteilung der Flüchtlinge auf alle 28 EU-Staaten, einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen und die Bekämpfung der Fluchtursachen. Aber allmählich müsste ihr wohl dämmern, dass verlassen ist, wer sich auf Europa verlässt.

Alle sperren sich gegen eine faire Verteilung der Ankömmlinge – und das, obwohl es nur um 160.000 Flüchtlinge geht, nicht um die bereits angekommene Million. Um den Schutz der Außengrenzen ist es nicht besser bestellt. Ihn soll vor allen Dingen die Türkei leisten. Von ihr wird erwartet, dass sie die Küsten bewacht, die Schleuser stoppt und Flüchtlinge zurücknimmt. Doch von den drei Milliarden Euro, die ihr dafür versprochen wurden, sind gerade erst 81 Millionen im EU-Klingelbeutel; um den Rest wird gestritten. Auch die viel gepriesenen Hotspots, die geplanten Registrierungszentren in Griechenland, die den Flüchtlingszuzug stoppen sollen, nehmen nur langsam Gestalt an. Die Bekämpfung der Fluchtursachen aber, die Befriedung Syriens und des Iraks, lässt weiter auf sich warten. Die angestrebten Friedensverhandlungen sind durch die Zuspitzung des saudisch-iranischen Konflikts wie durch die gegensätzlichen Vorstellungen der Russen und Amerikaner von vornherein belastet; eine Übereinkunft wird nicht rasch zu erreichen sein – und erst recht nicht deren Umsetzung im verminten Gelände des Mittleren Ostens. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) ist denn auch nicht der Einzige, der nicht länger an eine europäische Lösung glaubt.

Angela Merkel hat inzwischen eingesehen, dass ihr nicht mehr viel Zeit bleibt, um daraus Folgerungen zu ziehen. Noch wehrt sie sich gegen Obergrenzen, Kontingente, Orientierungsrahmen oder Richtwerte. Immerhin

hat sie sich zu der Einsicht durchgerungen, dass der Zuzug der Flüchtlinge reduziert werden müsse. "Das wird Zeit, Kraft und Geld kosten", sagte sie schon in ihrer Neujahrsansprache.

Es ist dies noch kein Kurswechsel; an ihrem "Grundansatz" will die Bundeskanzlerin festhalten. Aber es ist ein erster Schritt zu der Erkenntnis, dass wir nicht jedem ein freundliches Gesicht zeigen können; dass die moralisch so hehre grenzenlose Humanität den gesellschaftlichen Frieden gefährdet und die Demokratie untergräbt; und dass ein sturer deutscher Alleingang die Europäische Union sprengen könnte.

In seiner viel zu wenig beachteten [Rede beim Davoser Weltwirtschaftsforum](#) hat Bundespräsident Joachim Gauck der Regierungschefin einige bittere Wahrheiten ins Stammbuch geschrieben. Kernsätze:

"Die Politik hat das Interesse der Bürger am Fortbestand eines funktionierenden Gemeinwesens nun zu verbinden mit dem humanen Ansatz, Schutzbedürftigen zu helfen. Das kann gegebenenfalls bedeuten, dass Politik Begrenzungsstrategien entwickeln und durchsetzen muss."

"Eine Begrenzungsstrategie kann moralisch und politisch sogar geboten sein, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten. Sie kann auch geboten sein, um die Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft für eine menschenfreundliche Aufnahme der Flüchtlinge zu sichern. So gesehen ist Begrenzung nicht per se unethisch: Begrenzung hilft, Akzeptanz zu erhalten."

"Gerade weil wir möglichst vielen Schutz bieten wollen, werden wir – so problematisch und tragisch das gelegentlich sein mag – nicht alle aufnehmen können. Und dann noch eines: Wenn nicht Demokraten über Begrenzungen reden wollen, wird Populisten und Fremdenfeinden das Feld überlassen."

Wie aber kann und soll eine spürbare Begrenzung des Zuzugs erreicht werden? In Berlin rauchen die Köpfe, um nach dem Scheitern von Merkels Plan A einen Plan A2 oder Plan B zu ertüfeln. Eine große Lösung durch einen europäischen Migrationsfonds? Ein Mini-Schengen, wenn die Sicherung der Außengrenzen nicht funktioniert? Grenzschießung? Erklärung der Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern? Oder aber, was einigen kühnen Vorausdenkern durch den Kopf geht: Deutschland zahlt alles, geht allein voran, wenn kein europäischer Finanzierungsschlüssel gefunden wird? Es zahlt für die Türkei, für die Flüchtlingslager im Libanon und in Jordanien. Außerdem nimmt es viel Geld in die Hand, um die Flüchtlinge rasch zu integrieren – ihnen Deutsch beizubringen, sie zu akkulturieren und in Lohn und Brot zu bringen.

Nach dem EU-Gipfel Mitte Februar – vier Wochen vor drei Landtagswahlen – will Angela Merkel eine "Zwischenbilanz" ziehen. Doch eine Zwischenbilanz wird nicht reichen – die Kanzlerin muss Entscheidungen treffen über eine neue Flüchtlingspolitik. Viel Zeit hat sie nicht mehr.

Die Flüchtlingsfrage wird für die Bundeskanzlerin zur Nagelprobe. Sie steht vor der schwierigsten Wahl, vor die ein Politiker gestellt werden kann: umfallen oder fallen.

138,27

Must Athens do more to protect EU's outer borders?

Several of the EU's interior ministers have accused Greece of allowing too many refugees to enter the EU. Athens for its part complains that it has received too little help in policing the outer borders. Are the accusations against Greece justified or is it just a scapegoat?

DEUTSCHLANDFUNK (DE) / 26 January 2016

Greece can't do the job all on its own

Simply upping the pressure on Greece won't be enough to stem the influx of refugees, the public broadcaster Deutschlandfunk argues :

“Greece is now receiving help, but it must also do more to get its homework done on its own. At the moment Athens has no great interest in stopping asylum seekers on their uncontrolled, unregistered way north. The increasingly unobvious hints from a number of EU countries that if Greece acts too slowly or not at all it could find itself outside the Schengen Area increase the pressure on the country. .. But even a perfectly functioning Greek external border can only fulfill its purpose if two conditions are met: Turkey must not just let anyone who feels like it travel to Europe and must take back those ineligible for asylum. And those with a right to asylum must be fairly distributed throughout Europe.”

DELO (SI) / 26 January 2016

Athens gets all the blame

The EU is blaming its own failures on defenceless Greece, comments the centre-left daily Delo angrily:

“It looks as if Greece has become the scapegoat for the entire EU's incompetence in the refugee crisis that is determining so many people's fates. Schengen is about to collapse because relatively small Greece can't manage to stop the historical flood of refugees. The fact that Europe is facing the loss of one of its greatest achievements of the post-war era is down to the EU, which is not prepared to implement a comprehensive solution that includes action in the countries of origin. A solution that provides help for the refugees in the Middle East and foresees a distribution of the burden among the EU countries.”

CORRIERE DELLA SERA (IT) / 26 January 2016

How to stop boats full of refugees?

Demands for the sea borders to be closed off are not just inhumane but also absurd, the liberal conservative daily Corriere della Sera argues:

“The memory of the lifeless body of little Alan Kurdi which was found on the Bodrum beach in September has faded. The wave of sympathy has subsided, and with it the willingness to generously take in an unlimited number of Syrian refugees, as announced by Angela Merkel. The chancellor has had to bow to the pressure even though dozens of migrant children are dying in the Aegean Sea today. However, the chosen path is not just a fatal blow for Schengen but also seems unfair to Italy and Greece. Germany and Austria can police the land routes with border controls if they want to. But what are Italy and Greece supposed to do when faced with a boatful of refugees that threatens to sink in the attempt to reach their coast? Shout 'stop!' because Schengen has been suspended elsewhere, and let everyone on board drown?”

NAFTEMPORIKI (GR) / 26 January 2016

EU's patience is at an end

The interior ministers of Germany and Austria are threatening to expel Greece from the Schengen Area if it doesn't stop refugees from entering the EU. The conservative daily Naftemporiki complains that Athens has already tested the other member states' patience too often:

“In any case such a move would be a harsh punishment indeed, and would officially make us a 'second class' member. That would be very unpleasant for the Greek citizens and dangerous for the entire Union, because it would represent a further step toward abolishing the principle of the free movement of people and goods on which the community is based. And we would be the ones who bore the responsibility for such a development. Not because we haven't controlled our borders, but because we've done so much to alienate our allies in the EU. ... Only the government can't see that.”

138,28

Migrationsforscher Borjas

„Eine Million Flüchtlinge sind gewiss zu viel“

Politik und Medien beschönigen die Erfolge der Einwanderung, sagt der Ökonom. Die guten Erfahrungen, die Amerika in den 1920er Jahren gemacht hat, lassen sich nicht übertragen. Ein Interview.

26.01.2016, von WINAND VON PETERSDORFF, WASHINGTON

Herr Professor Borjas, Politiker und vor allem Ökonomen streichen die Vorzüge der Immigration heraus - besonders für aufnehmende Länder. Schlicht gefragt: Ist Immigration gut?



Autor: Winand von Petersdorff-Campen, Wirtschaftskorrespondent in Washington. Folgen:

Das hängt davon ab, wer betroffen ist. Wenn wir unterstellen, dass die Einwanderer nach Deutschland so zusammengesetzt sind, dass sie die Arbeiten übernehmen, die die Einheimischen nicht machen wollen, dann profitieren die Deutschen sehr davon. Sie als Journalist könnten sich voll und ganz darauf konzentrieren, Artikel zu schreiben und besser in Ihrer Profession zu werden.

Während die Immigranten den Müll entsorgen und das Haus putzen?

Genau. Man stelle sich aber stattdessen vor, die Zuwanderer seien alles qualifizierte Journalisten, die dank „Google Translater“ gute Artikel auf Deutsch schreiben können. Dann könnte Ihr Arbeitgeber auf die Idee kommen, dass Sie überbezahlt sind. Er könnte Ihren Lohn kürzen. Was ich damit sagen will, ist Folgendes: Immigration produziert stets Gewinner und Verlierer. Und die Gewinner sind tendenziell diejenigen, die Einwanderer beschäftigen, die ihre Produkte kaufen können. Die Verlierer sind diejenigen, die mit den Einwanderern um Arbeitsplätze und Löhne konkurrieren müssen.



© PRIVAT  George Borjas, Wirtschaftswissenschaftler und Migrationsforscher aus Harvard

Was kommt dabei unterm Strich für die gesamte Volkswirtschaft heraus?

Die ökonomischen Gesetze sagen, dass die Gewinne der Gewinner die Verluste der Verlierer übersteigen. Was für den Welthandel gilt, gilt auch für die Immigration. Nicht alle profitieren, aber in der Summe ist der ökonomische Effekt positiv, allerdings nur, wenn man allein den Arbeitsmarkt betrachtet. Das Ergebnis wird allerdings viel weniger eindeutig, wenn man zusätzlich etwa die Auswirkungen für den Wohlfahrtsstaat einkalkuliert. Fest steht: Die verbreitete Idee, dass Einwanderung für jedermann gut ist, ist schlicht falsch.

Sie selbst sind kubanischer Flüchtling. Sie haben es zum Harvard-Professor gebracht. Sind Sie nicht der lebende Beweis dafür, dass Immigration gut ist?

Für mich persönlich war sie sogar extrem gut. Ich hoffe, mein Wirken hier hat Amerika genutzt, was schon weniger klar ist. Und ob es für meine alte Heimat Kuba gut ist, sei dahingestellt. Wenn Ärzte aus Afrika auswandern, nützt es ihnen, ihrer neuen Heimat. Aber nicht ihrem Herkunftsland. Immigration produziert stets Kosten, die jemand tragen muss.

Sind nicht Auswanderer per se mit Mut, Energie und Weitsicht gesegnet und damit von vornherein nützlich für ihre neue Heimat?

Das ist ein Mythos. Die klügsten und besten Köpfe aus dem Hochsteuerland Dänemark haben vielleicht einen Anreiz, nach Amerika zu gehen, weil sie dort ihre Fähigkeiten besser versilbern können. In vielen Schwellenländern geht es den Eliten bestens, sie bleiben. Schlecht geht es den Armen, die deshalb das Weite suchen. Jeder Immigrant macht seine persönliche Kalkulation.

Kehren im Zeitalter der Mobilität viele wieder in die Heimat zurück?

Nichts ist so permanent wie Gastarbeiter, lautet ein geflügeltes Wort in unserem Metier. Warum sollte ein Einwanderer in seine Heimat zurückkehren, wo die Verhältnisse so viel schlechter sind?

Vielleicht, weil er ein Patriot ist?

Vielleicht. Die große Mehrheit derjenigen, die nicht weg müssen, bleibt. Ein indischer Computingingenieur im Silicon Valley findet anderswo keine vergleichbaren Bedingungen. Welchen Anreiz hätte er, heimzugehen?

Macht es einen Unterschied, ob die Menschen, die derzeit nach Deutschland kommen, aus islamischen Ländern kommen?

Natürlich macht es einen Unterschied. Man verschließt seine Augen, wenn man das nicht sieht. Als die Gastarbeiter nach Deutschland kamen, hat der Schriftsteller **Max Frisch** gesagt: Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen. Das fängt die gesamte Komplexität des Problems ein.

Nach Amerika kamen Menschen aus aller Herren Ländern. Und es scheint gut funktioniert zu haben.

Ich kenne das Argument aus Deutschland: Wenn wir es wie die Amerikaner machen, dann wird es schon funktionieren. Das führt leider vollständig in die Irre.

Warum?

Die Integration verdankt ihren Erfolg besonderen sozialen, kulturellen und ökonomischen Umständen. Die Einwanderer, die vor mehr als hundert Jahren nach Amerika kamen, fanden Arbeit in den Fabriken, die gerade entstanden. Die Arbeiter in den Ford-Fabriken im Jahr 1915 waren zu drei Viertel im Ausland geboren. Was passierte mit diesen Arbeitsplätzen? Sie wurden gewerkschaftlich organisiert. Sie hatten bald gutbezahlte Stellen, die die Arbeiter an ihre Söhne und Enkel vererbten. Für die Immigranten waren diese Jobs der Einstieg in die Mittelschicht. Heute warten Jobs im Sektorservice und der Gastronomie auf die Immigranten.

Und heute vererben die Einwanderer nur ihre Jobs bei McDonald's weiter?

Das ist ziemlich unklar. Die Arbeitsplätze, die die Assimilation der Immigranten so maßgeblich erleichtert haben, sind jedenfalls verschwunden. Ein anderer Punkt, interessant für Deutsche: Die Deutschen stellten einen großen Teil der Einwanderer um die Jahrhundertwende. Deutschland hat dann zwei Weltkriege mit Amerika gefochten. Deshalb wurde den Deutschen in vielen Bezirken verboten, deutsch zu sprechen. Damals verschwanden auch deutsche Zeitungen.

Sie sagen damit, dass die Strafmaßnahmen die Assimilation der Einwanderer erleichtert haben?

Ja, die Deutschen mussten sich entscheiden, ob sie Amerikaner sein wollten. Das galt im Zweiten Weltkrieg auch für die Italiener. Und noch ein wichtiger Punkt: Assimilation selbst war vor 120 Jahren politisch und kulturell völlig unumstritten. Anders als heute: 2010 hat der türkische Premier **Tayyip Erdogan** eine Rede in Deutschland gehalten mit dem Kernsatz: Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das ist starkes Statement.

Worauf wollen Sie damit hinaus?

Die Ideologie hinter dem Begriff Assimilation war vor 120 Jahren ganz anders als heute. Niemand hat Anpassung als Sünde angesehen. Niemand hat damals ein multikulturelles Leben als etwa Optimales betrachtet. Generell gilt: Nur weil etwas in Amerika im 19. Jahrhundert funktioniert hat, muss es nicht heute in Deutschland funktionieren. Es wäre heute noch nicht einmal in den Vereinigten Staaten reproduzierbar.

Ist Amerikas Geschichte der Einwanderung eine Erfolgsgeschichte?

Historisch eindeutig ja. Doch im Amerika von heute werden Immigranten längst nicht mehr so schnell integriert wie früher. Sie lernen nicht mehr so schnell Englisch, und es dauert länger, bis sich ihre Löhne an das durchschnittliche Niveau angepasst haben. Und noch etwas: In den Vereinigten Staaten gab es zwischen 1920 und Ende der fünfziger Jahr so gut wie keine Zuwanderung. Das hatte natürlich auch einen Einfluss auf die Homogenität der Bevölkerung.

Viele Ihrer Kollegen teilen Ihre Skepsis in Bezug auf die Resultate der Immigration nicht und verweisen auf eine bahnbrechende Studie, die mit Ihrer alten Heimat zusammenhängt.

Ich weiß, worauf Sie hinaus wollen.

Im Jahr 1980 siedelten sich binnen weniger Wochen 125.000 kubanische Immigranten im Großraum Miami an, um die 70 Prozent ohne Schulabschluss. Sie durften sofort arbeiten. Die simple Logik wäre gewesen, dass die Kubaner die Löhne gedrückt hätten. Der Autor, der bekannte Ökonom David Card, sagt dagegen, das sei schlicht nicht passiert.

Ha, Cards Studie war höchst einflussreich. Heute würde man sie nicht mehr so machen. Ich habe 2015 aus den gleichen Datensätzen in einer repräsentativen Studie herausgefunden, dass die Löhne der Unqualifizierten im Miami dramatisch gesunken sind durch die kubanische Konkurrenz. David Card hatte nicht die unqualifizierten Arbeitnehmer, sondern den gesamten Arbeitsmarkt von Miami untersucht, der allen möglichen Einflüssen unterlag. Ich habe ohnehin folgende Feststellung gemacht, was die Immigrationsforschung generell angeht: Sobald man näher an jene Gruppen herangeht, die von Immigration betroffen sind, desto klarer werden die Ergebnisse, desto deutlicher sieht man die Verlierer.

Gibt es nach Ihrer Ansicht ein Bedürfnis der Eliten, die Herausforderungen, die mit Migration verbunden sind, herunterzuspielen?

Ich arbeite an einem Buch, das dieses Jahr erscheinen wird. Darin dokumentiere ich Vorfälle, in denen die von Politik und Medien verbreitete Aussage, Immigration sei gut für alle, durch manipulierte Daten untermauert wird und durch die Tendenz, unbequeme Fakten zu verheimlichen.

In Amerika findet Donald Trump im Vorwahlkampf überraschend starke Zustimmung mit abwertenden Bemerkungen über Mexikaner und den Ankündigungen, er werde eine Mauer zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko errichten und elf Millionen Illegale aus Amerika ausweisen. Warum findet er so viel Zuspruch?

Die Amerikaner reagieren so zustimmend, weil sie das Gefühl plagt, Amerika habe die Kontrolle über seine Grenzen verloren. Jetzt wurde eine Regierungsstudie öffentlich, der zufolge aktuell eine halbe Million Menschen in Amerika geblieben sind, obwohl ihr Visum abgelaufen ist. Das verstärkt das Gefühl des Kontrollverlusts. Es berührt die Frage der Souveränität eines Landes. Die Amerikaner wollen nicht in einem Land mit offenen Grenzen leben.

Sie fordern aber keine Mauer, oder?

Ich weiß nicht, welche Politik die beste wäre. Wer das Immigrationssystem reformieren und auf die Sorgen vieler reagieren will, muss zunächst Vorschläge präsentieren, wie er die Zuwanderung unter Kontrolle bekommt. Sobald das Gefühl da ist, dass die Regierung die Kontrolle zurückerlangt hat, wird sich die Wahrnehmung der Immigration dramatisch ändern: Die Leute werden viel eher bereit sein, die Vorzüge der Einwanderung zu würdigen.

Sie sehen eine Verbindung zu Deutschland?

Deutschland hat die Kontrolle über seine Grenzen verloren, Ganz Europa hat die Kontrolle verloren. Das ist ein Teil des Problems. Ab wann überfordert eine hohe Anzahl an Flüchtlingen ein aufnehmendes Land? Sind zehn Millionen zu viel? Oder hundert Millionen?

Was ist Ihre Antwort?

Ich weiß es nicht. Eine Million ist gewiss zu viel, wenn man die politische Reaktion in Deutschland in Betracht zieht. Amerika lässt genauso viele ins Land, hat aber eine viermal so große Bevölkerung. Der Kontrollverlust hat soziale und politische Konsequenzen. Es erstarken Kräfte, die die politische Landschaft völlig verändern könnten. Darüber sollte sich Deutschland Sorgen machen.

Ist nicht alles viel einfacher: Die Flüchtlinge sind in Not, sie brauchen Hilfe?

Ich sympathisiere mit den Flüchtlingen. Ich bin schließlich selbst einer. Nur: Die guten Taten haben Folgen. Dafür will ich sensibilisieren.

Einverstanden. Aber Deutschland hat nun einmal die Flüchtlinge. Sie werden nicht ausgewiesen werden. Also wird man pragmatisch mit der Herausforderung umgehen müssen. Wie am besten?

Bevor man sich Gedanken über die beste Integrationspolitik macht, muss man die Zuwanderung unter Kontrolle bekommen. Wenn Deutschland das nicht in Griff bekommt, muss sich das Land statt über eine Million nächstes Jahr über zwei oder drei Millionen Flüchtlinge Gedanken machen. Damit wäre das Land überfordert.

Quelle: F.A.Z.

For good or ill

Europe's new arrivals will probably dent public finances, but not wages

Jan 23rd 2016 | [From the print edition](#)

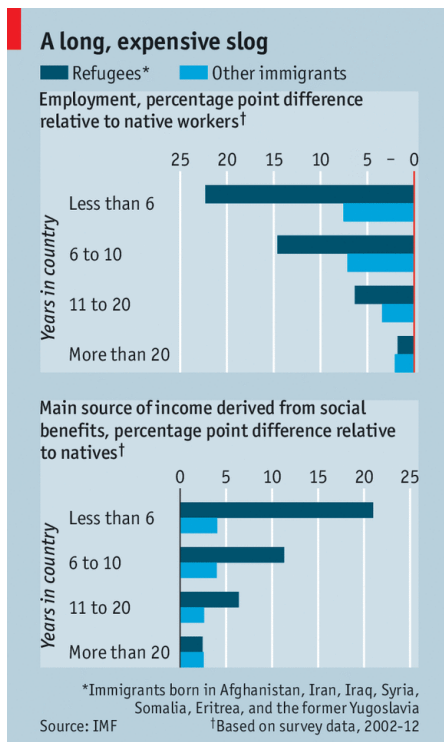
THE welcome accorded the 1.1m refugees arriving in Germany in 2015 is cooling fast. On January 19th 44 members of parliament in the governing coalition sent a cross letter to their boss, Angela Merkel, who is the refugees' chief advocate. "Our country is about to be overwhelmed," they complained. Yet more migrants may be on their way: there are 8m displaced people within Syria, and 4m more in neighbouring countries.

Humanity dictates that the rich world admit refugees, irrespective of the economic impact. But the economics of the influx still matters, not least because it colours perceptions of the new arrivals. One fear is that immigrants will compete for work and drag down wages. Another is that they will pinch the public purse.

When it comes to their pay packets, Germans need not fret. Evidence suggests that immigration has only a small impact on employment or wages. Unskilled workers and existing migrants are most vulnerable, as they are the closest substitutes for the new arrivals. But the effects are still measly. For example, a recent paper by Stephen Nickell of Oxford University and Jumana Saleheen of the Bank of England found that a ten-percentage-point rise in the share of migrants working in menial jobs, such as cleaning, depressed wages for such positions by just 2%.

This wage-dampening can even have positive side-effects. Mette Foged and Giovanni Peri studied refugees arriving in Denmark between 1991 and 2008, and found that they did nudge low-educated natives out of lowly jobs. But rather than sulking on the dole, the displaced natives switched to jobs that involved less manual labour, sometimes with higher salaries.

The evidence on the likely fiscal impact of refugees is murkier, as adding up the tax paid and benefits received by any individual or group is tricky. Those who try tend to find only small differences between immigrants and natives. The OECD, a club of mostly rich countries, assessed the effect of immigrants on its members' finances in 2007-09. It found they made a net fiscal contribution of around 0.35% of GDP on average, with relatively little variation from country to country.



Economist.com

But the experience of past immigrants may not be much use in assessing the impact of the new lot. Immigrants were a fiscal burden in Germany in part because lots of them are pensioners, who tend to drain the public finances. The new arrivals, in contrast, are young, with a long working life ahead of them.

There are also differences between refugees and other legal migrants. A new paper from the IMF uses existing immigrants to Europe from Afghanistan, Eritrea, Iran, Iraq, Somalia, Syria and the former Yugoslavia as proxies for the latest wave of refugees, since most of them come from those countries. Relative to other immigrants, people from those countries who have been in Europe for less than six years are 17 percentage points more likely to rely on benefits as their main source of income and 15 percentage points less likely to be employed, even after controlling for things like age, education and gender. This gap does shrink the longer the migrants have been in Europe, but it is still there for refugees who have been in residence for more than 20 years.

These barriers suggest that it will be a while before refugees pay more in tax than they receive in state support. A study of Australian refugees found that they paid less tax than they received in benefits for their first 15-20 years of residency. Of course, the newest arrivals in Europe could be very different. Information on their education is scarce, but there are some glimmers of evidence that they are relatively skilled. Still, given that most European countries redistribute income from rich to poor, as long as they are poorer than the average native, they will probably receive net transfers.

The influx will not be bank-breaking, however. In the very short run, the IMF estimates that refugees will add around 0.19% of GDP to public expenditure in the European Union (0.35% in Germany) in 2016. This will add to public debt, and given higher joblessness among refugees, unemployment will rise. But looking only at their fiscal impact is too narrow a focus. Later on, as the new arrivals integrate into the workforce, they are expected to boost annual output by 0.1% for the EU as a whole, and 0.3% in Germany. They should also help (a little bit) to reverse the upward creep of the cost of state pensions as a share of GDP, given their relative youth.

Of course, these figures are highly uncertain, and depend on how many more refugees arrive, how quickly their asylum applications are processed and how soon they find jobs. Governments can make their impact more benign by accelerating all those steps.

138,34

The Isolated Chancellor: What Is Driving Angela Merkel?

By Markus Feldenkirchen and René Pfister January 25



Chancellor Angela Merkel spent a decade amassing political capital. Now, with the refugee crisis showing no signs of abating, she has decided to spend it. With her legacy in the balance, she has finally found an issue to fight for. But why now?

On a Sunday evening in early January, Angela Merkel went to a piano concert by Antonio Acunto in the Konzerthaus on Berlin's beautiful Gendarmenmarkt. The program included works from Chopin, Rachmaninoff and Schumann, but the chancellor didn't just come for the music. It was also for a good cause and to show support. The concert was a benefit for the refugees. Her refugees.

Shortly before the concert began, Merkel saw an old acquaintance: Reverend Rainer Eppelmann. In 1990, Eppelmann was head of the Democratic Awakening, a party formed in East Germany soon after the fall of the Berlin Wall, and Merkel was its spokesperson. The party was ultimately folded into the Christian Democratic Union, of which Merkel is now the head.

At the concert, Eppelmann told Merkel how courageous and wonderful he thought her refugee policies were. Given the situation in which Merkel is now in, Eppelmann said, he finds himself thinking often about **his favorite quote from the former Czech president and writer Vaclav Havel. "Hope is not the conviction that something will turn out well, but the certainty that something makes sense, regardless of how it turns out."**

The concert began and Merkel listened to a melancholic Chopin ballad in G-minor. When the intermission arrived, she jumped up from her chair and walked directly over to Eppelmann. She asked: "How did that quote about hope go again?"

It is completely unclear how the experiment will end that the German chancellor has forced upon the European Continent, upon her fellow citizens and, not least, upon her party. Her decision late last summer to open the German border to refugees transformed Merkel into a historic figure. It was the most consequential decision of her entire decade in office. The US newsmagazine *Time* named her Person of the Year and in the fall, she was widely considered to be in the running for the Nobel Peace Prize.

Since then, the mood has shifted, and not just in Germany. To prevent "a rebirth of 1930s-style political violence," New York Times columnist Ross Douthat recently wrote, "Angela Merkel must go."

Within Merkel's conservatives, there are those who have begun envisioning a government without the party's current leader. At the beginning of last week, Transportation Minister Alexander Dobrindt, a member of the Christian Social Union (CSU), the Bavarian sister party to Merkel's Christian Democratic Union (CDU), openly criticized Merkel, something that generally isn't done. In the past, mutiny on the part of government-level ministers has been a sign that a chancellor may soon be forced out of office.

The Rough Draft of Merkel's Downfall

The screenplay for Merkel's downfall hasn't yet been written, but an initial rough draft already exists. CSU head Horst Seehofer intends to heap pressure on Merkel for as long as it takes until she changes course. He isn't trying to push her out of office, but if she doesn't acquiesce, there are some in the conservative camp who could easily imagine Finance Minister Wolfgang Schäuble taking over the reins of government.

It hasn't come that far yet, but a critical mass is slowly coalescing. In a letter to the chancellor last week, 44 conservative parliamentarians voiced their opposition to Merkel's course. On Wednesday, Austria announced the introduction of a cap on refugees. The chancellor is becoming increasingly isolated.

As much as the decision to open the borders itself, what amazes many observers is the stubbornness with which Merkel has maintained her political course. Neither the terror attacks in Paris nor the sexual assaults on New Year's Eve in Cologne -- neither the indignation of furious German citizens nor the warnings from within her own party -- has led Merkel to question her decision to keep Germany's borders open. It seems as though Angela Merkel -- à la Vaclav Havel -- is convinced that her course of action makes sense. No matter how the situation turns out.

"The German people are going to riot. The German people are going to end up overthrowing that woman," Republican presidential candidate Donald Trump predicted in mid-January. "I don't know what the hell she is thinking."

Trump isn't the only one who has questions. Half the world is wondering what is motivating the German chancellor. What's the answer? What's driving Angela Merkel, a woman who gained power by virtue of her implacable pragmatism and who is now governing so unconditionally? Why has she thus far shown no serious indication that she might shift course on refugee policy despite the fact that her popularity ratings are plummeting and the foundations of her power are crumbling?

Merkel's chief of staff, Peter Altmaier, has a beautiful office in the Chancellery with a view of Berlin's central train station and of the government quarter. But the thick windows keep out the din of the city -- such that the most conspicuous quality of the seat of government is the silence inside. Altmaier is the voice of Merkel's refugee policy, even if, as the interview takes place, he is suffering from a terrible cold. From Merkel's perspective, Altmaier explains, this is what the world looks like: In order to avoid a humanitarian catastrophe late last summer, she had little choice but to open the borders. Now, the task is that of preventing Europe from falling apart. Were Germany to now close its borders, it wouldn't just mark [a failure](#) for Europe's border-free travel regime known as Schengen. The refugee flow would also backup across the Balkans and would destabilize the fragile young democracies there.

A Chain of Political Necessities

Greece would become overrun with desperate refugees from Syria and Iraq while Jordan and Lebanon, which are already hosting almost 2 million refugees, could be pushed to the brink of collapse. The alternative is [a deal with Turkey](#), the country through which almost all the refugees have to travel.

That, at least, is the official version. When speaking with Merkel's people, her refugee policies come across as being entirely rational. Like a chain of political necessities.

One reason that Merkel has been able to stay in the Chancellery for so long is that she has never fought for a larger political project. She had no great political goals. She liked playing the role of crisis chancellor, similar to Helmut Schmidt before her. But now, at this late phase of her rule, she suddenly resembles an early Willy Brandt, the visionary.

It's not that Merkel had no convictions when she moved into the Chancellery in 2005. Having grown up in East Germany, she believed in the power of freedom and of the markets. But because voters weren't particularly enamored of her reform proposals in 2005, she dropped them. And early on, she hardly spoke at all about her East German origins or her faith.

That reticence was an element of her success, enabling her to avoid alienating western Germans, atheists and faithful Catholics. Over time, she rose to become the most popular of all politicians in Germany -- and she remained there. Early last summer, she was way ahead in all of the polls and she had collected a significant amount of political capital. The question was if she would ever spend it.

On July 15, Merkel met a 13-year-old girl named Reem Sahwil at a town meeting in the northern German city of Rostock. The girl had fled to Germany from Lebanon four years before but she was now in danger of being deported. "It is really painful to see others really enjoying life when you can't enjoy life yourself," the girl said.

It was the old Merkel who answered. She didn't want to seem heartless, but she also didn't want to make any promises just because she had stumbled into an awkward situation. "(If we would say) you can all come from Africa, and you can all come -- we couldn't handle that," Merkel stammered. Couldn't handle it. Not long after Merkel finished, Reem began crying and Merkel awkwardly tried to comfort her. In the days that followed, Merkel was accused of being cold-hearted and she was widely criticized on the Internet.

A Lynch-Mob Atmosphere

At the end of August, she and her spokesman Steffen Seibert traveled to Heidenau. The town in Saxony is home to a former DIY store that had been transformed into a refugee shelter -- and in front of which right-wing hooligans had rioted a few days earlier. As Merkel's motorcade pulled up, she was received by a furiously whistling crowd. As she climbed back into her car an hour later, a woman yelled: "Cunt! Get back into your ugly car!" Even much later, Seibert was still talking about [the lynch-mob atmosphere](#).

In the days that followed, something changed in the Chancellery. When Merkel gave her annual summer press conference on August 31, she no longer said that Germany is unable to take everybody. Neither did she speak of the risk of being overwhelmed, like she had in Rostock. "Germany is a strong country," Merkel said. "The motivation with which we should approach these things has to be: We have handled so much. We can handle it!"

Merkel had decided to fight for an issue. She had saved for so long and carefully protected her power -- now she was intent on spending her political capital. It was only then that the Germans began getting to know the real Angela Merkel.

On Sept. 4, she opened up the border to the refugees trapped in Hungary. Later, she said that she had watched on television as people from Syria had gathered in the Keleti train station in Budapest and were then prevented from continuing their journey. She found it outrageous. Merkel decided to allow the refugees to come to Germany. Three days later, she said she was "a bit proud of our country."

From then on, the numbers of refugees coming to Germany began to climb rapidly. Soon, it was 10,000 per day -- and as the influx grew, so too did the number of Merkel's critics. Bavarian Governor Seehofer said that Merkel had made a mistake that would affect Germany for a long time to come. It was a sentence that helped transform the refugee issue into a power struggle. Until then, Merkel had always been flexible. She used to be in favor of general conscription, and then she got rid of it. She was against shutting down Germany's nuclear power plants, and then she was in favor. "But she isn't flexible when she is under pressure," says one of her confidants. "Perhaps that is her greatest blemish."

On Oct. 6, she was sitting in a plane bringing her back to Berlin from a trip to India. She could certainly have used a bit of relaxation, but Merkel wanted to explain herself. She could feel that the questions were becoming more pressing and her answers less convincing.

Everything Was Connected

She had a paper brought to her from the cockpit showing the plane's route from Bangalore to Berlin and, surrounded by reporters, her finger wandered across the map, pointing at Saudi Arabia, Syria, Turkey and Germany. For her, it was more than just a piece of paper, it was confirmation of her policies: a clear indication that Germany could no longer simply isolate itself. To Merkel, it showed that everything was connected to everything else.

The Germans may wish for a time prior to the refugee crisis, but that is a wish she cannot fulfill, Merkel said. Of course she could close the borders, but then masses of people would accumulate in front of the barbed wire. The images would be ugly. Germans, she said, can't even stand it when someone is forced to spend the night outside.

She, though, wanted to combat the causes of the refugee crisis at the roots and cooperate with Turkey, Merkel said. As long as she was leading, Germany would not become a country that intentionally chased away people in need. "I will not become involved in a competition for who can treat the refugees the worst," she said. It is a sentence full of pride, and one with a tiny bit of defiance directed at Seehofer as well.

One day later, in an appearance on a popular prime-time political talk show moderated by Anne Will, she repeated her message from the airplane almost word for word. Merkel, for whom almost nothing is less appealing than being forced to talk on television, smiled often during that talk show. On many other issues, you can see by the way she speaks that she doesn't really care about what she's saying. But on this issue, it is completely different. "She was more passionate than usual," says Will, who has interviewed Merkel several times, in hindsight. During the show, Will says, she often thought to herself: "She seems looser, more unfettered in her choice of words. She seemed at peace with herself, almost gleeful. That was new."

Merkel, of course, also saw the refugee crisis in the light of realpolitik. She has long pursued the goal of stealing centrist voters away from the center-left Social Democrats (SPD). The difficulties the SPD has had in recent years are also a product of Merkel's active involvement in almost all issues near and dear to the left. The CDU has long pursued the goal of ensuring that no party could establish itself to its right on the political spectrum. But, says a close confidant only half joking, "Merkel is the first CDU leader who has pursued the goal of ensuring that no party to the left of the CDU can establish itself."

Yet if it had only been about tactics, Merkel would have abandoned her approach long ago, at the latest when the right-wing populist party Alternative for Germany (AfD) began rising in the polls and her own popularity figures began dropping. There must be a different, more personal motivation, for her unwillingness to change course.

Building a Fence

At the end of October, she went to a summit in Brussels involving the countries along the Balkan Route, the trail used by most refugees to get to Germany. Hungarian Prime Minister Viktor Orbán, who built a barbed wire fence around his country to keep out the migrants, was also there. He saw, and enjoyed, seeing Merkel in a fix. He took the floor and said: "It is only a matter of time before Germany builds a fence. Then I'll have the Europe that I believe is right."

Merkel said nothing at first, a person present at the meeting relates. Only later, after a couple other heads of government had their say, did Merkel turn to Orbán and say: "I lived behind a fence for too long for me to now wish for those times to return." Merkel, the refugee crisis has made clear, has found the courage to justify her politics with her own biography. She no longer wants to be the woman without a face.

Border Controls Inside the Schengen Zone



DER SPIEGEL

Graphic: Moving the Schengen border north.

"It is an astounding late-life friendship," Klaus von Dohnanyi, the Social Democrat and former Hamburg mayor, says of his relationship with Angela Merkel. They meet regularly, usually together with their spouses, and only rarely talk politics. More often, they chat about concerts they have been to recently, visits to the theater and the natural sciences.

Dohnanyi knew Merkel's parents and he believes that her Christian roots are very apparent in her approach to the refugee crisis. "She is the daughter of a socialist pastor. And her mother was an extremely devout woman. Such things are deep within you, they don't just disappear," he says. The Kasner family (Merkel is the name of the chancellor's first husband) adhered to a practical form of theology that involved helping the poor, sick and disadvantaged, Dohnanyi says.

Merkel grew up with the tenet that, if a stranger is standing in the rain before your door, you let him in and help, he continues. "And when you let them in, you don't grimace," Dohnanyi says. "Christians don't do that." Merkel herself recently said something similar. "We hold speeches on Sundays and we talk about values. I am the chair of a Christian political party. And then people come to us from 2,000 kilometers away and then you're supposed to say: You can't show a friendly face here anymore?"

Pastor Eppelmann is likewise convinced that Merkel's approach to the refugee crisis is deeply rooted in her past. "She stands on a solid foundation that was poured in her childhood and youth." He also points out that her childhood home was not a normal Protestant parsonage, rather it was a church-run home for people with disabilities. Angela Kasner grew up surrounded by disabled people who needed to be cared for. "She breathed in empathy like air and oxygen," says Eppelmann.

Later, Eppelmann goes on, Merkel also experienced what it is like to be pushed around by a regime. She initially was not granted a slot at university despite being best in her class. "Such an experience can break a person," Eppelmann says. As such, Merkel can understand what it must be like for people fleeing Islamic State or the regime of Bashar Assad in Syria.

The Protestant Parsonage

The most important element, though, was the evangelical parsonage, emphasizes Eppelmann, who also worked as a pastor in East Germany. One "becomes aware of a certain ethical standards regarding how life should be led." That includes that one shouldn't value oneself more than other people, no matter where they come from, Eppelmann says.

Every day, Jesus and God were discussed in the Kasner household, Eppelmann continues. The daily message was: "Love thy neighbor as yourself. Not just German people. God loves everybody." You should compare the Protestant Church's statement on the refugee crisis with Merkel's words, Eppelmann suggests. "They are virtually identical."

When Merkel spoke to the CDU party convention in the middle of December, her speech was indeed reminiscent of a sermon. She recalled significant CDU achievements from the past, such as binding Germany to the West and reunification, which former chancellors Konrad Adenauer and Helmut Kohl had pushed through against opposition and doubt. Then she presented her own policies as the heir to these miracles of Christian Democracy.

"The founding of the CDU was in reality an outrageous idea," she said. "A party that finds its foundation in C, in the God-given dignity of each individual person. That means that today, it isn't a mass of people that is coming to us. It means they are individuals." When she stopped speaking after an hour, even the doubters and skeptics applauded her speech. For nine full minutes. Only one member of the audience seemed unimpressed: Wolfgang Schäuble, Merkel's finance minister.

Schäuble, despite the sweater thrown over his shirt, is a bit chilly. It is the end of November and Schäuble spent four hours that morning in parliament, where it is always a bit drafty. But he hadn't wanted to leave early. Merkel was delivering her speech on the Chancellery budget and Schäuble didn't want it to look once again as though he wanted nothing to do with her policies.

Only a few days earlier, Schäuble had compared the chancellor to a clumsy skier who triggers an avalanche on a steep slope. It was an image that provided confirmation to those who blame Merkel for the flood of refugees arriving in Europe. In the papers, there were stories claiming that Schäuble was prepared to take over for Merkel if necessary. But is that accurate?

German conservatives believe that only Schäuble would be able to fill Merkel's shoes. He was chief of staff in the Chancellery back when Merkel was still working as a scientist at East Germany's Academy of Sciences. He has also served as interior minister, CDU head and CDU floor leader in parliament. Now, at age 73, he embodies the hopes of those who would like to see the back of Merkel.

Searching for a Cap

Schäuble believes Merkel was right to open up Germany's borders to refugees stranded in Hungary on that night in early September. But he would like to have seen an indication from her at the same time that Germany cannot continue accepting refugees without limits.

In mid-September, he encouraged Interior Minister Thomas de Maizière to demand that a system be created whereby Europe would accept a certain number of refugees -- as a way to cap the numbers coming to Germany. De Maizière took his advice and made the proposal in the form of an interview with DER SPIEGEL that appeared on Sept. 19.

It didn't take long, however, for both SPD head and Vice Chancellor Sigmar Gabriel and Merkel's spokesman Steffen Seibert to distance themselves from de Maizière's proposal, much to Schäuble's chagrin. Not long later, Schäuble had a meeting with Merkel in the Chancellery. You can't just leave de Maizière fluttering in the wind, he complained. Merkel responded that Seibert had no other choice because the SPD, Merkel's junior coalition partner, would not have gone along with de Maizière's proposal. But SPD voters also want to see a reduction in the number of refugees coming to Germany, which is why Gabriel would ultimately come around, Schäuble insisted. "They wouldn't stick to their rejection for even three days," he said.

In recent years, Schäuble has developed an elder-statesmanlike aura, but when it comes to domestic policy, he was long a hardliner. He believes that Merkel pays too little attention to the sensitivities of the right wing. Had it been up to him, he would have drastically cut benefits available to asylum-seekers while demanding that they pay for at least part of their German lessons. Schäuble is uninterested in the fact that Germany's Federal Constitutional Court ruled a few years ago that the state cannot simply continue cutting asylum-seeker benefits. "I'll throw out any constitutional consultant who says such a thing," he growled to his people.

Schäuble has perfected the art of playing the dissident role without openly contradicting the chancellor. He is a loyalist and a rebel at the same time -- which helps explain his popularity and the fact that he has passed up Merkel in the opinion polls. When he was asked by the *Süddeutsche Zeitung* newspaper a few days ago whether he follows Merkel in the refugee crisis out of conviction or out of loyalty, he responded: "You can't ask such a question to an intelligent person." It was another typical Schäuble sentence that allows for a number of different interpretations. Of all senior politicians in Berlin, it is Schäuble who is most likely to play Brutus.

Not long after comparing Merkel to a skier who triggered an avalanche, Schäuble called the chancellor to apologize. But as he often does, he threw in a bit of devilish humor. "Comparing you to a skier was wrong, that hardly fits you," he said. One has to remember that two years ago Merkel broke her pelvis while cross-country skiing despite her extremely slow pace. One can definitely not imagine her powder skiing on a steep slope.

But how far will he go? Merkel's people comfort themselves with the fact that Schäuble has never before risked an open rebellion. He didn't attempt to topple Helmut Kohl when the chancellor refused to make way for a younger generation of CDU politicians in the 1990s. And when Merkel kept Greece in the euro zone against his will, he also declined to revolt.

Coldly Rational

Yet even today, it is difficult for Schäuble to accept his position as number two in the party behind Merkel. It was Schäuble, after all, who promoted Merkel to the position of CDU general secretary back in 1998, only to see her replace him as party chair after he stumbled over the same donation scandal that has tainted Kohl's legacy. In moments of clarity, it is clear to him that he is actually too old to take over the Chancellery. On the other hand, though, wasn't Adenauer also 73 when he became chancellor?

Ultimately, everything depends on CSU head Horst Seehofer. Like Schäuble, his political view is generally a coldly rational one, but at times he too sees the world through the lens of past political affronts, the unavoidable product of a long career in the public eye. Recently, Seehofer has been issuing new threats and ultimatums on a weekly basis. He has the reputation of being a flip-flopper, but in the refugee crisis, he has pursued the same strategy from the very beginning. It is a strategy based on numbers: Germany can accept refugees, but a million each year is too many. No chancellor can hold out long against such an influx, Seehofer believes.

"When the situation drifts completely out of control, it will no longer be possible to restrain the political mood in the country." Seehofer uttered that sentence on Nov. 3, 2015. It was a Tuesday and Seehofer was in the Bavarian representation in Berlin. He had spent the previous weekend in the capital for meetings on the refugee crisis.

One of those meetings was a 10-hour marathon with Merkel in the Chancellery, along with Chief of Staff Altmaier, conservative floor leader Volker Kauder and Gerda Hasselfeldt, who is head of the group of CSU federal parliamentarians from Bavaria. The Bavarians were trying to convince the others of the necessity of capping the number of refugees coming to Germany, but Merkel and Altmaier were having none of it. In the end, they agreed that the number of refugees coming to Germany had to drop. Merkel herself wrote down the decisive sentence.

"The chancellor herself retrieved the paper. It was a formulation marathon," Seehofer said afterwards. "At the moment we are very pleased with the paper," he added with a crooked smile. The formulation represented his first small victory in the battle with Merkel. For Seehofer, the struggle isn't just about refugee numbers. It is also about the future of the CSU, which has always derived its disproportionate power from the fact that it consistently wins absolute majorities in Bavarian state elections. "The CDU can afford it if its support slides below 40 percent. But for us, it is existential," Seehofer says.

From Seehofer's perspective, Merkel committed her cardinal sin when she opened the doors to the refugees trapped in Hungary. That night, she tried to reach Seehofer by mobile phone. But he was sleeping and didn't answer -- at least according to his version of events. When she finally got through to him the next morning, she knew the precise time she had tried to reach him the night before. It sounded as though she had a bad conscience.

'A Very Receptive Country'

"We won't be able to handle it," Seehofer said of the number of refugees now making their way to Germany.

"I'm saddened to hear you say that," Merkel responded.

Looking back, Seehofer says the chancellor made a huge mistake despite having the best intentions. From his perspective, it would still have been possible to impose order on the situation later. One could have declared that the opening of the border was a humanitarian exception. But when Merkel defended her decision at a press conference on Sept. 7 with Vice Chancellor Gabriel, she said something different. "Germany is a receptive country," she said.

Seehofer has a theory about dealing with political mistakes: Problems are not the consequence of erroneous decisions, but of the inability to rapidly correct them. "Often, politicians are doomed by the beta mistakes," he says. It becomes particularly problematic, he says, when the initial mistake is justified with a political philosophy. For Seehofer, Merkel's fatal philosophy her idea of a *Wilkommenskultur*, of welcoming the refugees.

He says he doesn't think Merkel consciously intended to put her position at risk. "She is of an age when you no longer give up power willingly. She might cook for her husband every now and then, but politics is her life," Seehofer says. The beginning of the end for every chancellor, he says, is when the distance to the party's grassroots begins to grow. Helmut Schmidt fell when he agreed to allow NATO to station nuclear missiles in West Germany, he notes, and Gerhard Schröder fell when he cut unemployment and retirement benefits.

Merkel, he continues, is certainly able to correct her mistakes. He leans back and thinks back to 2004, a time when conservatives in Germany were bickering about far-reaching reform plans -- plans that Seehofer felt were neo-liberal aberrations. When Merkel came within a hair's breadth of losing the 2005 election, she simply discarded her reform plans. "There was no official funeral," Seehofer says. Were Merkel to now correct her course in the refugee crisis, Seehofer says she wouldn't admit it. "She would never say that it had been wrong."

It may be that Merkel never admits to making mistakes. But it is more likely that she is convinced she is doing the right thing. And that, in part, has to do with people like Hassan Alasad. He's wearing a dark blue sweater-vest over a light blue shirt and sitting in a shelter in northwest Berlin. Two mobile phones are lying in front of him. He takes one of them and begins swiping through photos. Of course he still has it: He will always have it with him, for his entire life.

The photo, which transformed the Syrian refugee into a symbol, shows him next to the chancellor smiling into the mobile phone camera. It is perhaps the most famous selfie of 2015 and it was quickly shared around the world. It became symbolic of Germany's efforts to welcome the refugees -- efforts that are now synonymous with Merkel's name and that have led her to the low point of her political career.

'An Amazing Feeling'

It was Sept. 10 when Merkel visited the shelter, where Alasad still lives. She seemed so friendly, so approachable, he now says, that he spontaneously asked her for a selfie. Back home, Alasad explains, it was impossible to ever approach those in power. In 12 years, he never even shook hands with the mayor of his own hometown. "Then, I had only been in Germany for just a couple of days and the chancellor comes by in person to greet us." Alasad shakes his head and laughs. "That was an amazing feeling."

Friends from around the world called him after the photo began to go viral: from Dubai, from Belgrade and even from Afghanistan. It was printed in countless newspapers and Internet sites. He saved almost all of them in his mobile phone.

"I thought Germany was a paradise," Alasad says. "The most orderly country in the world. A country with structures." His vision of Germany is everything that his homeland doesn't have. Before bombs destroyed his office and warehouse, Hassan Alasad was a businessman. He didn't want to leave Syria, but he felt useless there, a feeling he had had for quite some time. When he and his brother went to a lake one day and airplanes dropped bombs that ripped apart friends and acquaintances, they decided to leave Syria.

On Jan. 5, Merkel was in the lobby of the Chancellery to listen to the Sternsinger children's choir as she does every year in early January. She sang along with the boys and girls to a Biblical song called "We Saw His Star in the East." At one point, it looked almost as though Merkel had to wipe away a tear from the corner of her eye.

Then she held a brief address. She noted that people now see the Sternsinger, who go from house to house singing carols on the Epiphany, as cultural heritage. But in actuality, she went on, it is a Christian tradition. The motto of the Sternsinger is respect, and respect is also anchored in the German constitution, where it says that human dignity is inviolable, she said. But that doesn't just apply to Germans and Europeans. "Rather it also applies to all people -- to every person as God's creature." Her approach to the refugees, it seemed, hadn't changed with the New Year.

Still, since that November day she spent with Seehofer in the Chancellery, the situation has become more acute almost by the day. The number of refugees arriving in Germany has dropped slightly, but that could change again soon once winter storms subside. Seehofer has continued steering his party into a conflict with Merkel and since the sexual assaults on New Year's Eve in Cologne, the hate felt in broad swaths of the populace for Merkel's refugee policies has only intensified.

No Mood to Admit Defeat

"We have to continually urge each other on so that we can change things for the good," Merkel told the Sternsinger. It was a touching sentence. Merkel is doing her best to fight against the growing numbers, particularly since Cologne, of those who would like to see her fail -- and against the increasingly sneering sentiment that her approach was a naive attempt to make the world more humane.

Her confidants these days are in no mood to admit defeat. At most, they will own up to minor mistakes: the tweet sent out by the Federal Office for Migration and Refugees on August 25, for example, which gave the impression that Germany was opening its doors to all Syrian refugees. But it is obvious to all that Merkel has lost control of refugee policy. There is a discrepancy between that which she feels is right and the side effects these policies are having on her country. It seems as though she is playing for time, but the game doesn't look to be turning in her favor.

Angela Merkel wanted to give Germany a friendly, humanitarian face. And it worked for a few weeks. But now, the German face has become a grimace. It is no longer the unburdened, smiling face of Merkel, but that of the grim Pegida marchers and AfD populists. In fact, AfD has ridden its refugee opposition to unprecedented opinion poll highs of over 10 percent in recent surveys.

Merkel is disappointed that her party and the German people ultimately declined to follow her lead. But she herself failed to link her message of welcome together with a solid plan for at least halfway controlling the influx of refugees. That is ultimately what caused the mood in Germany to shift, what triggered opposition in the rest of Europe and what propelled the right-wing populists to unprecedented heights. That is also on Merkel.

The Greatest Surprise of All

Even Hassan Alasad, Merkel's selfie partner, now has a different image of Germany than he did four months ago. Although there is nothing that would get in the way of him being officially recognized as a refugee -- which would allow him to work -- he still hasn't received his papers. Each week, he stands in line in front of the relevant office, but thus far his efforts have been in vain. The officials have no time for him and are completely overwhelmed. Were Merkel to drop by for another visit, he says he would ask her what's wrong in her country.

It could still be that Merkel will find her way back to her old pragmatism and will pursue the [Plan B](#) of turning back most refugees at the Slovenian border. Such a plan would allow the continuation of border-free travel in the Schengen Zone, but it would mean that people would be stranded in the Balkans or in Greece -- and Germany would contribute to Europe showing its ugly face.

"I would feel terribly sorry for her as a person if she were to get into a situation where she was forced to abandon her convictions and her past," says Eppelmann. "But if it came to that, she would step down first."

Among all of the surprises that Merkel has sprung on the Germans in the past several months, that would be the greatest one of all.

So hart treffen Grenzkontrollen die Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft warnt vor einer Schließung der Grenzen – das führe zu Milliardenkosten. Aus der CSU heißt es: Die Folgen sind beherrschbar. Wie wichtig sind offene Grenzen für die Ökonomie? (+ VIDEO)

Von Philipp Vetter

"Just in time" heißt ein Zauberwort der modernen Wirtschaftswelt. Zu Deutsch etwa: genau rechtzeitig. Genau rechtzeitig, um es zu verarbeiten, muss jedes Teil in der Fabrik sein. Und die vernetzte Wirtschaft von heute ist oft auf Teile aus Dutzenden Ländern angewiesen. Auf eine ausgeklügelte Logistik, eine oft grenzenlose Logistik. So ist es kein Wunder, dass Gegner einer Schließung der deutschen Grenzen davor warnen, schärfere Kontrollen bedeuteten einen schweren Schlag für die deutsche Wirtschaft. Andere Stimmen glauben, es sei möglich, harte Kontrollen an den Grenzen einzuführen – und den Lastwagenverkehr auszunehmen. Was stimmt?

Die Wirtschaftsverbände trommeln gegen eine Grenzschließung. Noch, so heißt es dort vielerorts, sei zwar kaum abzuschätzen, wie teuer ein Schließen der Grenzen wäre. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat aber schon einmal eine Zahl in den Ring geworfen: zehn Milliarden Euro. "Durch Staus und Wartezeiten, zusätzliche Bürokratie oder zum Beispiel die Umstellung von Just-in-time-Lieferung auf deutlich teurere Lagerhaltung können sich die Kosten für die deutsche Wirtschaft schnell auf zehn Milliarden Euro pro Jahr summieren", sagte DIHK-Geschäftsführer Martin Wansleben.

Nicht nur Spediteure bekommen demnach erhebliche Schwierigkeiten, sondern auch deren Kunden. Vor allem Branchen, die kaum noch Vorprodukte auf Lager halten, seien betroffen, wenn die Teile, die sie weiterverarbeiten wollen, nicht rechtzeitig ankommen. Dazu zählt zum Beispiel die Autoindustrie. Die CSU hingegen, die eine weitere Verschärfung der Grenzkontrollen befürwortet, will dieses Argument nicht gelten lassen. Aus der Partei gibt es Stimmen, die sich überzeugt zeigen, dass schärfere Kontrollen ohne starke Beeinträchtigung des Warenverkehrs möglich seien. Auch wenn Personen stärker kontrolliert werden, könnten Lastwagen auf einer eigenen Spur durchgewinkt werden.

Doch die Bundespolizei, die für die [Überprüfungen an den Grenzen](#) zuständig ist, hält solche Ideen nicht für umsetzbar. Sie verweist auf die aktuelle Situation: Denn im vergangenen September waren die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze bereits verschärft worden. Dies treffe seither sowohl Pkw als auch Lastwagen. Zwar gehe es bei möglichen schärferen Kontrollen nicht um den Warenverkehr, sagte eine Sprecherin der Behörde in München. Doch auch die Lkw müssten mit längeren Staus an den Grenzen rechnen. Wie lange die Wartezeiten ausfallen, werde von der Behörde nicht erfasst.

"Die Lasten müssen fair verteilt werden"

Bei den aktuellen Kontrollen nimmt die Bundespolizei wieder sogenannte Sichtkontrollen vor. Das bedeutet, dass die Polizisten nur bei Verdacht Fahrzeuge herauswinken – unabhängig davon, ob es sich um einen Pkw oder einen Lastwagen handelt. Ab einer Staulänge von etwa fünf Kilometern werde eine zweite Kontrollspur geöffnet, sagt die Bundespolizei-Sprecherin. Lastwagen bevorzugt durchzulassen sei nicht möglich. Auch bei einer noch schärferen Abriegelung der Grenzen, wie sie etwa von der CSU gefordert wird, wäre das wohl kaum anders.

Was sich laut der bayerischen Wirtschaft schon beobachten lässt: Schon unter den seit September geltenden vergleichsweise laschen Sichtkontrollen der Bundespolizei leiden Unternehmen in Grenznähe. Bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) München und Oberbayern heißt es, der [Einzelhandel](#) und Tourismus in diesen Regionen habe bereits Umsatzeinbußen von 20 Prozent, in einigen Einzelfällen sogar von 50 Prozent verkraften müssen. "Die Wirtschaft hat sich auf das Schengenabkommen und den praktisch grenzenlosen Waren- und Dienstleistungsfluss eingestellt", sagte Hauptgeschäftsführer Peter Driessen. Deshalb trommelt die Wirtschaft gegen härtere Kontrollen. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) hält zwar vorübergehende Grenzkontrollen angesichts der Flüchtlingskrise für gerechtfertigt. Sie müssten aber die Ausnahme bleiben, die Kontrollen sollten in der Regel an den EU-Außengrenzen stattfinden. "Unsere arbeitsteilig organisierten Wertschöpfungsketten sind auf einen unbeeinträchtigten Warenverkehr über Ländergrenzen hinweg angewiesen", sagte Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt. Die Größenordnung der Beeinträchtigung und der durch nationale Grenzkontrollen entstehenden Kosten sei noch nicht abschätzbar.

Unklar ist auch, wer die höheren Kosten tragen soll. "Die Lasten müssen fair verteilt werden", forderte Adolf Zobel, stellvertretender Geschäftsführer des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL). Zwar würden sich die Mehrkosten durch Grenzkontrollen noch nicht genau abschätzen lassen, sie könnten aber nicht allein von den Logistikunternehmen geschultert werden. Einen Teil müsse man auch über höhere Preise an die Kunden weitergeben können, so Zobel.

Unvorhersehbare Wartezeiten für Lkw-Fahrer

[Im französischen Calais](#) hat man laut Zobel schon gesehen, dass es zu erheblichen Problemen kommt, wenn der Güterverkehr wie zwischen Frankreich und England wieder kontrolliert wird. Einige Lieferungen seien teilweise so verspätet bei Unternehmen in Großbritannien angekommen, dass dort die Produktion teilweise stillstand.

Wer für diesen Produktionsausfall haftet, ist Zobel zufolge umstritten. Zwar müssten Speditionen nicht zahlen, wenn eine Lieferung wegen höherer Gewalt nicht pünktlich ankomme. Doch Verzögerungen durch Grenzkontrollen müssten die Logistikunternehmen wohl einplanen, wenn sie nicht völlig unvorhersehbar und plötzlich eingeführt würden. "Da wird es sicher auch zu juristischen Auseinandersetzungen kommen", sagte er.

Ein weiteres Problem sind die Lenk- und Ruhezeiten der Lastwagenfahrer. Auch sie würden sich wegen der unvorhersehbaren Wartezeiten an Grenzen nicht planen lassen, so Zobel. Der BGL-Geschäftsführer fordert daher von der Politik zumindest eine möglichst frühzeitige Information über die bevorstehenden Maßnahmen, sollten sich strengere Kontrollen an den nationalen Grenzen nicht verhindern lassen.

Die IHK München und Oberbayern positioniert sich daher noch klarer gegen den Vorschlag der CSU als andere Verbände und lehnt schärfere Kontrollen ab. "Strengere Grenzkontrollen würden den grenznahen Wirtschaftsraum in Oberbayern und die Unternehmen in ganz Bayern noch stärker belasten", sagte Driessen. Dazu dürfe es nicht kommen.

La grande refonte du nucléaire français est en marche

Par [Frédéric De Monicault](#)

Publié le 27/01/2016 à 06:00



Le conseil d'administration d'EDF se réunit aujourd'hui pour formaliser son offre sur Areva NP, la filière réacteur et services d'Areva. Une étape cruciale dans la réorganisation du secteur de l'atome civil en France, qui sera désormais uniquement entre les mains de l'électricien.

Jour J pour le nucléaire français. [EDF](#) réunit aujourd'hui son conseil d'administration pour entériner son offre sur Areva NP, la filiale réacteurs et services d'[Areva](#). Cette étape était attendue: l'été dernier, les pouvoirs publics avaient donné leur aval à ce scénario qui permet à EDF de devenir le chef de file incontesté de la filière [nucléaire](#) française. Tout au long du second semestre 2015, l'électricien a pu donc affiner sa proposition, qui sera examinée conjointement aujourd'hui par le conseil d'administration d'Areva.

Les chiffres sont connus, ils ont déjà été communiqués par *Le Figaro*: **l'offre d'EDF pour Areva NP se fera sur la base de 2,5 milliards d'euros**. Toutefois, si la branche réacteurs et services dégage de bons résultats au cours des deux ans qui viennent, le montant de la cession par Areva de sa branche réacteurs et services *pourra grimper de quelques centaines millions d'euros, pour se situer autour de 2,8 milliards*. Rappelons **que le «nouvel Areva» - précédemment Areva NC - se concentrera autour de l'activité mines et du cycle du combustible**.

Recapitalisation prévue par les pouvoirs publics

L'offre tarifaire d'EDF n'est pas tout: l'électricien a pris un extrême soin pour délimiter le contour de sa cible. Ainsi **il n'est pas question pour le groupe dirigé par [Jean-Bernard Lévy](#) de reprendre la gestion de l'EPR d'Olkiluoto 3 (OL3), le chantier du réacteur de nouvelle génération actuellement en construction en Finlande. Un projet qui vire à l'accident industriel** puisqu'il a déjà obligé Areva à passer des provisions à de multiples reprises: **la facture dépasse désormais les 8 milliards d'euros alors que le devis initial était fixé à 3,5 milliards d'euros**.

À ce propos, la journée d'aujourd'hui ne se limite pas seulement à l'élargissement du périmètre d'EDF. En proie à de grandes difficultés, **Areva compte fermement sur une recapitalisation de l'État pour retrouver un peu de marge de manœuvre**. Question: le gouvernement, qui a déjà annoncé qu'il allait procéder à cette opération, va-t-il vouloir mettre ce dossier sur les rails parallèlement à la reprise d'Areva NP par EDF. Et si oui, quelle sera la fourchette de cette recapitalisation prévue par les pouvoirs publics: **le montant de la fourchette, de 4 à 4,5 milliards d'euros, circule depuis quelques semaines**. Selon les dernières estimations, [c'est le haut de cette fourchette qui devrait être retenue](#). Reste à savoir maintenant à quelle vitesse veut aller Bercy? **La semaine dernière, [Emmanuel Macron](#), le ministre de l'Économie, et son homologue finlandais [avaient donné un mois aux deux entreprises - Areva et son client à OL3, l'électricien finlandais TVO, pour solutionner leurs litiges sur ce chantier du réacteur nucléaire du futur](#)**.

<http://www.nytimes.com/2016/01/26/opinion/opening-a-new-front-against-isis-in-libya.html?action=click&pgtype=Homepage&clickSource=story-heading&module=opinion-c-col-left-region®ion=opinion-c-col-left-region&WT.nav=opinion-c-col-left-region>

138,42

Editorial

Opinion

Opening a New Front Against ISIS in Libya

By THE EDITORIAL BOARD

26 janvier 2016

The Pentagon is ramping up intelligence-gathering in Libya as the Obama administration draws up plans to open a third front in the war against the Islamic State. This significant escalation is being planned without a meaningful debate in Congress about the merits and risks of a military campaign that is expected to include airstrikes and raids by elite American troops.

That is deeply troubling. A new military intervention in Libya would represent a significant progression of a war that could easily spread to other countries on the continent. It is being planned as the American military burrows more deeply into battlegrounds in Syria and Iraq, where American ground troops are being asked to play an increasingly hands-on role in the fight.

Gen. Joseph Dunford Jr., the chairman of the Joint Chiefs of Staff, told reporters on Friday that military officials were “looking to take decisive military action” against the Islamic State, or ISIS, in Libya, where Western officials estimate the terrorist group has roughly 3,000 fighters.

Administration officials say the campaign in Libya could begin in a matter of weeks. They anticipate it would be conducted with the help of a handful of European allies, including Britain, France and Italy. The planning is unfolding amid political chaos in Libya, which continues to reel from the aftermath of the 2011 civil war that ended with the killing of the country’s longtime dictator, Col. Muammar el-Qaddafi. In recent months the United Nations has struggled to persuade two groups of Libyan officials who claim to be the country’s rightful leaders to band together. On Monday, the parliament that is recognized by the international community rejected a unity government proposal brokered by the United Nations.

The political strife and infighting among rival militias created an opening for the Islamic State in Libya in 2014. The extremist group now controls the coastal city of Surt, which lies between the country’s two largest cities, Tripoli and Benghazi. General Dunford told reporters that striking the cells of Islamic State fighters in Libya would “put a firewall” between that front and sympathizers of the group elsewhere in North Africa and sub-Saharan Africa.

That is a reasonable goal. But military officials have yet to make a persuasive case that it is achievable. Even if the Pentagon and its allies were to manage to strike Islamic State targets successfully, it remains uncertain that they would have a reliable ground force to hold the terrain. There’s good reason to believe that airstrikes would create the temptation to deploy ground troops to gather intelligence and provide technical support to rebel forces as they have in Iraq and Syria.

On the same day General Dunford discussed the plans for Libya, Secretary of Defense Ashton Carter said the Pentagon was redoubling efforts to assist local forces in Iraq and Syria. “We’re looking for opportunities to do more, and there will be boots on the ground — I want to be clear about that — but it’s a strategic question, whether you are enabling local forces to take and hold, rather than trying to substitute for them,” hetold CNBC in an interview.

There seems to be little interest in Congress to authorize the campaign against the Islamic State, which is predicated, preposterously, on the 2001 law passed to take action against the culprits of the Sept. 11 attacks. The prospect of a new front in the war should spur lawmakers to revisit the issue.

The White House has said it would be nice, but not necessary, for Congress to pass a new authorization for the use of military force. That stance has allowed Congress — which has primary responsibility under the Constitution to declare war — to sidestep an important war vote.

138,43

Letter From Europe

World; Europe

Migrant Influx in Germany Raises Fears of Anti-Semitism

[Alison Smale](#)

By ALISON SMALE

27 janvier 2016

BERLIN — These days, all talk here is of the ramifications of taking in more than one million asylum seekers who arrived over the past year.

Many of the migrants are Muslim and from countries with a deep antipathy toward Israel, leading to a worried discussion about the degree to which some refugees may have brought anti-Semitic attitudes with them. This stoked existing fears among Jews here, who believe anti-Semitism is already on the rise, along with support for far-right movements.

The concern is apparently so great that Chancellor [Angela Merkel](#), without specifically mentioning the Muslim influx, addressed anti-Jewish feeling head-on in her latest weekly podcast.

“Unfortunately,” she said, “anti-Semitism is more widespread than we naturally imagine. And so we must confront it.”

The Central Council of Jews in [Germany](#) counts just over 100,000 members — compared with the estimated 520,000 Jews in Germany in early 1933. In the quarter-century since German reunification, Israelis and Jews have flocked to Berlin, where some 45,000 Jews are now said to live.

Ms. Merkel is an unflinching supporter of Israel and Jewish institutions. Schoolchildren learn about the Holocaust, and Germany is promising classes to instruct new arrivals in its standards, customs and beliefs. Events to celebrate Jewish identity and the role of Jews in Germany are common. Leading politicians and city figures gathered on Jan. 7 for the 90th birthday of W. Michael Blumenthal, the former United States Treasury secretary and founding chief executive of the Jewish Museum Berlin, which has counted 10 million visitors since it [opened in 2001](#).

Mr. Blumenthal, born and raised in and around Berlin before his family fled the Nazis, is among the many Americans who have praised Ms. Merkel for welcoming refugees.

Yet even before the migrant influx, synagogues, Jewish schools and other organizations operated only under constant police protection. And now, there is apprehension over the arrival of hundreds of thousands of Muslims raised in countries where anti-Semitism and anti-Israeli sentiment are more virulent than in Turkey, the country of origin for most of Germany’s perhaps four million Muslims.

As Salomon Korn, the head of Frankfurt’s Jewish community, put it in a public discussion this month: With the new arrivals, “we must operate on the assumption that they have a different relationship to Jews than the Muslims who have lived here to date.”

There have been no reports of anti-Semitic attacks by recently arrived migrants.

Even before the tide of migrants, some Jews worried that anti-Jewish sentiment was again becoming acceptable.

Tamara Anthony, 38, a journalist at the public broadcaster NDR, stirred a furor with [a nationally televised commentary](#) — also seen a half-million times on [Facebook](#) — in which she described challenging a well-dressed man in a chic Hamburg bar after overhearing him say that Jews belonged in the gas chambers.

“‘I am a Jew,’ I said. ‘So you want to murder me?’ ‘In that case, yes,’ came the answer,” Ms. Anthony said.

“It cannot be left to the Jews alone” to fight anti-Semitism, she added.

Reached three days later, Ms. Anthony was surprised by how many people praised what they called her courage.

“I find it really bad,” she said, “if we have to say in Germany that it is courageous to say that one is Jewish.”

Ms. Anthony said she did not practice her religion; she acknowledges her Jewishness but has never advertised it. She expressed concern that politicians were content with lofty speeches that missed the reality on the ground.

In the Ruhr city of Wuppertal, the 2,000-strong Jewish community was outraged last year when a court gave only a probationary sentence to three [Palestinians](#) who threw [gasoline bomb at the local synagogue in 2014](#). The three said they were protesting war in Gaza.

An appeal on Jan. 18 resulted in stiffer sentences but did not acknowledge that anti-Semitism was involved, said Leonid Goldberg, a leader of the Jewish community in Wuppertal. “It is nothing less than an invitation to all others to behave the same,” he said.

And with all the new Muslim arrivals, it will get worse, he feared.

“They won’t change just because they live in Germany,” he said.

138,45

Denmark Pulls Back on Welcome Mat for Refugees

27 janvier 2016

Government says new law aims to deter migrants by seizing cash, delaying family unifications

FLENSBURG, Germany—Volunteers and authorities have turned one end of the train station here into a migrant-aid point, complete with a children's play area, free food and clothes.

At the next stop, 10 minutes north, refugee-friendly Germany gives way to a country that has gone further than any other in Western Europe to keep migrants out: Denmark.

Danish police walk through arriving trains, ordering people without valid travel documents off. A new law, passed Tuesday, allows authorities to confiscate a migrant's assets over 10,000 Danish kroner (about \$1,500) to help cover the cost of care and mandates a three-year wait, instead of just one, before refugees can send for family members.

In few places is the rift created by Europe's migrant crisis as deep as here on the German-Danish border, a region where European integration and easy travel had flourished, overcoming centuries of wars and enmity.

The two wealthy, Northern European welfare states with deep economic and social ties have suddenly found themselves drifting apart again, underscoring the threat the crisis poses to [European Union](#) amity.

German media and politicians have slammed Denmark for lacking solidarity as Germany bears the brunt of dealing with masses of people, while many Danes say Berlin itself is to blame for drawing so many to Europe with pro-refugee talk and relatively generous benefits.

"We're recognizing more clearly that we're not just a bunch of Europeans," says Flensburg Mayor Simon Faber, whose party represents the Danish minority in the border region. "We think differently, we speak differently, and we reach different conclusions."

Denmark started balking early in the crisis, even as other countries echoed Germany's welcome last fall. In recent weeks, Austria and Sweden, long some of the most accepting nations, have taken steps to keep the newcomers out, while Germany is still wide open, taking in sometimes thousands a day.

Denmark received 21,000 asylum applications last year. Germany took in some 1.1 million migrants, most of whom have applied for asylum or are expected to. The contrasting policies highlight Germany's uniqueness, in part because of its Nazi past.

Like other European countries, Denmark has seen an anti-immigrant party enter parliament and the political debate. Germany's equivalent has recently hit 10% in opinion polls, its support having risen along with the tide of migrants. But the party remains a pariah for the German mainstream, with no parliamentary seats at the national level.

While Denmark intensely debates the social impact of Muslim immigration, public conversation in Germany often tiptoes around the issue. Instead, many focus on a moral responsibility to take in refugees, rooted in the memory of Nazi crimes and of millions of ethnic Germans expelled from eastern and central Europe by the Soviet Union.

In September, the Danes suddenly introduced border checks for several days. A Flensburg resident, Katrine Hoop, helped organize a relief effort for hundreds of migrants suddenly stranded in Flensburg.

Retired doctors came to the train station and performed checkups for free. Since then, volunteers and the city have provided overnight shelter to more than 16,000 people and offered food, clothes, toys and diapers to thousands more.

"We were totally euphoric," Ms. Hoop recalls of those September days. "There was this feeling of partially emancipating ourselves from our negative history—showing that we can be different."

Across the border, there is less talk of historical burdens or moral responsibility. In interviews, many local Danes highlighted fears that the migrant flow would bring more crime, and that their small country of 5.6 million people—1/15th the population of Germany—would be overwhelmed culturally.

To be sure, such fears have gained more attention this year in Germany, especially after hundreds of women complained that they were sexually assaulted or robbed outside Cologne's main train station on New Year's Eve. Officials have said the suspects were mainly from North Africa.

Denmark's new controls, introduced Jan. 4, entail police checks of the travel documents of all rail and ferry passengers from Germany and some road travelers. Those unable to prove they have permission to enter Denmark must apply for asylum in Denmark or return to Germany. The controls were prompted by an even tougher move the same day by Sweden—a country that took in 160,000 asylum seekers last year and has said it has run out of capacity for any more.

Danny Mortensen, a 20-year-old student in Padborg, a Danish border town, calls the new controls a good idea. "It will help us stop too many immigrants coming into this country and taking over our culture," he said. "We are only a small country, nothing special really, but I like it the way it is."

The far-right Danish People's Party recorded its best-ever result in parliamentary elections last year, coming in second nationally with roughly 21%.

The party, which has traditionally drawn support from lower-income groups, says German Chancellor [Angela Merkel](#)'s refugee policy could destroy Europe.

"When history is written, 50 years from now, [Angela Merkel](#) will be one of the villains in European history, the one who tore the European community apart," said Kenneth Kristensen Berth, one of the party's lawmakers. "What she has actually done is open the door for people to come to Germany who have values that don't conform to Western values and if this isn't stopped, they will win."

After last year's inconclusive election, center-right Prime Minister Lars Lokke Rasmussen formed a minority government with the support of the People's Party, which pushed for the confiscation law. Both Mr. Rasmussen and the center-left Social Democrats largely supported it.

The final version passed easily Tuesday, setting the minimum value of items to be confiscated at about \$1,500, excluding sentimental possessions such as wedding rings.

In Germany, a similar law dates from the 1990s. But authorities have said they rarely make use of it, partly because the assets rarely top the threshold. Switzerland says it collected 210,000 Swiss francs (about \$207,000) from 112 applicants last year.

And while Berlin has also taken steps to toughen the asylum process, cracking down in particular on economic migrants from the Balkans, Ms. Merkel has continued to welcome refugees from Syria and other war-torn places.

138,47

DIFFICULT TIMES FOR THE EU:2016, a critical year

18 January 2016

[ALTERNATIVES ÉCONOMIQUES PARIS](#)



[Michael Kontouris](#) Published in 6 languages 81 comments Share count index 61

Economic sluggishness, the migrant crisis, threats of “Brexit”, nationalist surges... The new year doesn’t bode well for Europe and for a Commission that has referred to itself as “on its last chance”.

[Benjamin Coriat](#)

When [running for election as the President of the European Commission](#), Jean-Claude Juncker, with a strong awareness of the problems ahead, declared throughout the campaign that this was the “last chance” Commission. If this Commission fails, he said, it would spell the end of the European Union.

Since then, events have moved so fast and the political landscape has altered so drastically that the decisive moment has undoubtedly been brought forward. In fact, 2016 marks our entry into a very dangerous new landscape. But this also offers a major chance to resolve the interminable crisis engulfing Europe.

Planetary alignment

2016 will see the end of a favourable alignment of the planets, which might even start to turn against us. The fall in oil prices has brought recession to oil producing countries, first and foremost in Russia (a fall of 4% of GDP this year), while Venezuela is suffering from a general economic collapse... The era of dropping interest rates is drawing to a close: the US Federal Reserve has started bring rates back up, sending shockwaves to countries servicing their debts in dollars.

The euro has depreciated by 25%. But this has not led to the drop in employment rates that many had hoped for. Despite the ultra-lax policies of the European Central Bank (ECB), the European Union continues to report a huge lack of investment, with an average shortfall of forty billion euros each year since 2007. Above all, 2015 saw new political fractures appear in the Union. This threatens to upend the established order.

North-South divide

The classic North-South division, opposing Germany and its allies against the discontented South, is shattering. To Portugal, Ireland, Greece and Spain, we must now add Finland. Once heading up the list of Europe’s most arrogant countries, it has now been brought to its knees. The country is stuck in a major recession, with a right-wing coalition at the helm that totally failed to impose its adjustment policies by lowering salaries and cutting budgets. On the street, protesters have managed to block them. But this is only one piece of the new puzzle that is emerging. It is in fact the German dominated bloc, which previously called the shots in Europe, that is now busy disintegrating.

The East is in fact taking over. Led by an ultra nationalist extreme right, Hungarians and Poles [have made clear](#) their view of Europe, of its values and its rules, during the migrant crisis. These countries were until now united behind Wolfgang Schäuble’s “firm respect for the rules” in stamping down on the Greek rebellion. But their governments have given free

rein to certain xenophobic impulses that the Union had once been able to keep under control (incidentally, it would be good if those pushing for the EU's dissolution were to consider the outcome of a return to nation states in the context of the severe crisis that we have been facing.)

The secession of the East

The fractures become all too obvious if we also examine the pressure applied by the United Kingdom, and its threat to jump ship if its demands are not met, which is furthering divisions between Europe's capitals.

Under the weight of the crisis, internal as well as global, under the weight of wars and the refugees they create, Europe is fracturing in ever smaller parts of new alliances. It is a terrifying, sinister alignment of the planets that has given hope to those seeking a return to nation states. Say it quietly, but this new order is establishing itself. If we do nothing, we will head towards the abyss.

A win-win resolution?

But if reason prevails, not all is lost. Since the crisis currently devastating the Union, inherited from the Maastricht and Lisbon treaties, is opening up a number of opportunities that, if exploited, can pave the way for an entirely different outcome. A win-win resolution.

Let's remark, first off, that the full weight of the EU, imposed in the most brutal fashion, to bring Greece to submission had virtually no impact. It did not stop the formation of a [new anti-austerity coalition in Portugal](#) (a coalition which took as one of its first measures an increase of the minimum wage), nor the [clobbering](#) of Mariano Rajoy in Spain (a favourite of Angela Merkel) and Podemos' impressive electoral performance that has led Spain into a new political era. In spite of the measures imposed on Greece, anti-austerity voices – at the very least in Portugal and Spain – are sending a clear message.

Anti-austerity

Now just look at how voices from two different political positions, voices that are entirely "authorised", have said that the budgetary rules – and the austerity they imply – could and should be relaxed. The European Commission agreed to François Hollande's [unilateral declaration](#) that "*the pact on security takes priority over the pact on stability.*" In the same vein, the CDP, Germany's majority party, implied that an acceptable level of support for refugees requires a rethink and relaxation of budgetary rules. Of course, these are only declarations. But, coming from the Commission and the CDU, they are unprecedented.

Finally and most importantly, the time has long come to measure the ineptitude that has been ensnaring Europe. In 2015, the European Union reported a 3.2% trade surplus compared to CDU, 8.3% for Germany alone, or 2.3% more than the European rules allow. These rules are normally so important to Wolfgang Schäuble, but this time he seems unbothered. Instead of letting this surplus be invested in the international markets or vanish into various more or less reputable capital markets, would it not better for a European politics worthy of the name to direct this money towards internal investment?

Last Chance

Employment – notably for young people – deprived regions, ecological transition, to cite only a few issues, are suffering from a cruel lack of resources. Could the European Investment Bank (EIB) not roll up its sleeves to rethink and scale up a "Juncker plan" of investment to the size of these problems?

Isn't it time that Juncker himself remembers that he is running the last chance Commission? A win-win solution is not only desirable, it is possible. Room for manoeuvre exists, but time is pressing. In Europe, it is one minute to midnight!

138,49

The Lonely Arab Crowd

By [Sami Mahroum](#)

Sami Mahroum is Director of the Innovation & Policy Initiative at INSEAD.

Read more at <https://www.project-syndicate.org/commentary/arab-zero-point-cultural-struggle-by-sami-mahroum-2016-01#UAGSVO0zwreUm8qm.99>

PARIS – In *The Hubris of the Zero Point*, the Colombian philosopher Santiago Castro-Gomez describes René Descartes’s 1637 declaration “I think, therefore I am” as the moment white Europeans installed themselves above God as the sole arbiters of knowledge and truth. With this turning point, they began to think of themselves as observers whose scientific methods, morals, and ethics overrode those of other cultures.

Cultural “zero points” are important because they serve as a dividing line – a clear demarcation of “before” and “after” that holds fundamental implications for the development of private and public life. So it is instructive to consider the implications of Castro-Gomez’s concept for the Arab world. Indeed, it could be argued that much of the region’s troubles are attributable to the absence of an indigenous “zero point” onto which a modern culture could be sturdily pinned.

In *The Lonely Crowd*, the American sociologist David Riesman identified three broad cultural types: tradition-directed cultures that look to inherited rituals, morals, and values for guidance; inner-directed cultures, in which people behave according to self-nourished values; and other-directed cultures that react predominantly to external norms and peer influences. Riesman’s framework has particular resonance in the Arab world today, where rising literacy rates and rapid advances in communication technology have stirred a maelstrom of competing cultural narratives, with his three types competing to define the region’s future.

Ironically, it is the combination of increased literacy and modern technology that is fanning the flames of conflict between the two types of “reformers” – religious revivalists and Western-oriented modernizers. Taking advantage of their ability to mass-produce and instantly disseminate ancient religious texts and Western-originating literature, the two camps battle for the hearts and minds of otherwise traditional societies. According to the Lebanese publisher [Samar Abou-Zeid](#), however, religious books are among the most downloaded works of literature in the Arab world.

The trouble is that most religious texts consumed today in the Arab world address an audience of specialists that no longer exists and – as Riesman warned – they are often misconstrued. The people and the times for which these texts were written are completely different from the people reading them today.

Devout Muslims, of course, have their own zero point: the year 610, when the Angel Gabriel revealed the *Koran*’s first verse to the Prophet Muhammad. From then on, many Muslims have regarded themselves as the bearers of a righteous truth and moral vision that takes precedence over all others.

This has inevitably put religious revivalists in opposition to the second cultural type vying for preeminence in the Arab world: Western-educated, inner-directed modernists who hold Descartes’s declaration as their reference point. These Arabs – often the economic elite – read, admire, and consume products of a culture that, despite its proclaimed commitment to “universal values,” continues to be stingily Eurocentric and dominated by Christian intellectual tradition. As a result, they are increasingly likely to feel like exiles both at home and abroad.

The final, other-directed strand of Arab culture is arguably the most dominant: those whom Riesman would have called the “lonely Arab crowd.” Free of roots or tradition, they take refuge in superficiality from the

conflicts that surround them, seeking fulfillment in consumerism, careers, and lifestyles. Their zero point is the latest fad or fashion.

This cultural turbulence is due – at least in part – to the absence of a contemporary homegrown intellectual tradition capable of providing Arab societies with an inner compass based on local values and modern perspectives. This cultural vacuum is most evident in the mismatch between the region's reading habits and the response of its publishing industry.

Egyptians, for example, [read](#) for an average of 7.5 hours per week, compared to five hours and 42 minutes in the United States. And yet in 2012, according to Abou-Zeid, the entire Arab world and its 362 million inhabitants produced just over 15,000 titles, putting it in the same league as Romania (with a population of 21.3 million), Ukraine (45.6 million), or the American publisher Penguin Random House. To maintain a similar proportion to population, the Arab world should be publishing 10-20 times more titles than it does today.

The dominance of old religious texts and Western-produced works has left modern Arab readers polarized, without a zero point of their own. It is ironic that increased literacy and adoption of modern technology have contributed not to intellectual growth, but to regional strife. It may be no coincidence that Lebanon, one of the first countries in the region to boost literacy rates, was also the first to tumble into civil war. Unless Arab and Muslim societies rediscover, revitalize, and in some respects create their homegrown contemporary intellectual tradition, the result will be cultural drift or, far worse, the continuation of bloody civil strife.

Read more at <https://www.project-syndicate.org/commentary/arab-zero-point-cultural-struggle-by-sami-mahroum-2016-01#UAGSVO0zwreUm8qm.99>

„Langfristig helfen die Flüchtlinge uns“

Migranten können für unser Rentensystem eine Chance sein, sagt der Ökonom Axel Börsch-Supan: Wenn wir etwas dafür tun. Auch ein Einwanderungsgesetz wäre hilfreich.

27.01.2016, von RALPH BOLLMANN

Herr Börsch-Supan, seit dem Jahreswechsel ist die Stimmung gegenüber den Flüchtlingen ins Negative gekippt. Waren wir anfangs zu euphorisch?



Autor: Ralph Bollmann, Korrespondent für Wirtschaftspolitik der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in Berlin.Folgen:

Das waren schreckliche Ereignisse in der Kölner Silvesternacht – und ein Vorbote dessen, was schiefgehen kann. Aber sie sind kein Anlass für allgemeinen Pessimismus. Egal, wie es mit der Einwanderung weitergeht: Es werden mit Sicherheit mehrere hunderttausend Flüchtlinge im Land bleiben. Wenn wir ihre Integrationschancen schlechtreden, schaden wir uns am Ende selbst. Ich fürchte, dass aus der negativen Stimmung eine sich selbst erfüllende Prophezeiung wird. **Integration ist nicht nur eine technokratische, sondern auch eine massenpsychologische Aufgabe.** Und es stimmt einfach nicht, dass alles bergab geht. **Was wir über die Eingliederungschancen gerade der syrischen Flüchtlinge wissen, ist zum Teil sehr negativ, zum Teil aber auch sehr positiv. Wir dürfen nicht alle Menschen über einen Kamm scheren.**

Nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hat nur jeder zehnte Flüchtling einen Berufsabschluss, den er in Deutschland unmittelbar nutzen kann.

Qualifikation bemisst sich doch nicht danach, ob jemand ein TÜV-geprüftes Zertifikat hat oder die Brötchen genau nach deutscher Art backen kann! **Sondern danach, was jemand im Kopf hat und über welche emotionalen Fähigkeiten er verfügt: Welche psychische Widerstandsfähigkeit hat er, wie durchsetzungsfähig ist er? Das sind die Eigenschaften, die über den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt entscheiden. Einiges deutet darauf hin, dass die Syrer besser damit ausgestattet sind als andere Einwanderergruppen, zum Beispiel aus Nordafrika.**

Woher wollen Sie das denn wissen, wenn es für die Eingliederung der Flüchtlinge kaum historische Parallelen gibt?

Die gibt es sehr wohl. **Wie so etwas scheitern kann, wissen wir aus der Integration der neuen Bundesländer. Da haben wir gesagt: Die Leute sind perfekt qualifiziert, es gibt viele Ingenieure. Auf dem Papier war das ideal. In der Praxis haben wir gesehen, dass ihnen wichtige Eigenschaften fehlten: Unternehmergeist, der Umgang mit dem kapitalistischen System. Ähnliche** Fehlvorstellungen bestehen bei den Flüchtlingen, nur unter umgekehrten Vorzeichen. Wir wissen bisher auch zu wenig über sie. Dadurch existieren sowohl positive als auch negative Vorurteile. Beide sind schädlich.

Wovon hängt es ab, ob die Integration am Ende gelingt?

Auch von uns selbst. **Mit Sicherheit lässt sich nur sagen: Kurzfristig kosten uns die Flüchtlinge viel Geld, langfristig werden sie uns etwas einbringen. Es liegt in unserer Hand, die Gesamtbilanz ins Positive zu drehen.** Wir haben zum Teil eine vollkommen unsinnige Gesetzgebung, die Integration verhindert. Wir erlauben den Leuten nicht mal zu arbeiten. Das verstehe ich nicht.

Die Fristen für die Arbeitsaufnahme wurden doch deutlich gesenkt?

Warum wurden sie nicht abgeschafft? **Wieso lassen wir die Leute erst mal herumhängen? Da kommen sie auf alle möglichen Gedanken. Unter den Flüchtlingen baut sich eine Stimmung auf, die nicht positiv ist. Wenn intelligente Leute drei Monate lang nur herumhängen, dann ist das schon mal schlecht.**

Drei Monate brauchen die meisten sowieso, um sich erst mal zu orientieren.

Mag sein. Aber warum orientieren sie sich nicht, während sie ins Arbeitsleben integriert werden? **Arbeit ist ja der Anker unserer Gesellschaft für junge Leute. Und das ist ja nicht die einzige Hürde, die wir aufbauen. Unsere Haltung ist: Wir nehmen die Flüchtlinge auf, doch bitte nicht um den Preis, dass wir auf irgendwelche unserer Standards verzichten müssen. Nehmen Sie nur den Mindestlohn: Es ist nicht einfach, jemanden für 8,50 Euro in der Stunde zu beschäftigen, wenn er in unserem System ganz fremd ist und anfangs eine sehr niedrige Produktivität hat.** Auch das ist eine Parallele zur Integration der neuen Bundesländer. Schon damals haben wir uns sehr bemüht, dass uns nicht eine Konkurrenz mit niedrigeren Löhnen heranwächst. Das ist ein Rezept für ein Arbeitsmarkt-Desaster, so wie es in den neuen Ländern dann auch stattfand.



© JAN ROEDER  Axel Börsch-Supan

Die Arbeitsministerin rechnet in einigen Jahren mit einer Million an zusätzlichen Arbeitslosen.

Die Zahl scheint mir zu hoch gegriffen. **Unsere Erfahrung aus der Vergangenheit zeigt: Nach fünf Jahren ist die Hälfte der Asylbewerber in den Arbeitsmarkt integriert. Bei einer Million arbeitsfähigen Flüchtlingen sind das 500.000 Arbeitslose. Das ist der Worst Case.** Wenn wir die Hürden für die Arbeitsaufnahme senken und uns bei der Jobvermittlung anstrengen, können es am Ende sogar noch sehr viel weniger sein.

Die Regierung sagt: Wenn die Integration gelingt, zahlen die Flüchtlinge später unsere Rente. Das Statistische Bundesamt ist da skeptisch. Wer hat recht?

Für einige Jahrzehnte hilft uns das sehr. Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge ist jünger als 25 Jahre. Das heißt, sie werden noch 40 Jahre lang Beiträge zahlen – also genau in dem Zeitraum, in dem die Babyboomer in den Ruhestand gehen und die Rentenkasse stark belasten. Auch bei Krankenkassen und Pflegeversicherung nützt uns das.

Können Sie in Euro und Cent beziffern, wie viel das bei der Rente ausmacht?

Wir haben das in der Tat durchgerechnet. Wenn wir im vergangenen Jahr eine Million Flüchtlinge hatten und in diesem Jahr noch mal eine halbe Million kommt, wenn sie die Altersstruktur bisheriger Flüchtlinge haben und langfristig zwei Drittel eine Arbeit finden: Dann gleicht das die gesamten Kosten für die Mütterrente und für die Rente mit 63 wieder aus.

Je mehr Einwanderer kommen, desto mehr können wir uns wieder gönnen?

Das geschieht ja bereits. Bei den Rentenreformen der Jahre 2001 bis 2007 sind wir nicht von einer höheren Einwanderung ausgegangen. Als wir an unserem Institut den Nachhaltigkeitsfaktor für die Rentenberechnung entwickelt haben, dachten wir: Er wird das Rentenniveau ganz allmählich senken, in Abhängigkeit von der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung. Passiert ist das Gegenteil. **In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Erwerbstätigen stark gestiegen, nicht zuletzt durch die starke Einwanderung. Auch deshalb erhöhen sich die Renten in diesem Jahr um fünf Prozent.**

Manche Ihrer Kollegen sagen: Die Flüchtlinge kommen zu früh. Der Bedarf an Arbeitskräften wird erst in einigen Jahren richtig steigen, wenn die Babyboomer in Rente gehen.

Das können wir uns ja nicht aussuchen. Die Flüchtlinge kommen eben jetzt. Auch sonst ist das ein unsinniges Argument. Bis die Flüchtlinge von heute voll in den deutschen Arbeitsmarkt integriert sind, gehen die ersten Babyboomer in Rente. Das passt gar nicht so schlecht.

Droht eine neue Altersarmut, weil viele Flüchtlinge in Deutschland gar nicht mehr die vollen Beitragsjahre zusammenbekommen?

Das sehe ich nicht, weil die meisten Flüchtlinge so jung sind. Sie haben weiß Gott genug Zeit, um sich eine auskömmliche Rente zu finanzieren.

Können Einwanderer unser Rentensystem also retten – und am Ende sogar die Rente mit 67 überflüssig machen?

Zurücklehnen können wir uns deshalb nicht – schon deshalb, weil die Flüchtlinge von heute irgendwann auch selbst eine Rente beziehen. **Und wenn wir den demographischen Wandel allein über Einwanderung bewältigen wollten, müssten dauerhaft 1,5 Millionen Menschen pro Jahr zu uns kommen.** Das ist wohl nicht sehr realistisch. **Es bleibt also dabei: Das Rentenalter muss steigen, die Babyboomer müssen einen Teil ihrer Rente privat finanzieren, wir müssen mehr Geld in die Bildung unserer wenigen Kinder investieren.** Die Flüchtlinge helfen uns, aber sie lösen nicht das ganze Problem. Übrigens auch deshalb, weil sie sich bei der Familienplanung in der Regel schnell anpassen und nicht mehr Kinder bekommen als Einheimische.

Verträgt sich ein gut ausgebauter Sozialstaat überhaupt mit offenen Grenzen?

Ich sehe da keinen Widerspruch. Im Prinzip verteilt unser Sozialstaat ja relativ wenig um. Er macht den Mittelstand glücklich – mit dem Geld, das er selbst eingezahlt hat. Wenn sich die Einwanderer in den Arbeitsmarkt integrieren, werden sie Teil dieses Systems. Wenn sie arbeitslos bleiben und dauerhaft von Hartz IV leben, sähe das natürlich anders aus. Aber das ist dann ein Integrationsproblem, kein Sozialstaatsproblem.

Wäre ein Einwanderungsgesetz effektiver?

Wir machen einen Riesenfehler, dass wir keine gezielte Einwanderung betreiben. Im Moment sind wir bei Asylbewerbern extrem großzügig, bei Wirtschaftsflüchtlingen machen wir dicht. Das finde ich falsch. Wenn Leute aus ökonomischen Gründen nach Deutschland kommen, sich in den Arbeitsmarkt integrieren und gutes Geld verdienen, dann tragen sie zum Sozialprodukt bei. Deshalb sollten wir sie ins Land lassen, vorausgesetzt, sie finden einen Job und haben gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration.

Was heißt Integration denn für Sie?

Als Ökonom sage ich: Gut integriert ist jemand, der auf dem Arbeitsmarkt Erfolg hat. Dazu gehört allerdings eine gewisse kulturelle Anpassung. Ich habe das selbst in Amerika erlebt. Da musste ich mich an Dinge gewöhnen, die mir absolut gegen den Strich gingen. Am Anfang hieß es immer: Sie sind so europäisch angezogen. Das war nicht positiv gemeint. Und als Harvard-Professor hätte ich an der Uni nicht erzählen dürfen, dass ich meine Kinder nach Boston in eine öffentliche Schule schicke. Das war dann der Punkt, an dem ich lieber nach Europa zurückgegangen bin.

Derzeit ist viel von einer Belastungsgrenze die Rede. Wie viele Flüchtlinge können wir Ihrer Ansicht nach verkraften?

In den letzten drei Jahrzehnten hatten wir durchschnittlich 400.000 Einwanderer im Jahr. Anfang der neunziger Jahre, während der Balkankriege, war es schon mal eine Million. Das haben wir relativ gut verkraftet. Dass wir heute mehr Schwierigkeiten haben, mag an den größeren kulturellen Unterschieden liegen. Vielleicht sind wir auch noch verwöhnter als vor 25 Jahren – und weniger bereit, unsere Errungenschaften mit anderen zu teilen. Generell wäre eine regelmäßige Einwanderung besser als solche Belastungsspitzen. Aber so ist es nun mal: Wenn ein ganzer Staat zusammenbricht und anschließend auch das regionale Auffangsystem der Flüchtlingslager, dann lassen sich solche Schübe wohl nicht vermeiden.

Macht das einem Ökonomen eigentlich Angst?

Angst ist sowieso ein schlechter Ratgeber, ganz gleich, ob es um die Flüchtlinge geht oder um die Demographie. Wenn Sie mich fragen, wodurch unsere Wirtschaftsentwicklung wirklich gefährdet ist, dann sage ich: Die Krise in China ist für die deutschen Unternehmen ein viel ernsteres Problem. Dagegen sind die Flüchtlinge, rein ökonomisch betrachtet, eine Frage von untergeordneter Priorität. **Quelle: F.A.S.**

Europe's Closing Borders

Schengen's collapse is inevitable amid the refugee flood.

Jan. 27, 2016 7:21 p.m. ET

Europe's system of passport-free travel is on the way to history's dustbin. The latest sign came Wednesday after the European Union issued a report faulting **Greece** for its handling of the refugee crisis. **Greece now has three months to rectify its migrant-processing shortcomings or face suspension from Schengen, the treaty that facilitates visa-free travel across European frontiers.**

The report followed Monday's warning from EU interior ministers that they could move the EU's external border up to Central Europe, effectively fencing Greece outside Schengen. **Border controls have already been erected by Austria, Denmark, France, Germany, Norway and Sweden, while Britain and Ireland were never in the Schengen area.** Expect other borders to close as the next wave of migrants moves in with warmer weather.

We don't usually sympathize with Greece's left-wing government, but it's hard to see what Brussels expected in the face of the human tide. Most of the million refugees who arrived in Europe last year came by way of **Greece's Aegean islands.** The EU has provided Greece a paltry 28 million euros (\$30.4 million) in emergency funding to field **five "hotspot"** processing centers on the Greek isles, of which **only one is in operation.** That's in addition to the 474 million euros in routine migration-management assistance the EU pledged to Greece from 2014 to 2020. By comparison, the EU donates some 100 million euros a year to Myanmar.

Europe's real problem is Chancellor Angela Merkel's refusal to set a ceiling on the number of refugees Germany is willing to accept, combined with Europe's failure to create safe zones in Syria, Libya and other failed states to stop the refugee flow. **Migrants will continue to take desperate risks to get to Europe as long as they are fleeing chaos -- and Germany continues to promise shelter, welfare and eventual citizenship.**

Mrs. Merkel has sought to get other European countries to take in migrants on a quota system, but Poland, the Czech Republic, Hungary and Slovakia have vowed to veto the plan. An effort last fall by Mrs. Merkel to persuade Ankara to do a better job of policing its own borders in exchange for European money and visa-free travel for Turks has yielded no results.

Meantime, the risk that **the refugee crisis will become a security one** continues to grow, with French Interior Minister Bernard Cazeneuve warning Monday that **Islamic State** has "**set up a true industry of fake passports.**" A Paris-style attack perpetrated by terrorists masquerading as refugees would be a tragedy and cause a political backlash that could favor Europe's far-right typified by France's Marine Le Pen.

A borderless Europe is still an ideal worth fighting for -- assuming Europe can police its external borders and intervene abroad to prevent the tragedies of the Middle East from becoming its own. If Europe's centrist leaders can't do it, they will pave the way for the rise of their own Donald Trumps.

138,54

- [WORLD](#)
- [EUROPE](#)
- [EUROPE FILE](#)

Europe's Banking Union Flunks Its First Test

Italy's new debt guarantees may not count as state aid, but they breach the spirit of Europe's new bail-in rules

By [SIMON NIXON](#)

Jan. 27, 2016 7:03 p.m. ET

Is history repeating itself? Just three years after the euro was launched, **Germany and France were allowed to break the single currency's fiscal rules—a large measure of latitude often seen as the eurozone's original sin, undermining trust between member states and paving the way for a breakdown in fiscal discipline.**

Now the eurozone risks falling into the same trap with its banking union. This was supposed to fracture the toxic link between banks and government, not least via the strict application of new rules that declared shareholders and bondholders, rather than governments, should bear the costs of banking failures. Yet, barely four weeks after these rules took full effect, the banking union appears to have flunked its first test.

The problem lies with Italy's decision to offer government guarantees to help its banks offload some of their €200 billion (\$218 billion) mountain of bad debts onto newly created special purpose vehicles—and the European Commission's decision that this isn't state aid.

These guarantees are designed to allow the special purpose vehicles to pay much higher prices for distressed assets than would be possible under normal market conditions. That will allow banks to clean up their balance sheets without triggering losses that might force them to raise new equity or—if equity wasn't available—bail-in bondholders and large depositors.

Rome and Brussels insist that the rules have been scrupulously observed: They say the state guarantees are being offered at market prices so there is no question of state aid. **Even so, those prices will be based on the cost of insuring the debt of other Italian banks, rather than what insurers or other financial institutions would charge for a similar guarantee of the same portfolios.**

Critics argue that the very fact a government guarantee was needed to close the gap between the price investors were prepared to pay to buy distressed assets and the price at which the banks were prepared to sell **is proof that the banks are still sitting on substantial undeclared losses.**

Investors clearly believe they have dodged a bullet: Italian bank shares, which had fallen 25% since the start of the year, rallied this week, as did vulnerable junior bank bonds. **But was the Commission justified in helping Rome evade the spirit of the rules?**

An argument certainly can be made that it was the right decision. Italy still has a highly fragmented banking system comprising hundreds of smaller banks, many of which avoided raising capital over the past few years by issuing deeply subordinated bonds to their own customers—and many of which may now be sitting on large undeclared losses.

Those fears were heightened by Rome's decision in December to value the bad assets of four failed banks at just 17% of book value—far below the average 41% of book value that Italian banks currently value their bad debts. The decision to bail-in junior bondholders in those bad banks, wiping out the savings of some unsuspecting investors, spread alarm among owners of the bonds of other Italian banks.

At the same time, institutional investors were spooked by the decision of **Portuguese regulators** in December to restructure a troubled bank by bailing-in only bonds primarily held by foreign and institutional investors, sparing retail investors. That raised fears this might be used as a eurozone precedent.

The result was that Italian banks risked a perfect storm of evaporating depositor and bondholder confidence, leading to higher funding costs, fueling fears of lower profits, leading to falling share prices raising doubts about the banks' ability to raise equity and therefore amplifying the fears of bondholders.

It is arguable that without this intervention by Rome and Brussels, the panic would have spread and Rome would have faced the politically devastating prospect of imposing substantial losses on many of its citizens.

Besides, Rome may be right when it says it doesn't expect the government to suffer any loss on its guarantees. Many of those bad debts are backed by good quality real estate collateral, so the ultimate losses may not be as bad as the market fears. And anyway, the losses would in the first instance fall on the shareholders and junior bondholders in the special purpose vehicles.

True, those shareholders may well turn out to be the banks themselves, **but this program buys the system more time to deal with problems that should have been addressed many years ago.**

The good news is that many of the obstacles that prevented a thorough cleanup of the system over the past seven years have been lifted. Restrictive ownership rules that ensured many banks were controlled by local charitable foundations have been swept away, making it easier for banks to raise capital; the insolvency regime has been overhauled and the judicial system reformed to make it easier for banks to recover their collateral; and the economy is growing again, so the stock of bad loans should peak soon.

But Rome now needs to grasp its opportunity to draw a line under this crisis.

After all, it is arguable that the real sin in 2003 wasn't the decision to allow France and Germany flexibility over the fiscal rules but the failure of France—unlike Germany—to deliver on the reform commitments given as a condition of that flexibility. **The future of the banking union may hinge on Rome not making the same mistake.**

138,56

- [WORLD](#)
- [MIDDLE EAST](#)

Chaos in Libya a Growing Draw for Extremists, Report Warns

Islamic State, al Qaeda using the chaos since the overthrow of Moammar Gadhafi to seize territory

By [ALAN CULLISON](#)

Updated Jan. 27, 2016 7:12 p.m. ET

WASHINGTON—Libya is emerging as a new destination of choice for extremists, as both Islamic State and al Qaeda have used the chaos since the overthrow of Moammar Gadhafi to seize territory and parts of the economy, a report by a security consulting firm said.

Wednesday's report warned that **Libya could become a dangerous new base for terrorist groups because of the country's ungoverned hinterlands, long, porous borders and huge oil reserves.**

Already, the absence of law and proliferation of weapons and violence in Libya “have allowed violent extremist groups such as the Islamic State and al Qaeda to thrive,” said the report by The Soufan Group, founded by a former U.S. government official who investigated the 2001 terror attacks.

The report noted that both groups “are both utilizing Libya as a safe haven from which to launch operations against neighboring countries.”

“Given geography, expansive territory, extensive oil reserves and its history with violent jihadist networks, a failed state in Libya could be disastrous for North Africa and Europe as well as the broader international community,” it said.

The warning echoes similar concerns among U.S. officials and comes as United Nations-backed efforts to patch together a unity government and restore order have fallen flat.

Last week at the World Economic Forum in Davos, Switzerland, U.S. Secretary of State John Kerry listed **several current crises, including those in Syria, Ukraine and Libya, as examples of places where corrupt or incompetent leaders helped to fuel violence and chaos.**

On Monday, French Interior Minister Bernard Cazeneuve said Islamic State “has managed to seize passports in Iraq, Syria and Libya and to set up a true industry of fake passports.”

Since Gadhafi was killed in 2011, much of Libya's territory has fallen under the control of a patchwork of militias, many of them warring. Today, there are two competing central parliaments and governments, one based in the capital of Tripoli and the other in the coastal city of Tobruk. Both are backed by loose alliances of armed groups and former rebels who helped topple Gadhafi.

This week the parliament in Tobruk, which has been internationally recognized, rejected the unity government proposed under the U.N.-backed plan. The Soufan report said the vote signaled that “**despite high international hopes, rival parties in Libya simply do not have the incentive to compromise on power-sharing.**”

The report said Islamic State and al Qaeda are shifting toward Libya partly because they are being **squeezed out of places like Syria by international military coalitions.**

Some Islamic State recruitment materials have even begun instructing aspiring foreign fighters to travel to Libya, rather than to Iraq and Syria. "As the group faces increasing military pressure on its strongholds in Raqqa and Mosul, this trend is likely to increase," the report said.

Likewise, Libya has become a "lawless fallback position" for al Qaeda affiliates, which have also been pressured out of northern Mali and Algeria by French, Algerian and African Union troops.

The report said that al Qaeda and Islamic State have each been generating revenues in Libya. Islamic State has been attacking oil installations controlled by rival militia groups and seized three regions, one of which, **Sirte**, it has tried to promote as its Libyan capital, in the model of Raqqa in Syria and Mosul in Iraq.

"The black flag of the group adorns buildings across the city," said the report. "Religious police patrol the city in pickup trucks, enforcing strict interpretations of religious law."

138,58

finance

Report faults E.C.B. in Irish banking collapse

By DOUGLAS DALBY and JACK EWING

28 janvier 2016

The European Central Bank placed an “inappropriate” debt burden on Irish citizens in 2010 when it refused to force bond investors to share losses from troubled banks, a parliamentary committee report on the country’s banking collapse said on Wednesday.

The report supports the view, widely held in Ireland, that the E.C.B. dictated policy to the government in a way that punished taxpayers while sparing investors who owned bonds issued by Irish banks.

The central bank, based in Frankfurt, routinely denies that it meddles in politics or tells eurozone governments what to do. But the report is likely to bolster critics who say that, in its zeal to protect the banking system, the bank has strong-armed political leaders not only in Ireland but also in other countries hit by crisis, like Greece and Cyprus.

The E.C.B. said in a statement on Wednesday that it welcomed the report, which it said provided “a valuable contribution to an understanding of the crisis.” The central bank said it had been open about its role in Ireland but declined to comment in detail on the report.

The 400-page report, published Wednesday afternoon, **says that** in November 2010 and again in March 2011, **the central bank explicitly threatened to withhold emergency support to Irish banks if the government imposed losses on holders of bank bonds.**

The inquiry also found that the so-called troika of lenders — the central bank, the International Monetary Fund and the European Commission — would not have agreed to bail out Ireland had the government decided to burn so-called senior bondholders, the investors who own bonds that are supposed to be the last in line to suffer losses. **The E.C.B. was determined that no bank in Europe would be allowed to fail.**

While the report finds significant fault with Ireland’s oversight of its banking system, **it is particularly scathing of the European Central Bank’s role in managing the aftermath of the system’s collapse from 2008 to 2010.**

The bailout initially cost Irish taxpayers €64 billion, or \$69 billion at current exchange rates — the equivalent of 33 percent of Ireland’s gross domestic product. This figure was subsequently lowered to around €40 billion after debt refinancing. **According to the National Treasury Management Agency of Ireland, government debt peaked at 120 percent of G.D.P. in 2013 and is still hovering at just below 100 percent.**

Jean-Claude Trichet, who was president of the E.C.B. during the Irish banking crisis, said in testimony to the parliamentary committee last year that **investors had shared in the losses**. Holders of so-called subordinate debt, which is more exposed than senior debt to losses, lost €14 billion while bank shareholders lost €29 billion, Mr. Trichet said in April.

“The E.C.B. simply gave advice on this issue,” Mr. Trichet said. “The E.C.B. indeed doesn’t have any authority to issue instructions to euro area governments or to ministers.” Mr. Trichet left the central bank in October 2011 after his term expired.

Over several months, the parliamentary committee, which included members of the major parties, interviewed senior and former senior bank officials, prime ministers, senior politicians, civil servants, central bank officials and property developers. However, the committee was criticized in many quarters because its powers were limited.

Pearse Doherty, finance spokesman for the **Sinn Fein party**, was one of two members of the committee who refused to sign off on the report, which cost €5 million to create.

“While the report includes new information, it fails to fully answer the questions regarding how the crisis came about and who was responsible,” Mr. Doherty said.

Sean Barrett, an independent member of Parliament who did sign off on the report, was also critical of the process.

Writing in The Journal, an Irish news website, Mr. Barrett criticized what he said was “the dysfunctional cultures in official organizations, the disregard for facts and differing viewpoints in the public and private sector and a legislature that is encouraged not to think, argue or investigate.”

“Business as usual has become the order of the day, reform fatigue has set in and the seeds of the next crisis are already being cultivated,” he wrote.

The fallout from the banking crash is still apparent. Although Ireland has recorded the highest growth in Europe over the past two years, the country continues to suffer the effects of the crisis. Hospitals are postponing operations because of funding cuts, unemployment is around 9 percent, and the number of people leaving the country remains high.

138,60

30 ans de chômage de masse en France... Pourquoi ?

Par [Marine Rabreau](#)

Publié le 27/01/2016 à 18:04

Comment croire que la France parviendra à retrouver le plein emploi quand cela fait trente ans que le chômage de masse s'est installé? Pas une seule année depuis 1983, le taux de chômage de notre pays n'est retombé sous la barre des 7%. Sur ces 32 dernières années, 25 ont tristement affiché un taux de plus de 8%, dont 7 années à plus de 9% et 4 années (dont 2015) à plus de 10%.

LE SCAN ÉCO / INFOGRAPHIES - Qui sont les chômeurs en France?

• Un taux de chômage moyen de 9% ces trente dernières années

En moyenne en France, le taux de chômage de ces trois dernières décennies atteint 9%. Sur cette période, des gouvernements de gauche, de droite, parfois de coalition étaient au pouvoir. «Les gouvernements ont, depuis [François Mitterrand](#), abandonné l'idée que leur action pourrait ramener le pays au plein emploi (...). Or ce chômage de masse est un mal qui mine à la fois la compétitivité économique et notre cohésion sociale», a déploré récemment dans nos colonnes [Bertrand Martinot](#), spécialiste du marché du travail, interrogé sur [la question de la fatalité du chômage dans notre pays](#).

LE SCAN ÉCO - Comment les crises financières dopent les scores de l'extrême-droite

LE SCAN ÉCO / INTERVIEWS CROISÉES - Le chômage est-il devenu une fatalité en France?

• 2015, année noire pour la France

En 2015, le taux de chômage français a retrouvé ses tristes records de 1994 -un an avant, la majorité socialiste signait une défaite marquante-, [puis de 1996 et 1997](#), année de la dissolution ratée de l'Assemblée nationale par [Jacques Chirac](#). Si le fléau du chômage de masse en France n'est pas nouveau, il s'est amplifié avec [la crise financière inédite que le monde a connu à partir de 2007](#), et qui s'est traduite dans l'économie réelle dès 2008. Depuis, rien ne va plus. La courbe du chômage ne s'est pas arrêtée de grimper (du moins en variations annuelles) malgré l'effort sans précédent de la dépense publique pour tenter de lisser les effets de cette crise.

Pourtant, au cours des deux dernières années, le chômage a diminué de manière continue dans l'ensemble des pays développés de l'OCDE, atteignant environ 7%. En Europe, [s'il n'y a pas qu'en France que le chômage est élevé](#), dans tous les autres pays européens, de l'Allemagne à la Grèce, en passant par l'Espagne, le Portugal et la Suède, le marché du travail s'est ressaisi dans un contexte de reprise -encore très timide- de l'économie.

Le taux de chômage en France au plus haut depuis... 1997

LE SCAN ÉCO - 2008-2015, des subprimes aux dettes d'État: sept ans de crises à la loupe

LE SCAN ÉCO - Il n'y a pas qu'en France que le chômage est élevé

• Il y a 40 ans, l'apparition du chômage dit «structurel»

Si l'on regarde la courbe du chômage sur une longue période, elle n'a tendanciellement fait depuis 50 ans. Certes, à la fin des années 1980, le recul du chômage coïncide avec une période transitoire d'amélioration de l'activité. Inversement, la hausse de la première moitié des années 1990 prend place dans un contexte conjoncturel défavorable. En revanche, la montée ininterrompue du taux de chômage entre 1970 et 1985 [ne saurait connaître d'explication liée à la position dans le cycle économique](#).

En fait, le chômage explose en France à partir du milieu des années 1970, en période de post-premier choc pétrolier (1973) qui a bouleversé le monde économique, caractérisée en France par un ralentissement conjoint de la croissance et de la productivité, après trente années dites «Glorieuses». C'est à partir de là que le chômage dit «structurel» s'installe en France: il s'agit d'une espèce de «stock» de chômage s'est accumulé, dont la France n'a plus réussi à se débarrasser... même en période de croissance soutenue. Le taux de chômage structurel (appelé aussi taux de chômage de long terme ou taux de chômage d'équilibre) est celui qui ne peut pas s'expliquer par une insuffisance de l'activité économique.

• Pourquoi le chômage structurel de masse s'est installé en France

Le calcul du taux de chômage structurel est très compliqué et critiqué selon les méthodes, mais les ordres de grandeur proposés par exemple par Patrick Artus dans une étude historique et économétrique du chômage structurel en France font plutôt consensus: il était de 2% au début des années 1970, puis de 5% au milieu des années 1980, puis 8% au milieu des années 1990, 7,5% au milieu des années 2000 et il est à plus de 9% désormais.

«On comprend cette hausse en observant la hausse des cotisations sociales des entreprises, du milieu des années 1970 au milieu des années 1980, et depuis 2008; la hausse continue du niveau de salaire minimum; la dégradation de la qualité du système éducatif; et l'absence de flexibilité du marché du travail et de réaction des salaires réels à la situation économique», résume le directeur de la recherche et des études de Natixis. Par ailleurs, depuis les années 1990, le chômage structurel augmente en même temps que les employeurs ne parviennent pas à pourvoir les postes vacants, parce que les chômeurs ne possèdent pas les qualifications requises pour les nouveaux emplois créés.

• D'où l'inefficacité des politiques de l'emploi en France

Le chômage structurel en France étant estimé dans une fourchette large entre 7 et 10%, le chômage conjoncturel (celui qui dépend de la conjoncture économique) ne s'élève donc qu'entre 0 et 3%. Autrement dit, les politiques conjoncturelles ne peuvent avoir qu'un peu d'efficacité, sinon aucune. Cela suggère que les améliorations en France seront avant tout le fruit de réformes structurelles du fonctionnement global de l'économie (sur l'architecture des prélèvements et des transferts sociaux, politiques de l'emploi, de la concurrence, de l'éducation, de la formation professionnelle...).

Si François Hollande, lors de ses vœux aux forces vives du 18 janvier dernier, a dressé un bon diagnostic des maux français et a lui-même parlé de ce «chômage structurel» en France, il a proposé des mesure(tte)s qui n'ont pas vocation à repenser le modèle économique et social français. Le président compte sur le retour de la croissance... Pourtant, «au-delà du court-moyen terme, c'est l'emploi qui crée la croissance de la production, et non l'inverse», rappelle-t-on au Conseil d'orientation pour l'emploi.

• Le chômage structurel de masse, «une spécificité française»

«Le chômage structurel de masse constitue une spécificité nationale qui distingue la France des autres nations», analysait déjà Nicolas Baverez dans les années 1990. À chaque grande crise, «la France y entre avec un certain décalage, puis s'installe durablement dans la dépression, ce qui se traduit par des performances sensiblement inférieures à ses grands partenaires commerciaux d'un côté, et par la montée d'un chômage structurel de masse de l'autre», constate l'économiste. Ce fut le cas avec la crise de 1929 et celle des années 1970 et c'est encore le cas avec celle de 2008. **Ainsi le «chômage dépasse la dimension d'un simple phénomène économique (...). Il constitue à la fois le témoin et le symbole de l'incapacité des Français, en période de crise, à actualiser le contrat social qui les lie pour se projeter, au-delà des difficultés immédiates, dans l'avenir».**

Le destin de l'Europe se joue en mer Egée

LE MONDE | 25.01.2016 à 12h10 • Mis à jour le 25.01.2016 à 14h50

Le Monde.fr

Lundi 25 janvier 2016

Quelque 37 000 migrants seraient arrivés en Grèce ou en Italie depuis le début du mois. A ce rythme, le flux migratoire sera plus fort en 2016 qu'en 2015.

Editorial du «monde».

Sur les rivages de la Grèce, dont il est en partie originaire, le projet européen se délite. L'Europe est à l'épreuve et elle n'est pas à la hauteur. L'Europe est sollicitée et elle ne répond pas. Le flux incessant des réfugiés - essentiellement ceux qui fuient les guerres de Syrie - réclame une politique, des décisions, dans un sens ou dans un autre. Mais le groupe des 28 Etats de l'Union européenne (UE) est paralysé. Il ne décide rien ou n'arrive pas à appliquer les décisions prises. Comment dit-on quand l'énergie vitale s'échappe ainsi d'un corps?

Petit bilan du week-end. Vendredi 22 janvier, au matin, plus d'une quarantaine de migrants - 42, au dernier décompte -, dont 17 enfants, ont péri noyés au large d'une île grecque. Les deux barcasses qui les transportaient ont sombré par gros temps. Elles venaient de Turquie, où la mafia des passeurs aligne les prix du voyage sur la hauteur des vagues: gros temps, petit prix. Mais on n'arrête pas ce «commerce» l'hiver, il reste très rentable. Courageusement, et bien seuls, les gardes-côtes grecs ont réussi à sauver des dizaines de rescapés de ce naufrage.

Ankara dit ne pas avoir les moyens de contrôler le flux des réfugiés: ils continuent, à un rythme plus élevé que l'an passé, à gagner la Grèce, qui les laisse immédiatement partir ailleurs. Quelque part en Europe. L'UE a promis 3 milliards d'euros à la Turquie pour fixer les réfugiés sur son territoire. L'UE n'arrive pas à rassembler cette somme: certains de ses membres ne veulent pas payer. La chancelière Angela Merkel négocie seule avec Ankara, où, chantage discret, on ne lui pardonne pas d'être opposée à l'entrée de la Turquie dans l'UE.

Citée dans le *New York Times*, l'Organisation internationale pour les migrations (OIM) évalue à 37000 le nombre de migrants arrivés en Grèce ou en Italie depuis le début du mois - dix fois plus que l'an passé. L'OIM a déjà recensé 113 morts par noyade. A ce rythme, le flux migratoire sera plus fort en 2016 qu'en 2015.

L'Union européenne est incapable de dégager le sursaut d'énergie, d'effort, d'enthousiasme qui fut celui de l'après-guerre et que requiert la situation actuelle

L'UE est paralysée, tétanisée. Elle n'arrive pas à faire appliquer le plan de répartition des réfugiés qu'elle a adopté. Certains de ses membres se refusent à accueillir un seul migrant. Les Etats les plus généreux, l'Allemagne et la Suède, se referment. La libre circulation des personnes au sein de l'UE est suspendue ici et là. L'Europe essaie de se barricader. La plupart des gouvernements en place estiment ne pas être en mesure d'intégrer dignement pareille masse d'hommes, de femmes, d'enfants.

Soit. Mais alors, il faut au moins décider de renforcer sérieusement les frontières extérieures de l'UE. Il ne faut pas abandonner les pays de première ligne. Il faut dégager des ressources pour créer enfin une agence commune de contrôle des bordures extérieures de l'UE, chargée de gérer et de négocier les flux migratoires avec les pays de départ et les pays de transit. Sans frontières extérieures fixes et contrôlées, c'est l'idée même de l'Europe qui est en question.

Mais l'UE ne choisit pas. Elle est incapable de dégager le sursaut d'énergie, d'effort, d'enthousiasme qui fut celui de l'après-guerre et que requiert la situation actuelle - pour intégrer ou pour réguler. Or il n'y a pas de solution nationale à une question aussi transnationale que la gestion des grands flux migratoires de l'époque. Que cela plaise ou non, s'il n'y a pas «plus d'Europe» sur cette question, il risque fort de ne plus y en avoir du tout.

138,63

REFUGEE CRISIS: Two months to save Schengen

27 January 2016

FRANCE INTER PARIS



[Peter Schrank](#) Published in 4 languages 14 comments Share count index 43

That is the time span Donald Tusk, the President of the European Council, has given to the EU's twenty-eight member states to find a long-term solution to the refugee crisis and to their resettlement. Without this, warns Bernard Guetta, the free-movement zone is at serious risk of imploding.

[Bernard Guetta](#)

Only "two months". That is the time span the Donald Tusk, the President of the European Council, has given to the EU to get to grips with the wave of refugees. After that point, [he said](#) on 19 January, the free movement of goods and people between the twenty-eight members states and four associated countries, the Schengen area, one of the major achievements of the European project, will soon be a mere memory.

Should this happen, countless border checkpoints would have to be reinstated, requiring a huge surge in the numbers of customs and police officers. Air travel would become much more difficult, queues of lorries would cause traffic jams up and down the continent, and cross-border commuters might risk losing their jobs because travel from one country to another would become too unpredictable.

Should this happen, it would be a bitter blow against European unity. Yet, in a bid to stop terrorist attacks or the arrival of refugees, seven countries in the Schengen area [Austria, France, Sweden, Denmark, Germany, Norway and Malta] have already [restored border controls](#). While this is theoretically a temporary measure, the governments concerned are now stalling about lifting it because of the enormous pressure for national security.

A limit of two months is perhaps exaggerated, but ultimately Donald Tusk is right. The race is now on between a collapse in Schengen, on the one hand, and, on the other, reinforcing the EU's external borders and keeping Syrian refugees in Turkey, which lies on the path to Greece for Syrian refugees before they throw themselves, in the cold, against the slightly lower borders to the north.

Every day counts, since deploying European border police in Greece is taking some time and Turkey is not moving quickly on its own border controls, despite the promise of European money.

All is not lost, but we are in dangerous territory. What would be most concerning of all is that the re-establishment of national borders would resolve nothing. It would be far more drawn-out and costly to do that than to close the EU's external borders. National borders would not stop refugees from landing on European shores and staying in Greece or Italy, who would then have to take responsibility for them without the assistance of other member states. And it isn't

national borders that will stop terrorist attacks, but rather sharing information and cooperation between national police forces.

National borders are reassuring, but are largely useless when their re-establishment would mean hindering European exchange, dealing a new blow to the EU's economic growth and disrupting a European unity that has already been under strain.

The EU is not working. The EU is unloved by its citizens. Over the next few months, its popularity will be measured by polls for the [UK referendum](#). The EU, in spite of everything, will survive, but the last thing it needs is the end of the Schengen zone: after reaching that point, the uphill climb will just get even steeper.

Japans Notenbank führt einen negativen Zinssatz ein

Die japanische Notenbank sorgt sich um die globalen Finanzmarkturbulenzen und die Deflationsmentalität zu Hause. Mit einem negativen Zinssatz will sie die Geschäftsbanken nun anhalten, mehr Geld in die Wirtschaft zu schleusen.

29.01.2016, von PATRICK WELTER, TOKIO



© APJapans Zentralbankchef Haruhiko Kuroda führt Strafzinsen ein

Die Bank von Japan weitet ihre lockere Geldpolitik abermals aus. Der geldpolitische Rat beschloss am Freitag mit fünf zu vier Stimmen, **einen negativen Zinssatz von 0,1 Prozent einzuführen**. Der negative Zins wird auf Teile der Guthaben gelegt, die die Geschäftsbanken bei der Zentralbank halten. **Damit folgt Japans Zentralbank dem Vorbild europäischer Notenbanken. Die Bank von Japan will so erreichen, dass die Geschäftsbanken das Geld nicht bei der Zentralbank parken, sondern in die Wirtschaft einschleusen.**

Während die Zentralbank ankündigte, den negativen Zinssatz gegebenenfalls noch weiter zu senken, **ließ sie die quantitative Lockerung vorerst unverändert. Wie zuvor wird die Bank von Japan weiter Staatsanleihen im Volumen von 80 Billionen Yen (610 Milliarden Euro) im Jahr kaufen.** Auch die Käufe von handelbaren Wertpapieren bleiben im Volumen unverändert. **An der Börse in Tokio wurde die Entscheidung mit Kurssteigerungen aufgenommen. Der Yen verlor gegen Dollar und Euro deutlich an Wert.**

Inflationsziel wieder verschoben

Die Zentralbank begründete die Lockerung mit **den Finanzmarkturbulenzen zum Jahresbeginn**, dem Ölpreisverfall und der Unsicherheit über die weitere Entwicklung in China und in anderen Schwellenländern. Damit steige das Risiko, dass sich in Japan die Überwindung der deflationären Mentalität verzögere.

Die Bank nahm zugleich ihre Inflationsprognose für das im April beginnende Fiskaljahr deutlich zurück. Sie **erwartet nun nur noch eine Inflationsrate von 0,8 Prozent**, nach bisher prognostizierten 1,4 Prozent. Erst im Sommerhalbjahr 2017 soll die Inflationsrate nun das Inflationsziel von etwa 2 Prozent erreichen, wobei die Effekte der für April 2017 geplanten Mehrwertsteuererhöhung herausgerechnet sind. Bisher hatte die Bank erwartet, das Inflationsziel im Winterhalbjahr 2016/17 zu erreichen. **Zum dritten Mal seit Frühjahr 2015 hat Gouverneur Haruhiko Kuroda damit den Zielzeitpunkt verschoben, an dem er der Regierung eine Inflationsrate von etwa 2 Prozent präsentieren will.** Die Bank begründet die niedrigere Inflationsprognose mit dem **Verfall des Ölpreises**.

Die **Wachstumserwartungen** sind dabei weitgehend unverändert. Für das im März endende Fiskaljahr rechnet die Bank mit einem Wachstum **von etwa 1,1 Prozent und für das kommende Fiskaljahr mit 1,5 Prozent. 2017** wird die Konjunktur dann der Vorausschau folgend einbrechen, weil die Regierung dann die Mehrwertsteuer erhöht. Die Zentralbank erwartet in der Folge ein Wachstum von nur noch 0,3 Prozent.

„QQE mit negativem Zinssatz“

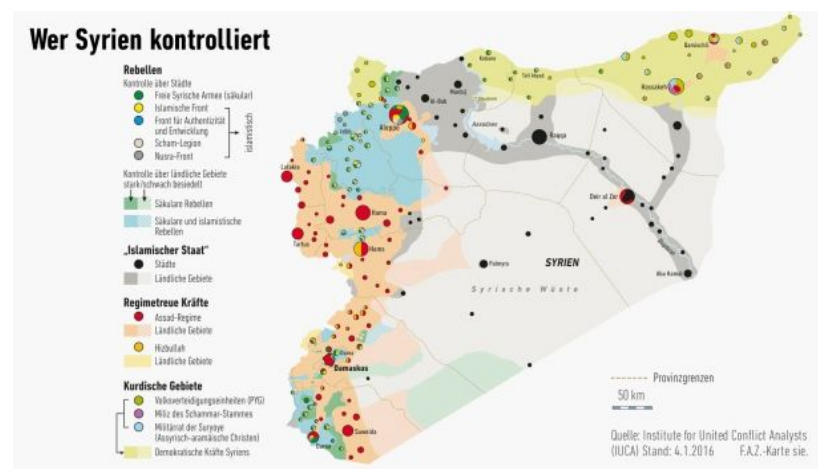
Die Bank von Japan hatte unter drastischem politischen Druck der damals neuen Regierung von Shinzo Abe die Ankäufe von Staatsanleihen und Wertpapieren 2013 begonnen, um die Preisentwicklung in Japan von einer leichten Deflation auf eine Inflationsrate von 2 Prozent zu treiben.

Als Abgrenzung gegenüber anderen Notenbanken und gegenüber eigenen früheren Wertpapierkäufen nannte die Bank von Japan diese Politik „quantitative und qualitative Lockerung“ oder auf Englisch abgekürzt QQE. Diese Form des „branding“ setzte die Zentralbank am Freitag fort: **Von nun an spricht sie von „QQE mit negativem Zinssatz“.**

Syrien nach fünf Jahren Krieg

Heute beginnen in Genf Friedensgespräche über Syrien. In vielen Orten des Landes wird immer noch gekämpft. Die Lage ist unübersichtlich, die Allianzen wechseln und auch das Eingreifen Russlands hat keine Entscheidung gebracht.

29.01.2016, von THOMAS GUTSCHKER



In Syrien herrscht seit Anfang 2011 Bürgerkrieg – unsere Karte zeigt, was das bedeutet. Es gibt keine klare Front, wie in einem klassischen Krieg zwischen zwei Staaten. Vielmehr verlaufen Fronten zwischen den Volksgruppen, zwischen Alawiten, Sunniten und Kurden, aber auch zwischen Islamisten und säkularen Kräften. Es gibt die reguläre Armee, syrische Milizen und ausländische Kämpfer. An einem Ort bilden sich vorübergehend Allianzen, an einem anderen bekämpft man einander bis aufs Messer.



Autor: Thomas Gutschker, Redakteur im Ressort Politik in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.Folgen:

Man sehe sich nur einmal die Lage in Aleppo an, der nach Damaskus zweitwichtigsten Stadt des Landes: Dort sind fast alle Kriegsparteien auf engstem Raum versammelt: das Assad-Regime, die säkularen Milizen der Freien Syrischen Armee, die islamistischen Gegner Assads von der Scham-Legion und der Islamischen Front, die mit Al Qaida-Verbundene Nusra-Front und die kurdischen Volksverteidigungseinheiten. Nur eine Gruppe fehlt: der „Islamische Staat“ – dessen Herrschaftsgebiet beginnt ein paar Kilometer jenseits der Stadtgrenze.

Allein in Aleppo sind nach Zählungen von Menschenrechtsaktivisten mehr als 25.000 Menschen bei Kämpfen ums Leben gekommen, im ganzen Land sollen es zehnmal so viele sein. Für einen Waffenstillstand, den die Vereinten Nationen mit Verhandlungen in Genf herbeiführen wollen, sind zwei Dinge entscheidend. Erstens müssen alle Akteure eingebunden werden, die hinreichend viele Kämpfer unter Waffen haben und bereit sind, an der politischen Zukunft Syriens mitzuwirken. Zweitens darf keiner der Akteure eine realistische Aussicht haben, dass er die Lage am Boden zu seinen Gunsten entscheiden kann. Denn warum sollte er sonst Kompromisse am Verhandlungstisch eingehen?

Wer in Syrien kämpft:

Die Lage wirkt schon auf unserer Karte kompliziert. In Wirklichkeit ist alles noch schwieriger. Denn die Freie Syrische Armee (FSA) und die Islamische Front sind Dachorganisationen für Dutzende Rebellengruppen, die nur lokal oder regional kämpfen. Die Namen „Armee“ und „Front“ haben die Gruppen selbst gewählt, sie sollen Einheitlichkeit und Schlagkraft demonstrieren. Tatsächlich verdecken sie eher, wie disparat die Milizen sind.

Die FSA wurde stark vom Westen und von der Türkei gefördert, sie sollte zu einer Oppositionsarmee der gemäßigten Kräfte aufgebaut werden. Doch scheiterten mehrere Versuche, eine einheitliche Kommandostruktur zu schaffen. Es ist wie in den anderen Gruppen auch: Die meisten Kämpfer interessieren sich nur dafür, ihre

Heimatstadt zurückzuerobern; sie sind aber nicht bereit, in einer anderen Stadt zu kämpfen. Das steht allen Bemühungen um eine Konzentrierung der Kräfte und ein zentrale Führung entgegen. Im Nordwesten des Landes bekennen sich etwa 20.000 Kämpfer zur FSA, im Südwesten sind es weitere 25.000. Die FSA ist damit der größte „Dachverband“ der Milizen.

An zweiter Stelle folgt die Islamische Front mit bis zu 40.000 Kämpfern. Sie wurde 2013 als Bündnis aus sieben Oppositionsgruppen gegründet, die eine islamische Verfassung und die Einführung des Scharia-Rechts in Syrien anstreben. Sie sind, jedenfalls zum Teil, salafistisch geprägt, verfolgen jedoch keine Agenda über Syrien hinaus. Die beiden wichtigsten Milizen der islamischen Front sind Ahrar al Scham (Islamische Bewegung der Levante) mit 15.000 Mann und Dschaisch al Islam (Armee des Islams) mit mehr als 10.000 Kämpfern. Beide haben sich zum politischen Prozess für Syrien bekannt, allerdings gibt es interne Konflikte darüber.

Ahrar al Scham wurde von der Türkei und von Qatar gefördert. Die Miliz kämpfte in Raqqa, wo sie vom IS verdrängt wurde, sowie in den Provinzen Idlib und Aleppo. Dschaisch al Islam, von Saudi-Arabien finanziert und ausgerüstet, kämpft in der ländlichen Gegend nordöstlich von Damaskus. Keine andere Rebellengruppe ist dem Zentrum der Macht näher. Ende vergangenen Jahres musste sie jedoch einen herben Rückschlag erleben. Ihr Kommandeur wurde bei einem – vermutlich russischen – Luftangriff getötet. Neben der Islamischen Front gibt es weitere unabhängige islamistische Milizen. Dazu gehören die „Front für Authentizität und Entwicklung“ im Gebiet zwischen Idlib, Hama und Homs (5000 Kämpfer) und die Scham-Legion im Großraum Aleppo und Idlib (4000 Kämpfer).

Zwei Gruppen wurden von den Vereinten Nationen als eindeutig terroristisch eingestuft: die Nusra-Front und der „Islamische Staat“. Sie wollen nicht nur ein Kalifat in Syrien errichten, sondern weit darüber hinaus; außerdem versuchen sie ihre Gegner im Westen mit Terroranschlägen wie in Paris zu treffen. **Diese Gruppen dürfen nicht am politischen Prozess teilnehmen. Sie unterliegen gemäß Beschluss des UN-Sicherheitsrats auch nicht Vereinbarungen für einen Waffenstillstand. Im Kern sind sie eng verwandt.** Die Gruppierungen spalteten sich im Sommer 2013 auf, weil sich der Anführer des IS, Abu Bakr al Bagdadi, von Al Qaida abwandte, während sich die Nusra-Front weiter zu dem von Bin Ladin gegründeten Terrornetzwerk bekannte.

Der IS hat 20.000 bis 30.000 Kämpfer

Die Nusra-Front ist im Nordwesten Syriens aktiv. Über ihre Stärke gibt es keine verlässlichen Angaben, es könnten um die 10.000 Mann sein. Die Nusra-Front sah bis zum letzten Sommer den IS als ihren Hauptgegner; dann zog sie sich aus direkten Kämpfen zurück. Sie kämpft mal mit anderen, mal gegen andere Rebellengruppen. Manche westliche Fachleute hoffen, dass es gelingt, die Nusra-Front zu spalten und einen Teil von Al Qaida zu lösen. Anfang vergangenen Jahres gab es Gerüchte über einen solchen Bruch; sie wurden jedoch von der Nusra-Front dementiert.

Der IS verfügt über 20.000 bis 30.000 Kämpfer in Syrien und im Irak, die meisten davon aus dem Ausland. Sie beherrschen in Syrien die Siedlungsgebiete am Euphrat bis hinauf zur türkischen Grenze. Über diesen etwa hundert Kilometer breiten Korridor bekommt der IS seinen Nachschub an Material und Kämpfern. Die Türkei versucht, die Grenze mit einer Betonmauer zu schließen. Sie hat jedoch ein übergeordnetes Interesse, das die Lage zusätzlich kompliziert macht. Ankara will unbedingt verhindern, dass die Milizen der syrischen Kurden, die Volksverteidigungseinheiten (YPG), in den vom IS gehaltenen Korridor eindringen und dann womöglich ihr Herrschaftsgebiet an der gesamten türkischen Grenze schließen. Die YPG wiederum wird sowohl von russischen als auch amerikanischen Luftangriffen im Kampf gegen den IS unterstützt. So gelang es den Milizen, Ende Dezember einen wichtigen Staudamm am Euphrat einzunehmen.

Bleiben noch die Truppen des Assad-Regimes. Die regulären Streitkräfte sind nach fünf Jahren Bürgerkrieg stark dezimiert. Zehntausende Soldaten wurden getötet oder sind desertiert. **Fachleute glauben, dass von einst 300.000 Mann nur noch 80.000 bis 100.000 übrig sind.** Das ist der alawitische Kern der Armee, der vor allem die eigenen Siedlungsgebiete am Mittelmeer verteidigt. Die Hauptstadt Damaskus wird von einer Eliteeinheit geschützt, die ein Bruder Baschar al Assads führt. **An der Grenze zu Libanon sind auch Einheiten der Hizbullah im Einsatz, die ebenfalls loyal zum Regime stehen. Außerdem hat Assad mit iranischer Hilfe eine Miliz aufgebaut, in der irakische, afghanische und pakistanische Söldner kämpfen. Was diese Gruppen mit dem Regime verbindet, ist die schiitische Prägung. Zusätzlich kann Assad seit Ende September auf die direkte militärische Unterstützung der Russen zählen.** Sie haben nahe Latakia eine Luftwaffenbasis aufgebaut, von der aus sie täglich Angriffe fliegen – hauptsächlich gegen Oppositionsgruppen, in geringer Zahl auch gegen den IS.

Die militärische Lage:

Die Intervention der Russen war die wichtigste Veränderung der letzten Monate. Bis dahin hatte das Assad-Regime schwere Niederlagen erlitten. Seine Truppen wurden aus der Provinz Idlib herausgedrängt, sie verloren Palmyra an den IS. Auch der Druck auf Damaskus nahm zu. **Die Russen haben dafür gesorgt, dass das Regime wieder aus der Defensive gekommen ist. Sie agieren als Luftwaffe Assads und verschaffen ihm damit einen strategischen Vorteil gegenüber der bewaffneten Opposition – das gilt sowohl für Bombenangriffe als auch für die Aufklärung aus der Luft. Allerdings ist die Offensivkraft der Regimetruppen stark eingeschränkt. Es sind einfach nicht genug Soldaten da, um erobertes Gelände zu halten. Umgekehrt gelangen auch den Rebellengruppen kaum noch größere Vorstöße. Man kann deshalb im Großen und Ganzen von einem Patt sprechen.**

Es wird aber weiter gekämpft, mit hoher Intensität und wieder steigenden Opferzahlen. In ganz Syrien sind 400.000 Menschen von feindlichen Kräften eingeschlossen, davon die Hälfte von IS-Kämpfern. Das führt örtlich zu humanitären Katastrophen, Menschen haben kaum noch etwas zu essen. Im Januar ging Bilder von ausgemergelten Menschen in Madaya um die Welt, die von Regimetruppen eingekesselt sind. Allerdings verwenden auch die Rebellen die Kriegstaktik des Aushungerns.

Strategisch kommt es neben den Hauptstraßen vor allem auf die beiden größten Städte im Land an. In Damaskus ist es dem Regime trotz massiver russischer Luftunterstützung nicht gelungen, die Rebellen aus den Vororten und aus der östlichen Stadt Ghouta zu vertreiben. **Manche Fachleute glauben, der Krieg könnte sich in Aleppo entscheiden. Das Regime versucht, die Stadt weiter einzukreisen – und so die Rebellen von ihrem Nachschub aus der Türkei abzuschneiden.** Für die Kämpfer der FSA und der Islamischen Front ist der Versorgungskorridor extrem wichtig. Er steht zusätzlich unter Druck, durch die Kurden von Westen her und durch den IS im Osten. Allerdings werden sowohl die Türkei als auch die westliche Allianz gegen den IS alles tun, um diesen Korridor offen zu halten.

Bundesbank: Das Bargeld bleibt

Auch in vielen Jahren werden die Deutschen noch Bargeld verwenden, sagt Bundesbankchef Jens Weidmann. Sorgen bereitet ihm die EZB- Politik und die Gefahr einer Verschleppung der Eurokrise.

28.01.2016, von PHILIP PLICKERT

Bundesbankpräsident **Jens Weidmann** hat im Interview mit der F.A.Z. der Erwartung des Deutsche-Bank-Chefs John Cryan widersprochen, dass es in zehn Jahren kein Bargeld mehr geben werde. „Diese Prognose halte ich für nicht realistisch“, sagte Weidmann. Die Deutschen seien besonders bargeldaffin. 79 Prozent aller Transaktionen, vor allem die kleineren Käufe, würden mit Münzen und Scheinen bezahlt. Auch wenn die Bedeutung bargeldloser Zahlungen steige, stehe die Bundesbank weiterhin bereit, dass die Bürger Bargeld erhielten. „Wir wollen den Bürgern die Zahlungsart ermöglichen, die sie sich wünschen.“

Weidmann äußerte sich skeptisch zum Vorstoß der SPD-Finanzpolitiker, den 500-Euro-Schein abzuschaffen und eine Obergrenze von 5000 Euro für Barzahlungen einzuführen, um so Geldwäsche und kriminelle Aktivitäten einzudämmen. „Glauben Sie, dass kriminelle Handlungen deshalb unterbleiben, weil es den 500-Euro-Schein nicht mehr gibt?“, fragte er. **Einige Ökonomen, darunter der frühere Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds, Kenneth Rogoff, hatten eine generelle Abschaffung des Bargelds mit dem Argument befürwortet, dass Zentralbanken dann leichter Negativzinsen durchsetzen könnten, weil die Bürger nicht mehr auf Bargeld ausweichen könnten. Weidmann bezeichnete diese Überlegungen als „falsche Antwort“ auf die Herausforderungen der Geldpolitik. Statt über „finanzielle Repression“ zu sprechen, was eine solche Enteignung der Finanzvermögensbesitzer wäre, sollte man darüber diskutieren, „wie wir durch höheres Wachstum wieder zu höheren Zinsen kommen können“, sagte Weidmann.**

Der Präsident der **Europäischen Zentralbank, Mario Draghi**, hatte nach der jüngsten Sitzung des EZB-Rats öffentlich die Erwartung an den Märkten auf eine baldige Lockerung der Geldpolitik geschürt. Marktteilnehmer erwarten entweder eine Senkung des Einlagenzinses noch weiter in den negativen Bereich oder mehr Anleihekäufe, was die Zinsen drückt. **Das Volumen der Anleihekäufe wird sich nach Draghis Angaben auf nunmehr rund 1,8 Billionen Euro belaufen. Weidmann gehört zu den Kritikern dieser Staatsanleihekäufe. „Wenn das Kaufvolumen zu groß wird, wirken die Käufe auf dem Sekundärmarkt wie die uns verbotenen Käufe direkt von den Staaten.“**

Die Notenbanken würden zu den größten Gläubigern der Staaten, warnte Weidmann. Es gebe eine zunehmende Verflechtung der Geldpolitik und der Fiskalpolitik der Staaten. Der Druck auf die Zentralbanken, ewig die Zinsen niedrig zu halten und weiter Staatsanleihen zu kaufen, steige. **In einer Währungsunion sei dies noch problematischer als in einem Nationalstaat, wenn gemeinschaftliche Staatsanleihekäufe zu einer Gemeinschaftshaftung führten.**

Die niedrige Inflationsrate besorgt Weidmann offenbar weniger als andere EZB-Ratsmitglieder. Zwar erklärte er, dass die bisherige Prognose für dieses Jahr von durchschnittlich 1,0 Prozent wohl „relativ deutlich“ nach unten gesetzt werden müsse. Die von der EZB befragten Ökonomen erwarten inzwischen nur noch 0,7 Prozent – vor allem weil der Ölpreis so stark gefallen ist. Das billigere Öl sieht Weidmann weiterhin als Konjunkturprogramm für den Euroraum und Deutschland, weil die Kaufkraft von Ölproduzenten zu Ölkonsumenten umverteilt werde. Für die Weltwirtschaft sei der Effekt aber nicht mehr zwangsläufig positiv, einige ölproduzierende Länder müssten stark sparen.

Eher skeptisch äußerte sich Weidmann auch über die wirtschaftlichen Folgen des derzeitigen Flüchtlingsandrangs. Entscheidend sei es, dass Asylbewerber, die dauerhaft hierbleiben dürften, in den Arbeitsmarkt integriert würden. Ob dies gelinge, hänge wesentlich von den Qualifikationen ab. **„Selbst wenn man annimmt, dass diejenigen, die bei uns bleiben werden, den gleichen Bildungshintergrund und die gleichen Sprachkenntnisse haben wie die Migranten der Vergangenheit, dauert es mehr als zehn Jahre, bis diese Zuwanderer eine ähnliche Beschäftigungsquote erreicht haben wie die einheimische Bevölkerung“, sagte Weidmann.**

Merkel's grandstanding on Syrian refugees will lead to many more deaths at sea

The incentive is greater for people to risk the perilous journey to Europe

[James Forsyth](#)



[James Forsyth](#)

12 September 2015

Of all the irresponsible decisions taken in recent years by European politicians, few will cause as much human misery as Angela Merkel's plan to welcome Syrian refugees to Germany. Hailed as enlightened moral leadership, it is in fact the result of panic and muddled thinking. Her pronouncements will lure thousands more into the hands of unscrupulous people-traffickers. Her insistence that the rest of the continent should share the burden will add political instability to the mix. Merkel has made a dire situation worse.

On Tuesday last week, Germany declared that any Syrian who reaches the country can claim asylum there. In the days that followed, 25,000 arrived at Munich central station and that number is growing fast. Some trains from Austria have been diverted to other German cities to ease the pressure. Merkel now wants to use her clout to distribute these refugees around Europe — arguing that EU plans to resettle 160,000 may not be sufficient.

The current wave of migration started about 15 years ago, an unforeseen side-effect of globalisation. It has been vastly intensified by the chaos which followed the Arab Spring, and particularly the civil war in Syria. The EU's responsibility is laid out in the Dublin Convention of 1990, which decrees that refugees must claim asylum in the first European Union country that they reach. This crucial safeguard was torn up by Merkel when her government declared that it will be 'responsible' for processing the claims of Syrians. The Dublin rules were made for a reason: to save lives, as well as to protect Europe's borders. German panic has imperilled both priorities.

The welcome that has been given to refugees in Germany is remarkable. But encouraging these people to continue their journey is risky. The 71 refugees found dead in a lorry on an Austrian motorway last month might still be alive today had they ended their journey in Budapest. Some 7,000 refugees are estimated to have passed through Vienna during one day this week, but fewer than 100 claimed asylum there, choosing instead to head on north. Austria is rich, but Merkel's promise exerts such a pull that people don't want to stop until they reach Germany.

The distinction between refugee and economic migrant is also being elided. Many of the Syrians making this journey are fleeing war, but many others are fleeing camps in neighbouring Jordan or Turkey. The incentive to do this is growing, because life there is becoming harsher. As Michael Moller, the head of the UN's Geneva office, warned this week, these millions will 'get up and leave and come to Europe' unless conditions in the camps improve. Iraqis are also joining in; extra flights are being laid on from Baghdad to Turkey as people go on the move in the belief that Merkel has created a window of migration opportunity that may not last. It is at this point that the distinction between refugee and immigrant, on which European law is based, breaks down.



SUBSCRIBE FROM
£1 PER WEEK

JOIN US



The economic pull is exacerbated because, unlike in previous times, the residents of the refugee camps have access to mobile phones and information. They know that Germany has said it expects to accept 800,000 asylum-seekers this year (a figure greater than the population of some EU members). They will have heard about — or seen — the welcome being given to refugees arriving there, the reception committees and the politicians holding placards saying ‘refugees welcome’. All of this will encourage many more to embark on the perilous journey to Europe.

The European Union’s energies would be far better spent improving life in the camps and finding ways to allow people to work there, as Professor Paul Collier suggested in these pages last month. The camps should be properly funded. The UNHCR claims it currently has a \$795 million funding gap in its Syrian operation. France has given a fraction of what Britain has to this work, which puts a rather different perspective on François Hollande’s insistence that Britain must take on more of the refugee burden. No country in Europe has given more to the refugee camps than Britain.

Another danger of Merkel’s open-door policy is that it may make Syria’s recovery from civil war harder. By accepting those who have managed to make it to Europe, rather than those still in the camps, Germany is, intentionally or not, cherry-picking the more prosperous members of what used to be Syrian society, those who have sufficient resources to pay the traffickers. Without them, their ravaged country is far less likely to make a recovery once the fighting eventually stops. As the French foreign minister Laurent Fabius warned this week, ‘If all these refugees come to Europe or elsewhere, then Isis has won the game.’

Compounding Merkel’s folly is her desire to impose mandatory refugee quotas on the rest of the EU. (Britain won’t be part of this, we are one of the countries with an opt-out.) Forcing countries to accept refugees they don’t want is bound to boost support for populist anti-immigrant parties. German public opinion might be strikingly liberal on these issues — it is important to remember that, before her recent announcements, Merkel was being criticised for not doing enough to help — but opinion in other European countries is far less so. Strong-arming recalcitrant eastern European countries into taking a significant numbers of refugees will push politics to the nationalist right in these countries. In France, Marine Le Pen has already been making political hay out of Merkel’s actions.

Given the disaster unfolding on the continent, it’s odd to see Britain coming under pressure to become more like Germany. The Prime Minister’s decision to accept refugees from the camps, rather than send thousands more into the hands of people traffickers, seems to demonstrate a better understanding of the issue. To criticise the Prime Minister for not taking those refugees who have already reached Europe is bizarre; it seems to play into the hands of the people-traffickers, who would be pushing for their customers — those who have reached Europe — to be given priority over those who are still on the Syrian border.

Many in Cameron’s circle are furious at Merkel. There is a suspicion that, as one of the Prime Minister’s confidants puts it, ‘This has more to do with what happened in Europe 70 years ago than what is happening today.’ There is also anger at the criticism being directed at London from other European capitals. One Downing Street figure says that if Britain were not supporting the camps on Syria’s borders, at least a million more people would be coming to Europe. And we should remember those who aren’t even in the camps, those who have been forced from their homes but remain trapped inside Syria.

To save lives, Europe needs to stop people from thinking that if they take the risk of trying to cross into the European Union, then they will be able to claim asylum. This means turning around the boats that attempt the journey, and paying for processing stations in Turkey and Egypt. This may be hard, but there is nothing compassionate about giving desperate people false hope.

Britain can be the voice of sanity in this debate, while others panic. Cameron can point out that refugees and migrants who are already in Europe are not in imminent fear for their lives. Those gathered at Calais trying to cross the Channel might have once fled Syria, Somali or other war-torn countries — but they are now risking their lives to leave France, which is another matter entirely.

Merkel’s actions, now, will be hard to correct: her words cannot be unsaid. She has exacerbated a problem that will be with us for years, perhaps decades. More than 40 per cent of those who applied for asylum in Germany in the first half of this year came from the former Yugoslavia; the last of its wars ended 14 years ago. Handling all of this correctly will require true statesmanship, which means thinking through consequences. Merkel is failing that test spectacularly.

"Ist Merkel schuld an Flüchtlingskrise? Wer sonst?"

Der Migrationsforscher Paul Collier weist allein Angela Merkel die Schuld an der Flüchtlingskrise zu. Die deutsche Einwanderungspolitik habe niemanden gerettet – sondern "eher Tote auf dem Gewissen".

Von [Anja Ettl](#), [Holger Zschäpitz](#)



Foto: Getty Images Oxford-Ökonom Paul Collier hat mit seinem jüngsten Buch zum Thema Migration nicht nur in der Wissenschaft Furore gemacht. Er sieht keine Alternative zu Stabilisierung und zum Wiederaufbau der Heimatländer der Flüchtlinge

Paul Collier ist ein viel beschäftigter Mann. Der [in Oxford lehrende Ökonom](#) gehört zu den führenden Migrationsforschern weltweit. Seine Empfehlungen zur Lösung der größten Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg sind gefragt. Gleich zu Beginn des Interviews mahnt er zur Eile, die Investorenlegende George Soros brauche Rat für die passende Entwicklungshilfe.

Der ehemalige Direktor der Weltbank warnt vor falschen Tabus und plädiert für eine leidenschaftslose Analyse. Die Polarisierung zwischen Gegnern und Befürwortung der Einwanderung mischt er gehörig auf. Nichts verdeutlicht das mehr als sein wegweisendes Buch zum Thema Migration, das er 2014 unter dem Titel "[Exodus: Warum wir Einwanderung neu regeln müssen](#)" geschrieben hat. Der "Welt" gab der 62-jährige Brite, der selbst Enkel eines Einwanderers ist, exklusiv ein Interview.

Die Welt: Derzeit befinden sich 60 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Dennoch warnen Sie, dass dieser Exodus erst der Beginn sein könnte. Warum?

Paul Collier: Man muss da ganz klar unterscheiden. Wir haben es in dieser Flüchtlingskrise zum einen mit gescheiterten Staaten wie Syrien zu tun. Den Menschen, die von dort flüchten, geht es um das nackte Überleben. Da reden wir von ungefähr 14 Millionen Menschen. Und dann gibt es noch all jene, die in armen Ländern leben und sich auf den Weg in die reiche westliche Welt machen, um dort ihr Glück zu finden. Das sind Hunderte Millionen Menschen. Eine gewaltige Masse, die, wenn sie sich einmal in Bewegung setzt, kaum noch steuerbar ist.

Die Welt: Müssen wir uns darauf einstellen, dass sich halb Afrika auf den Weg macht?

Collier: Das Chaos in vielen afrikanischen Staaten nimmt definitiv zu. Der frühere Weltbank-Ökonom Serge Michailof vertritt ja die These, dass die Region südlich des Äquators das nächste Afghanistan werden könnte. Dort leben etwa 100 Millionen Menschen, und vor allem in Mali und im Niger ist die Lage bereits sehr instabil. Und dann kommt da die deutsche Kanzlerin und spricht davon, dass Europas Türen offen sind. Überlegen Sie doch einfach mal, wie das bei diesen Menschen ankommt.

Die Welt: Sie meinen, Angela Merkel ist schuld an der Flüchtlingskrise in Europa?

Collier: Wer sonst? Bis zum vergangenen Jahr waren Flüchtlinge für Europa kein großes Thema. Ich verstehe bis heute nicht, warum Frau Merkel so gehandelt hat. Sie hat Deutschland und Europa damit definitiv ein gewaltiges Problem aufgebürdet, das sich nun auch nicht mehr so einfach lösen lässt.

Die Welt: Wird das Merkel die Kanzlerschaft kosten?

Collier: Das kann ich beim besten Willen nicht beantworten. Aber was ich sagen kann: Durch ihre Kommunikation hat sie aus Flüchtlingen erst Migranten gemacht.

Die Welt: Das bedeutet?

Collier: Ganz einfach: Deutschland gefällt sich offensichtlich in der Retterrolle. Aber es grenzt an keines der Krisen- oder Kriegsländer. All diese Menschen, die zu Ihnen kommen, haben sich aus sicheren Drittstaaten auf den Weg gemacht. Deutschland hat keinen einzigen Syrer vor dem Tod gerettet. Im Gegenteil: Deutschland hat trotz bester Absichten eher Tote auf dem Gewissen. Die Sache ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Viele Menschen haben Merkels Worte als Einladung verstanden und sich danach überhaupt erst auf den gefährlichen Weg gemacht, haben ihre Ersparnisse geopfert und ihr Leben dubiosen Schleppern anvertraut.

Die Welt: Dann hat Ungarns Premier Viktor Orbán recht, wenn er Europa durch Zäune und Wälle vor dem Ansturm der Massen schützen will?

Collier: Mich interessiert in keiner Weise, was einzelne Politiker dazu zu sagen haben. Aber Grenzen und Zäune sind sicherlich nicht die Lösung für das Problem.

Die Welt: Sondern?

Collier: Es muss einen radikalen Schwenk in der Kommunikation geben. Europa muss klar sagen, dass sich die Wohlstandsmigranten gar nicht erst auf den Weg zu machen brauchen. Und auch die Flüchtlinge, die sich in Sicherheit bringen wollen, können das nicht länger in Europa tun, sondern in den sicheren Nachbarstaaten, ganz so, wie es völkerrechtlich festgelegt ist. Das Prinzip, dass sichere Anrainerstaaten Schutz bieten sollen, muss aus zwei Gründen zwingend gelten: Zum einen kommen die Flüchtlinge in das sichere Nachbarland am einfachsten hinein, ohne sich unnötig in Gefahr zu bringen. Und wenn wieder Frieden in ihrer Heimat herrscht, können die Flüchtlinge auch sehr einfach wieder zurück und beim Wiederaufbau helfen.

Die Welt: Viele Flüchtlinge in Deutschland scheinen sich allerdings langfristig hier niederlassen zu wollen.

Collier: Das wird in der ganzen Diskussion oft vergessen. Es machen sich vor allem die vergleichsweise gut ausgebildeten und relativ Wohlhabenden auf den Weg. Genau diese Menschen werden auch nicht wieder zurückgehen, wenn sie einmal im Westen Fuß gefasst haben. Den Krisenländern fehlen dann genau jene Menschen, die sie für eine stabile Zukunft am dringendsten brauchten.

Die Welt: Aber der Libanon, die Türkei und Jordanien können die Last doch jetzt schon nicht mehr schultern.

Collier: Ich habe mir eines dieser Aufnahmelager in Jordanien angesehen. Das Leben dort ist nicht großartig, aber erträglich. Und nur darauf kommt es an. Wir müssen den Menschen, die ihre Heimat nicht freiwillig verlassen haben, helfen. Aber deshalb haben sie noch lange keinen Anspruch auf einen Platz im europäischen Wohlstandshimmel.

Die Welt: Damit machen Sie es sich aber sehr einfach.

Collier: Nein, keineswegs. Natürlich sollen die Schwellenländer nicht auf den Kosten der Flüchtlingsversorgung sitzen bleiben. Es ist definitiv Sache der reichen Länder, sie dafür angemessen zu entschädigen.

Die Welt: Dann gefällt Ihnen Schäubles Vorschlag eines Marshallplans für die sicheren Anrainerländer?

Collier: Absolut, das ist genau der richtige Ansatz. Dreh- und Angelpunkt ist es allerdings, all diese Menschen wieder in Jobs zu bringen. Momentan haben die Flüchtlinge in den großen Auffanglagern in Jordanien oder der Türkei keine wirkliche Perspektive. Bringt man sie vor Ort in Jobs, schwindet auch der Anreiz, weiter nach Westeuropa zu ziehen. Wer Jobs schafft, hat auch eine gewisse Kontrolle über die Flüchtlinge. Zäune hingegen oder Schutzgeld für die Türkei sind weniger effektiv.

Die Welt: Wer soll denn diese Millionen von Jobs in Jordanien schaffen?

Collier: Die deutsche Wirtschaft ist dafür geradezu prädestiniert. Deutsche Unternehmen haben doch massenhaft Jobs nach Polen oder in die Türkei verlagert. Warum also nicht auch nach Jordanien?

Die Welt: Weil es dort unter anderem an der nötigen Infrastruktur, Absatzmärkten und ausgebildetem Personal fehlt?

Collier: Jordanien hat sogar extra Wirtschaftszonen eingerichtet, die bestens erschlossen sind. Auch müssen sie kein Kernphysiker sein, um in einer Werkhalle zu arbeiten. Die Syrer sind nicht schlechter qualifiziert als etwa die Türken.

Die Welt: Wenn es so einfach ist, warum streitet Europa dann über Grenzsicherung und Flüchtlingsobergrenzen?

Collier: Europa führt die völlig falsche Debatte. Die Europäische Union ist nicht zuständig für die Aufnahme der Flüchtlinge. Es ist aber sehr wohl zuständig dafür, seine eigenen Grenzen zu sichern, entweder gemeinschaftlich oder, wenn das nicht geht, dann eben jeder Einzelstaat für sich. Ich verstehe nicht, warum darüber überhaupt debattiert wird.

Die Welt: Weil das Schengenabkommen, eine der zentralen Errungenschaften des Binnenmarktes, damit unweigerlich zu Grabe getragen würde.

Collier: Schengen ist doch längst tot. Und wissen Sie was: Das macht auch nichts. Meine Heimat Großbritannien ist auch nicht Teil des Schengenabkommens. Ich kann nicht erkennen, dass das irgendeinen Nachteil hätte. Schengen ist nur so ein theatralisches Symbol der Brüsseler Politiker. Man will damit so etwas wie einen europäischen Staat suggerieren. Aber Schengen hat nichts mit Europa zu tun. Was zählt, ist, dass wir von einem Land ins andere reisen können. Und das geht auch ohne Schengen.

Die Welt: Das sehen die Exporteure innerhalb der EU definitiv anders. Sie befürchten enorm steigende Kosten, wenn die Grenzbäume wieder unten sind.

Collier: Das Argument halte ich für vorgeschoben. Wenn ich nach Kontinentaleuropa einreise, zeige ich meinen Pass vor, das dauert zehn Sekunden, und mehr Aufwand ist das nicht. Wichtig ist, dass man frei reisen kann, und dafür braucht man kein Schengen. Es ist doch ganz einfach: Jedes Land ist dafür zuständig, seine eigenen Grenzen zu sichern. Sie können auch nicht einfach so nach Botsuana einreisen. Warum soll das in Europa anders sein?

Die Welt: Also wird Europa nicht an einem möglichen Ende von Schengen zerbrechen?

Collier: Europa wird überhaupt nicht zerbrechen. Das ist alles übertrieben. Das Problem wird gelöst werden, entweder durch die Staaten gemeinsam oder durch einzelstaatliche Lösungen.

Die Welt: In Ihrem Buch haben Sie davor gewarnt, dass zu viele Migranten die soziale Struktur der Gesellschaft gefährden. Gerade nach den Übergriffen von Köln ist diese Gefahr doch real?

Collier: Das glaube ich nicht. Die Menschen werden erkennen, dass der Zustrom nur die Folge eines großen Politikfehlers war, der wieder behoben wird. Aber sicher wird es mit der Integration schwierig. Diese wird umso schwieriger, je mehr Migranten sich in einem Land befinden und auf engem Raum zusammenleben. Denn dann sinkt die Notwendigkeit, sich wirklich kulturell und sprachlich für das Gastland zu öffnen. In der Folge entstehen schwer steuerbare Parallelgesellschaften.

Die Welt: Beispiele dafür gibt es zuhauf. Aber an welchen Ländern, die das Problem gut gelöst haben, könnte sich Europa denn ein Beispiel nehmen?

Collier: Die USA haben die Einwanderung erfolgreich für sich nutzen können. Und auch Kanada und Australien sind Beispiele für gute Integration. Beide Länder betreiben eine sehr selektive Zuwanderungspolitik. Kanada etwa nimmt nur 25.000 Syrer auf – und auch nur Familien, keine allein reisenden jungen Männer. Viele Probleme, über die Europa jetzt klagt, entstehen so gar nicht erst.

Jobs for Syrians: Paul Collier's advice for the Prime Minister

[The Spectator](#)

AUDIO Interview with Paul Collier



[The Spectator](#)
20 January 2016

David Cameron is today expected to urge leaders to ease trade rules between Jordan and the EU to help with the Syrian refugee crisis. During his trip to Davos, Cameron will call for changes to spur economic growth and employment in neighbouring countries to Syria.

Where might he have got this idea from? In August, Paul Collier – an economist Cameron admires – [discussed in *The Spectator*](#) how Britain had a duty to help refugees – and not just the ones who make the journey to Europe: ‘The smart way to meet the duty to rescue is to incubate that economic recovery now, before the conflict ends. Europe can do that by fostering a Syria-in-exile economy located in Jordan and other neighbouring countries. Working in this economy would restore some dignity to the daily lives of refugees and offer them credible hope of a return to normality.’ The rest of Paul Collier’s piece can be read below:

For all its difficulties, Europe is prosperous and safe: one of the best places on Earth. Many other societies have yet to achieve this happy state: some are murderous and poor. Two of the most troubled zones in the world are near Europe: the Middle East, and the Sahelian belt which spans northern Africa.

Unsurprisingly, many of the people who live in these societies would rather live in Europe. Impeded by immigration controls, a small minority of this group are taking matters into their own hands, trying to enter Europe illegally by boat across the Mediterranean. Some succeed, like those now camped in Calais, trying to smuggle their way on to trains and trucks bound for Britain. Others board boats that sink, leaving them floundering in the Med. Sporadically, official Europe rescues these people in a fit of conscience. As with the euro itself, high principle has collided with low politics and the result is avoidable suffering.

Unlike the euro, it would not be difficult to put right. If you step outside the usual angry ding-dong, the posturing of those both pro-immigrant and anti-immigrant; if you resist the easy option taken by the chattering classes who claim the moral high ground by insisting on open borders, you can see that European policy is the result of moral confusion.

Let’s take the ‘duty of rescue’, which is official Europe’s rationale for fishing people out of the sea. People have a right to dream of a life in Europe, but Europe has a moral obligation to rescue, not to make dreams come true.

What does rescue imply and to whom does it apply? Just being poor does not make someone eligible for being ‘rescued’ by a life in Europe. Mass poverty has to be tackled, but the only way it can be done is for poor countries to catch up with the rich ones. There are ways in which we can help that process, but encouraging the mass emigration of their most enterprising young people is not one of

them. What makes people truly entitled to rescue is if their ordinary lives are made impossible by violent conflict — and in the current crisis, that means focusing on Syria. Yes, there are other legitimate refugees on those boats, but Syrians alone account for around 40 per cent of the boat people crossing the Mediterranean.

And those Syrians waving and drowning in the sea are merely the tip of a vastly larger iceberg of need. Of Syria's 20 million people, around half are now displaced. This ten million are the submerged iceberg: the group to whom we have some duty of rescue. They are displaced through circumstance rather than choice. The tiny minority (about 2 per cent) in the sea and camped on our doorstep are part of our duty of rescue, but they should not be allowed to crowd out the needs of others: for one thing, they tend to be richer and more resourceful.

Of the ten million who are displaced, around half are still in Syria, trapped now that Jordan and Lebanon have closed their borders. It is obviously more difficult for Europe to help the internally displaced within Syria, but there are still ways of doing so. These five million should not be forgotten just because they have not created a problem for other nations.

The other five million are in neighbouring countries: mostly in Jordan, Lebanon and Turkey. How can Europe help these people? The official international solution to refugee situations is camps, a strategy dating back to 1947. This system is not working and, indeed, it cannot possibly work. Just look at Jordan. Nearly 90 per cent of the refugees in Jordan have chosen not to live in the camps but have instead drifted to the cities. They forgo handouts in favour of scratching a living in illegal employment.

So what is wrong with the camps? Having recently visited the largest, Za'atari, I doubt whether it is the standard of living. The UNHCR does a commendable job: people are well-fed and their housing conditions are far superior to the African cities with which I am more familiar. Whatever our duty of rescue to Syrian refugees, improving the material conditions of the camps is not a priority. The problem of the camps is that people have no autonomy: most especially, they are not allowed to work.

In a jobless Arab household in the camps, it is hard for parents to retain authority. Teenage girls are lured into prostitution, teenage boys drift back to Syria and to armed gangs. The lack of autonomy extends beyond work: although there are around 200 Syrian teachers living as refugees in camps, they live in enforced idleness. Refugee children are taught by Jordanian teachers to the Jordanian curriculum. It's not surprising that refugees overwhelmingly prefer penurious freedom to the restrictions of the camps.

Why is autonomy in the cities penurious? Because the Jordanian authorities do not let refugees work. Given the scale of the influx, the Jordanians are unsurprisingly worried that letting the Syrians work could destabilise their society and, given the disorder elsewhere in the Middle East, this cannot be lightly dismissed. Jordanian security depends upon a complex and delicate system of political inclusion which links the monarchy organically and historically to each part of society. Syrians cannot readily be inserted into this system, which means a section of future Jordanian society will be disconnected and thereby disaffected.

If the Jordanian authorities will not integrate refugees into their society, what can Europe do for them? Should we invite them to Europe? This has been the defining issue so far in European discussion of the Syrian refugee crisis: 'How many refugees should Europe take?' It's all about us. Unfortunately, while well meaning, this approach is fundamentally irresponsible when judged from the perspective not of the consequences for Europe, but the consequences for Syrians.

Our duty is to provide better futures for as many of the displaced as possible — and their overwhelming hope is not to live permanently in Europe, but to return to a post-conflict Syria. Effective rescue should be about salvaging as much of their disrupted lives as possible. Of course, if they are in the sea, rescue involves pulling them out of it. But any action needs to be set within a larger strategy of making people's return viable.

The key fact to grasp about the Syrian conflict is that it will end; conflicts in middle-income countries seldom last more than a decade and this one has already been running for four years. There is an obvious endgame, in which the Syrian army dumps Assad as a liability and leads a broad anti-Isis alliance. Once parts of Syria return to peace, they will face a fairly standard challenge of post-conflict recovery. Post-conflict situations are politically fragile, and rapid economic recovery helps to stabilise them. The smart way to meet the duty to rescue is to incubate that economic recovery now, before the conflict ends.

Europe can do that by fostering a Syria-in-exile economy located in Jordan and other neighbouring countries. Working in this economy would restore some dignity to the daily lives of refugees and offer them credible hope of a return to normality. Providing a skilled minority of Syrians with dream lives in Europe is not the answer: it would be detrimental to recovery because once settled in

Europe, with their children in schooling, such people would be unlikely to go back to a post-conflict society. In consequence, it would gut Syria of the very people it will most need. It is an intellectually lazy feel-good policy for the bien-pensant.

Just minutes from the Za'atari camp is an empty industrial zone, fully equipped with infrastructure. This could be a perfect haven of employment, the means by which Europe could incubate Syrian post-conflict recovery. This zone alone is large enough to employ the labour force of Za'atari several times over. The people working there would recover their autonomy, and have a prospect of relocating to Syria when the war is over. The zone could house Syrian businesses that cannot continue to function at home, as well as a cluster of global companies producing for the European market. It could employ both Syrians and Jordanians. Europe could provide the incentives which make this happen. Each job created could attract a subsidy financed out of the money Europe quite rightly earmarks for assistance to fragile states, and their work could be given open access to European markets.

Once peace returns, these businesses could relocate with their returning Syrian workforce, while also continuing to operate in Jordan with their Jordanian workforce. The Jordanian authorities would be supportive because it offers a credible alternative to the permanent settlement which they fear, and would attract global firms to Jordan. The approach could be replicated with Syria's other neighbours.

Job havens would not only assist refugees; indirectly they would help the five million displaced who remain in Syria. In return for European assistance, the neighbouring governments could be asked to re-open their borders. Accessible and attractive safe havens across the border would be a lifeline for these internally displaced people. As firms and workers relocated to the havens, it would put further financial pressure on Assad.

Victorian ladies would sometimes deliberately leave valuables conspicuously 'mislaid' in the hopes that their servants would succumb to stealing them, affording their mistresses delectable opportunities for moral grandstanding. We now recognise this as a breach of a basic moral duty of the fortunate towards the less fortunate: 'Thou shall not tempt.' Currently, if a refugee can get a foot on a European beach, or be fished out of the sea by a European rescue vessel, they get privileged access to asylum. That is why they take the risk.

This legal structure is not just foolish, it is deeply immoral. Europe has a duty to fish refugees out of the sea because it is morally responsible for tempting them on to the sea. So whatever else Europe does, it must stop this policy of temptation. Paying a crook thousands of dollars for a place on a boat should not entitle a Syrian refugee to a more privileged entry to Europe. It is profoundly unfair to the other suffering refugees.

http://www.huffingtonpost.de/2016/01/14/monika-maron-frankfurter-allgemeine-zeitung-merkel-abrechnung_n_8977258.html

138,78

"Kollektiver Selbstmord": So hart rechnet die Schriftstellerin Monika Maron mit der Flüchtlingspolitik ab

The Huffington Post | von [Benjamin Reuter](#)

Veröffentlicht: 14/01/2016 13:55 CET Aktualisiert: 14/01/2016 15:59 CET

Es ist eine harte Abrechnung mit der Politik der Bundesregierung. Es ist vielleicht die härteste, die es bisher gab.

Die Schriftstellerin Monika Maron, unter anderem Preisträgerin des renommierten Kleistpreises, hat in der ["Frankfurter Allgemeinen Zeitung"](#) einen regelrechten Hassbrief in Richtung Berlin geschrieben.

Ihre Anklage: Die Flüchtlingspolitik der [Kanzlerin Angela Merkel](#) und der Bundesregierung treibe Deutschland "in den kollektiven Selbstmord".

Verheerende Folgen für die Gesellschaft

Dabei bezieht sich Maron auf ein Buch des [britischen Historikers Paul Collier](#), der in einem Buch über die Völkerwanderung schreibt:

"Eine Zuwanderung, die in ihrer Masse die einheimische Gesellschaft überfordert, zerstört das Vertrauen zuerst zwischen Einheimischen und Zuwanderern und in der Folge auch das Vertrauen innerhalb dieser Bevölkerungsgruppen, was in unserer auf Vertrauen und Kooperation begründeten Gesellschaft verheerende Folgen hat."

Maron sagt also, dass die Flüchtlingskrise am Ende nicht nur das Vertrauen zwischen den Deutschen und den Neuankömmlingen zerstört, sondern auch das zwischen den Deutschen.

Belege dafür sieht sie an den [Straßenschlachten radikalisierten Rechten](#) und Linken wie kürzlich in Leipzig. Aber auch [das zerstörte Vertrauen in die Medien](#), die öffentlichen Institutionen und die Kanzlerin Angela Merkel.

Der Hass wächst

Sie schreibt:

Wir misstrauen einander, wir beginnen sogar einander zu hassen, weil die andere Meinung nicht nur eine andere Meinung ist, sondern an unser Existenzrecht rührt.

Und tatsächlich ist die Beobachtung von Maron richtig: Die Stimmung im Land verändert sich gerade rasend schnell. Wer vor ein paar Monaten noch eine konsequentere Flüchtlingspolitik forderte, [galt als "aber-Nazi"](#). Inzwischen wollen Politiker der Regierungsparteien straffällige [Flüchtlinge ohne Prozess](#) aus dem Land werfen. Andere wollen alle Flüchtlinge [auf ihre "Sicherheit" überprüfen](#) lassen.

Solchen Ideen, die in Folge der Vorfälle in Köln jeden Tag ein bisschen radikaler werden, rufen unguete Erinnerungen an die dunkelsten Zeiten Deutschlands wach.

Maron kreidet diese Entwicklung Kanzlerin Merkel und der Bundesregierung an. Die Politik hat durch ihr eigenes Versagen eine Radikalisierung im Land ausgelöst - und ihre eigene Radikalisierung.

Als sei das noch nicht genug, schreibt Maron, würden im kommenden Jahr statt der einen Million Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland kamen, [1,8 Millionen Menschen in Deutschland erwartet](#).

Zustand wie vor Hitlers Machtergreifung

Ihr Urteil:

"Ich weiß nicht, woran es unseren Regierenden mehr mangelt: an Phantasie, Mut oder Verstand."

Maron fragt sich also:

Wie wird das veränderte Deutschland aussehen, auf das Katrin Göring-Eckardt sich so freut, wenn der Kampf um Arbeitsplätze und billige Wohnungen erst einmal begonnen hat, wenn Hunderttausende junge Männer hier keine Frauen finden, wenn sie überhaupt erleben, dass wenig von dem, was sie für ein Versprechen hielten, sich erfüllen wird?

Marons Antwort ist düster. Sie erwartet Bürgerkriegsartige Zustände auf den Straßen und "Terror" in der Form der Übergriffe in Köln. Und ein tiefes Misstrauen der Deutschen gegen den Staat, der ihre Ordnung nicht mehr garantieren können. Was Maron in ihrem Essay beschreibt, erinnert an die Zustände in der Weimarer Republik, kurz vor Hitlers Machtergreifung.

Aber Maron belässt es nicht bei der Abrechnung. Sie präsentiert auch Lösungen. Deutschland müssen denen helfen, die wirklich Hilfe brauchen, schreibt sie. Nicht aber jenen, die nicht verfolgt würden und kein Anrecht auf Asyl hätten.

Außerdem müsse Deutschland mehr in den Grenzländern zu Syrien tun und den Flüchtlingen dort ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

All das - auch wenn Maron das vielleicht nicht sehen will - sind politische Forderungen, die derzeit im Raum stehen. Ja, für die [sogar Angela Merkel kämpft](#). Nur: Bisher versucht die Kanzlerin vergeblich das Problem zu lösen. Zu zerstritten ist Europa, zu unzuverlässig sind Länder wie die Türkei in der Zusammenarbeit in der Flüchtlingskrise.

Maron beendet ihren Text mit einigen Fragen, die sich derzeit wahrscheinlich viele Deutsche stellen:

Aber was tun wir, die weder mit Pegida spazieren gehen noch die AfD wählen wollen und trotzdem davon überzeugt sind, dass ein nicht absehbarer Flüchtlingsstrom Deutschland nicht ökonomisch, aber in seinem politischen und kulturellen Fundament gefährdet? Warum gehen wir nicht wie die freiheitsliebenden Polen auf die Straße, um von der Regierung zu fordern, dass sie das Gesetz nicht bricht? Warum stehen wir nicht an einem Sonnabend vor dem Reichstag und protestieren gegen eine kopflose Flüchtlingspolitik, die zudem rassistischen und rechtsextremen Kräften, die sie bekämpfen will, Vorschub leistet? Wir sind selbst verantwortlich für unser Land.

Auch auf HuffPost:

138,80

Migrant crisis: Europe must close borders to refugee influx

PETER BALDWIN

THE AUSTRALIAN

SEPTEMBER 24, 2015 12:00AM

A humanitarian crisis like that arising from the Syrian conflict places a moral obligation on more fortunate nations to assist substantially. On that, at least, most reasonable and well-motivated people can agree. Given the finite resources of even the wealthiest countries, such assistance should be targeted carefully to those in direst need.

More controversially it is also legitimate — indeed morally obligatory — to consider the long-term effects on the assisting countries. This is crucial given the default response by donor countries, including Australia, is to provide most assistance in the form of permanent resettlement places.

We are fortunate Australia has been able to control its borders and so our announced 12,000 places can be targeted to persecuted minorities with little prospect of a decent future otherwise.

The situation is very different in Europe, which faces an influx of biblical proportions from Syria and a belt of countries from Bangladesh in the east to Nigeria in the west. There is no capacity to prioritise on the basis of need or anything else. And there is every reason to presume some very adverse self-selection. A recently translated Islamic State document refers to the Libyan coast as the “gateway to Europe”, and that organisation already claims to have put several thousand in. Boasting maybe, but what is to stop them?

Much of the discussion about this has focused on economic impacts, such as pressures on already fragile social-welfare systems. These are obviously important, but the big issue is the longer-term cultural impact of a large influx of immigrants from the Islamic world.

In 2004, Bernard Lewis, the distinguished historian of Islam and the Middle East, ruffled some European feathers when he predicted Europe would be majority Islamic by the turn of the century “at the very latest”.

Since then other authors have taken up this theme, the most cogent being Christopher Caldwell and Bruce Bawer. They base their argument on the proposition “**demography is destiny**”. High Muslim birthrates combined with stagnant or declining native populations ensure a Muslim majority in Europe is only a matter of time. Some youths in Sweden reportedly have taken to wearing T-shirts with the slogan “2030 — the year we take over”.

This view, often referred to as the “Eurabia thesis”, has been attacked as simplistic, since it relies on the linear projection of existing population growth rates. Critics point to evidence that growth rates tend to decline once immigrant communities become settled. Taking this into account, the Pew Research Centre has forecast a gradual rather than dramatic increase in Europe’s Muslim proportion.

But predictions of gradual change are rendered irrelevant by the dramatic events of the past few months, especially German Chancellor Angela Merkel’s extraordinarily foolish decision to accommodate, indeed invite, the mass uncontrolled entry of people into Europe. If this policy stands it will transform the continent over the coming decades given the high likelihood of further rounds of violent conflict and exploding populations in the source regions, especially Africa. The current influx will be only the start of an essentially open-ended process.

What Europe desperately needs but, crippled by a stupefying blend of political correctness and fear, seems incapable of having is a realistic debate about the long-term implications of all this. We see a kind of docile fatalism epitomised by a notorious radio interview in which the then Swedish minister for integration, Jens Orback, talked about accommodating Muslims now so that in the event they became a majority “we go a little bit safer”.

Any suggestion there might be any problem intrinsic to Islam has to be made with extreme care to avoid being accused of “Islamophobia”, an ill-defined term that is routinely conflated with racism. The penalties for

transgressions in this area can be severe and may become more so — before Britain’s general election this year Labour leader Ed Miliband undertook to make Islamophobia an aggravated offence.

A realistic debate needs to acknowledge that Islam is not a race but a belief system, with tenets that many of its followers take extremely seriously. Key among those tenets is the requirement Muslims fight to make Islam dominant over other creeds and belief systems, the latter to survive only with an acknowledged subordinate status.

Islam does not recognise separate civil and religious spheres. The modern notion of diversity is utterly foreign to it, at least in the sense of different belief systems coexisting as equals. How many, if any, of the several score Muslim-majority countries grant genuine civil and religious liberty and equality to non-Muslims? How many more severely persecute followers of other belief systems? Anyone who asks what this would mean for Europe’s Judaeo-Christian tradition is branded a right-wing nativist, but the Enlightenment and everything the Left claims to value is on the line too.

No doubt many Western Muslims are non-observant or only nominally so, and many more reject extreme, especially violent, interpretations of their creed.

The problem is it only takes a handful of fanatics to cast a pall of fear over a society. This is not a matter of a few misguided types who can be de-radicalised. As Graeme Wood explains in a recent article in *Atlantic* magazine, in Islamic terms the theology of Islamic State is “coherent and even learned”. Polls show extreme beliefs are more common among second and third generations than in original immigrants.

The plight of people displaced by the Syrian conflict is a matter that requires urgent action, but Merkel’s approach is the worst way to go about it. For a fraction of what Germany is planning to spend on the predominantly young, mobile, male group able to use the services of people-smugglers, conditions in the camps in Jordan, Lebanon and Turkey could be vastly improved.

The goal should be to ensure decent living conditions for all the displaced people until they can be resettled safely, preferably in the region. British economist Paul Collier has proposed the creation of a Syria-in-exile economy to provide work and dignity. The wealthy Gulf states should be pressured to provide resettlement places to their Muslim brethren, reversing their disgraceful refusal to offer any so far.

If Europe is to avert a civilisational catastrophe it must close its borders to irregular flows urgently — as humanely as possible, but decisively.

This will be difficult and unpleasant, but the Australian experience shows it can be done given the political will. It is sobering to consider the death and mayhem that would be occurring right now on our northern maritime approaches if the boats had not been stopped.

As someone who sat opposite Tony Abbott in the federal parliament I acknowledge we owe him a considerable debt of gratitude on this score.

Peter Baldwin was a minister in the Hawke and Keating governments.

"Wir haben eine Krise des muslimischen Mannes"

"Wer sich durch starke Frauen beeinträchtigt fühlt, braucht professionelle Hilfe": Autor Zaimoglu fordert eine schonungslose Aufarbeitung der Nacht von Köln innerhalb der islamischen Gesellschaft.



Foto: dpa/Schriftsteller Feridun Zaimoglu, aufgenommen 2009 auf der Buchmesse in Frankfurt am Main

Für den Schriftsteller Feridun Zaimoglu muss die Aufarbeitung der sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht in Köln schonungslos offen auch innerhalb der islamischen Gemeinschaft geführt werden. "Frauenverachtung ist geradezu ein Gebot im Judentum, im Christentum und im real existierenden Islam – das nur an die Adresse der Heuchler, die vom Abendland schwätzen und nicht ein einziges Mal die Bibel aufgeschlagen haben", sagte der Kieler Schriftsteller türkischer Herkunft der Deutschen Presse-Agentur. "Gleichzeitig ist es aber auch genauso falsch zu sagen im relativierenden Ton: Weil es so ist, müssen wir uns nicht damit auseinandersetzen, wir Muslime."

Der 51-jährige Schriftsteller, der sich selber als Muslim mit einem Kinderglauben bezeichnet, forderte: **"Wir Muslime müssen in unserem eigenen Saustall aufräumen. Denn wir haben einen Saustall. Der gelebte Dorf-Islam ist unter aller Sau."** Er als Schriftsteller könne sich dabei nicht aus der Verantwortung ziehen: "Das wäre ein bisschen feige."

"Krise des moslemischen Mannes"

Die Übergriffe in Köln seien keine Ausreißer gewesen. Es handle sich nicht um eine Krise des Islam, sondern wir haben eine Krise des muslimischen Mannes. Wir haben eine Krise muslimischer Männer mit Minderwertigkeitskomplexen. "Wenn ein Mann unfähig ist, die starke mündige Frau als gesellschaftliche Realität zu sehen, und sich in seiner Herrlichkeit beeinträchtigt fühlt, dann lege ich ihm professionelle Hilfe nahe."

Insgesamt bewertete Zaimoglu die Debatte über die Kölner Silvesternacht als sehr positiv: "Entgegen irgendwelcher seltsamen Vermutungen ist die freie Rede bei uns in Deutschland vorherrschend – und das ist wunderbar." **Die sexuellen Übergriffe müsse man geißeln, "so wie man sonst von ostdeutschen Nazis spricht oder westdeutschen Hooligans. Ich verstehe nicht, warum man sich plötzlich an dieser Stelle zurückhalten muss oder wieso die Beschwichtiger dann darauf hinweisen wollen, dass man jetzt vorsichtig sein soll"**, sagte Zaimoglu. Er zollte den beteiligten Journalisten Anerkennung: "Ein sehr anständiger Umgang mit dem Thema." Das einzige was falsch laufe sei, dass Männer schon wieder über Frauen sprächen.

Stimmung in der Gesellschaft gekippt

Die Gefahr einer wachsenden Kluft in der Gesellschaft sieht Zaimoglu durchaus: Es fehle an Solidarität untereinander. Die Stimmung sei gekippt wegen bestimmter seltsamer Entscheidungen von oben. "Und unten zünden jetzt irgendwelche Vollidioten Flüchtlingsheime an oder träumen von einem reinen Abendland. Die armen Schweine gehen aufeinander los. So war es immer, so wird es immer weitergehen." Dabei führten die christlichen Kirchen und die islamischen Verbände schon seit einiger Zeit einen Dialog und kämen friedlich miteinander aus. "Es geht nicht um Religionen, es geht darum, dass Menschen mit religiösem oder nationalem Anstrich – seltsame Borderline-Menschen da draußen – den sozialen Frieden zu Klump schlagen wollen. Und darüber müsste man sich unterhalten", sagte Zaimoglu.

Opfer von Stereotypen oder Vorurteilen sei er selber noch nie geworden. "Deutschland ist mein herrliches Land." Ja, er habe einen sauschweren Nachnamen, sagte er lachend. Aber wenn er bei einer Taxi-Zentrale anrufe, seinen Name nenne und zugleich zu buchstabieren beginne "Zeppelin, Anton, Martha...", herrsche schnell Heiterkeit.

Zur Person:

Feridun Zaimoglu wurde 1964 im anatolischen Bolu geboren und verbrachte die ersten zwei Jahrzehnte seines Lebens in München, Berlin und Bonn. 1985 kam er nach Kiel, um dort Kunst und Medizin zu studieren. Zaimoglu arbeitet als Journalist, er schreibt Theaterstücke ("Die zehn Gebote"), Romane ("Siebentürmeviertel", "Leyla") und Drehbücher. Außerdem ist er bildender Künstler. Zu seinen vielen Auszeichnungen gehören der Berliner Literaturpreis, Mainzer Stadtschreiber, Kieler Kulturpreis, Grimmelshausen Preis und der Adelbert-von-Chamisso-Preis.

Generation Uphill

The millennials are the brainiest, best-educated generation ever. Yet their elders often stop them from reaching their full potential, argues Robert Guest

Jan 23rd 2016 | [From the print edition](#)



SHEN XIANG LIVES in a shipping crate on a construction site in Shanghai which he shares with at least seven other young workers. He sleeps in a bunk and uses a bucket to wash in. “It’s uncomfortable,” he says. Still, he pays no rent and the walk to work is only a few paces. Mr Shen, who was born in 1989, hails from a village of “mountains, rivers and trees”. He is a migrant worker and the son of two migrants, so he has always been a second-class citizen in his own country.

In China, many public services in cities are reserved for those with a *hukou* (residence permit). Despite recent reforms, it is still hard for a rural migrant to obtain a big-city *hukou*. Mr Shen was shut out of government schools in Shanghai even though his parents worked there. Instead he had to make do with a worse one back in his village.

Now he paints hotels. The pay is good—300 yuan (\$47) for an 11-hour day—and jobs are more plentiful in Shanghai than back in the countryside. His ambition is “to get married as fast as I can”. But he cannot afford to. There are more young men than young women in China because so many girl babies were aborted in previous decades. So the women today can afford to be picky. Mr Shen had a girlfriend once, but her family demanded that he buy her a house. “I didn’t have enough money, so we broke up,” he recalls. Mr Shen doubts that he will ever be able to buy a flat in Shanghai. In any case, without the right *hukou* his children would not get subsidised education or health care there. “It’s unfair,” he says.

There are 1.8 billion young people in the world, roughly a quarter of the total population. (This report defines “young” as between about 15 and 30.) All generalisations about such a vast group should be taken with a bucket of salt. What is true of young Chinese may not apply to young Americans or Burundians. But the young do have some things in common: they grew up in the age of smartphones and in the shadow of a global financial disaster. They fret that it is hard to get a good education, a steady job, a home and—eventually—a mate with whom to start a family.

Companies are obsessed with understanding how “millennials” think, the better to recruit them or sell them stuff. Consultants churn out endless reports explaining that they like to share, require constant praise and so forth. Pundits fret that millennials in rich countries never seem to grow out of adolescence, with their constant posting of selfies on social media and their desire for “safe spaces” at university, shielded from discomfiting ideas.

This report takes a global view, since 85% of young people live in developing countries, and focuses on practical matters, such as education and jobs. And it will argue that the young are an oppressed minority, held back by their elders. They are unlike other oppressed minorities, of course. Their “oppressors” do not set out to harm them. On the contrary, they often love and nurture them. Many would gladly swap places with them, too.

In some respects the young have never had it so good. They are richer and likely to live longer than any previous generation. On their smartphones they can find all the information in the world. If they are female or gay, in most countries they enjoy freedoms that their predecessors could barely have imagined. They are also brainier than any previous generation. Average scores on intelligence tests have been rising for decades in many countries, thanks to better nutrition and mass education.

Yet much of their talent is being squandered. In most regions they are at least twice as likely as their elders to be unemployed. Over 25% of youngsters in middle-income nations and 15% in rich ones are NEETs: not in education, employment or training. The job market they are entering is more competitive than ever, and in many countries the rules are rigged to favour those who already have a job.

Education has become so expensive that many students rack up heavy debts. Housing has grown costlier, too, especially in the globally connected megacities where the best jobs are. Young people yearn to move to such cities: beside higher pay, they offer excitement and a wide selection of other young people to date or marry. Yet constraints on the supply of housing make that hard.

For both sexes the path to adulthood—from school to work, marriage and children—has become longer and more complicated. Mostly, this is a good thing. Many young people now study until their mid-20s and put off having children until their late 30s. They form families later partly because they want to and partly because it is taking them longer to become established in their careers and feel financially secure. Alas, despite improvements in fertility treatment the biological clock has not been reset to accommodate modern working lives.

Throughout human history, the old have subsidised the young. In rich countries, however, that flow has recently started to reverse. Ronald Lee of the University of California, Berkeley, and Andrew Mason at the University of Hawaii measured how much people earn at different ages in 23 countries, and how much they consume. Within families, intergenerational transfers still flow almost entirely from older to younger. However, in rich countries public spending favours pensions and health care for the old over education for the young. Much of this is paid for by borrowing, and the bill will one day land on the young. In five of 23 countries in Messrs Lee and Mason’s sample (Germany, Austria, Japan, Slovenia and Hungary), the net flow of resources (public plus private) is now heading from young to old, who tend to be richer. As societies age, many more will join them.

Politicians in democracies listen to the people who vote—which young people seldom do. Only 23% of Americans aged 18-34 cast a ballot in the 2014 mid-term elections, compared with 59% of the over-65s. In Britain’s 2015 general election only 43% of the 18-24s but 78% of the over-65s voted. In both countries the party favoured by older voters won a thumping victory. “My generation has a huge interest in political causes but a lack of faith in political parties,” says Aditi Shorewal, the editor of a student paper at King’s College, London. In autocracies the young are even more disillusioned. In one survey, only 10% of Chinese respondents thought that young people’s career prospects depended more on hard work or ability than on family connections.

All countries need to work harder to give the young a fair shot. If they do not, a whole generation’s talents could be wasted. That would not only be immoral; it would also be dangerous. Angry young people sometimes start revolutions, as the despots overthrown in the Arab Spring can attest.

The walled world of work

Youth unemployment is a massive waste of resources

Jan 23rd 2016 | [From the print edition](#)



CRISTINA FONSECA CAUGHT pneumonia a week before her final exams. “I thought I would die,” she recalls. When she recovered, she reassessed her priorities. As a star computer scientist, she had lots of job offers, but she turned them all down. “I realised that I didn’t want to spend my life doing anything that was not really worthwhile.”

She decided to start her own business. After a year of false starts she co-founded a company called Talkdesk, which helps other firms set up call centres. By using its software, clients can have one up and running in five minutes, she claims.

Ms Fonseca’s success helps explain why some people are optimistic about the millennial generation in the workplace. At 28, she is providing a completely new service in support of another service that did not exist until quite recently. She lives in Portugal but does business all over the globe.

She sounds very much like several other young entrepreneurs your correspondent met while researching this report, such as a Russian who set up a virtual talent agency for models (castweek.ru); an Asian-American electric cellist who teaches people how to make new sounds using a laptop (danaleong.com); and a Nigerian starting a new publishing house for African romantic novelists (ankarapress.com).

Elite youth today are multilingual, global-minded and digitally native; few can remember life before the internet or imagine how anyone coped without it. The best-known of them changed the world before they turned 30, including Facebook’s Mark Zuckerberg, Google’s Sergey Brin and Larry Page, and Instagram’s Kevin Systrom. The global economy works well for such people. Digital startups require far less capital than, say, building a factory, and a brilliant piece of software can be distributed to millions at minimal cost. So today’s whippersnappers of great wealth have made their money much faster than the Rockefellers and Carnegies of old.

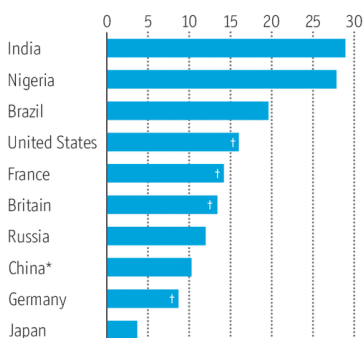
But the world of work has been less kind to other young folk. Florence Moreau, a young architect in Paris, had the double misfortune to leave university in 2009, when the world economy was on its knees; and to be French. “I really need a full-time, permanent job,” she says. Under France’s 3,800-page labour code, workers on permanent contracts receive generous benefits and are extremely hard to get rid of. So French firms have all but stopped hiring permanent staff: four-fifths of new employees are on short-term contracts. Ms Moreau has had eight jobs, none lasting for longer than 16 months. With a small child at home, she has to keep looking for the next one. “It’s tiring,” she sighs. One employer suggested that she should become an “entrepreneur”, doing the same job as before but as a contractor, so that the firm could keep her on indefinitely without incurring heavy ancillary costs. She refused.

Insiders v outsiders

Youth unemployment in France (using the ILO definition of youth as 15-24-year-olds) is 25% and has been scandalously high for three decades. Occasionally the government tinkers with labour rules, but voters have little appetite for serious reform. Ms Moreau rejects the idea that insiders enjoy too many legal protections, and that this is why outsiders find it so hard to break in. She blames exploitative employers, and doubts that any government, left or right, will fix the problem.

What a waste

Young people not in employment, education or training (NEETs), 2014 or latest
% of population aged 15-24



Sources: Eurostat; ILO; OECD
*May include some students
†Aged 15-29

Economist.com

Rigid labour rules are tougher on young workers than older ones. People without much experience find it harder to demonstrate that they are worth employing. And when companies know they cannot easily get rid of duds, they become reluctant to hire anyone at all. This is especially true when the economy is not growing fast and they have to bear the huge fixed cost of all the older permanent employees they took on in easier times.

France is not alone in having such problems. In the euro area, Greece, Spain and Italy all have rules that coddle insiders and discourage outsiders. Their youth unemployment rates are, respectively, 48%, 48% and 40%. Developing countries, too, often have rigid labour markets. Brazilian employees typically cost their employers their salary all over again in legally mandated benefits and taxes. South Africa mixes European-style labour protections with extreme racial preferences. Firms must favour black job applicants even if they are unqualified, so long as they have the “capacity to acquire, within a reasonable time, the ability to do the job”. Some 16% of young Brazilians and a stunning 63% of young South Africans are unemployed. Globally, average youth unemployment is 13% compared with the adult rate of 4.5%. Young people are also more likely than older ones to be in temporary, ill-paid or insecure jobs.

The first ten years are essential. They shape careers in the long term. This is when people develop the soft skills that they do not pick up at school

Joblessness matters for several reasons. First, it is miserable for those concerned. Second, it is a waste of human potential. Time spent e-mailing CVs or lying dejected on the sofa is time not spent fixing boilers, laying cables or building a business. Third, it is fiscally ruinous. If the young cannot get a foot on the career ladder, it is hard to see how in time they will be able to support the swelling number of pensioners. Fourth, joblessness can become self-perpetuating. The longer people are out of work, the more their skills and their self-confidence atrophy, the less appealing they look to potential employers and the more likely they are to give up and subsist on the dole.

This “scarring” effect is worse if you are jobless when young, perhaps because that is when work habits become ingrained. Thomas Mroz of the University of North Carolina, Chapel Hill, and Tim Savage of Welch Consulting found that someone who is jobless for a mere six months at the age of 22 will earn 8% less at 23 than he otherwise would have done. Paul Gregg and Emma Tominey of the University of Bristol found that men who were jobless in their youth earn 13–21% less at age 42. And David Bell of the University of Stirling and David Blanchflower of Dartmouth College found that people who were unemployed in their early 20s are less happy than expected even at the age of 50.

“The first ten years are essential. They shape careers in the long term,” says Stefano Scarpetta of the OECD, a think-tank for mostly rich countries. This is when people develop the soft skills that they do not pick up at school, such as conscientiousness, punctuality and teamwork.

Over the next decade more than 1 billion young people will enter the global labour market, and only 40% will be working in jobs that currently exist, estimates the World Bank. Some 90% of new jobs are created by the private sector. The best thing for job creation is economic growth, so policies that promote growth are particularly good for the young. Removing regulatory barriers can also boost job creation. Mr Scarpetta applauds recent attempts in Spain, Italy and Portugal to make labour rules a bit more flexible, but argues that such laws should generally be much simpler. For example, it would be better to scrap the stark distinction between temporary and permanent contracts and have only one basic type of contract

in which benefits and job security accumulate gradually. Denmark shows how a labour market can be flexible and still give workers a sense of security. Under its “flexicurity” system companies can hire and fire easily. Unemployed workers are supported by the state, which helps them with retraining and finding new jobs.

Trade unions often favour a minimum wage. This can help those who already have jobs, but if it is set too high it can crowd out those with the fewest skills and the least experience, who tend to be young. It makes more sense to subsidise wages through a negative income tax, thus swelling take-home pay for the lowliest workers without making them more expensive for the employer. But this costs taxpayers money, so many governments prefer to raise the legal minimum wage, passing the cost on to others. America’s Democratic Party is pushing to double the federal minimum wage, to \$15 an hour—a certain job-killer.

Putting the tyke into tycoon

Making it easier for young people to start their own business is essential, too. They may be full of energy and open to new ideas, but the firms they create are typically less successful than those launched by older entrepreneurs. The young find it harder to raise capital because they generally have a weaker credit history and less collateral. They usually also know less about the industry they are seeking to enter and have fewer contacts than their older peers. A survey by the Global Entrepreneurship Monitor found that businesses run by entrepreneurs over the age of 35 were 1.7 times as likely to have survived for more than 42 months as those run by 25-34-year-olds.

Young sub-Saharan Africans show the greatest enthusiasm for starting their own business: 52% say they would like to, compared with only 19% in rich Western countries. This is partly because many have little choice. There are fewer good jobs available in poor countries, and in the absence of a welfare state few people can afford to do nothing.

Bamaiyi Guche, a Nigerian 17-year-old, is a typical example of a poor-country entrepreneur. He goes to school from 8 to 12 every morning, then spends the afternoon in the blazing sun selling small water sachets to other poor people without running water in their homes. He makes \$1 a day, half of which goes on his school fees. He wants to be a doctor one day.

Some youngsters from well-off families forge careers as “social entrepreneurs”, seeking new ways to do good. Keren Wong, for example, recognises that she was “born into privilege”. (Her parents were prosperous enough to support her at Cornell University.) A Chinese-American, she now runs a non-profit called BEAM which connects teachers in rural Chinese schools so they can swap ideas for teaching more effectively.

Alas, there is a huge mismatch everywhere between the skills that many young people can offer and the ones that employers need. Ms Fonseca says she cannot find the right talent for Talkdesk. “I need very good engineers, very good designers and people who speak very good English. But there aren’t enough of them,” she says. As economies grow more sophisticated, demand for cognitive skills will keep rising. The world’s schools are not even close to meeting it.

Non, merci

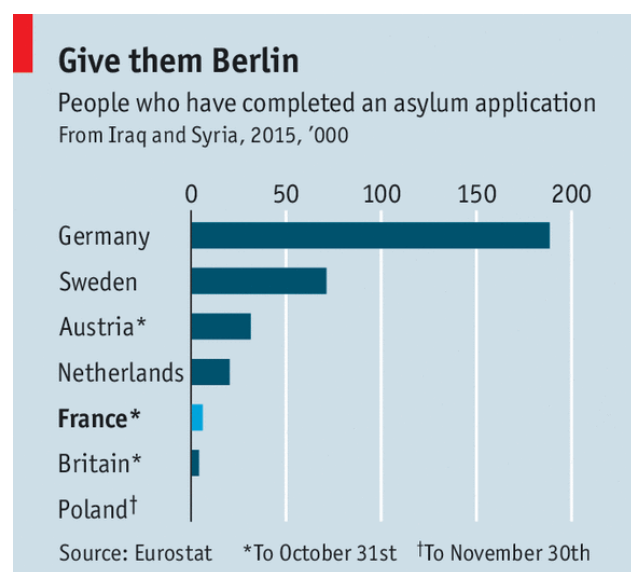
Migrants are streaming into Germany, but few are interested in France

Jan 30th 2016 | CERGY-PONTOISE | [From the print edition](#)

ON A quiet bend of the River Oise, beside a wooded lake, the Ile de Loisirs activity centre usually runs sailing schools and high-wire tree-climbing adventures. Last autumn its dormitories were briefly turned into an emergency welcome centre for 98 Syrian and Iraqi refugees. Today, however, the gardens outside the residential block are empty again, the wooden picnic benches deserted. The refugee families are already gone. Their speedy resettlement shows that France has plenty of capacity to absorb migrants. It also raises the question of why it is that while Germany is coping with a vast flood of Syrian refugees, France is attracting only a trickle.

The refugees who turned up in this new town, some 40km (25 miles) north-west of Paris, travelled in specially chartered coaches from Munich last September. Officials from the French Office for the Protection of Refugees and Stateless Persons (OFPRA) had gone to Munich in a gesture of solidarity to persuade refugees to settle in France, to help relieve the pressure on the Germans. Less than 48 hours after Cergy offered to take them in, the first coach pulled up outside the activity centre.

“The welcome in Cergy was really great,” says Ali Tarabein, a former seed trader, who fled Syria via Turkey and the Greek island of Lesbos before making a four-day journey overland to Germany. Dozens of locals brought clothes and toys. “Cergy has always been very welcoming to people who come from elsewhere,” says Jean-Paul Jeandon, the Socialist mayor of the town, which is informally twinned with a village in Palestine and another in Senegal. Within two weeks, all primary-aged refugee children were in a local school. Adults, none of whom spoke French, were given language classes while they awaited official papers. By mid-December all the original refugees had been offered housing, five of them in Cergy and others elsewhere in France.



Economist.com

Asylum applications in France take an average of two years to process, but officials in Cergy cut through the bureaucratic thicket and speeded things up. It helped that the town is no stranger to new arrivals, with a mix of 130 nationalities. Many refugees were skilled, among them a dentist and an engineering student, and the

numbers were manageable. “If we’d had hundreds or even thousands it would have been more complex,” says Mr Jeandon.

Yet it is precisely those low numbers that are puzzling, not just in Cergy but in France as a whole. Overall asylum applications rose last year by 22%, but to just 79,000—nothing remotely close to the million-plus who registered in Germany. In 2015, 158,657 Syrians completed asylum applications in Germany, compared with only 3,553 in France. Last year the European Union agreed on a relocation programme to share 160,000 refugees from Italy and Greece. By mid-January France had taken in only 19; another 43 arrived this week.

The explanation seems to be a mix of migrants’ relatively weak ties to France, and the limited opportunities in a country with 10% unemployment. “I wanted to go to Sweden, then Germany or England,” says Mr Tarabein, who had friends in those countries and spoke English but not French. He ruled out Britain after friends warned him on Facebook and WhatsApp about the perils of trying to cross from the French port of Calais: “It was too dangerous, I don’t want to die.” As for France, he says he had heard it took months to get papers (France does not allow refugees to work for nine months) and that Syrian refugees there “live on the streets”. It was only when the OFPRA officials promised fast-track settlement that he agreed to take his seat on the coach. Now, relocated to Narbonne, he is trying to bring his wife and three small children from Syria.

“It’s Germany that is in an extraordinary situation, not France,” says Pascal Brice, director of OFPRA. If the EU redistribution scheme is not yet working, he says, this is simply because refugees prefer to go to Germany. Yet there is no French political appetite to speed matters up. The xenophobic National Front continues to shape the debate. In a recent poll, 60% of French said they do not want more refugees, and terrorism has hardened sentiment. (Two of those behind the November 13th attacks in Paris posed as asylum-seekers.) Manuel Valls, the prime minister, put it bluntly last week: “The first message we need to send now, with the greatest of firmness, is to say that we will not welcome all the refugees in Europe.” Cergy may turn out to be the exception, not the makings of a solution to ease Europe’s migrant crisis.

Value shoppers

Europe promised a principled foreign policy. Now it is desperate for quick deals

Jan 30th 2016 | [From the print edition](#)



NOTHING excites the febrile intellects of Brussels more than analysing the theoretical underpinnings of European foreign policy. Entire tracts are devoted to the security strategy of the European Union, its neighbourhood policy, the countless “tools”, “instruments” and “levers” it has designed to help it advance its global concerns. A keen student can lose himself for hours in strategy papers and advisory memos to the policymakers supposedly shaping Europe’s place in the world.

When the EU signed a German-inspired deal with Turkey to help stem the flow of refugees late last year, none of this mattered a jot. Presented by European officials as a hard-nosed piece of statecraft, the “action plan” offers Turkey money, the prospect of visa-free travel inside the EU and an acceleration of its membership bid so long as the Turks keep the migrants away. It was one of the most important European foreign-policy initiatives in years, but there was not a sniff of strategy to it. It reeked of desperation.

Turkey-watchers in Europe and liberals inside Turkey were united in outrage. The Europeans were averting their gaze as Recep Tayyip Erdogan, Turkey’s president, was locking up journalists, harassing the opposition and prosecuting a bloody war against unruly Kurds—in an official EU candidate country, no less. The European Commission even postponed publication of its highly critical annual report on Turkey’s membership bid while Mr Erdogan’s party campaigned in national elections.

The deal seemed emblematic of a “realist” turn in European foreign policy. Ideas such as slashing aid to countries that refuse to accept the return of failed asylum-seekers are doing the rounds. Officials in international-development agencies tear their hair out as carefully nurtured relationships in Africa are tossed aside to make way for quick-and-dirty deals to ship back rejected migrants. Southern European countries fret that a plan to open EU markets to Middle Eastern exports (to create jobs for refugees) will crowd out their manufacturers.

This is not the *Weltinnenpolitik* (global domestic policy) that grand thinkers like Jürgen Habermas thought regional clubs such as the EU were well placed to cultivate. Instead, to borrow from the late American neoconservative Irving Kristol, Europeans have started to resemble liberals mugged by reality. It is easy to bleat about human rights when you are living in a peaceful, postmodern paradise; less so when you have millions of illegal migrants barging through your back door.

Europeans are hardly new to *Realpolitik* (the clue is in the word). There has long been a division of foreign-policy labour within the EU, says Michael Leigh of the German Marshall Fund, a think-tank. Larger countries delegated values-based policy to Brussels while they got on with the hard stuff, such as security or access to oil. For every pious expression of support for international justice or condemnation of capital punishment, there was a shabby energy deal or quiet support for a useful dictator. Some feel this category includes the Nord Stream 2 gas pipeline, which would run directly from

Russia to Germany under the Baltic Sea and could undermine the EU's energy policy, but which has the support of Angela Merkel, Germany's chancellor.

Tougher than they look

Even in its soft and fuzzy days, the EU was not toothless. Its strongest tool—the attraction of membership—combined European interests and values in one package. Enlargement to the east brought stability to the region while strengthening the rule of law and democratic institutions inside candidate countries. (Maintaining them once countries have joined has proved harder, as the recent examples of Hungary and Poland demonstrate.) Globally, Europeans have, in their gentle way, sought to bolster a rules-based order that has enabled their exporters to flourish.

That looked like the future, once. But today's threats lead down a different path. Europe's power no longer extends outward; instead, the surrounding countries have turned their pathologies on Europe. Enlargement is off the table—even in the Balkans the EU's main interest is in keeping order, as millions of migrants tramp through a historically unstable region. Russia's bloody intervention in Ukraine tore up the European belief that borders may not be changed by force—and Europe initially struggled to respond. It dithered again last year as the stream of migrants coming through Greece swelled, eventually leaving Mrs Merkel with little choice but to shower gifts upon Mr Erdogan in the hope of an agreement to stanch the flow.

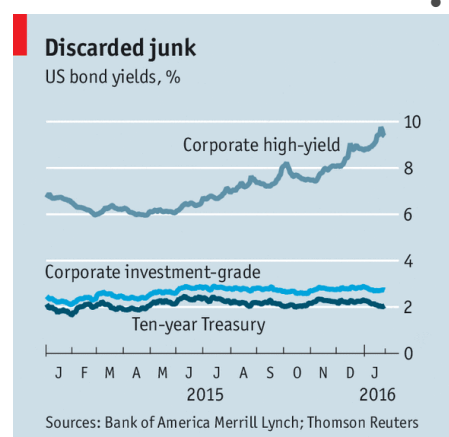
The Turkey deal may yet work (although Charlemagne is struggling to find anyone who believes that it will). If it cuts the number of refugees and the borderless Schengen area survives, a European ideal will have been saved. Optimists think that, even if it flops, the EU's relations with an important neighbour will have emerged from the deep freeze. Denouncing Mr Erdogan's power grabs through bloodless progress reports had little effect; now EU politicians can slip their concerns into exchanges on refugees, as some visiting commissioners did this week in Ankara. The crisis may also force the EU to look outward again. Tunisia, notes Jan Techau of Carnegie Europe, another think-tank, is crawling with European diplomats and money, testament to the EU's desperation to preserve a rare success from the Arab spring.

But these are slim hopes. Europe's vulnerabilities are on full display. Some future Qaddafi will be alert to the concessions he might win by threatening to unleash hordes of migrants upon European shores. Finland and Norway fear that Vladimir Putin may decide to do precisely that by waving through a host of Syrians and Afghans. As for Turkey, had the Europeans woken up to the coming danger last spring, they might not have found themselves compromising their values so grubbily in the autumn. That would have been the strategic thing to do. Time to dust off some of those far-sighted think-tank reports.

The crazy world of credit

Where negative yields and worries about default coincide

Jan 30th 2016 | [From the print edition](#)



THERE was much talk at Davos, the global elite's annual get-together in Switzerland, of wealth inequality: the gap between the haves and the have-nots. The corporate-bond market is currently displaying a similar divide—between the have-yields and the yield-nots.

According to Bank of America Merrill Lynch (BAML), around €65 billion (\$71 billion) of European corporate bonds are trading on negative yields; in other words, investors lose money by holding them. Yet the rates paid by issuers of low-quality or junk bonds have been soaring.

The spread (the interest premium over government borrowing rates) paid by junk-bond issuers has risen by nearly three-and-a-half percentage points since March last year (see chart). The gap is now nearly as great as it was during the euro crisis of 2011, although it is less than half as wide as it was after Lehman Brothers collapsed in 2008.

Odd though it may seem, these market movements are part of the same trend. As January's stockmarket wobbles have shown, investors are very nervous and are looking for safety. Certain corporate-bond issuers, such as Nestlé, a Swiss foods group, are perceived to be very safe. Since the yields on Swiss government bonds (even those with a ten-year maturity) are also negative, it is no great surprise that Nestlé bonds fall into the same camp.

Similarly, investors are willing to accept negative yields on German and Dutch government bonds with maturities of two and five years. Better to suffer a small loss from owning them than risk a big loss by buying a junk bond, which might default. Historically, the average recovery rate on unsecured bonds that default has been just 40 cents on the dollar. Given that risk, investors are demanding a much higher yield from junk bonds.

The proportion of junk bonds deemed "distressed" (defined as having a yield ten percentage points higher than Treasury bonds) is 29.6%, up from 13.5% a year ago. That is the highest ratio since 2009, according to S&P. Unsurprisingly, given the fall in energy prices, the oil and gas sector accounts for the biggest share of issuers in distress, at 30% of the total. The default rate, at 2.77%, has virtually doubled from the low of 2014 (although it is still below the historical average of 4.3%).

Matt King, a credit strategist at Citigroup, thinks the reason for the turmoil is the reduced support that central banks are offering financial markets. For several years the Federal Reserve and the Bank of England used quantitative easing (or QE, the creation of money to buy assets) to drive down yields on government bonds and thus encourage investors to buy riskier assets, both equities and corporate bonds. Both have now stopped using QE (although they have yet to sell their piles of acquired assets); the Fed has also raised interest rates.

Although the European Central Bank and the Bank of Japan are still buying bonds, their efforts are being offset at the global level by sales by emerging-market central banks, including China. Net asset purchases by global central banks dipped last summer (coinciding with another market downturn) and recent data show they have done so again.

Given this backdrop, investors are sensitive to bad news. The fall in commodity prices and the slowdown in emerging markets are two adverse developments; those sectors were “where the growth was”, as Mr King points out. Corporate-bond investors have also noticed that profit forecasts have been revised lower in recent months in every industry in America. In short, Mr King concludes: “When monetary stimulus’s effect on markets fails to be matched by a corresponding improvement in the real economy, we are inevitably vulnerable to a correction.”

The big issue for the corporate-bond markets is whether the sell-off is self-perpetuating. According to BAML, investors in high-yield bonds globally have withdrawn \$4.9 billion in the past seven weeks, equivalent to 5% of their assets under management. Those withdrawals force fund managers to sell bonds, creating bigger losses for the remaining investors and encouraging more withdrawals. The impact is exacerbated by the poor liquidity of corporate-bond markets. Banks have reduced their market-making activities in the wake of regulations imposed after the financial crisis of 2007-08.

The sell-off will be stopped if yields rise to a level where long-term investors (pension funds and insurance companies, for example) think the bonds are a bargain. But those investors probably need a dose of good news to persuade them to open their wallets.

138,95

Orban Accuses Germany of 'Moral Imperialism' on Migrants

Hungarian premier's comments underscore rising backlash against Angela Merkel's refugee policy

By **RUTH BENDER**

Sept. 23, 2015 11:57 a.m. ET

BERLIN—Germany's efforts to shape Europe's response to the continent's refugee crisis smacked of "moral imperialism," Hungarian Prime Minister Viktor Orban said Wednesday on a visit that highlighted a rising domestic backlash against Chancellor [Angela Merkel](#)'s open-arms refugee policy.

Mr. Orban was invited to Bavaria, in southern Germany, by the Christian Social Union, Ms. Merkel's arch-conservative allies in the region. The invitation was seen in Berlin as a direct affront to the chancellor and the clearest evidence to date of the rift [the migrant crisis has opened](#) in her "grand coalition" of conservatives and left-leaning Social Democrats.

The meeting in Bavaria came as signs of discontent with Ms. Merkel's handling of the migrant wave appeared in fresh opinion polls, adding a new urgency to the chancellor's recent efforts to temper her government's initial openness to legitimate refugees by striking a tougher line toward economic migrants.

"Because of a German decision we are in a situation with no rules and chaos," CSU chief and Bavarian state premier Horst Seehofer, said at a news conference with the Hungarian leader, underscoring his recent criticism of Ms. Merkel's decision early this month to open Germany's doors to thousands of migrants stranded in Hungary.

"Mr. Orban is indispensable in finding a solution to the problem," he added.

Mr. Orban, one of Europe's strongest critics of Ms. Merkel's migrant policy, thanked his "Bavarian friends" for siding with him. Asked what he now expected of Ms. Merkel, Mr. Orban warned against what he called "moral imperialism," adding: "Whatever Germany decides, it should apply only for itself."

In the days that followed Ms. Merkel's decision to allow in migrants, Munich, Bavaria's capital, was nearly overwhelmed by a tide of newcomers, prompting Mr. Seehofer to denounce the decision as "a mistake" and lavish praise on Mr. Orban, who has fortified Hungary's southern borders in a bid to stop the migrant flow.

Ms. Merkel herself has lashed out at Mr. Orban's [crackdown and on Tuesday dismissed as misguided attempts](#) to protect the EU's borders with fences, as Hungary has done. The clash between the two leaders mirrored a deep rift within the EU between mainly Eastern European member states hostile to more immigration and more welcoming governments in the West.

Despite their political alliance with Ms. Merkel and her Christian Democratic Union, CSU leaders have repeatedly criticized the chancellor publicly in recent days, spearheading a broader backlash among Germany's 16 states concerned about the mounting costs of processing and sheltering the tens of thousands who have been pouring into the country. On Thursday, the states will pressure the government to provide more money for tackling the migrant tide at a high-level meeting in Berlin.

Mr. Seehofer's embrace of Mr. Orban drew stinging criticism from the Social Democrats, junior partners in Ms. Merkel's coalition, on Wednesday, turning an internal dispute among conservatives into a more threatening test of the government's cohesion.

Germany's chancellor Angela Merkel arrives at an EEP meeting, ahead of an emergency EU summit on the migrant crisis and a scheme to redistribute 120,000 asylum seekers across the bloc. PHOTO: REUTERS

"Once again Horst Seehofer is stabbing Interior Minister Thomas de Maizière and Chancellor Angela Merkel in the back," SPD general secretary Yasmin Fahimi told the German magazine Spiegel Online.

Thomas Oppermann, the Social Democrats parliamentary floor leader, called the meeting in Munich confusing.

"Mr. Orban is spurning human rights and Mr. Seehofer is rolling him out the red carpet. This isn't right," Mr. Oppermann said. "Mr. Orban isn't part of the solution, Mr. Orban is part of the problem that we have in Europe."

Signs of a backlash have emerged elsewhere. The head of the influential Federation of German Industries (BDI), in a newspaper interview, criticized Ms. Merkel for not explaining enough to Germans how the country was going to manage the current crisis. "It will be difficult and necessitate sacrifice, including financially," the BDI director-general Markus Kerber told the weekly Die Zeit.

Opinion polls, meanwhile, showed that the initial public support for the chancellor during the crisis was beginning to fade. A Forsa poll for Stern magazine RTL television, conducted from Sept. 14 to 18, found that the chancellor lost three points in popularity, with 49% of people saying they would vote for her if they could elect a chancellor directly. The poll's margin of error is 2.5 percentage points.

Migrants disembark from a train after arriving at the station in Botovo, Croatia Wednesday, before walking to the Hungarian border. PHOTO: REUTERS

Another poll from INSA for Focus Online showed that one out of two Germans was dissatisfied with Ms. Merkel's migrant policy.

Asked if they wanted Ms. Merkel to show more openness to refugees, 42% responded with "no" and 41% with "yes." No margin of error was given. Earlier this month, a poll found nearly two-thirds of Germans said they didn't fear too many refugees were coming to their country.

Should EU send refugees back to Turkey?

The Dutch government has presented a plan to drastically reduce refugee numbers. It proposes ferrying refugees who arrive in Greece by boat straight back to Turkey. In return EU member states would take in 250,000 refugees residing in Turkey per year. The initiative meets with a mixed response in the press.

TAZ (Germany)

Time to think about what is realistic

The Dutch proposal must be given serious thought, the daily taz urges:

“Who's to monitor all this, who's to manage it? [Turkish President] Erdoğan? Hardly. But what's the alternative? To go on waiting to see how many people will make the journey to Europe, where almost no one is willing to welcome them any longer? Which brings us to the Germans. We Germans must make our choice. If we go on signalling our willingness to take in anyone who needs protection, we'll have to do it on our own. All the other EU governments, including those on the left, are against such a policy - as well as 70 percent of the Germans. For that reason we must think about what we can actually take on, which of our plans are halfway realistic, and which can be backed by a majority. Anyone who continues to hope for a just distribution of refugees throughout the EU can go ahead and try it. But politically it doesn't stand much of a chance.”

DE MORGEN (BE) / 29 January 2016

We would be turning our backs on mass murder

The plan proposed by the Netherlands on Thursday contravenes the universal right to asylum, the centre-left daily De Morgen warns:

“In fact the plan means the end of the Geneva Refugee Convention which guarantees war refugees the right to protection in a safe country. That is a high moral and human price to pay. Moreover the plan disregards the fact that the majority of asylum seekers are fleeing real wars and conflicts. The big, black hellfire that goes by the name Syria will continue to spew out tens of thousands of homeless if it is not extinguished. The planned air bridge won't solve these people's problems: at most it will solve ours. An elegant way of turning our backs on the daily mass murder being committed on the doorstep of our fortress.”

DE VOLKSKRANT (NL) / 29 January 2016

Plan threatens Europe's cohesion

The Dutch government's initiative shows that it no longer believes the EU can provide common solutions, the centre-left daily De Volkskrant comments:

“Although the Commission was among the critics of the plan on Thursday on several points it adopted the same approach as the two leaders of the Dutch coalition [Prime Minister] Rutte and [parliamentary party leader of the Social Democrats] Samsom. ... To put one's faith in forming a core group on issues as crucial as the refugee crisis is risky. It paves the way for a multi-speed Europe which could quickly boil down to selective shopping. But in the view of Samsom and Rutte it would be better to run this risk than to leave the shop empty-handed.”

„Es gibt keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung“

VON [CICERO-REDAKTION](#) 28. JANUAR 2016

picture alliance



Peter Sloterdijk ist einer der bekanntesten Philosophen Deutschlands. Im Interview mit Cicero spricht er über Merkel und die Flüchtlingskrise.

Mit deutlichen Worten kritisiert Peter Sloterdijk die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und geht auch mit den Medien hart ins Gericht. Wenn die Regierung mit ihrer Politik des Souveränitätsverzichts weitermache, sei eine Überrollung Deutschlands nicht mehr aufzuhalten, prophezeit der Philosoph

Der Philosoph Peter Sloterdijk hat das Handeln von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingskrise scharf kritisiert. „Die deutsche Regierung hat sich in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben“, sagte Sloterdijk im Gespräch mit dem [Magazin Cicero \(Februarausgabe\)](#), „diese Abdankung geht Tag und Nacht weiter“.

Die Politik der offenen Grenzen könne final nicht gut gehen. „**Merkel wird zurückrudern**“, so der Philosoph. Semantische Tricks würden die notwendige Kehrtwende bemänteln.

„Wir haben das Lob der Grenze nicht gelernt“, sagte Sloterdijk. In Deutschland glaube man immer noch, „eine Grenze sei nur dazu da, um sie zu überschreiten“. Innerhalb Europas schere Deutschland damit aus. „Die Europäer werden früher oder später eine effiziente gemeinsame Grenzpolitik entwickeln. **Auf die Dauer setzt der territoriale Imperativ sich durch. Es gibt schließlich keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung.**“

Dem Nationalstaat prophezeit Sloterdijk „ein langes Leben“. Er sei das einzige politische Großgebilde, das bis zur Stunde halbwegs funktioniere. „Als lockerer Bund hat die EU mehr Zukunft, als wenn sie auf Verdichtung setzt.“

Kritik übt der Philosoph auch am Zustand der Medien wie der Politik im allgemeinen: „Der Lügenäther ist so dicht wie seit den Tagen des Kalten Kriegs nicht mehr.“ Im Journalismus trete die „Verwahrlosung“ und die „zügellose Parteinahme allzu deutlich hervor“. Das Bemühen um Neutralität sei gering, „die angestellten Meinungsäußerer werden für Sich-Gehen-Lassen bezahlt, und sie nehmen den Job an.“

DPA German

Thursday January 28, 2016 - 08:14 UTC -0500

Philosoph Sloterdijk: «Merkel wird zurückrudern» (Foto - Archiv)

Berlin (dpa) - Der Philosoph und Autor Peter Sloterdijk (68) erwartet, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihre Flüchtlingspolitik ändert. «Die Politik der offenen Grenzen kann final nicht gut gehen. Merkel wird zurückrudern», sagte er dem Magazin «Cicero» (Februarausgabe). Die deutsche Regierung habe sich «in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben. Diese Abdankung geht Tag und Nacht weiter.»

Migration sei das Megathema des 21. Jahrhunderts, sagte Sloterdijk: «Zwei Milliarden Menschen werden von ländlichen Gebieten in die urbanen Ballungsräume ziehen, eine Milliarde Menschen werden versuchen, aus den Armutszonen in den Wohlstandsraum zu gelangen.» Sloterdijk erwartet aber, dass die Europäer früher oder später eine effiziente gemeinsame Grenzpolitik entwickeln werden. «Es gibt schließlich keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung.»

Der Karlsruher Philosoph («Die schrecklichen Kinder der Neuzeit», «Du mußt dein Leben ändern») zählt zu den bedeutendsten zeitgenössischen Denkern in Deutschland. Im März erscheint sein neues Buch «Was geschah im 20. Jahrhundert?».

138,98

David Cameron Renews Push to Reach E.U. Membership Deal

[Stephen Castle](#)

By STEPHEN CASTLE

763 mots

30 janvier 2016

LONDON -- With time running out if Britain is to schedule an early referendum on [European Union](#) membership, Prime Minister [David Cameron](#) was fighting with renewed urgency on Friday to win concessions that he hopes will persuade Britons to stay in the bloc.

The most contentious issue is a proposal to restrict welfare payments to non-British citizens of [European Union](#) countries, who have the right to live and work in Britain.

Mr. Cameron wants the authority to limit those benefits, which typically supplement the income of people doing low-paid jobs, for [European Union](#) migrants who have been in the country for less than four years.

Mr. Cameron scrapped a planned visit to Sweden and Denmark on Friday, heading instead to Brussels for talks with [Jean-Claude Juncker](#), president of the European Commission, the executive arm of the 28-nation bloc, and he will host a dinner in London on Sunday with another top European official, Donald Tusk, the president of the European Council.

The stakes are high because a British decision to quit -- a so-called Brexit -- could deal a devastating blow to the [European Union](#), which is already struggling to deal with a huge influx of migrants.

For Britain, much is at stake, too, as it could find itself outside the bloc's single market, and the United States and other major powers have already said they think the British would be better off remaining a member.

Mr. Cameron has pledged to hold a referendum by the end of 2017, but he will schedule an earlier vote, most likely for late June, if he can negotiate changes to Britain's relationship with the bloc to get what he calls a "better deal."

Mr. Cameron effectively needs to reach a deal in mid-February, when members of the [European Union](#) will hold a summit meeting in Brussels. If there is no agreement then or soon after, it will be difficult, if not impossible, to hold the referendum before September, if not later.

A delay is regarded as likely to help those campaigning for Britain to leave the union, particularly if the migration crisis intensifies, making membership in the bloc seem less desirable.

For some countries, Mr. Cameron's effort to limit some benefits to migrants is anathema because it would breach a crucial principle: that all [European Union](#) citizens are treated equally across the bloc.

The latest proposal would allow Britain to apply an "emergency brake" by withholding the benefits if there is evidence that its welfare system is being strained by non-Britons from the bloc.

The details of the plan remain in flux. At one end of a range of possibilities is a solution under which the law would be changed so that Britain, or any [European Union](#) nation, could restrict welfare payments for four years without the agreement of the [European Commission](#) or other [European Union](#) nations, providing certain criteria are met.

Other models would give other nations more power to block such a change, an idea that is less attractive to Mr. Cameron.

Mr. Cameron told BBC Radio Scotland on Friday that he was "encouraged that ideas are coming forward that have some force but we are not there yet, they are not yet strong enough."

"The question with these brakes and ideas, it is very important how they are pulled, how long they last, how much strength they have and those are all of the things that I'll be talking about in Brussels," he said.

The talks on Sunday may prove even more important because Mr. Tusk is expected to circulate a document on the proposals as early as Monday.

Mr. Tusk is a citizen of Poland, one of the Eastern European nations from which many migrants in Britain come, and which are likely to oppose the changes Mr. Cameron seeks.

Foreign Minister Witold Waszczykowski of Poland said on Friday said that his country would "not accept a mechanism that denies social benefits to Poles living in the [European Union](#)," Reuters reported.

At home, Mr. Cameron is under pressure from lawmakers in his party who are critical of the [European Union](#), and who argue that he is asking for too little.

John Redwood, a former Conservative cabinet minister, told the [BBC](#) that the "emergency brake" plan was "an insult" and "a sick joke."

Uber in French

A regulatory assault on a company that creates thousands of jobs.

29 janvier 2016

Ride-sharing company Uber has a way of driving its competitors and their government patrons to regulatory and political extremes. Now a Paris trial court has ordered Uber to pay its competitors €1.2 million (\$1.3 million) in restitution. Call it a winners' surcharge.

Wednesday's ruling came after a complaint filed by the National Union of Taxis alleging that Uber isn't explicit enough in instructing its drivers to return to their home base after dropping every passenger. Only old-fashioned taxis can pick up passengers at will, while private car services must return to a garage between fares under anti-ride-sharing rules enacted in 2014.

Uber is appealing the judgment and the anti-ride-sharing law, which it says violates European Union competition and information-technology regulations. Even if Uber prevails in this case, the company is likely to face more regulatory pressure.

To calm the taxi tantrum, Prime Minister Manuel Valls has pledged to appoint a taxi-industry "mediator" to "restore economic balance in this sector," as a union leader put it. Following similar taxi riots last year, the government launched a severe crackdown against Uber that involved criminal charges against two executives. **If past is precedent, the mediation will result in more concessions to the taxi bullies.**

President François Hollande last week declared a state of economic emergency and unveiled a package of "reforms" that are heavy on statist measures such as taxpayer-funded job training and subsidies to firms for hiring unemployed workers. As it happens, some 12,000 people now drive for Uber in Paris, the company says. Around a quarter of those were previously unemployed, and of that quarter roughly 40% had been long-term unemployed. Too bad no one in Mr. Hollande's government seems to have drawn the appropriate lesson.

Japan Goes Negative

30 janvier 2016

Bank of Japan Governor Haruhiko Kuroda pulled off another monetary surprise on Friday, announcing a negative rate of 0.1% on some bank reserves. By the end of the day the yen had lost 1.75% of its value against the dollar and the Nikkei stock index rose 2.8%, reversing the recent trend.

But will negative rates stimulate the real economy any more than quantitative easing? December data show Japan is barely growing, with industrial production down 1.4% compared to November and household spending off 4.4% year on year. Inflation was 0.2%, forcing Mr. Kuroda to admit he won't hit his 2% target before 2017.

The BOJ's bond purchases have expanded its balance sheet to 75% of GDP from 35% in 2013, compared to the U.S. Federal Reserve's 25% of GDP. Yet growth in Japanese bank lending, now 2.2% per year, has barely budged. Companies are sitting on about \$2 trillion in cash, and real wages have declined.

As economist Richard Katz points out, **Japan's share of total exports by developed countries fell to 6.5% in 2013-15 from 8% in 2005-07, despite the yen losing 30% of its value. In a slow-growth world, competitive devaluation beggars one's own citizens and risks spurring capital flight.**

Negative rates thus look like a desperation move to drive banks and companies to take greater risks. But they also make it more difficult for the BOJ to buy bonds, since banks will want to hold them as a hedge against Mr. Kuroda lowering the rate on reserves still further, as he has threatened to do. **The BOJ was already running out of bonds to buy, so Mr. Kuroda's new "bazooka" conveniently redirects the market's attention.**

There's little evidence that negative rates are any more effective than quantitative easing. The European Central Bank has tried the two measures in reverse order with the same result. In June 2014 ECB President Mario Draghi lowered rates on bank reserves to minus 0.1%. Seven months later, when that failed to have much impact, he began to buy sovereign bonds. Now as the eurozone tips toward recession, he promises even more rate cuts and bond buying.

The failure of unconventional monetary policy in Japan and Europe is proof that central banks can't conjure growth in economies that need major reforms to let resources find more productive uses. The old analogy of "pushing on a string" remains valid -- if companies can't find promising investments, credit creation will remain stalled no matter how cheap capital is.

The contrast with South Korea is striking. After the Asian financial crisis in the late 1990s, Seoul opened its economy to greater competition, and today Korean companies are outpacing their Japanese peers. Korean President Park Geun-hye is pushing reform of restrictive labor laws, while Japanese Prime Minister **Shinzo Abe** postponed labor legislation to pass national security laws.

Mr. Abe campaigned on a pro-market platform that included deregulation, but for three years he has squandered his electoral mandate by expanding government with more fiscal stimulus. **BOJ Governor Kuroda is running out of surprises, and time is running out for Mr. Abe to get serious about reform.**

In a Boy's Hand, the Islamist Disease

The problem isn't with Islam, it's within Islam, as a grisly scene in Pakistan showed.

By Khurram Dara

783 mots

29 janvier 2016

The story of Anwar Ali, the Pakistani boy who severed his own hand earlier this month, underscores the deep, dangerous and often overlooked threat posed by radical Islam -- its assault on the mind.

It is gut-wrenching that a 15-year-old boy, who raised his hand at evening prayers after the local imam asked who among them did not love the Prophet Muhammad -- mistakenly thinking that the cleric had asked who did love the prophet -- would cut off his own hand to prove his faith to the imam, who had accused him of blasphemy after the incident.

What's even more troubling is that, even as attempts were made to arrest the cleric, many in Khanqah, the eastern Punjab village where the spectacle occurred, defended both the imam and the boy's actions, praising his devotion to God.

On so many levels, this story is illustrative of the disease spreading within Islam. There is no prescribed punishment for blasphemy in the Quran and no legitimate Islamic school of thought could conceivably find that self-inflicted amputation is warranted for an accidental gesture like Anwar's. Yet the well-financed machine of radical Islam has successfully propagandized the people, like those in Khanqah, to the point where something as sad as Anwar's actions are considered not just acceptable but also praiseworthy, even righteous. It is the result of a singular and supremacist view of Islam that stands in diametric opposition to justice in contemporary civil society, and indeed Islamic faith itself.

In the premodern Muslim world, before today's nation-states and modern governments, harsh punishments combined with stiff burdens of proof were used to deter crime. Even as the region tried to transition to modern government after World War I, these practices -- severe punishment but low rates of conviction -- held somewhat.

Yet in the years since, dictators and Islamists alike have been keen on keeping these premodern punishments, only without the high evidentiary standards. Pakistan, for example, had just 14 reported cases of blasphemy before 1986. Since then, nearly 1,300 people have been charged with the crime, according to an investigation by the Pakistani newspaper Dawn.

In the 1980s Pakistani President Muhammad Zia-ul-Haq, who had risen through a coup, saw an opportunity to consolidate his power by aligning with radical Islamists to bolster blasphemy laws and silence minority opposition. His blasphemy ordinances became a conduit for settling political and personal scores. The laws also further legitimized the supremacist attitudes of radical Islamists. It is a tragic example of political maneuvering under the guise of religious duty -- capitalizing on extremist ideologies that have grown stronger.

Treating this as a problem with all Muslims and all of Islam is not helpful or accurate. But neither is denying that this has anything to do with Islam. There is a problem, not with, but within Islam. There is more to this than the war in Syria, the rise of [Islamic State](#), and self-radicalized terrorist attacks in the West.

This is not just about repressive regimes and foreign-policy miscues that have helped this radicalism spread. This goes beyond the misogyny that says it's acceptable to abuse women and the medieval customs that endorse a boy's decision to sever his hand. This is an assault on diversity of thought and free thinking.

There is not an obvious military solution to deal with the instability and violence in the Middle East and North Africa, nor is it clear (even if we were successful in finding one) what the subsequent political resolution would be -- the Arab uprisings have taught us as much. But we can all agree that radical Islam is a menace that is claiming not just lives, but hearts and minds too.

If we are fighting terrorism on all fronts then shouldn't we be tackling the underlying ideology instead of casting this as something completely devoid of religion?

U.S. policy makers ought to put greater pressure on foreign governments, including longtime allies Saudi Arabia and Pakistan, to stop the funding and exporting of radicalism. And contrary to what some presidential candidates are saying, it is crucial that Washington and the West work with Muslim communities at home and abroad not against them.

Because if this horrifying extremism that continues to claim innocent life and limb is to be defeated, it will require Muslims, who have watched radicalism soil their faith and define its image, to lead the fight.

The Shortcomings of Quantitative Easing in Europe

Martin Feldstein

Martin Feldstein, Professor of Economics at Harvard University and President Emeritus of the National Bureau of Economic Research, chaired President Ronald Reagan's Council of Economic Advisers from 1982 to 1984.

CAMBRIDGE – Why has Reserve's policy of quantitative easing been so much more successful than the version of QE implemented by the European Central Bank? That intellectual question leads directly to a practical one: **Will the ECB ever be able to translate quantitative easing into stronger economic growth and higher inflation?**

The Fed introduced quantitative easing – buying large quantities of long-term bonds and promising to keep short-term interest rates low for a prolonged period – after it concluded that the US economy was not responding adequately to traditional monetary policy and to the fiscal stimulus package enacted in 2009. The Fed's chairman at the time, Ben Bernanke, reasoned that unconventional monetary policy would drive down long-term rates, inducing investors to shift from high-quality bonds to equities and other risky securities. This would drive up the value of those assets, increasing household wealth and therefore consumer spending.

The strategy worked well. Share prices rose 30% in 2013 alone, and house prices increased 13% in the same twelve months. As a result, the net worth of households increased by \$10 trillion that year. The rise in wealth induced consumers to increase spending, which restarted the usual expansionary multiplier process, **with GDP up by 2.5% in 2013 and the unemployment rate falling from 8% to 6.7%.** The expansion continued in subsequent years, **bringing the current unemployment rate down to 5% – and the unemployment rate among college graduates to just 2.5%.**

The ECB has been following a similar strategy of large-scale asset purchases and extremely low (indeed negative) short-term interest rates. But, although the policy is the same as the Fed's, **its purpose is very different.**

Because Europe lacks the widespread share ownership that exists in the United States, quantitative easing cannot be used to stimulate consumer spending by raising household wealth. Instead, a major if unspoken purpose of the ECB's low-interest-rate policy has been to stimulate net exports by depressing the value of the euro. The ECB succeeded in this, with **the euro's value falling by some 25% – from \$1.40 in the summer of 2014 to \$1.06 by the fall of 2015.**

I have been an advocate of reducing the value of the euro for several years, so I think this strategy was a good one. **But, although the fall in the value of the euro has stimulated the eurozone's net exports, the impact on its members' exports and GDP has been quite limited.**

One reason for this is that much of the eurozone countries' trade is with other eurozone countries that use the same currency. Moreover, exports to the US don't benefit much from the decline of the euro-dollar exchange rate. European exporters generally invoice their exports in dollars and adjust their dollar prices very slowly, a point made clear in an important paper that Gita Gopinath of Harvard presented at the Federal Reserve's Jackson Hole conference in August 2015.

As a result, total net exports from the eurozone rose less than €3 billion (\$3.2 billion) between September 2014 and September 2015 – a negligible amount in an €11 trillion economy.

A further motive of the ECB's bond purchases has been to increase the cash that eurozone banks have available to lend to businesses and households. But, as of now, there has been very little increase in such lending.

Finally, the ECB is eager to raise the eurozone inflation rate to its target of just under 2%. In the US, the QE strategy has increased the "core" inflation rate – which excludes the direct effect of declining prices of energy and food – to 2.1% over the past 12 months. This has been a by-product of the increase in real demand, achieved by reducing unemployment to a level at which rising wages contribute to faster price growth.

This strategy is unlikely to work in the eurozone, because the unemployment rate is still nearly 12%, about five percentage points higher than it was before the recession began. The ECB's quantitative easing policy can probably achieve higher inflation only through the increase in import prices resulting from a decline in the value of the euro. This very limited process still leaves core inflation in the eurozone below 1%.

ECB President Mario Draghi recently responded to the new evidence of eurozone weakness and super-low inflation by indicating **that the Bank is likely to ease monetary conditions further at its next policy-setting meeting in March. This could mean further reducing already-negative short-term interest rates and expanding and/or extending its bond-purchase program.**

Eurozone financial markets reacted in the expected way. Long-term interest rates fell, equity prices rose, and the euro declined relative to the dollar. **But past experience and the reasons spelled out here suggest that these policies will do very little to increase real activity and price inflation in the eurozone. To make real progress toward reviving their economies, the individual countries need to depend less on quantitative easing by the ECB and focus squarely on structural reforms and fiscal stimulus.**

Wie das Versagen der Eliten nun Europa zerstört

Europa ist ein Projekt der Mächtigen. Ob Euro oder Osterweiterung – die Menschen wurden nicht gefragt. Das ging gut in Zeiten der Prosperität. In der Krise erweist sich Europa als hohl und schwach.

Von Herfried Münkler



im KanzleramtFoto: AFP

Bundeskanzlerin Angela Merkel verabschiedet EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nach einem Besuch

Von den schwierigen Verhandlungen über den Verbleib Großbritanniens in der EU bis zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in den südlichen Mitgliedsländern, **von der fortgesetzten Vertragsbrüchigkeit einiger EU-Staaten** bis zur Infragestellung grundlegender politischer Werte in Ungarn und Polen – das Jahr 2016 dürfte für die Europäische Union zum Schicksalsjahr werden, in dem sich entscheidet, ob das Europaprojekt noch eine Zukunft hat und, wenn ja, welche das sein wird.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die politischen Eliten in einigen Mitgliedsstaaten derzeit zerstören, was über Jahrzehnte aufgebaut worden ist. Dass man in den Mitgliedsländern für alles, was nicht gut lief, die "Brüsseler Bürokraten" verantwortlich machte, gehört zur Geschichte des Projekts. Dass man die Ressentiments der Bevölkerung mit antieuropäischen Parolen systematisch anfeuert, ist jedoch neu, und im Augenblick ist nicht erkennbar, wie die links- und rechtspopulistischen Geister, die man aus der Flasche gelassen hat, wieder in diese zurückgebracht werden können.

Auf dem Weg in diese Situation sind freilich auch Fehler gemacht worden, die man nicht den nationalen Eliten, sondern der europäischen Spitze in Brüssel zuschreiben muss: Im Rückblick ist klar, dass sie der politischen Entwicklung in Ungarn nicht so lange tatenlos hätte zusehen dürfen. Jetzt ist kaum noch möglich, bei [Jaroslaw Kaczynski](#) zu verhindern, was bei [Victor Orbán](#) zugelassen wurde. Aber wenn man die nationalkonservative Regierung in Polen bei der Aushebelung zentraler Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats nicht stoppen kann, so wird das weitere Politiker in Europa motivieren, es ebenfalls auf diesem Weg zu versuchen.

Freie Bahn für Populisten

Sicherlich gab es gute Gründe, die gegen ein entschlossenes Eingreifen sprachen. **Der Fehlschlag der europäischen Maßnahmen gegen Österreich nach der Regierungsbeteiligung der FPÖ Jörg Haiders in Wien war der wichtigste.** Doch in dem Bemühen, im Fall Ungarns geschickter zu agieren, hat Brüssel den geeigneten Augenblick des Eingreifens verpasst und damit dem rechtspopulistischen Treiben in Mitteleuropa freie Bahn gegeben.

Ein mindestens ebenso schweres Versäumnis war es, die Verschuldungsmentalität der südeuropäischen Staaten zu akzeptieren, nachdem eine europäische Einheitswährung eingeführt war und diese Länder nicht mehr die Möglichkeit hatten, mit einer Abwertung der eigenen Währung auf Staatsverschuldung und gesunkene Konkurrenzfähigkeit zu reagieren. Zumindest im Fall [Griechenlands](#) waren die Zahlen

bekannt, die den Weg in die Katastrophe anzeigten. Angesichts des geringen Anteils der Griechen am europäischen Bruttosozialprodukt glaubte man das jedoch hinnehmen zu können.

Inzwischen hat die Formel von der Ansteckungsgefahr das Größenargument abgelöst. Die falsche Theorie hatte zur Entstehung eines strukturellen Problems geführt, das man mit Hilfspaketen zeitweilig entschärfen, aber nicht beseitigen kann und das auf Jahre den Nährboden für linkspopulistische Parteien und Bewegungen in Südeuropa darstellen wird. Der mittelosteuropäische Rechtspopulismus (den es freilich auch in Westeuropa gibt) und der südeuropäische Linkspopulismus sind zu Zentrifugalkräften geworden, die das Europaprojekt zu zerreißen drohen.

In der Flüchtlingskrise hat sich Europa als Versammlung egoistischer Nutzenmaximierer gezeigt

Und dann kam im vergangenen Jahr noch die Flüchtlingskrise dazu, in der das ganze Ausmaß der Widersprüchlichkeit und Zerrissenheit Europas sichtbar wurde. Es mag sein, dass die Bundesregierung bei der Aushandlung des Dublin-Abkommens, durch das die Länder an den Außengrenzen der EU für die dort ankommenden Flüchtlinge allein verantwortlich sind, zu großen Wert auf die deutschen Interessen gelegt hat, aber es ist nicht bekannt, dass sich die Länder an den Außengrenzen der EU gegen diese Aufgabenverteilung gesträubt hätten. Ihnen ging es um die Sondermittel der EU, die sie so erhielten.

Dublin-Vertrag negiert

Das Problem war, dass sie den damit verbundenen Aufgaben nicht gewachsen waren und, als die Zahl der Ankommenden immer größer wurde, dazu übergingen, die Flüchtlinge einfach weiterreisen zu lassen. Man hat das in Brüssel hingenommen, und auch die deutsche Regierung hat, solange die Zahl der Flüchtlinge überschaubar blieb, nicht reagiert.

Deutschland hat obendrein auf die im Dublin-Abkommen vorgesehene Rückführung von Flüchtlingen in das Land, in dem sie zuerst EU-Boden betreten haben, verzichtet – im Falle Griechenlands sogar mit dem Argument, die menschenrechtliche Lage in den dortigen Flüchtlingslagern entspreche nicht europäischen Standards. Derlei gehörte durchaus zu den europäischen Funktionsmodi: Solange keine andere Lösung verfügbar war, ließ man die Dinge laufen.

Im Falle der Flüchtlingskrise hat sich diese EU-Praxis jedoch zu einer Krise ausgewachsen, die verheerende Folgen für das Europaprojekt hat. Da ist zunächst die Erfahrung, dass es mit der Vertragstreue der Mitgliedsstaaten nicht sehr weit her ist. Das ist bei einem Projekt wie der EU, die wesentlich auf Verträge gegründet ist, zerstörerisch.

Hinzu kommt die Beobachtung, dass die europäischen Eliten zwar gerne **über gemeinsame Werte sprechen, wenn sie sich – etwa bei der Vergabe von Preisen – selbst feiern, diese Werte in der operativen Politik aber kaum eine Rolle spielen.** In der Flüchtlingskrise hat sich Europa nicht als Solidargemeinschaft, sondern als Versammlung egoistischer Nutzenmaximierer gezeigt, von denen fast jeder nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist. Dass das auf Dauer nicht gut gehen kann, ist klar.

"Frau Merkel, wir können nicht mehr"

Den Schengen-Raum, eine der größten Errungenschaften des Europaprojekts, gibt es inzwischen de facto nicht mehr. Was aber noch gravierender ist: Da einige an den EU-Außengrenzen liegende Staaten

diese Außengrenzen nicht sichern können, ist die EU vom guten Willen der angrenzenden Nicht-EU-Staaten abhängig, die auf ihrem Gebiet das leisten sollen, was die EU an ihren Außengrenzen nicht kann: die Flüchtlingsströme zu verkleinern und so zu dosieren, dass sie für Europa verkraftbar sind. Die Folge ist eine **politische Erpressbarkeit der EU vor allem durch Regime, die weder rechtsstaatlich noch demokratisch verfasst sind.**

Beim Blick in die Zukunft der EU ist das Schlimmste jedoch, dass nicht erkennbar ist, worin eine Lösung für die aufgeführten Krisen und Probleme bestehen könnte. Die Standardantwort, durch die Vertiefung der Union und deren weitere Demokratisierung werde sich alles wie von selber lösen, hat sich als falsch erwiesen. Es waren nämlich gerade die Vertiefungsprojekte, vom Euro bis zu den gemeinsamen Außengrenzen, die zum Anwachsen der Zentrifugalkräfte geführt haben, und die weitere Demokratisierung von Entscheidungsabläufen in der EU würde derzeit nur die Vetomacht populistischer Politikakteure vergrößern.

Das wirtschaftliche und politische Zusammenwachsen Europas war ein Elitenprojekt, bei dem lange die Zustimmung der nationalen Bevölkerungen nicht gefragt war. Solange "Europa" ein Projekt der Wohlstandssteigerung war, konnte man an den demoskopischen Daten eine große Zustimmung ablesen. Als der Entschluss zur "Demokratisierung Europas" gefasst wurde, ging man davon aus, dass das auch in Zukunft so sein werde.

Jeder Kompromiss wird teuer erkauft

Wäre es bei den Mitgliedern der EWG (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Benelux) geblieben, hätte das zutreffen können. Die Gleichzeitigkeit von Süd- und Osterweiterung mit dem Prozess der Demokratisierung hat jedoch die Leistungsfähigkeit der europäischen Institutionen überfordert. Inzwischen gilt: Wer seine Verhandlungsposition in Brüssel verbessern will, erklärt, dass er die dort gefundenen Ergebnisse zu Hause einem Referendum aussetzen werde. Er droht mit dem Volk, um bei der Kompromissuche weniger einbringen zu müssen.

Die rechts- wie linkspopulistischen Regierungen haben aus dieser Verhandlungstaktik inzwischen eine politische Strategie gemacht. Sie machen nicht nur für alles, was ihnen misslingt, die EU und die Brüsseler Bürokraten verantwortlich, sondern betreiben eine Politik, die gegen die Verträge und die ihnen zugrunde liegenden Werte gerichtet ist.

Gleichzeitig lassen sie sich jeden Kompromiss, den sie eingehen, teuer abkaufen. Sie haben die Kompromissbereitschaft der anderen Mitglieder in deren Erpressbarkeit verwandelt, stehen dabei als entschlossene Wahrer der nationalen Interessen da und können weiterhin EU-finanzierte Wohltaten an ihre Klientel verteilen.

Dass ein solches Europa keine Zukunft hat, ist klar. Es muss umgebaut werden oder es wird eher früher als später auseinanderbrechen. Vor allem die Bevölkerungen, die rechts- wie linkspopulistische Regierungen an die Macht gebracht haben, werden die Zeche dafür zu zahlen haben – was in der europäischen Geschichte nicht neu ist. Die bisherige Populismusresistenz der Deutschen lässt sich auch damit erklären, dass sie derlei schon erfahren und daraus gelernt haben.

138,109

Regeländerung

IWF erleichtert Kredite an Griechenland

Neue Kredite für Griechenland? Damit hat der Internationale Währungsfonds so seine Schwierigkeiten. Bisher. Doch jetzt werden die Regeln geändert.
30.01.2016



© DPA Bauern-Protest gegen die Reformen in Griechenland.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) gibt sich neue Regeln für Kredite an Krisenstaaten wie Griechenland. Künftig soll es einfacher werden, Rettungskredite zu vergeben. Wenn Länder hoch verschuldet sind, will der IWF nicht länger wie bisher eine Restrukturierung der Kredite erzwingen. Stattdessen könnten in Zukunft auch die Laufzeiten kurzfristiger Schulden verlängert werden, [teilte der IWF in Washington mit](#).

Vor allem die Hilfskredite Griechenlands sind immer wieder mit den Regeln des Internationalen Währungsfonds in Konflikt gekommen. Zu groß waren die Schulden Griechenlands, zu langsam der Fortschritt im Schuldenabbau – im Sommer drohten IWF-Mitarbeiter immer wieder: Griechenland könne seine Schulden nicht tragen, neue Kredite gebe es vom IWF nur, wenn die anderen Gläubiger im Endeffekt auf Geld verzichteten – auch Deutschland.

Die Verhandlungen endeten damit, dass Griechenland Schuldenerleichterungen in Aussicht gestellt wurden, sobald die nächsten Reformen beschlossen sind. Dabei geht es vor allem um Kürzungen der kaum finanzierbaren Renten. Doch die Reformen in Griechenland verzögern sich, der Widerstand ist hart – [inzwischen rechnet selbst Griechenlands Finanzminister Tsakalotos damit, dass die Reformen erst im April beschlossen werden](#). Doch bis dahin läuft das alte IWF-Programm aus, ein neues müsste beschlossen werden – und das könnte mit den alten Regeln in Konflikt kommen.

Die aktuelle IWF-Reform bezieht sich allerdings offiziell nicht auf den Griechenland-Streit aus dem Sommer. In der IWF-Mitteilung heißt es, Mitarbeiter hätten die Reform schon über die vergangenen Jahre hinweg ausgearbeitet. Sie hätten aus der ersten Kreditvergabe im Jahr 2010 gelernt.

Das Ergebnis hilft allerdings auch in den anstehenden Verhandlungen um Griechenland: Nach den neuen Regeln kann der IWF auch dann Geld geben, wenn andere Gläubiger dem Land ebenfalls genügend Geld leihen. Dann geht der IWF künftig davon aus, dass das Land wieder auf die Beine kommt und er sein Geld zurück bekommt.

Merkel: Die Meisten werden zurückkehren müssen

Hunderttausende Flüchtlinge müssen sich darauf einstellen, dass Sie in ihre Heimat zurückkehren – sagt die Kanzlerin. Für EU-Staaten, die sich der Aufnahme verweigern, hat sie eine Botschaft.

30.01.2016, von FRANK PERGANDE, NEUBRANDENBURG

Bundeskanzlerin **Angela Merkel** erwartet, dass viele Flüchtlinge, die sich derzeit in Deutschland aufhalten, in ihre Heimatländer zurückkehren. **Nur ein geringer Teil habe Anspruch auf klassisches Asyl**, sagte sie in Neubrandenburg auf der Landesvertreterversammlung der CDU in ihrem Heimatverband Mecklenburg-Vorpommern.

Die meisten Flüchtlinge genießen derzeit nur zeitweiligen Schutz vor allem nach den Vereinbarungen der Genfer Flüchtlingskonvention. Dieser Schutz sei zunächst auf drei Jahre beschränkt. Bei allem, was an Integration zu leisten sei, sagte Merkel weiter, müsse den Betroffenen auch klar gemacht werden, dass es sich um einen zeitweiligen Aufenthaltsstatus in Deutschland handele. „Wir erwarten, dass, wenn wieder Frieden in Syrien ist, wenn der IS im Irak besiegt ist, sie mit dem Wissen, das sie bei uns erworben haben, wieder in ihre Heimat zurückkehren“, sagte Merkel. Nach dem Ende des Jugoslawien-Krieges in den neunziger Jahren seien auch 70 Prozent der Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückgekehrt.

Merkel sagte weiter, dass es schon jetzt gelungen sei, durch schnellere Entscheidungen den Zustrom aus dem westlichen Balkan stark einzuschränken. Sie lobte dabei ausdrücklich Bayern, wo die Verfahren im Durchschnitt nur noch 35 Tage dauerten.

Zudem müsse klar sein: Wessen Asylantrag abgelehnt werde, der müsse Deutschland auch wieder verlassen. „Ablehnung heißt Ablehnung.“ Das zweite Asylpaket werde dabei hilfreich sein. Merkel betonte in Neubrandenburg abermals, **dass sie auf eine europäische Lösung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise setze. Das bedeute Sicherung der Außengrenzen und gerechte Verteilung der Lasten.**

Es könne nicht akzeptiert werden, wenn ein Land sage: Muslime nehmen wir nicht. Wenn sich die europäische Politik „verheddere und verzettele“, könne Europa am Ende auch in der Welt nicht weiterkommen. **Auch sie sei „ein wenig enttäuscht“ davon, wie Europa sich derzeit präsentiere.** Sie sei aber davon überzeugt, dass alle Länder Nachteile hätten, wenn es zu keiner Einigung komme. Sie erwarte, dass Europa gestärkt aus der Krise hervorgehe und damit auch Deutschland.

„Anleger investieren in Dinge, in die sie nie investiert hätten“

Das viele billige Geld der EZB hilft vordergründig der Konjunktur - doch das ist nur eine Seite der Medaille. Die Entwicklung berge auch erheblichen sozialen Sprengstoff, warnt ein Frankfurter Privatbankier.

30.01.2016

Teilen

Twittern

Teilen

E-mailen



© WONGE BERGMANN Emmerich Müller, persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Metzler.

Das Zinstief in Europa treibt Anleger nach Beobachtung des Frankfurter Privatbankiers Emmerich Müller vom Bankhaus Metzler in unnötige Risiken. **„Anleger investieren in Dinge, in die sie nie investiert hätten - aus Mangel an Alternativen“**, sagte der für das operative Geschäft zuständige Partner des 1674 gegründeten Traditionshauses der Deutschen Presse-Agentur. **„Das Zinsniveau drängt Investoren in immer riskantere Anlageklassen.“**

Diese Entwicklung berge erhebliche Gefahren: **„Wenn in vielen Ländern Europas Altersvorsorgesysteme auf Dauer nicht mehr funktionieren, ist das ein gesellschaftliches Problem“**, warnte Müller. **„Wenn viele Menschen das Gefühl bekommen, diese Europäisierung geht zu ihren Lasten, birgt das erheblichen gesellschaftlichen Sprengstoff.“**

Die Europäische Zentralbank (EZB) will die Märkte bis mindestens März 2017 mit billigem Geld fluten, **die Zinsen sind zudem bei einem Leitzins von 0,05 Prozent quasi abgeschafft**. EZB-Präsident Mario Draghi hatte dennoch die Hoffnung geschürt, dass die Notenbank weitere Schritte im Kampf gegen die Mini-Inflation macht - eventuell schon bei ihrer nächsten Sitzung am 10. März.

„Ich sehe nicht die Notwendigkeit, dass die EZB noch mal nachlegt. Ich glaube auch nicht, dass diese EZB-Politik uns noch lange weiterhilft“, sagte Müller. **„Wir haben es mit einem Kartell der Schuldner zu tun, das ist unser Hauptproblem. Indem sie versuchen, die Zinslast tragbar zu machen, machen sich die Zentralbanken zu Gefangenen der Politik.“**

Müller hat wenig Hoffnung, dass die EZB in naher Zukunft ihren expansiven Kurs zurückfahren wird. **„Wir haben es aktuell in der Tendenz mit einem Auseinanderdriften Europas zu tun. Umso mehr ist die EZB in einer Situation, in der sie keine Trendwende einleiten wird.“**

Das Zinstief macht auch den Banken zu schaffen. **„Die Profitabilität von Banken in Deutschland ist im internationalen Vergleich viel zu gering“**, konstatierte Müller, der derzeit auch Vorstandsvorsitzender des Bankenverbandes Hessen ist. „Im Moment versuchen alle Banken vernünftigerweise ihre Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln und die Abhängigkeit von der Zinsmarge zu verringern. Manche werden das vielleicht nicht schaffen.“

Der wahre Grund für Deutschlands volle Kassen

Bund, Länder und Gemeinden brüsten sich mit ausgeglichenen Haushalten. Doch diese sind gar nicht selbst erarbeitet. Die gute Finanzlage verdanken sie mehr denn je einer anderen Institution.

Von [Martin Greive](#), [Sebastian Jost](#)

Billige Schulden

Zinersparnis des deutschen Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen) gegenüber dem Durchschnittszins von 2007, in Mrd. Euro

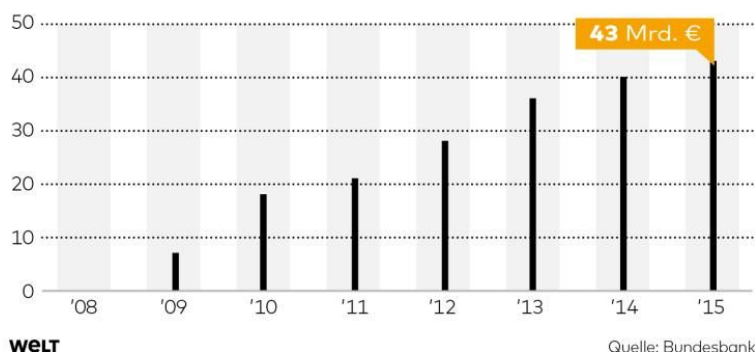


Foto: Infografik Die Welt

Volle Kassen beflügeln die Fantasie. Das bewiesen die Regierungsfractionen in dieser Woche eindrucksvoll. Am Dienstagmorgen trommelte die CSU für eine milliardenteure [Kaufprämie für Elektroautos](#). Am Donnerstag verhandelte die große Koalition über ein 4,3 Milliarden Euro schweres Wohnungsförderungsprogramm. Und zwischendurch, am Mittwoch, forderten die SPD-Wirtschaftsminister mal eben einen mehrere Hundert Milliarden Euro schweren "Modernisierungspakt".

In guten Zeiten wie diesen ist die Liste an Ausgabenwünschen lang. Der Bund erzielte im vergangenen Jahr einen Rekordüberschuss von 12,1 Milliarden Euro, die Mehrheit der Bundesländer schrieb ebenfalls schwarze Zahlen. Das weckt Begehrlichkeiten – und macht kurzsichtig. **Denn die Verantwortlichen übersehen dabei, dass die außergewöhnlich gute Kassenlage des Staates weder selbst erarbeitet ist, noch von Dauer sein wird. Sie ist zu einem Großteil niedrigen Zinsausgaben zu verdanken. Dies zeigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank, die der "Welt am Sonntag" vorliegen.**

Demnach haben Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen seit 2008 sage und schreibe 193 Milliarden Euro an Zinsausgaben gespart – verglichen mit einem Zinsniveau, wie es bei Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 bestand. Allein 2015 musste der Staat 43 Milliarden Euro weniger für den Schuldendienst ausgeben.

Die Einsparungen sind so groß, **weil im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen auf nahe null gesenkt hat.** Außerdem gelten deutsche Staatsanleihen im Vergleich zu vielen anderen als sichere Geldanlage. **Musste der Staat 2007 noch über vier Prozent Zinsen zahlen, kann er sich nun nahezu zum Nulltarif verschulden.**

Viele Kommunen hängen am Tropf günstiger Zinsen

Dank dieser Zinersparnis im Wert von fast 200 Milliarden Euro sanierten sich die öffentlichen Haushalte fast wie von allein. Die Opposition im Bundestag wertet die Zahlen denn auch als Beleg für die Untätigkeit des Bundesfinanzministers: "Wolfgang Schäuble ruht sich auf den niedrigen Zinsen aus. Notenbankpräsident Mario Draghi hat mit seiner Niedrigzinspolitik deutlich mehr für den ausgeglichenen

Haushalt geleistet als Schäuble selbst", sagt der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Sven-Christian Kindler.

Rückendeckung erhält der Bundesfinanzminister dagegen **vom Wirtschaftsweisen Lars Feld. "Es ist eine Leistung, wenigstens einen Haushaltsausgleich zu schaffen, wenn die Begehrlichkeiten angesichts der guten Haushaltslage ins Unendliche zu wachsen drohen"**, sagt der Freiburger Wirtschaftsprofessor. Die Probleme sieht er eher woanders: **"Die Länder und Kommunen, die es selbst unter so günstigen Bedingungen nicht schaffen zu konsolidieren, müssen sich fragen lassen, was sie falsch gemacht haben."**

Eine Analyse der Staatsbank KfW verdeutlicht, wie sehr die Kommunen am Tropf günstiger [Zinsen](#) hängen. 2014 haben die Städte und Gemeinden gegenüber dem Jahr 2000 rund 1,7 Milliarden Euro Zinsen gespart. Das entspricht in etwa ihrem Finanzierungsüberschuss. Die Haushalte vieler Kämmerer würden schnell ins Rutschen kommen, sollten die Zinsen steigen.

Trotz des billigen Geldes haben viele Kommunen einen hohen Bestand an Kassenkrediten aufgebaut. Solche Darlehen sollen eigentlich nur Liquiditätsengpässe überbrücken. Viele Kommunen nutzen sie allerdings, um langfristige Haushaltslöcher zu stopfen. Anfang 2015 belief sich ihr Volumen auf insgesamt 51,5 Milliarden Euro. Sollten die Zinsen für die Kommunen von derzeit 0,3 auf 1,3 Prozent steigen, was immer noch ein niedriges Niveau wäre, würden die Zinskosten für die Kassenkredite von 155 auf 670 Millionen Euro steigen.

"Von Kaputtsparen kann keine Rede sein"

Ähnlich ist die Lage bei den Ländern. "Die Haushaltskonsolidierung wurde den Ländern stark durch die hohen Steuereinnahmen und die niedrigen Zinskosten erleichtert", sagt Niklas Potrafke vom ifo-Institut. "Von Kaputtsparen, wie einige Landespolitiker lamentieren, kann keine Rede sein."

So mussten die Länder vergangenes Jahr 15,8 Milliarden Euro für ihren Schuldendienst zahlen. Verglichen mit einem Zinsniveau von 2008 sparten die Länder laut Berechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) für diese Zeitung allein vergangenes Jahr 12,5 Milliarden Euro an Zinsausgaben ein. "Das entspricht in etwa drei Prozent der gesamten Länderausgaben", sagt IfW-Forscher Jens Boysen-Hogrefe.

Die Politiker in Bund, Ländern und Kommunen sollten daher besser nicht zu viel Geld verplanen. Die scheinbar freien Mittel werden noch gebraucht. Für die Zeit nach der Zinswende.

138,114

Hillary Clinton for the Democratic Nomination

By THE EDITORIAL BOARD

31 janvier 2016

[The New York Times](#)

For the past painful year, the Republican presidential contenders have been bombarding Americans with empty propaganda slogans and competing, bizarrely, to present themselves as the least experienced person for the most important elected job in the world. **Democratic primary voters, on the other hand, after a substantive debate over real issues, have the chance to nominate one of the most broadly and deeply qualified presidential candidates in modern history.**

Hillary Clinton would be the first woman nominated by a major party. She served as a senator from a major state (New York) and as secretary of state -- not to mention her experience on the national stage as first lady with her brilliant and flawed husband, President [Bill Clinton](#). **The Times editorial board has endorsed her three times for federal office -- twice for Senate and once in the 2008 Democratic presidential primary -- and is doing so again with confidence and enthusiasm.**

Mrs. Clinton's main opponent, [Senator Bernie Sanders](#), a self-described Democratic Socialist, has proved to be more formidable than most people, including Mrs. Clinton, anticipated. He has brought income inequality and the lingering pain of the middle class to center stage and **pushed Mrs. Clinton a bit more to the left than she might have gone on economic issues.** Mr. Sanders has also surfaced important foreign policy questions, including **the need for greater restraint in the use of military force.**

In the end, though, Mr. Sanders does not have the breadth of experience or policy ideas that Mrs. Clinton offers. His boldest proposals -- to **break up the banks and to start all over on health care reform with a Medicare-for-all system** -- have earned him support among alienated middle-class voters and young people. **But his plans for achieving them aren't realistic, while Mrs. Clinton has very good, and achievable, proposals in both areas.**

The third Democratic contender, [Martin O'Malley](#), is a personable and reasonable liberal who seems more suited for the jobs he has already had -- governor of Maryland and mayor of Baltimore -- than for president.

Mrs. Clinton is a strong advocate of sensible and effective measures to combat the plague of firearms; Mr. Sanders's record on guns is relatively weak. Her economic proposals for financial reform reflect a deep understanding of the 2010 Dodd-Frank financial reform act, including the ways in which it has fallen short. She supports changes that the country badly needs, like controls on high-frequency trading and stronger curbs on bank speculation in derivatives.

Mr. Sanders has scored some rhetorical points against Mrs. Clinton for her longstanding ties to Wall Street, but she has responded well, and it would be comical to watch any of the Republican candidates try to make that case, given that they are all virtually tied to, or actually part of, the business establishment.

One of the most attractive parts of Mrs. Clinton's economic platform is her pledge to support the well-being and rights of working Americans. Her lifelong fight for women bolsters her credibility in this area, since so many of the problems with labor law hit women the hardest, including those involving child care, paid sick leave, unstable schedules and low wages for tipped workers.

Mrs. Clinton is keenly aware of the wage gap for women, especially for women of color. It's not just that she's done her homework -- Mrs. Clinton has done her homework on pretty much any subject you'd care to name. Her knowledge comes from a commitment to issues like reproductive rights that is decades old. She was well ahead of Mr. Sanders in calling for repeal of the Hyde Amendment, which severely limits federal money to pay for abortions for poor women.

As secretary of state, Mrs. Clinton worked tirelessly, and with important successes, for the nation's benefit. She was the secretary President Obama needed and wanted: someone who knew leaders around the world, who brought star power as well as expertise to the table. The combination of a new president who talked about inclusiveness and a chief diplomat who had been his rival but shared his vision allowed the United States to repair relations around the world that had been completely trashed by the previous administration.

Mrs. Clinton helped make it possible to impose tougher sanctions on Iran, which in turn led to the important nuclear deal now going into effect. She also fostered closer cooperation with Asian countries. She worked to expand and deepen the dialogue with China and to increase Washington's institutional ties to the region. Mrs. Clinton had rebuked China when she was first lady for its treatment of women, and she criticized the Beijing government's record on human rights even as she worked to improve relations.

In January 2011, before the Arab Spring, Mrs. Clinton delivered a speech that criticized Arab leaders, saying their countries risked "sinking into the sand" unless they liberalized their political systems and cleaned up their economies. Certainly, the Israeli-Palestinian crisis deepened during her tenure, but she did not cause that.

Mrs. Clinton can be more hawkish on the use of military power than Mr. Obama, as shown by her current call for a no-fly zone in Syria and her earlier support for arming and training Syrian rebels. We are not convinced that a no-fly zone is the right approach in Syria, but we have no doubt that Mrs. Clinton would use American military power effectively and with infinitely more care and wisdom than any of the leading Republican contenders.

Mrs. Clinton, who has been accused of flip-flopping on trade, has shown a refreshing willingness to learn and to explain, as she has in detail, why she changed her mind on trade agreements like the Trans-Pacific Partnership. She is likely to do more to help workers displaced by the forces of trade than previous presidents have done, and certainly more than any of the Republicans.

Mrs. Clinton has honed a steeliness that will serve her well in negotiating with a difficult Congress on critically important issues like climate change. It will also help her weather what are certain to be more attacks from Republicans and, should she win the White House, the possibility of the same ideological opposition and personal animus that President Obama has endured. Some of the campaign attacks are outrageous, like Donald Trump's efforts to bring up Bill Clinton's marital infidelity. Some, like those about Mrs. Clinton's use of a private email server, are legitimate and deserve forthright answers.

Hillary Clinton is the right choice for the Democrats to present a vision for America that is radically different from the one that leading Republican candidates offer -- a vision in which middle-class Americans have a real shot at prosperity, women's rights are enhanced, undocumented immigrants are given a chance at legitimacy, international alliances are nurtured and the country is kept safe.

138,116

Greece Resists Its Role as European Union's Gatekeeper

By LIZ ALDERMAN

31 janvier 2016

IDOMENI, Greece — On a recent weekday, 40 buses jammed into the parking lot of a gas station near the Macedonian border, carrying thousands of refugees who had survived a perilous crossing on wintry seas from Turkey.

Now they were **approaching ground zero in the intensifying debate over how to curb the unceasing stream of men, women and children from war-ravaged and poor nations in the Middle East and Africa heading to the safety and prosperity of Europe.**

After trying and largely failing to persuade Turkey to stem the flow, Europe has reached a critical point in the migrant crisis. With few options left, short of halting the war in Syria, much of the Continent is coalescing around proposals that would harden the border with Macedonia and effectively turn Greece into a giant processing center for migrants.

At the border crossing here — one of the busiest gateways for migrants on the path north and the site of occasional violence between the authorities and frustrated migrants — Greece has played that filtering role to some degree for months. **In theory, Greece is allowing only Syrians, Iraqis and Afghans to continue toward their preferred destinations in Germany and Austria.**

The rest — from places like Iran, Morocco, Eritrea, Libya, Somalia and Congo — are supposed to be sent to camps in Athens, where they can be deported or apply for asylum in Greece, whose economic troubles would make it an unattractive new home to most migrants even if they were accepted.

But other European nations say Greece is not doing enough to enforce the border, and with the number of refugees expected to surge again as the weather improves, the pressure for a new approach is escalating rapidly.

Exasperated with what they claim is a Greek policy of waving people through to the rest of Europe, officials in the European Union are talking about temporarily expelling Greece from the bloc's passport-free travel zone, known as the Schengen area.

The European Commission president, Jean-Claude Juncker, endorsed a separate idea to send the police from member states to Macedonia, which is not part of the European Union, to buffer its side of the border with Greece. One Belgian minister even called for refugee camps to hold 300,000 to be built in Greece.

Greek officials have reacted angrily to the proposals. They say the plans would not deter migrants from heading to Europe in the first place and would stigmatize Greece — already under heavy European Union oversight as it relies on international bailout funds — for a crisis created elsewhere in Europe.

“The climate has changed from the welcoming politics of Merkel to one of fear and panic,” said Nikos Xydakis, Greece's foreign minister for European affairs, **referring to Chancellor Angela Merkel's decision last summer to open Germany's doors to refugees. “If they want to raise a new Iron Curtain, we will not be the ones to blame.”**

Here along the border with Macedonia, anxiety among the migrants is high. But having come this far, few of them seem to think any policy change will keep people from fleeing war, repression and poverty to seek a better life in Europe.

“I pray to my god that they don’t close the borders,” said Mohamed Salem Ibrahim, a teenager who fled Afghanistan to make the long trek to Germany.

“We have no other future but Europe,” he added, his eyes alighting on the single bag of belongings he had stowed on a bus. “We must get in one way or another.”

If border controls are imposed on Greece, Mr. Xydakis said, “the flow will stop at the Greek sea, because people won’t want to be trapped in a black box in Greece. But migrants will just find other ways to get into Europe, even if they have to go through the Arctic Circle.”

The [European Union](#) this week proposed allowing countries to suspend the Schengen agreement for up to two years, a move that could push the open-border policy toward collapse and damage economies when the bloc needs more resources to deal with the migrants. Several member countries, including Germany, Sweden, Hungary and Austria, have already temporarily reinstated border checks.

European officials accuse Greece of creating a “domino” of tightened borders along the path to Germany.

In Macedonia, officials say if Greece does not adequately distinguish refugees from migrants who have no claim to asylum, many could get stuck in Macedonia if Serbia, its northern neighbor, rejects them.

“Then we will be the place where tents will be installed, and we’d become a huge refugee camp under open skies,” said Nikola Poposki, Macedonia’s foreign affairs minister. “We will do everything necessary to avoid that.”

Here in Idomeni, at the official migrant camp abutting the checkpoint between Greece and Macedonia, Greek officers scrutinized the papers of hundreds of bedraggled refugees as they waited to cross an opening in a new 12.5-mile razor-wire fence separating the two countries.

A 23-year-old Libyan woman who gave her name only as a Fatimah said she and her husband had just been refused passage at the border because their nationality was not one of the three designated for refugee status.

“Libya is hell, it’s dangerous, too, and yet we cannot get approval to get to Germany,” she said, as tears filled her eyes. One month pregnant and wearing a pink knit cap, Fatimah spoke in French and English and said they had no money for the bus fare to Athens, where they would have to wait for months with thousands of unaccepted migrants at a huge makeshift camp in a former Olympic center until their future was sorted out.

“Still,” she said, looking at the bright blue sky, “we’ll make it somehow to Athens, and then we’ll apply for asylum in Greece and try to get jobs.”

Although the migrant flow slowed in the winter, the numbers are higher than ever for this time of year. In January alone more than 45,000 migrants arrived at Greek islands from Turkey, a 20-fold increase from a year ago, despite a pledge of 3 billion euros, or \$3.25 billion, from the European Union to Turkey in return for efforts to reduce the migrant flow.

Greek officials say they have already improved some tasks, like fingerprinting arrivals, stepping up sea patrols and upgrading registration facilities for migrants on the Greek islands.

In the meantime, the situation in Idomeni is but a taste of what Greece could look like if Europe decides to suspend Greece from the Schengen area or seal the border with Macedonia.

When Macedonia shut the border with no warning for a day last week, migrants piled behind the razor wire fence and a [Pakistani man was fatally stabbed](#) amid the chaos. In November, hundreds of migrants on the Greek side attacked the Macedonian police with stones amid fears that they might not be allowed to pass.

Over the past few days, the official camp has become more orderly, with aid groups running shelters and handing out food and clothing. Still, an overflow of refugees was stuck about 12 miles away at the Eko gas station, a waiting room for those hoping to continue north.

In the parking lot, buses lined up side by side, casting slanted shadows on the asphalt. Women in head scarves sprawled, exhausted, on thick gray blankets flung on a strip of grass next to the highway, as children kicked plastic bottles on a small service road. Groups of men warmed their hands over fires built in oil drums, while families washed clothes and hung them to dry on a chain-link fence.

Inside white tents set up by [Doctors Without Borders](#), travelers took breaks from the biting cold until their bus was called to leave for the border station, often with little warning.

One bus, emblazoned with the words “Success Travel,” suddenly revved up as the driver blasted the horn. Scores of people ran out of the tents. Many had to scramble aboard as the bus began to pull away.

“We are happy to have made it to Greece, but we want to move on,” said Najib Nasrati, 15, an Afghan whose family hoped to reach Germany.

Earlier in the day, he had heard a rumor that Germany might completely shut its borders in six months.

“I felt angry when I heard that,” he said. “We are all in a very bad situation. If we have to stay in Greece or be sent back, it will be chaos.”

Europe Chokes Flow of Migrants to Buy Time for a Solution; As warmer weather draws nearer, pressure on borders is set to build

As warmer weather draws nearer, pressure on borders is set to build

By Valentina Pop in Skopje, Macedonia and Anton Troianovski in Berlin

31 janvier 2016

Europe is bottling up migrants at the foot of the Balkans as its other plans for stemming the migration crisis flounder.

European Union member states have sent border guards, police vehicles and fingerprinting machines to Macedonia, a non-member of the bloc. The goal: to squeeze the river of people still streaming north from Greece toward Germany into a trickle, turning away all but those from war-torn countries such as Syria and Iraq.

The **mounting restrictions are buying German Chancellor Angela Merkel time as she asks voters for patience and lobbies fellow EU leaders to implement what she promises will be a comprehensive solution to the migration crisis.**

Ms. Merkel wants Turkey to dismantle smuggling networks that bring migrants across the Aegean Sea to Greece, and she wants Greece to set up large registration camps that would allow recognized refugees to be distributed across the EU.

But with the chancellor's approach making little headway, many European policy makers say they have only until March to reduce the numbers from the Middle East, South Asia and Africa who are arriving in the Continent's core, mainly Germany.

Soon, **spring weather in the Aegean is expected to accelerate the arrivals**, just as Ms. Merkel's conservatives face state elections in which an anti-immigration party is poised for unprecedented gains.

Within Ms. Merkel's ruling coalition, demands to shut Germany's own border are multiplying. Support for her open-door policy is waning abroad too. Even her ally Austria has announced an annual cap on asylum places.

Mounting political pressure around Europe to cut the numbers arriving, coupled with security fears about potential terrorists using the migrant trail, is leading to measures that could effectively redraw Europe's border at the Balkans.

In Macedonia, a small, impoverished ex-Yugoslav republic, officials warn that European governments are discussing a plan B that would have the Macedonian-Greek border sealed off entirely, with the help of EU and Balkan countries further north.

"We aren't three months away, but weeks" from cutting off Greece, Macedonian Foreign Minister Nikola Poposki said in an interview. "Actually, this is the second-worst option, because the worst option is not doing anything, **and then each of the [EU] member states would be sealing off its own borders,**" Mr. Poposki said.

EU governments are already drafting contingency plans to deal with the humanitarian impact of a swelling buildup of migrants in Greece if its northern border is sealed off, according to minutes of a meeting in Brussels last week seen by The Wall Street Journal.

Some countries, notably Italy, are worried that shutting the Greek-Macedonian border might only open up new migration routes, with the most likely being a sea crossing from Greece or Albania to Italy. However, overall numbers would likely fall, diplomats believe.

The European Commission, the bloc's executive, on Wednesday said Greece isn't properly fingerprinting incoming migrants and began proceedings to potentially suspend Greece from the EU's borderless Schengen zone. Greek officials

say the EU is pressuring Greece to build huge detention camps for migrants, with no viable plan for what to do with the inmates.

Unlike last summer, when Macedonia's calls for help went largely unnoticed despite peaks of 8,000 arrivals a day, EU countries are now beefing up their assistance at the border with Greece.

Hungary has donated razor wire, to be deployed near the main border crossing and funneling people to a registration camp at the Macedonian town of Gevgelija.

On a crisp afternoon in recent days, joint patrols of Hungarian and Macedonian police escorted migrants across train tracks to the camp at Gevgelija. Some enterprising locals sold cigarettes to migrants in a litter-strewn field.

As night fell, a Hungarian police Jeep patrolled side roads on the Macedonian side of the border, looking for smugglers and migrants trying to evade the tightening controls.

Even for war refugees from Syria, whom Germany officially continues to welcome, passage into Macedonia is now considerably slower than in 2015.

Macedonia has closed the border on several days this month. On other days it lets only a limited number enter. Macedonian officials say they are helping northern neighbors Serbia, Croatia and Slovenia to manage the flow of migrants and avoid bottlenecks. "Our upper limit is determined by the stream up north," said Mr. Poposki, the foreign minister.

Bederdin Habib, a wheelchair-bound 59-year-old who said he was from Aleppo, Syria, spent two days on the Greek side of the border with his three sons, waiting to be allowed into Macedonia. They said they had been on the road from Syria for 20 days, often sleeping rough as relief organizations didn't have enough heated tents.

Meanwhile, Greece—which last year let migrants leave its territory as fast as they entered—has been forced to slow down the transport of people to its northern border. Last week, more than a thousand migrants were camping at three gas stations along the road from Athens to the border town of Idomeni.

Police at Idomeni said the gas-station camps are being used to avoid a crush on days when Macedonia lets though only a few hundred. A bus trip to the border now takes two or three days, compared with eight to 10 hours last year, says bus driver Sheptim Disha.

Ms. Merkel remains skeptical about cutting off Greece, according to people familiar with her thinking: She shares Athens's concerns that swelling numbers of trapped, frustrated migrants could destabilize a country still struggling with a long-running debt crisis.

But despite Ms. Merkel's warm words for Syrian war refugees, her government is desperate to avoid a repeat of 2015, when a million asylum seekers and irregular migrants entered the country.

"We must absolutely prevent the inflow rising massively again in the springtime," Ms. Merkel's interior minister, Thomas de Maizière, said in an interview with news magazine Der Spiegel published Saturday. "Time is running out."

The EU wants Greece to hold on to migrants, claiming bona-fide refugees can be spread around Europe under the relocation scheme, while unwanted economic migrants can be returned home. **But Greece has so far been reluctant to hold tens of thousands in camps because there is little sign that other countries will take them in. As controls tighten on its northern border, however, the pressure is mounting on Greece.**

Declarations: Socialism Gets a Second Life

Why do the young love Bernie Sanders? Because their experience of capitalism is different

[peggy noonan](#)

30 janvier 2016

Nashua, N.H. -- I was watching Bernie Sanders speak last week at a town hall in Bedford when an early intuition became a conviction: Take Mr. Sanders seriously. He is not just another antic presence in Crazy Year 2016. His rise signifies a major shift within the Democratic Party.

The big room was full, 700 to 800 people, good for 5 p.m. on a Friday. The audience wasn't raucous or full of cheers as at his big rallies, but thinking and nodding. They were young and middle-aged, with not many white-haired heads. There was a working-class feel to them, though Bedford is relatively affluent.

"Let me disabuse you," Mr. Sanders says to those who think he cannot win. He quotes New Hampshire polls, where he's way ahead. He can defeat Donald Trump, he says.

Then the meat. He described America as a place of broad suffering -- "student debt," "two-job families" with strained marriages and insufficient child care, "the old on fixed incomes."

We can turn it around if we make clear to "the billionaire class" that income inequality "is not moral." The economy is "rigged." Real unemployment is not 5% but twice that. "Youth unemployment is off the charts." He wants job-training programs for the young. The minimum wage is "a starvation wage." Raise it to "a living wage -- 15 bucks an hour."

The audience is attentive, supportive. "Yeah!" some shout.

He speaks of Goldman Sachs, of "banksters" and of a Republican Party owned by "the oil industry, coal industry."

"Health care is a right of all people, not a privilege." He asks if any in the audience have high-insurance deductibles. They start to call out: "\$4,000," "5,000," "6,000!" Someone yells: "Nothing's covered!"

No one mentions ObamaCare, but it seems clear it hasn't worked here.

Mr. Sanders says people don't go to the doctor when they're sick because of the deductibles. "Same with mental-health care!" a woman calls out. "Mental-health care must be considered part of health care," he responds, to applause. He is for "a Medicare-for-all, single-payer system."

How to pay for it all? "Impose a tax on Wall Street speculation," he says, briefly. He does not elaborate and is not pressed to.

Mr. Sanders's essential message was somber, grim, even dark. It's all stark -- good guys and bad guys, angels and devils. But it's also clear and easy to understand: We are in terrible trouble because our entire system is rigged, the billionaires did it, they are the beneficiaries of the biggest income transfer from the poor to the rich in the history of man, and we are going to stop it. How? Through "a political revolution." But a soft one that will take place in voting booths. We will vote to go left.

As the audience left they seemed not pumped or excited, but satisfied.

I listen to Mr. Sanders a lot, and what he says marks a departure from the ways the Democratic Party has been operating for at least a generation now.

Formally, since 1992, the Democratic Party has been Clintonian in its economics -- moderate, showing the influence of the Democratic Leadership Council. Free-market capitalism is something you live with and accept; the wealth it produces can be directed toward public programs and endeavors. The Clinton administration didn't hate Wall Street, it hired Wall

Street. Big government, big Wall Street -- it all worked. It was the Great Accommodation, and it was a break with more-socialist approaches of the past.

All this began to shatter in the crash of 2008, not that anyone noticed -- it got lost in the Obama hoopla. In March 2009, when Mr. Obama told Wall Street bankers at the White House that his administration was the only thing standing between them and "the pitchforks," he was wittingly or unwittingly acknowledging the Great Accommodation.

The rise of Bernie Sanders means that accommodation is ending, and something new will take its place.

Surely it means something that Mr. Obama spent eight years insisting he was not a socialist, and Bernie Sanders is rising while saying he is one.

It has left Hillary Clinton scrambling, unsteady. She thought she and her husband had cracked the code and made peace with big wealth. But her party is undoing it -- without her permission and without her leading the way. She is meekly following.

It is my guess that Mr. Sanders will win in Iowa and New Hampshire. But the tendency he represents -- whether it succeeds this time or simply settles in and grows -- is, I suspect, here to stay.

A conservative of a certain age might say: "No, he's a fad. Socialism is yesterday! Marx is dead, the American economic behemoth rolled over and flattened him. Socialism is an antique idea that rocks with age. America is about the future, not the past."

I disagree. It's back because it's new again.

For so many, 2008 shattered faith in the system -- in its fairness, usefulness and efficacy, even in its ability to endure.

As for the young, let's say you're 20 or 30, meaning you'll be voting for a long time. What in your formative years would have taught you about the excellence of free markets, low taxes, "a friendly business climate"? A teacher in public high school? Maybe one -- the faculty-lounge eccentric who boycotted the union meetings. And who in our colleges teaches the virtues of capitalism?

If you are 20 or 30 you probably see capitalism in terms of two dramatic themes. The first was the crash of '08, in which heedless, irresponsible operators in business and government kited the system and scrambled. The second is income inequality. Why are some people richer than the richest kings and so many poor as serfs? Is that what capitalism gives you? Then maybe we should rethink this!

And Mr. Sanders makes it sound so easy. We're rich, he says; we can do this with a few taxes. It is soft Marxism. And it's not socialism now, it's "democratic socialism" like they have in Europe. You've been to Europe. Aside from its refugee crisis and some EU problems, it's a great place -- a big welfare state that's wealthy! The French take three-hour lunches.

Socialism is an old idea to you if you're over 50 but a nice new idea if you're 25.

Do you know what's old if you're 25? The free-market capitalist system that drove us into a ditch.

Polls show the generation gap. Mr. Sanders does poorly among the old. They remember socialism. He does well among the young, who've just discovered it and have little to no knowledge of its effects. A nationwide Marist poll in November showed Mr. Sanders already leading Mrs. Clinton, 58% to 35%, among voters under 30. She led him among all other age groups, and 69% to 21% among those 60 and older. By this month a CBS/New York Times poll had Mr. Sanders up 60% to 31% among voters under 45.

Bernie Sanders is an indicator of the Democratic future. He is telling you where that party's going. In time some Democrats will leave over it, and look for other homes.

It's all part of the great scrambling that is happening this political year -- the most dramatic, and perhaps most consequential, of our lifetimes.

En France, les meilleures business schools, mais pas les meilleurs managers...

S'il est un domaine dans lequel l'enseignement supérieur français fait des étincelles, c'est bien le management. L'Insead vient ainsi de se voir sacrer meilleur MBA de la planète par le "Financial Times", la référence en matière de classements. Devant Harvard, la London Business School, Wharton, Stanford... et aussi Chicago, Oxford, Cambridge et toutes ces institutions anglo-saxonnes que le monde entier admire. En Europe, HEC décroche régulièrement la couronne de "meilleure business school" pour l'ensemble de ses programmes - MBA "full time" et "Executive" (à temps partiel), master, formation pour dirigeants. Mieux encore : dans le sillage d'HEC, une demi-douzaine d'écoles de l'Hexagone (ESCP-Europe, Essec, EM Lyon, Edhec, Grenoble EM...) figurent régulièrement dans les quinze ou vingt meilleures européennes. HEC se paie même le luxe d'être régulièrement considérée comme la meilleure école au monde pour la formation des dirigeants. Ajoutons qu'une bonne douzaine de business schools françaises ont décroché le label Equis - seul le Royaume-Uni fait aussi bien. Avec de telles performances, les entreprises françaises devraient logiquement bénéficier d'un management incomparable. Les meilleurs collaborateurs de la planète devraient se battre pour être dirigés par de telles pointures. L'économie française devrait ainsi disposer d'un avantage compétitif majeur, et afficher des performances à faire pâlir de jalousie Angela Merkel, David Cameron ou le Premier ministre chinois.

Hélas, ce n'est pas exactement ce qui se passe... Les jeunes diplômés, les cadres et les collaborateurs de tous niveaux, ne tombent guère en pâmoison devant la qualité du management des entreprises en France - pas plus que les experts et les économistes. Les uns et les autres pointent au contraire les lacunes, les excès et les errements de nos entreprises en la matière. Beaucoup jugent même que les relations internes et le "climat social" y sont plutôt moins bons que dans d'autres pays.

Seraient-ils aveugles ? Ingrats ? Aigris ? Pourquoi tant de critiques ? Que reproche-t-on au juste, ici ou là, aux équipes dirigeantes de nos entreprises ? Essayons de tendre l'oreille - même si certaines critiques sont parfois excessives. Pêle-mêle, voici quelques-uns des griefs que l'on peut entendre :

-Que les entreprises de l'Hexagone ne donnent pas assez leur chance aux jeunes.

-Que les différentes strates hiérarchiques pèsent souvent d'un poids excessif.

-Que les collaborateurs sont davantage jugés sur leur diplôme initial que sur leurs compétences, leurs performances ou leur acharnement au travail.

-Qu'ils sont moins bien payés en France qu'à l'étranger - Suisse, Allemagne, Grande-Bretagne...

-Que les femmes sont moins bien traitées et surtout moins rémunérées que les hommes.

-Que les écarts se creusent à l'excès entre les salaires (et les avantages) des dirigeants et ceux du reste des collaborateurs, cadres y compris. Parenthèse : sur ce point, les enquêtes régulières sur les salaires des grands patrons ne leur donnent pas tort. En outre, les sommes scandaleuses perçues, avec la complicité des conseils d'administration, par quelques hauts dirigeants lors de leur départ - Patrick Kron, ex-pdg d'Alstom, Michel Combes, ex-patron d'Alcatel, Bruno Lafont ex-pdg de Lafarge... - ont des effets ravageurs sur les équipes et ce qu'on appelle le "tissu social". Comment respecter le management de son entreprise, quand on y observe de telles pratiques ? Reconnaissons toutefois que, parmi ces trois dirigeants, seul le troisième est diplômé d'une école de management - HEC en l'occurrence. Fin de la parenthèse.

-Que pour progresser dans la hiérarchie, les jeux de pouvoir l'emportent trop souvent sur la performance et la compétence.

-Que nombre de hauts managers vivent "sur une autre planète" que leurs collaborateurs.

-Que les entreprises sous-traitantes sont fréquemment pressurées et laminées par les grands groupes...

-Que la diversité et l'ouverture sociale ne règnent pas, loin s'en faut : à quelques exceptions près, c'est encore une petite partie de la population, issue de milieux favorisés, qui truste les postes de commande.

N'en jetez plus.

Pourquoi les meilleures écoles de management ne forment-elles pas les meilleurs managers ? Comment expliquer ce paradoxe apparent ? Il est vrai que la crise est passée par là, avec ses effets délétères. Elle bloque les salaires et les promotions, elle accélère les suppressions de postes, elle crispe les relations sociales. Elle accroît les tensions.

Il est vrai aussi que la plupart des classements, et notamment ceux du "FT", privilégient le niveau des rémunérations, et non les qualités de manager à la sortie des écoles. Autrement dit, ils ne classent pas les écoles qui forment "les meilleurs managers", mais celles qui procurent les meilleures rémunérations. La nuance est de taille.

Reconnaissons enfin que les diplômés des écoles de management sont loin d'être les seuls à manager des entreprises. Diplômés de Sciences Po, ingénieurs et même universitaires sont nombreux à occuper des postes clés. Mais cela renvoie aussi au problème précédent : si les diplômés de nos business schools étaient de si brillants managers, pourquoi les entreprises iraient-elles chercher d'autres profils pour les diriger ?

Certes, il faut éviter le discours anti-élites si répandu aujourd'hui, et qui relève du populisme. Ne jetons pas le bébé avec l'eau du bain : la qualité (reconnue internationalement) de nos business schools est un atout majeur pour l'économie française. Mais cela n'interdit pas de s'interroger sur la façon dont les entreprises sont dirigées, et sur la formation que reçoivent nos dirigeants. Y compris dans les meilleures écoles.

Faut-il donc remettre en cause l'enseignement des business schools ? Sans nier la qualité du travail qui y est accompli, force est de reconnaître que plusieurs points interpellent. Quid de l'ouverture sociale dans ces écoles ? Quid de l'apprentissage d'un minimum d'humilité, quand on répète aux élèves, à longueur d'année, qu'ils forment "l'élite" et que l'ensemble de la société - à commencer par les grands groupes - leur déroule le tapis rouge ? Quid de l'individualisme qui y prévaut souvent, au détriment de l'intérêt collectif ? Quid enfin de la culture générale, encore peu présente dans les formations au management - même si certaines écoles font de réels efforts sur ce sujet ? Autant de questions que nombre de responsables de business schools se posent. Des progrès ont été accomplis, sans doute. Mais il reste encore tant de chemin à parcourir...

Europa in der Krise

Ach, Europa

Erst die Schuldenkrise, jetzt die Flüchtlinge. Es steht schlecht um Europa. Und Angela Merkel ist daran nicht unschuldig.

31.01.2016, von HOLGER STELTZNER



© AP Angela Merkel hat nur noch wenig Gefolgschaft in der EU.

Europa ist in einem beklagenswerten Zustand. Wirtschaftlich schleppt sich die Europäische Union so dahin, politisch ist sie zerstritten wie noch nie. Auch die Kluft zwischen den Bürgern und der politischen Elite war noch nie so groß. In den Krisenländern des Euroraums ist die Arbeitslosigkeit unerträglich hoch. Die Antwort aus Brüssel, „Mehr Europa!“, ist für viele mehr Drohung als Verheißung. In sieben Jahren Euro-Krise wurde der Euro zum Spaltpilz Europas. Das hat zusammen mit der Flüchtlingskrise das politische Klima in Europa verändert, um nicht zu sagen: vergiftet.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber.

Nach dem Menetekel von Köln, als nach Polizeiangaben in der Silvesternacht aus einer Gruppe von etwa 1000 jungen Männern aus Nordafrika und Arabien heraus unter den Augen von ohnmächtigen Polizisten rund 700 Frauen beraubt und teils mit den Händen vergewaltigt wurden, **steigt der Druck auf Angela Merkel – in ihrer Regierung, in ihrer Partei, in Deutschland und in Europa, wo sie zunehmend isoliert ist.** Die Bundeskanzlerin reagiert mit dem Versuch, Gegendruck aufzubauen. Sie verknüpft ihre Politik der offenen Grenzen mit dem Euro und verlängert damit ihre Kette drohender Katastrophen: **Scheitere Schengen, scheitere der Euro, dann scheitere Europa.** So langsam fragt man sich, wem die Kanzlerin eigentlich drohen will.

Haftung und Kontrolle gehören zusammen

Wie kommt die Währungsunion wieder aus der Krise? Jeder Umbau muss mit der Erkenntnis beginnen, dass **Haftung und Kontrolle zusammengehören.** Das sagt einem schon der gesunde Menschenverstand. **Es muss wieder das marktwirtschaftliche Prinzip gelten,** das der **Ökonom Walter Eucken** mit den Worten auf den Punkt brachte: „**Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen.**“ **Wer dieser Prämisse folgt, hat grundsätzlich zwei Möglichkeiten.**

Die erste wird unter dem Stichwort **Fiskalunion** diskutiert und zielt auf eine gemeinsame Wirtschaftsregierung und eine Fiskalpolitik für den gesamten Euroraum ab. Die zweite kann man **als atmende Währungsunion** bezeichnen, die auf **Eigenverantwortung** und Subsidiarität setzt, in der das **Ausscheiden aus dem Euro möglich ist und auch der Wiedereintritt.**

Politische Union – oder mehr Eigenverantwortung

Frankreich, Italien, die EU-Kommission und andere tendieren zu noch **mehr Zentralisierung.** **Die Haltung von Rom und Paris ist allerdings nicht konsistent, denn die Abgabe von noch mehr wirtschaftspolitischer Souveränität nach Brüssel lehnen nicht nur diese beiden Länder ab.** Außerhalb von Berlin will kaum jemand die politische Union. Kein Wunder, denn eine wachsende Mehrheit der Bürger sieht das

Elitenprojekt EU kritisch. Das mag man bedauern, aber das kann man nicht ignorieren. Weil die Regierungen der Mitgliedsländer wiedergewählt werden wollen, können sie den Kern ihrer nationalen Souveränität nicht abgeben, sich in der Finanz- und Steuerpolitik also nicht entmachten. **Solange nur Deutschland bereit ist, den EU-Vertrag zu ändern, bleibt die Fiskalunion ein Hirngespinnst.**

Die zweite Option ist die Rückkehr zur Eigenverantwortung und Dezentralisierung. Wenn die Balance von Haftung und Kontrolle wieder gelten soll, **dürfen Staaten nicht mehr für die Schulden anderer Mitglieder eintreten.** In der Krise passierte das Gegenteil. **Indem die Eurogruppe die Zinsen drastisch senkte und die Kreditlaufzeiten extrem verlängerte, verschwamm die Grenze zur Transferunion. Kredite und Haftung wurden sozialisiert, indem die Europäische Zentralbank (EZB) Zombiebanken am Leben erhielt und Staaten finanzierte.** **Statt auf die Kontrolle der Märkte zu vertrauen, gibt es einen politischen Nullzins und den Euro-Rettungsfonds, der den „Moral Hazard“ institutionalisiert.**

Ein Zurück zur Nichtbeistandsklausel von Maastricht ist nur dann glaubhaft, wenn eine Staatsinsolvenz möglich ist. Schuldner und Gläubiger haben sich jedoch daran gewöhnt, dass Krisenstaaten „gerettet“ werden. Sie werden erst dann wieder an die Gültigkeit des Beistandsverbots und des Verbots der monetären Staatsfinanzierung glauben, wenn es ein Insolvenzverfahren für Staaten gibt und **in der Währungsunion ein Verfahren, das den Austritt aus dem Euro möglich macht.**

Amerika ist ein Lehrstück für Europa

Nehmen wir die Vereinigten Staaten als Beispiel. Dort machte 1790 der amerikanische Finanzminister **Hamilton** die Schulden der Bundesstaaten, die aus der Revolutionszeit stammten, zu Bundesschulden. Er sah in der Sozialisierung der Schulden einen „wirkungsvollen Zement“ für die Union. In der Erwartung, auch künftige Schulden in Washington abladen zu können, wurde daraufhin eine muntere Kreditpolitik betrieben, die erst zum Boom, dann zur Blase, danach in die tiefe Depression und anschließend zum amerikanischen Bürgerkrieg führte.

Amerika ist ein Lehrstück für Europa, wie der Ökonom Hans-Werner Sinn in seinem Buch „Der Euro – von der Friedensidee zum Zankapfel“ zeigt. Beim Riss durch den alten Kontinent geht es nicht nur um hohe Staatsschulden und hektisch geschürte Rettungspakete, **sondern vor allem auch um die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer.** Damit dort die Wirtschaft wieder Tritt fassen kann, **müssten Löhne und Preise im Vergleich zu den übrigen Euroländern sinken.**

Das ist leider nur in Ansätzen geschehen. Griechenland hat real um etwa 5 Prozent abgewertet, notwendig sind aber wohl 30 Prozent. **Stattdessen wurden zwei Rettungspakete über 344 Milliarden Euro – oder 31.000 Euro für jeden Griechen – geschürt und ein drittes Rettungspaket über 86 Milliarden Euro. Doch die Kräfte, die normalerweise in Krisenzeiten Strukturreformen erzwingen, hat die Eurozone abgeschafft – und wundert sich nun darüber, dass die Krise weiter schwelt.**

Eine reale Abwertung oder Deflation in dem Ausmaß, wie es Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik erlebt hat, würde die Gesellschaft zerreißen. Das ist keine Lösung, das will auch niemand. Die von der EZB angestrebte Alternative, die Inflationierung Nordeuropas, funktioniert aber auch nicht. Erstens lautet der Auftrag der EZB: stabile Preise. Zweitens lehnt Deutschland eine hohe Inflation ab. Drittens ist es gar nicht so leicht, Inflation zu erzeugen, wie man in Japan sieht. Was also tun, wenn die EZB in Kerneuropa die Inflation nicht anfachen kann und die Deflation im Süden Grenzen hat? Dann bleiben als Handlungsoptionen nur noch die Alimentierung oder der Austritt aus der Währungsunion.

Eine Transferunion würde nicht helfen

Im Süden ist schon heute die Wut über die Arbeitslosigkeit groß. Im Norden breitet sich Rettungsmüdigkeit aus. Eine echte Transferunion würde auf Dauer den Norden überfordern und langfristig die Strukturen im

Süden zementieren. Der Stillstand in Süditalien und in Ostdeutschland sollte Warnung genug sein. Wenn die Währungsunion so weitermacht wie bisher, werden die starken Staaten noch stärker und die Schwachen noch schwächer. In Deutschland profitiert die wettbewerbsfähige Industrie von der ultralockeren Geldpolitik der EZB, es herrscht praktisch Vollbeschäftigung, die Steuereinnahmen sprudeln wie nie zuvor, die Reallöhne steigen wieder, während die Krisenländer keine Möglichkeit haben, mit einer Abwertung der eigenen Währung wettbewerbsfähiger zu werden.

Bleibt als letzter und gangbarer Weg der Austritt mit einer Abwertung der neuen Währung, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit ohne Aufstand der Bevölkerung wiederhergestellt werden könnte. Der Grexit wurde zwar in letzter Sekunde politisch verhindert. Doch die Euro-Krise ist noch nicht vorbei. Möglicherweise lehnt ein anderes Land Dauertransfers ab. Sollte ein Land den Austritt wagen, müsste die Gemeinschaft ihm dabei helfen, die sozialen Lasten zu tragen, die Banken mit frischem Kapital auszustatten und einen Teil der Schulden zu streichen. Eine Eurozone mit einer Konkursordnung, die einen Schuldenschnitt und einen temporären Austritt sowie einen späteren Wiedereintritt vorsieht, sei das Gebot der Stunde, lautet Hans-Werner Sinns Fazit. Nur so hätten die Krisenländer eine Chance auf wirtschaftliche Gesundung, nur so könnte die Eurozone als Ganzes ihre chronische Zahlungsbilanzkrise überwinden.

Doch bis es so weit ist, wird der Unmut über die EU und die Währungsunion weiter wachsen. Im Süden haben radikale Linksparteien Zulauf, im Norden und Osten legen Rechtsextreme oder Nationalkonservative zu. Die Ursache für die steigenden europäischen Spannungen ist der Konflikt zwischen politischen Wünschen und ökonomischer Wirklichkeit. Seit der Weltfinanzkrise, die in Amerika ihren Ursprung hatte, gilt das Primat der Politik. Nachdem reihenweise Regierungen Banken gerettet haben, herrscht in den Staatskanzleien der Irrglaube vor, die Politik könne ökonomische Gesetze beiseitewischen. Statt zu den Haftungsregeln zurückzukehren, setzen die EZB und die Retter des Euros ihre Politik der weichen Budgetbeschränkungen fort. So verhinderten sie einen Systemzusammenbruch, schieben aber auch die Strukturreformen in den Krisenländern auf. Die Folge ist eine hartnäckige Stagnation.

Schuldenkrise, Flüchtlingskrise: Beide Male wurde nur ein Teil des Vertrags gelesen

Nur auf den ersten Blick hat die Euro-Krise nichts mit der Flüchtlingskrise zu tun. Doch in beiden Fällen haben die Europäer nur den angenehmen Teil des jeweils geltenden Vertrags gelesen und die Nebenbedingungen übersehen. Beim Maastrichter Vertrag haben die Krisenländer das größte Geschenk des Euros, die ungewohnt niedrigen Zinsen, gern genommen, aber die Vorteile der günstigen Zinsen nicht genutzt, um die Schulden- und Defizitregeln zu erfüllen, sondern um neue Kredite aufzunehmen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Wegfall der Binnengrenzen. Den Vertrag von Schengen feierten alle mit dem Abbau der Schlagbäume. Die damit verbundene Pflicht, die Außengrenzen der EU besser zu schützen, kümmerte keinen. In beiden Fällen folgte eine Krise mit gewaltigen Dimensionen. In Deutschland weiß niemand genau, wie viele Flüchtlinge kommen. Der Kontrollverlust der Bundesregierung trägt dazu bei, dass Berlin mit der Forderung nach Solidarität auf Granit beißt. Offenbar ist der Risikoschutz, den die Euro-Krisenländer beim Geld beanspruchen, eine Einbahnstraße. Die Union, die als Versicherung auf Gegenseitigkeit angelegt war, funktioniert nur beim Geld.

In der Euro-Krise liefen die Fäden im Bundeskanzleramt zusammen. Nichts ging ohne Angela Merkel. Doch in der Flüchtlingskrise ist es einsam um sie geworden. Sie hat sich im Kreis der Regierungschefs isoliert, sogar Österreich kontrolliert jetzt wieder seine Grenze. Während in Deutschland der Frust über die mangelnde Solidarität in Europa steigt, verzweifeln die Nachbarländer an Berlin. In Frankreich glauben nicht nur die Sozialisten, dass von der deutschen Willkommenskultur der Front National profitiert. Vier von fünf Franzosen lehnen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge ab. Frankreichs Premier **Manuel Valls** setzte sich mit folgenden Worten von Merkel ab: Europa „kann nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen – das ist unmöglich“.

Sogar Schweden tritt auf die Bremse

Selbst auf einstige Verbündete kann sich die Kanzlerin nicht mehr verlassen. „Wenn wir Regeln haben, dann müssen wir sie auch einhalten“, sagte EU-Ratspräsident **Donald Tusk**. Das gelte auch für das Dublin-Verfahren, das die Rückführung von Flüchtlingen in das EU-Land vorsieht, über das sie eingereist sind. In Berlin fühlt man sich zu Unrecht ermahnt. Aber die anderen Hauptstädte Europas haben eine ganz andere Perspektive. Danach hat Angela Merkel mit der Willkommenspolitik ein ohnehin riesiges Problem unbeherrschbar gemacht. Das belegt ein Zitat der neuen polnischen Regierungschefin Beata Szydlo: Es sei keine Solidarität, wenn „bestimmte Staaten“ – sprich Deutschland – versuchten, Probleme zu exportieren, die sie „ohne Beteiligung anderer geschaffen haben“. Und die pragmatischen und im Umgang mit Migranten erfahrenen Briten stellen klar: Das Problem lässt sich nicht mit unendlicher Großzügigkeit lösen.

Sogar die humanitäre Großmacht Schweden hat jetzt die Notbremse gezogen, nachdem sich die Flüchtlingszahlen verdoppelt hatten. „Es gibt eine Grenze, wir haben sie erreicht“, sagte Stefan Löfven, der schwedische Ministerpräsident. **Jetzt gibt es in Schweden wieder Passkontrollen an den Grenzen, in Bahnen, Bussen und Fähren.** Zuvor hatte schon Dänemark seine Leistungen für Migranten halbiert und die Grenzen dicht gemacht. Mit Gesinnungsethik wird Angela Merkel die Flüchtlingskrise nicht meistern. Deutschland und die EU müssen wieder die Kontrolle über die Grenzen bekommen. Nach den Worten der Kanzlerin kann Deutschland seine 3000 Kilometer lange Landgrenze nicht mehr sichern. Aber wie soll das in der EU gehen mit einer Außengrenze von mehr als 14.000 Kilometern? Der Kontrollverlust ist keinesfalls so alternativlos, wie die Kanzlerin glauben machen will. Es gibt viele Grenzzäune in der Welt, etwa zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko oder in den Enklaven von Spanien in Afrika, wo ebenfalls die Menschenrechte gelten.

Falscher Eindruck für Flüchtlinge

Ungeachtet der sinkenden Zustimmungswerte zu ihrer Politik und trotz des wachsenden Widerstands in ihrer eigenen Partei will Merkel nicht auf die Bremse treten. Dabei ist die anfängliche Gelassenheit der Bevölkerung in tiefe Besorgnis umgeschlagen. Zwei von drei Bürgern gehen davon aus, dass die Flüchtlingswelle Deutschland stark verändern wird. Ebenso viele befürchten, dass Terroristen in der Welle mitschwimmen. Dennoch weigert sich die Kanzlerin, ein persönliches Signal zur Begrenzung des Zustroms zu senden. Von ihr kommt nur das Mantra „Wir schaffen das“. Sie tut so, als habe Berlin mit der Abschaffung des Dubliner Rechtsrahmens für Migranten, den **Flüchtlings-Selfies mit der Kanzlerin**, der politisch korrekten Begeisterung über die Willkommenskultur im Staatsfunk nichts zu tun. Solange Angela Merkel ihren Anteil an der Krise leugnet (nach dem Motto: „Das ist mir egal, die sind nun mal da“), steuert Berlin nur widerwillig gegen.

Damit habe Deutschland den Eindruck erweckt, dass Flüchtlinge unbegrenzt willkommen seien, und so eine Sogwirkung erzeugt, sagt Österreichs Außenminister Sebastian Kurz. Es könne nicht sein, dass alle Flüchtlinge, die nach Europa kommen, durch zahlreiche Länder einfach durchziehen und aus ökonomischen Gründen ihren Asylantrag in Österreich, Deutschland oder Schweden stellen. Auch nach dem Beschluss Wiens, eine Obergrenze für Flüchtlinge einzuführen, fand Kurz klare Worte: „Solange Griechenland die Flüchtlinge innerhalb von Stunden an die mazedonische Grenze weitertransportiert und das sogar noch europäisch gefördert wird, dürfen wir uns nicht wundern, wenn es wenig Interesse daran hat, sich um den Schutz der Außengrenzen der EU zu bemühen.“

EU-Mitglieder verweigern Merkel die Gefolgschaft

Solange das so ist und weil Berlin nicht gegensteuert, lassen die europäischen Partner die Kanzlerin auflaufen mit ihrem Wunsch nach Kontingenten, die direkt aus Flüchtlingslagern geholt und in Europa verteilt werden sollen. Dabei wissen alle, dass auf die vielen Gründe für die Flüchtlingskrise mit einem Bündel von Maßnahmen geantwortet werden muss, die wohl allesamt nur niedrig dosiert werden können, aber zusammen dennoch Wirkung zeigen dürften: bessere Grenzsicherung, geringere ökonomische Anreize zur Einwanderung, regionale Stabilisierung vor Ort. Erst wenn wir wissen, was wir schaffen wollen, können wir uns der Daueraufgabe Integration widmen. Entscheidend wird sein, wie gut wir Migranten ausbilden, um sie in den

Arbeitsmarkt zu integrieren. Integration ist mehr als die Anerkennung unserer freiheitlichen, gleichberechtigten Werteordnung. Auch die Anpassung an unsere Arbeits- und Leistungsgesellschaft darf verlangt werden. Angesichts des niedrigen Bildungsstandards der meisten Migranten wird die Integration viel schwieriger und viel länger dauern, als die Optimisten aus Wirtschaft und Ministerien meinen. Es werde im Schnitt 13 Jahre dauern, bis die Beschäftigungsquoten anderer Bevölkerungsgruppen erreicht werden, gibt Bundesbankpräsident Jens Weidmann zu bedenken.

Der Umgang mit der Flüchtlingswelle entlarvt eine europapolitische Lebenslüge Deutschlands. Bislang behauptete Berlin stets, seine Europa-Politik richte sich an den Interessen der EU aus. Deshalb ist die Einsamkeit von Angela Merkel in Europa mehr als Isolation, sie ist eine Zäsur. In der Euro-Krise hat sich die Bundeskanzlerin daran gewöhnt, ihren Willen in Europa weitgehend durchsetzen zu können. In der Flüchtlingskrise verweigern ihr die europäischen Partner nun die Gefolgschaft.

Europa als offener Raum – auch mit 28 Staaten?

Ist der deutsche Alleingang ein Vorbote einer neuen Europa-Politik Berlins? Glaubt das Kanzleramt, die Kontingente gegen den Rest Europas durchdrücken zu können? Oder handelt es sich bei der Öffnung der Grenzen durch Deutschland ohne Rücksprache mit den Partnern nur um eine Ausnahme von der Regel? Dann wäre der Ruf nach europäischen Quoten keine Strategie, sondern ein Ausdruck der Verzweiflung. Wäre das so, dürfte dem Kanzleramt eine Korrektur der Politik nicht so schwerfallen. Aber vielleicht hat sich Angela Merkel in der Euro-Krise so sehr an ihre Führungsrolle in Europa gewöhnt, dass sie Gefallen daran gefunden hat. Selbst dann sollte Berlin zu einer berechenbaren, mit den Partnern abgestimmten Europa-Politik zurückkehren. Denn auch in Europa gilt: Führung muss immer wieder aufs Neue begründet werden.

Europa als Staatengemeinschaft wollte ein offener Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts werden, in dem Binnengrenzen ihre Bedeutung verlieren. In der EU der sechs Gründungsmitglieder war das kein sonderliches Problem. Aber trägt dieser Gedanke auch noch in der heutigen Union mit 28 Staaten mit ihren sehr heterogenen gesellschaftlichen Bedingungen und Mentalitäten? Der ehemalige Verfassungsrichter Udo Di Fabio beantwortet die Frage so: „Ein offener Staat, der die Disposition über seine Grenzen aufgibt, mag offen sein, wird aber kein Staat bleiben können.“

Zum Schluss ein Zitat des Historikers Heinrich August Winkler, das allen vor Augen führt, wie Deutschland aus gutgemeinten Gründen das Falsche tut, indem es mit seiner unabgestimmten Politik der offenen Grenzen das Friedensprojekt eines geeinten Europas aufs Spiel setzt: „Zur deutschen Verantwortung gehört, dass wir uns von der moralischen Selbstüberschätzung verabschieden, die vor allem sich besonders fortschrittlich dünkende Deutsche aller Welt vor Augen geführt haben. Der Glaube, wir seien berufen, gegebenenfalls auch im Alleingang, weltweit das Gute zu verwirklichen, ist ein Irrglaube. Er darf nicht zu unserer Lebenslüge werden.“

Quelle: F.A.S.

138,129

Congrès de l'UOIF à Lille : des intégristes qui prêchent la haine de la France

Par [Laurence Marchand-Taillade](#)

Publié le 28/01/2016 à 20:27



islam politique et radical, indique la présidente de l'Observatoire de la Laïcité du Val d'Oise.

FIGAROVOX/EXCLUSIF - Le 7 février se tiendra au grand Palais de Lille le congrès de l'Union des organisations islamiques de France (UOIF). Certains invités prêchent un

Ancienne vice-présidente du MoDem Val-d'Oise, Laurence Marchand-Taillade est secrétaire nationale du PRG en charge des libertés individuelles et des droits nouveaux et présidente de l'Observatoire de la Laïcité du Val d'Oise.

L'islam politique et radical entend tenir séance au Grand Palais de Lille dimanche 7 février prochain. Face aux menaces dont la France est l'objet, notre gouvernement doit agir et interdire cette manifestation.

L'UOIF - Union des organisations islamiques de France, forte de plus de 250 associations et d'une soixantaine de grandes mosquées - est la très officielle fédération des Frères musulmans en France. Et la tendance qui s'affirme en son sein n'est pas à une réforme en phase avec les valeurs de notre République, mais affiche au contraire le courant le plus belliqueux de cette idéologie.

La dangerosité que représente cette «institution» pour la liberté d'expression et la laïcité n'est plus à démontrer. Ses responsables et les associations et personnalités associées sont connus des [experts de l'islam politique en France](#).

Derrière une vitrine propre, l'UOIF associe systématiquement le racisme et ce qu'elle appelle l'«islamophobie», cherchant à faire reconnaître cette dernière comme un délit, afin d'interdire toute critique de l'islam. Ce ne serait pas si grave si, derrière ce discours anodin en apparence, ne se cachaient des approches bien plus politiques, dont l'objectif est d'atteindre la domination de notre État et sa soumission au néo-califat et à la loi islamique dont rêvent les «Frères» (Isabelle Kersimon dans *Le Point* du jeudi 21 janvier). L'UOIF peut toujours condamner l'État islamique, son objectif est sensiblement le même: la conquête du pouvoir, à moyen terme, en utilisant notre système, et, s'il le faut, la violence. Cela s'est produit en Égypte, en Tunisie, en Iran... Et n'en déplaise aux sceptiques, leur bannière ne trompe personne: le Coran et les deux sabres!

La manifestation organisée à Lille, dont c'est la neuvième édition, propose des conférences sur le thème des « jeunes musulmans », caressant l'objectif de s'adresser à une génération en quête de sens et d'identité, dans une région ravagée par le chômage, particulièrement jeune et où le Front national bataillait le second tour des élections régionales avec Les Républicains.

La manifestation organisée à Lille, dont c'est la neuvième édition, propose des conférences sur le thème des «jeunes musulmans», caressant l'objectif de s'adresser à une génération en quête de sens et d'identité, dans une région ravagée par le chômage, particulièrement jeune et où le Front national bataillait le second tour des élections régionales avec Les Républicains. Rien de tel qu'un discours antisémite, homophobe et pro-djihad pour faire éclater une poudrière déjà au bord de l'implosion.

Les invités sont des personnalités à la réputation sulfureuse, mais plus fins et meilleurs stratèges que ceux que [j'avais dénoncés lors du Salon musulman de Pontoise en septembre 2015](#). Pour la plupart, ils ont appelé au djihadisme en Syrie, dénoncent la coalition arabo-occidentale contre l'État islamique et ont une admiration démesurée pour le Hamas.

Par exemple, Mohamad Ratib Al-Nabulsi, Frère musulman homophobe, pro-charia, pro-Hamas déclare, dans l'un de ses écrits qu'il faut «*tuer l'apostat*» ou encore qu'«*il n'est pas permis (...) de participer à la guerre contre l'Etat islamique. Il est une obligation religieuse: tout musulman doit se démarquer de cette guerre et s'y opposer par tout moyen*». Abouzaïd Almoqri el-Idrissi est, lui, connu pour son antisémitisme totalement assumé, sous couvert d'un antoinisme de façade: «*La normalisation des relations avec Israël est un génocide civilisationnel*». Le saoudien Abdellah Sana'an, quant à lui imam à Médine, est signataire d'un appel au djihad en Syrie. Quant à Tariq Ramadan, qu'il est nul besoin de présenter, il fait lui aussi partie de l'affiche.

Ces orateurs intégristes qui prêchent la haine et haïssent la France représentent un véritable danger pour notre jeunesse des quartiers à majorité musulmane.

Ces orateurs intégristes qui prêchent la haine et haïssent la France représentent un véritable danger pour notre jeunesse des quartiers à majorité musulmane. Elle est leur première cible, puisque pour déstabiliser notre pays, il faut endoctriner et apprendre à le vomir. Selon eux, donc, la société française serait «islamophobe» et les rejeterait. Ce qui est évidemment faux, comme l'a montré la journaliste Isabelle Kersimon dans de nombreux articles et interventions sur ce sujet précis.

Après avoir fermé les yeux sur le Salon de Pontoise pendant trois éditions, restant sourd et muet à mes sollicitations de septembre, l'État ne peut plus laisser faire. Entretemps, plus de 140 innocents français ont été massacrés le 13 novembre.

Interpellé par mes soins lundi 26 janvier, le Premier ministre Manuel Valls semblait prendre cette affaire tout à fait au sérieux. J'ai souhaité, malgré tout, confirmer mon inquiétude par un courrier, qui lui a été adressé ce jour.

Dans un deuxième temps, j'ai adressé deux autres courriers: l'un au préfet du département du Nord, l'autre au ministre de l'Intérieur, Bernard Cazeneuve, afin que tous les moyens soient mis en œuvre pour éviter cette nouvelle tentative de déstabilisation de notre pays.

<http://www.wsj.com/articles/germanys-merkel-expects-syrian-refugees-to-return-home-after-war-1454184419>

138,131

Germany's Merkel Expects Syrian Refugees to Return Home After War

Recent changes of asylum laws will noticeably reduce the number of immigrants

By [EYK HENNING](#)

31 janvier 2016

FRANKFURT--Germany appeared to take a tougher stance on immigrants over the weekend with top government officials saying refugees need to return home at some point, or will have to properly integrate should they want to stay.

Chancellor [Angela Merkel](#) said on Saturday she expects many refugees to leave Europe's largest economy once the war in Syria is over, addressing public concerns the country won't be able to cope with the continued influx of immigrants. Some politicians viewed the statement as a move away from Germany's welcoming culture.

Germany's labor minister Andrea Nahles of the Social Democratic Party said that refugees who want to stay need to adhere to the country's rules and values and will have to get jobs or else their subsidies will be cut. Refugees who get help "need to bring in all their abilities," she wrote in an op-ed published in the weekly [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) on Sunday. She tasked her ministry with drafting legislation for integration to clear bureaucratic hurdles that impede it.

Other politicians Sunday urged Ms. Merkel to hurry plans to deport criminal immigrants.

"It's not a sign of high speed that the chancellery only now negotiates" with certain states over taking back criminals, the Social Democratic Vice Chancellor Siegmund Gabriel told RedaktionsNetzwerk Deutschland, a network of more than 30 domestic newspapers.

Ms. Merkel said Saturday that "we expect that once peace is restored in Syria" and once terror organization [Islamic State](#) is curtailed, many refugees will return back home, she told members of her conservative Christian Democratic Party at a gathering broadcast on German television channel ARD.

The recent changes of asylum laws will noticeably reduce the number of immigrants.

Last year, 1.1 million migrants--mainly Arabs, Afghans and Africans--came to Germany to escape war and hardship, many of them risking their lives to make the dangerous journey. Authorities have scrambled to accommodate the influx and Ms. Merkel is facing growing public discontent, especially after the alleged role of foreign-born men in the mass assaults in Cologne on New Year's Eve.

Warum geschlossene Grenzen auch Freiheit bedeuten

Ämter, Gerichte, Schulen. Das Gemeinwesen ist überlastet. Deutschland muss umdenken, um seine öffentlichen Güter zu bewahren. Ihre Nutzung der ganzen Welt zu ermöglichen, ist nicht liberal.

Von Hans-Werner Sinn

Deutschland hat im vergangenen Jahr Erstaunliches geleistet. Mit der Hilfe vieler Freiwilliger hat das Land über eine Million Flüchtlinge aufgenommen. Die Flüchtlinge wurden von den Behörden untergebracht und versorgt. Die Bundeskanzlerin verbreitete Optimismus: "[Wir schaffen das](#)." Diese Großzügigkeit ist beeindruckend, stößt aber angesichts der Massen, die unkontrolliert einreisen, an Grenzen. Trotz des Winters kommen Tausende Flüchtlinge pro Tag. Mit dem Frühjahr werden die Zahlen wieder anschwellen.

Schaffen wir das wirklich? Oder überfordern wir nicht die Helfer und das Gemeinwesen? Die Ereignisse der Neujahrsnacht in Köln sind Vorboten massiver gesellschaftlicher Konflikte in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Mit der chaotischen, unkontrollierten Immigration aus rückständigen Ländern handelt sich die Bundesrepublik Deutschland einen Sack voller Probleme ein. Je schneller sich die Kanzlerin zu einem Kurswechsel durchringt, desto glimpflicher wird die Sache für alle Beteiligten abgehen, auch für sie selbst.

Slowenien, das nach der Schließung der ungarischen Grenzen das Tor zum [Schengen-Raum](#) verwaltet, ging dazu über, nur noch Flüchtlinge durchzulassen, die von sich behaupten, aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan zu stammen, weil genau diese Menschen von Deutschland aufgenommen werden. Dazu gehören offenbar auch Marokkaner, Algerier und Ägypter, die erst in die Türkei reisen und sich dann als syrische Flüchtlinge ausgeben.

Die Länder der genannten Personengruppen haben eine Bevölkerung von derzeit knapp 250 Millionen Menschen, und der jährliche Geburtenüberschuss liegt bei über fünf Millionen. Dass der Flüchtlingsstrom irgendwann wegen der Erschöpfung der Reisewilligen versiegen wird, ist nicht zu erwarten.

Per Gesetz nicht zur Aufnahme verpflichtet

Dabei ist nur ein geringer Teil der Flüchtlinge asylberechtigt. Bei den in Deutschland im Jahr 2015 abgeschlossenen Verfahren wurden gerade einmal 0,7 Prozent der Antragsteller nach dem deutschen Grundgesetz als Asylsuchende anerkannt. 48 Prozent wurden pauschal nach der Genfer Flüchtlingskonvention akzeptiert, weil sie aus Kriegsgebieten stammen.

Die Aufnahme dieser Menschen ist ein humanitärer Akt, aber keine rechtliche Notwendigkeit. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention, dem Dublin-III-Abkommen und dem Grundgesetz ist Deutschland nicht gezwungen, Flüchtlingen Asyl zu gewähren, wenn sie über sichere Drittstaaten einreisen. Das haben kürzlich die ehemaligen Verfassungsrichter [Hans-Jürgen Papier](#) und [Udo Di Fabio](#) unabhängig voneinander betont.

”

Je schneller sich die Kanzlerin zu einem Kurswechsel durchringt, desto glimpflicher wird die Sache für alle Beteiligten abgehen, auch für sie selbst

“

Allenfalls sehr kurzfristig sind Ausnahmeregelungen zulässig, wie sie Deutschland aber nun schon viele Monate lang praktiziert. Beide Ex-Verfassungsrichter betonen die Pflicht des deutschen Staates, seine Grenzen zu sichern, und verlangen fast schon ultimativ von der Bundesregierung, nun endlich die selbst geschlossenen Verträge einzuhalten.

Die Vorstellung, dass man Millionen von Menschen erst nach Deutschland einreisen lassen könne, um die nicht berechtigten anschließend wieder abzuschieben, ist unrealistisch. Wer erst einmal drin ist, der wird kaum wieder gehen. Personen, die hier nicht anerkannt werden, tauchen unter, wechseln ihre Identität und bewerben sich von Neuem oder suchen ihr Glück in einem anderen Land der Europäischen Union.

Immigration in die Erwerbslosigkeit

Abgeschoben werden nur wenige, weil das jeweilige Herkunftsland oft nur schwer nachweisbar ist und sich vielfach auch weigert, die eigenen Staatsbürger zurückzunehmen. Von Januar bis November 2015 wurden nach jetzigen Erkenntnissen 18.000 Personen abgeschoben, während aber 84.000 Asylanträge abgelehnt wurden.

Die humanitäre Aufgabe und die Chancen und Gefahren einer multikulturellen Gesellschaft zu bewerten, fällt schwer. Die Bilder von den Chefärzten aus Aleppo, den [Ausschreitungen in der Silvesternacht](#) und den hilflosen Kindern vor den Grenzzäunen verschwimmen ineinander. Umso wichtiger ist es, die ökonomischen und sachlichen Argumente zu diskutieren, die von der Bundeskanzlerin und von vielen ethisch getriebenen Kommentatoren hilfsweise zur Begründung einer Politik der offenen Grenzen angeführt werden.

Theoretisch kann es positive Arbeitsmarkteffekte für die deutsche Bevölkerung geben. Flüchtlinge könnten als Selbstständige tätig werden und die Ökonomie mit neuen Produkten aus ihren Heimatländern bereichern. Doch die meisten werden wie schon die bisherigen Migranten nur schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren sein. Und wenn, dann nur bei einer sich weiter spreizenden Lohnskala. Am unteren Rand der Qualifikationsskala wird diese Spreizung allerdings durch den Mindestlohn behindert.

Angesichts der geringen Qualifikation der Flüchtlinge wird es zu einem erheblichen Teil eine Immigration in die Arbeitslosigkeit geben. Dass die Bundesagentur für Arbeit die arbeitslosen Flüchtlinge in Zukunft nicht mehr in der allgemeinen Arbeitslosenstatistik mitzählen will, spricht Bände.

Pflicht zum Schutz der Grenzen

Wegen der Schuldenfinanzierung der Kosten gibt es kurzfristige Konjunkturreffekte, weil Mittel ausgegeben werden, die sonst zur Schuldentilgung verwendet worden wären. Aber das sind keine Netto-Effekte, weil die zusätzlichen Schulden ja später durch Entzug von Steuermitteln bedient werden müssen, was genau die gegenteiligen Nachfrageeffekte hervorruft.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) argumentiert, man könne Deutschland mit seinen 3600 Kilometern Landgrenze nicht abriegeln. Damit übersieht sie nicht nur, dass Deutschland relativ zu seiner Größe aus geometrischen Gründen extrem kurze Grenzen hat, sondern auch, dass sie vom Grundgesetz zum Schutz der deutschen Grenzen verpflichtet wird.



Der Staat ist Treuhänder des öffentlichen Vermögens in Form der freien Natur und der über Generationen aufgebauten Infrastruktur, und er muss die Funktionsfähigkeit der für jedermann verfügbaren öffentlichen Einrichtungen wie Ämter, Kammern, Gerichte, Polizei, Schulen und Universitäten erhalten. Bei der Nutzung all dieser Leistungen besteht eine Rivalität zwischen Flüchtlingen und Einheimischen, und die Erbringung und Sicherung der Nutzungsqualität kostet viel Geld.

Ökonomen sprechen hier von Klubgütern. So wie die eigene Wohnung ein Klubgut ist, das der Familie gehört, oder der Fußballplatz ein Klubgut im Eigentum der Vereinsmitglieder, handelt es sich beim öffentlichen Vermögen um Klubgüter im Eigentum der Staatsbürger. Die Vorstellung, der Zugang zu den öffentlichen Klubgütern müsse Ausländern jedweder Herkunft unbeschränkt zustehen, ist aus ökonomischer und staatsrechtlicher Sicht abwegig.

Schlechte Risiken lädieren Sozialstaat

Ähnliches gilt für die Funktion des Staates als eine Versicherungsinstitution, die Glück und Pech im Leben ausgleicht, indem sie einkommensabhängige Steuern erhebt und den unterdurchschnittlich verdienenden Bürgern mehr soziale Leistungen und öffentliche Güter zur Verfügung stellt, als diese Bürger via Steuern und Sozialversicherungsbeiträge selbst an den Staat entrichten, während die überdurchschnittlich Verdienenden per Saldo Mittel an den Staat abführen müssen.

So wie eine private Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Schwierigkeiten geriete, wenn sie zunehmend schlechte Risiken mitversichern müsste, wird auch der Sozialstaat bei einer freien Immigration der Bedürftigen lädiert. Sicher, es könnte theoretisch sein, dass junge und gebildete Migranten zu uns kommen, die den Staat finanziell unterstützen, statt ihn zu belasten.

Aber das ist leider nicht der Fall. Das ist durch die Studien von [Bernd Raffelhüschen](#) von der Universität Freiburg belegt. Raffelhüschen ist der deutsche Experte für das sogenannte Generational Accounting, der einzigen verlässlichen, sogar vom US-Kongress anerkannten Methode, um solche Effekte zu messen.

Bernd Raffelhüschen hat berechnet, dass eine Million Flüchtlinge den deutschen Staat per Saldo und auf die Dauer 450 Milliarden Euro kosten würden. Dabei unterstellt er, dass sie nach sechs Jahren so integriert würden, wie es die bislang schon in Deutschland anwesenden Alt-Migranten im Durchschnitt sind. Bereits die Alt-Migranten kosten den Staat per Saldo viel Geld, weil sie unterdurchschnittliche Markteinkommen haben und deshalb von der Umverteilung des Sozialstaats profitieren. Und die neuen Migranten werden noch teurer als die alten, weil sie erst noch integriert werden müssen.

Bundestag sollte entscheiden

Wie wichtig die Integration ist, zeigt Professor Raffelhüschen anhand einer fiktiven Rechnung. Gesetzt den Fall, die eine Million Flüchtlinge, die bislang zu uns kamen, hätten bei gleicher Altersstruktur über die durchschnittliche Ausbildung der in Deutschland bereits ansässigen Bevölkerung verfügt und wären sofort einsetzbar. Dann würden sie dem deutschen Staat einen langfristigen Einnahme-Überhang verschaffen, der einem Versicherungswert von 300 Milliarden Euro entspricht.

Die humanitäre Aufgabe, den Flüchtlingen zu helfen, ist also nicht zugleich ein Geschäft für den deutschen Staat. Denn die Migranten, die zurzeit nach Deutschland drängen, sind nicht identisch mit jenen, die wir uns aufgrund eines Punktesystems nach kanadischem Muster aussuchen würden.



Ohne Privateigentum, das notfalls durch Zäune geschützt wird, entsteht eine Wildwest-Gesellschaft mit Mord und Totschlag



So gesehen geht es bei der Entscheidung der Bundesregierung, eine unkontrollierte Zuwanderung zuzulassen, keineswegs nur um die Frage, ob die immateriellen Werte einer freien Gesellschaft gefährdet werden. Es geht auch um die konkrete Frage, wie viel die Staatsbürger von ihrem öffentlichen Vermögen und dem sozialstaatlichen Versicherungsschutz hergeben wollen. Das sollte wegen der langfristigen Bindungswirkungen heutiger Entscheidungen nicht die Bundesregierung festlegen, sondern der Bundestag.

Bisweilen wird unterschwellig in Kommentaren die Auffassung vertreten, ein offener, freiheitlicher Staat dürfe seine Grenzen nicht schützen und befestigen. Dieses Argument hat die gleiche logische Qualität wie die Aussage, dass das Privateigentum im Widerspruch zu einer liberalen Gesellschaft stehe: Das Gegenteil ist der Fall.

Zäune zu errichten ist legitim

Ohne Privateigentum, das notfalls durch Zäune geschützt wird, entsteht eine Wildwest-Gesellschaft mit Mord und Totschlag. Beim Zusammenleben der Staaten ist es nicht anders. Chaos, Gewalt und Ineffizienz werden die Folge sein, wenn die Staaten darauf verzichten, ihre Grenzen und damit das öffentliche Eigentum der Staatsbürger wirksam zu schützen.

Das heißt nicht, dass jeder einzelne Staat Grenzen braucht. So wie ich den Zaun zu meinem Nachbarn beseitigen kann, wenn ich sicher bin, dass er Fremden den Zutritt zu unseren Grundstücken nicht erlaubt, so können sich auch benachbarte Länder zusammenschließen, um den Tausch ihrer öffentlichen Güter durch freie Migration zu ermöglichen.

In diesem Sinne erlaubt das Schengen-Abkommen den äquivalenten Tausch der nationalen Klubgüter durch Migration. Dieser Tausch verlangt aber zwingend, dass die Außengrenzen des Schengen-Raums wirksam geschützt werden. Das heißt, dass vor allem die slowenische und die italienische Außengrenze zu sichern sind.

Ungarn und Spanien sichern ihre Grenzen bereits. Nachdem Spanien beschlossen hat, die Flüchtlinge nach Afrika zurückzubringen, ist die Zahl der Flüchtenden drastisch zurückgegangen, während vor der italienischen Küste immer noch Tausende die lebensgefährliche Flucht antreten. So sind im vergangenen Jahr nur noch 106 Personen vor der spanischen Küste bei Fluchtversuchen umgekommen. Vor der italienischen Küste kamen demgegenüber 2892 Personen zu Tode.

Einzelfallprüfung in Warteeinrichtungen

Am sinnvollsten wäre es, Italien zur Übernahme des spanischen Ansatzes zu drängen und Slowenien bei der Sicherung seiner Außengrenze zu helfen. Denn wenn die slowenische Grenze dicht ist, gibt es faktisch kaum noch Möglichkeiten, den zentraleuropäischen Schengen-Raum auf dem Landweg zu erreichen.

Das heißt nicht, dass das Asylrecht eingeschränkt werden sollte, denn an der slowenischen Grenze könnten mit finanzieller Unterstützung Deutschlands Auffanglager errichtet werden, in denen das Asylverfahren nach deutschem oder, noch besser, nach einem neuen einheitlichen EU-Recht durchgeführt wird. Die asylberechtigten Personen könnten nach einer Einzelfallprüfung von dort aus nach Deutschland und in andere aufnahmebereite Länder weitergeleitet werden.

Deutschlands Geschichte ist eine bleibende Verpflichtung, den politisch Verfolgten Schutz zu gewähren, nicht aber, den unkontrollierten Massenansturm von Wirtschaftsflüchtlingen hinzunehmen. Wenn der deutsche Staat beschädigt wird, kann er auch seine humanitären Aufgaben nicht mehr erfüllen.

Warum die meisten Flüchtlinge Merkels Appell nicht folgen werden

Bundeskanzlerin Merkel fordert Asylsuchende zur Rückkehr auf, wenn der Fluchtgrund entfällt. Eigentlich selbstverständlich – aber wenig realistisch. Was das Gesetz und die Betroffenen selbst sagen.

Von [Marcel Leubecher](#) Politikredakteur



Angela Merkel hat auf einer CDU-Veranstaltung erneut für ihre Richtung in der Asylpolitik geworben. Die Bundeskanzlerin betonte, dass Flüchtlinge nicht automatisch unbegrenzten Schutz bekommen würden. Quelle: Reuters

Das waren ganz neue Töne von der ansonsten immer noch recht freundlich schauenden Bundeskanzlerin: "Wir erwarten, dass, wenn wieder Frieden in Syrien ist und wenn der IS im Irak besiegt ist, dass ihr auch wieder, mit dem Wissen, was ihr jetzt bei uns bekommen habt, in eure Heimat zurückgeht", sagte Angela Merkel auf dem Landesparteitag der CDU von Mecklenburg-Vorpommern.

Schließlich seien auch nach dem Ende der jugoslawischen Zerfallskriege in den 90er-Jahren rund 70 Prozent der [Flüchtlinge](#) wieder in ihre Heimat gegangen, fügte die Kanzlerin an. Ist ihre Aufforderung eine Selbstverständlichkeit oder das Ende der Willkommenskultur? Was sagen Gesetz und Flüchtlinge selbst zur Heimkehr? Und was ist der große Unterschied zu den Jugoslawien-Flüchtlingen? Die "Welt" macht den Faktencheck.

Können die Flüchtlinge einfach zurückgeschickt werden?

Rechtlich eindeutig geregelt ist: Sobald der Fluchtgrund entfällt – also wieder Frieden herrscht oder eine Verfolgung nicht mehr besteht – ist ein Flüchtling kein Flüchtling mehr und kann wieder in sein Land zurückkehren. Insofern hat Merkel eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen.

Genauer: **Laut den im Aufenthaltsgesetz implementierten EU-Richtlinien wird der Schutzstatus widerrufen, wenn die Gefahr für Leib und Leben wegen rassistischer, ethnischer, religiöser oder politischer Verfolgung nicht mehr gegeben ist. Ohnehin gilt der Schutz für anerkannte Asylbewerber (nach dem Grundgesetz) und Flüchtlinge (nach der Genfer Konvention) nur für drei Jahre.** Für die subsidiär Schutzbedürftigen – sie machen nur einen geringen Teil der Syrer und Iraker aus – sogar nur ein Jahr.

Nach Ablauf dieser Fristen wird wieder genau geprüft. Auch innerhalb dieser Zeit kann der Schutzstatus widerrufen werden. Faktisch bedeutet dessen Verlust (über ihn entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) nicht, dass auch der Aufenthaltstitel (über ihn entscheiden die Ausländerbehörden) entzogen wird.

Falls sich etwa die Situation in Syrien entspannen sollte, können die Behörden zwar den Schutzstatus entziehen. Wenn der Betroffene aber geheiratet, ein Kind gezeugt oder eine Arbeitserlaubnis erhalten hat, bekommt er in der Regel trotzdem einen neuen Aufenthaltstitel – und falls er keinen bekommt, bestehen noch immer die bekannten "Hürden", ausreisepflichtige Ausländer tatsächlich abzuschicken.

Was ist anders als im Fall der Jugoslawien-Flüchtlinge?

Infolge der jugoslawischen Zerfallskriege kamen Anfang der 90er ebenfalls Hunderttausende ins Land. Die Mehrheit verließ es jedoch auch wieder, worauf Merkel hinwies. Anders als heute kamen damals die meisten Flüchtlinge durch humanitäre Aufnahmekontingente. Das bedeutet: Deutschland hat den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Jugoslawien über ein kollektives Verfahren Schutz gewährt.



Die Rückkehr von Syrern gegen ihren Willen nach Kriegsende wird sehr schwer durchsetzbar sein, weil ihnen faktisch ohne individuelle Prüfung Schutzstaus gewährt wurde



Kay Hailbronner

Rechtswissenschaftler der Universität Konstanz

Ausländerrechtler Kay Hailbronner sagt der "Welt": "Die Flüchtlinge aus Jugoslawien hat man damals zwar großzügig aufgenommen, ihnen aber nicht wie heute einen individuellen Rechtsanspruch zugesichert. Als der Krieg vorbei war, konnten die Behörden unkompliziert den Aufenthaltstitel entziehen und die Ausreisepflicht erteilen."

Der Rechtsprofessor von der Universität Konstanz sieht Merkels Aussage kritisch: "Die Rückkehr von Syrern gegen ihren Willen nach Kriegsende wird sehr schwer durchsetzbar sein, weil ihnen faktisch ohne individuelle Prüfung Schutzstaus gewährt wurde." Auch quantitativ war die Situation nicht vergleichbar: Während damals an die 350.000 Flüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien nach Deutschland gekommen waren, reisten im Jahr 2015 mehr als eine Million Flüchtlinge und Migranten ein.

Wollen die Menschen überhaupt zurück?

Die meisten nicht, wie eine Analyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ergab. In der Befragung von 2800 Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen "zeigt sich eine starke Orientierung hin zu einer langfristigen Perspektive in Deutschland. 84,7 Prozent der Befragten geben an, für immer in Deutschland bleiben zu wollen", schreiben die Autoren der im Januar veröffentlichten Studie.

Fast alle Teilnehmer wollen auch irgendwann die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Laut der Analyse, die sich auf Befragungen von Asylberechtigten vor allem aus Afghanistan, dem Irak und Syrien im Jahr 2014 bezieht, wollen 79,8 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit "auf jeden Fall" erwerben, elf Prozent wollen dies "wahrscheinlich" tun. Syrer weisen mit 75,9 Prozent einen etwas geringeren Anteil derjenigen auf, die "auf jeden Fall" die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen wollen, als Befragte aus dem Irak (79,8 Prozent) oder Afghanistan (83,2 Prozent).

Wie kann die Rückkehr erleichtert werden?

Wenn Angela Merkel darauf hofft, dass viele Flüchtlinge zurückkehren, könnte die Aktivierung der "Massenzustromsrichtlinie" weiterhelfen – vor allen Dingen für jene Bürgerkriegsflüchtlinge, die bereits angekommen sind, aber ihren Asylantrag noch nicht gestellt haben. Die EU hatte diese Richtlinie 2001 unter dem Eindruck der jugoslawischen Bürgerkriege beschlossen.

Schon der offizielle Titel offenbart Parallelen: Von Mindestnormen "für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen" ist die Rede und von "Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten".

Die Richtlinie ermöglicht eine kollektive und für die Zeit des Konflikts andauernde Schutzgewährung. Sie entlastet durch den Wegfall der individualisierten Prüfverfahren das Asylsystem und hebt die Notwendigkeit einer europäischen Lastenteilung hervor. Allerdings bedürfte es zur Aktivierung der Richtlinie eines Beschlusses des EU-Ministerrates. Der ist bisher noch nicht zustande gekommen, vor allem, weil sich nur wenige Mitgliedsstaaten an der Aufnahme und Verteilung von Bürgerkriegsflüchtlingen beteiligen möchten.

http://www.nytimes.com/2016/02/02/opinion/denmarks-cruelty-toward-refugees.html?action=click&pgtype=Homepage&clickSource=story-heading&module=opinion-c-col-right-region®ion=opinion-c-col-right-region&WT.nav=opinion-c-col-right-region&_r=0

138,138

[The Opinion Pages](#) | **EDITORIAL**

Denmark's Cruelty Toward Refugees

By **THE EDITORIAL BOARD** FEB. 1, 2016

[Continue reading the main story](#) [Share This Page](#)

In what sometimes seems to be **a race to the bottom among European countries to see who can be the least welcoming to asylum seekers**, Denmark last week adopted an appallingly cruel strategy: stealing from people fleeing war. A law approved by the Danish legislators allows immigration authorities to seize valuable items, including jewelry and cash, to offset the cost of resettling them.

The law is Denmark's latest effort to repel Syrians and other refugees. Last year, the Danish government published ads in Arabic and English in Lebanese newspapers announcing that it had cut social programs for asylum seekers by 50 percent. The ads warned that those who managed to slip in and apply for asylum would be kicked out of the country "quickly" if their petitions were rejected.

When the ads didn't stop the human tide, lawmakers introduced a bill to lengthen the amount of time refugees admitted to Denmark would have to wait to sponsor close relatives for immigration from one year to three. That bill, which passed with strong support last Tuesday, also allows the immigration authorities to confiscate jewelry and other valuable items worth \$1,450 or more.

Denmark has absorbed a significant number of refugees. It admitted roughly **20,000 asylum seekers last year, making the nation of 5.6 million one of the top recipients of refugees per capita in Europe.** But, like many other Western nations, it is panicking about the costs and burdens of the largest displacement crisis since **World War II.** The United States, for instance, has admitted only 2,647 of the more than 4.5 million Syrians who have been displaced by war. Several Republican candidates have preposterously promised to ban all Muslims from traveling to the United States.

This approach cannot become the norm. **Western nations must come together to address the current exodus of Syrians in a manner that is humane, equitable and consistent with their obligations under international law. Doing so will be hard. It will continue to be expensive. But it is manageable.**

Denmark needs to be a leader in handling this crisis. It was the first nation to ratify the 1951 United Nations Refugee Convention, a pillar of international law.

With every act of selfishness, nations like Denmark are rendering the promise of the refugee convention increasingly hollow.

A Union Divided by Multiple Crises

By PAUL TAYLOR | REUTERS FEB. 1, 2016

BRUSSELS — The [European Union](#) needs an ambitious grand bargain at its next summit meeting to rescue itself from an accumulation of crises that threaten to blow apart its model of integration.

Like children at a birthday party, each leader has to get a going-home present. And as with many children's parties, there may be a tantrum along the way.

Chancellor [Angela Merkel](#) of Germany is at risk at home from a backlash against a mass influx of Syrian refugees. Prime Minister [David Cameron](#) of Britain is trying to win a referendum on staying in the European Union and cannot help her because of public hostility to immigration. Nor can President [François Hollande](#) of France, who is struggling for re-election in a country transfixed by the threat from Islamist militants.

Berlin, the Union's pivotal power, sees controlling migration as the central priority as it tries to cope with one million asylum seekers who have arrived in the last year.

Ideally, the leaders need to forge a deal on Feb. 18 and 19 that encompasses effective action to strengthen Europe's external borders and share the refugee burden, and a mutually acceptable solution to Britain's demands to change its membership terms.

A comprehensive package would also need to address Italy's political and economic frustrations with the Union, Greece's quest for substantial debt relief and Poland's wish to see NATO strengthen its military presence in Eastern Europe to deter Russia.

"These deals are only possible when countries are in a state of symmetrical despair," said Laszlo Andor, a professor at the Université Libre de Bruxelles and a former European Commission member from Hungary.

A package deal might yield a more integrated "core Europe," adding a European Union border police and coast guard and a common asylum policy, and a looser union for countries like Britain that opt to stay outside the 19-nation common-currency eurozone.

A deal with London seems within reach, one that would formally exempt Britain from the European goal of "ever closer union," shield its financial sector from being regulated abusively by the eurozone, and let it withhold some benefits from new migrant workers if its social welfare system were under strain.

The Union would cease to be a "two-speed Europe," with all 28 members converging at different paces toward the same goal, and become a permanent two-tier or multitier construction, possibly with an outer circle of associates such as Turkey and Ukraine.

While European leaders' despair may not be symmetrical, the refugee crisis is concentrating minds on a threat that could break the Union, fan populism and alienate British voters.

Donald Tusk, the European Council president, has warned that the Union has only six to eight weeks left to save the Schengen zone of passport-free travel. That raises the urgency of a deal with Greece and Italy, the main arrival points for migrants from Turkey and North Africa.

Horse-trading to suit multiple national interests is a classic technique for advancing European integration and could break logjams in what Jean-Claude Juncker, president of the European Commission, calls a "polycrisis."

Rome is blocking a Union aid package for Turkey to help curb the influx of migrants into Europe; Athens is accused of failing to guard its borders or to register and retain asylum seekers on its soil; and Warsaw is under scrutiny in Brussels over laws shackling the judiciary and media. Each of those countries has hinted that it is willing to help others if its own interests are taken into account.

Ms. Merkel is keen to help Mr. Cameron win his planned referendum on whether Britain should stay in the Union, but she is fighting for her own political skin in the refugee crisis.

Berlin feels it has received little solidarity from its Union partners, while elsewhere there is a sense that reluctance to share the refugee burden is partly payback for perceived German bullying during the eurozone crisis.

Germany and its allies are more inclined to use sticks than carrots with Greece. The European Commission last week gave Athens three months to fix “serious deficiencies” in its management of the bloc’s external frontiers or face suspension from the Schengen area. That deadline expires just as Greek debt talks are due to start.

Domestic headwinds may make it harder for Ms. Merkel to use her dwindling political capital to offer concessions to Greece on rescheduling its debt to eurozone countries.

Many in Berlin and Brussels doubt that Prime Minister Alexis Tsipras of Greece can tighten border controls or keep tens of thousands of migrants penned up in his country until they can be relocated to reluctant Union states.

Yet the chancellor has voiced understanding of Greece’s plight as a frontline state and says she wants a “European solution” to the refugee crisis. No one wants another “Grexit” crisis this year on top of the Union’s other woes.

If Greek compliance is uncertain, Turkey’s cooperation in preventing migrants leaving its shores for Europe in return for 3 billion euros, or \$3.25 billion, in aid is subject to deep skepticism.

The Italians want more Union cash to cope with migrants landing on their shores and more fiscal leeway from Europe’s budget supervisors to stimulate their sluggish economy.

Poland is the biggest supplier of migrant labor to Britain. Its foreign minister has hinted that it could acquiesce in London’s needs to curb in-work benefits for new arrivals if Mr. Cameron sends troops to provide a long-term NATO presence on its soil.

The makings of trade-offs are easy to see, but in the fraught state of relations among Union leaders, it is a tall order.

138,141

Eye on Europe

France's War Against Its War on Islamism

By John Vinocur

2 février 2016

What fabulous good luck for President Francois Hollande's young minister of education. Last week, she found herself face to face, on national television, with a representative of French Islamic orthodoxy who said he doesn't shake hands with women. He also tried to **double-talk** his way around Islamic State's unceasing horrors.

Touching all the bases, the minister's antagonist made sure to add that "certain rabbis" also refused to shake hands with women and, when asked by the discussion's moderator if he would condemn Islamic State, responded: "If the chief rabbi were present" would there be the same question concerning Israel?

The fundamentalist was Idriss Sihamedi, chief of BarakaCity, sometimes described as a "rigorously Islamic" France-based humanitarian organization. At the other end of a table sat Moroccan-born Najat Vallaud-Belkacem, who previously served the Socialist government as minister for women's rights.

Viewers might have expected Ms. Vallaud-Belkacem to verbally whack Mr. Sihamedi from Paris to Timbuktu (liberated, incidentally, from Islamist forces by French troops dispatched to Mali in 2013). But the minister didn't. Rather, she described herself as "discomforted" and, a day later, explained that she didn't want "to debate with enemies of the Republic."

Christian Jacob, president of the National Assembly delegation of the right-of-center Republican party, was not forgiving. Besides humbling herself, he said, "her attitude humiliated the government and it humiliated France."

President Hollande, who says the country is at war with Islamic State but persists in hiding from the subject of Islam in France, kept quiet. So did Prime Minister Manuel Valls, who sometimes plays bad cop by describing "Islamic radicalism" as an enemy.

Their silence reflects a greater problem. Because it makes good sense for his 2017 re-election ambitions, Mr. Hollande, following November's murderous attacks by French and Belgian jihadis in Paris, is fully in favor of tightened security measures. **These days, he advocates a prolongation of a national state of emergency. But because he doesn't appear willing to endanger the 85% of the Muslim vote he won in 2012, the president makes no effort to define or actively counteract the dominant role radical Islam often plays in the largely Arab housing projects at the edges of Paris, Lyon and Marseille.**

The result, as demonstrated by Ms. Vallaud-Belkacem's cop-out, is a kind of increased passivity: **Not too much Islamic reality, please.**

The situation involves the growth on the left of a doctrine that brands as Islamophobia any criticism that links Salafism, the extreme Islamic conservatism of some of the housing-project jihadis, with the danger of the new, **homegrown terrorism**. For sure, discrimination and joblessness are part of the terrorists' development profile. **But relentlessly and very publicly, it has become a Big Evil, or at least very politically incorrect for anyone to focus on Islam in France as the essential justification and motivation for the abominations of French jihadism.**

Imagine the heat taken by writer Pascal Bruckner, who said, **"It's radical Islam, and it alone, that has produced a taste for voluntary martyrdom, this industry of death on a grand scale."** Or by Jean

Birnbaum, of the left-of-center Le Monde, who wrote, "**How can the left, incapable of regarding religion seriously, understand what's going on now**" via what he called the violently perverse return "of the flames of fanaticism."

At its most sophisticated, **the attack on criticism of Islam has found an influential voice in Olivier Roy**, an academic known for his work on Iran. He dismisses Islamic State's caliphate as a mirage -- disappearing when, please? -- and speaks of France's young murderers as "rebel youths" who aren't the products of "the radicalization of Islam, but the Islamization of radicality."

The sharpest rebuff to Mr. Roy comes from Gilles Kepel, an Arabist, whose book "Terreur Dans l'Hexagone" is a current best seller. He considers Mr. Roy to be offering "the political elite," including the bureaucracy and media, arguments to justify their own neglect. **He told me Mr. Roy failed to do the "fieldwork" necessary to comprehend the extent of the Islamization of French Muslim communities.**

Nowhere here is there comfort for Mr. Hollande or for France. Polling shows that after a spurt forward as a "war president," Mr. Hollande's approval rating has fallen back to preattack levels of about 22%. Last week, a new poll reported that 60% of the French have no confidence in his leadership against terrorism.

Reality says that beyond the government's handling of immediate security problems, its will to prompt discussion of the sources of extremist Islam and to put it in the curriculum of the national school system is barely visible. Instead, the matter looks headed for France's conveyor belt of unresolved concerns, where even existential matters become part of a neutered, perpetual loop of indecision.

Today, the muffled silence on Islamist terrorism's nearby roots provides no one from the North Sea to the Mediterranean with a safe hiding place. Certainly not with an estimated 15,000 "rigorously Islamic" Salafists in proximity.

138,143

Italy's Banking Reform That Wasn't

By Alberto Gallo
902 mots
2 février 2016

A new 'bad bank' solves only part of the problem. Bigger overhauls will be necessary to boost lending.

The history of the modern bank goes back to Italy during the Renaissance period. In an age when lending was prohibited by the Catholic Church, a charity institution run by Franciscan monks started offering loans at moderate rates. It was a social and political organization, not an economic one.

Today, Italian banks have modernized, but many remain close to their original mandate, acting as social and political institutions and centers of power instead of drivers of the economy. Of the nearly 700 banks in the country, few are publicly listed. **The majority remain as cooperatives or popolari, mutual lenders with foundations controlling nearly 20% of their capital.**

It's a fragmented system, with the top three banks holding only 25% of the market share. **Today Italy has more bank branches than any other developed country, a per capita number that exceeds those of its pharmacies or restaurants.** Fixed costs are high, eroding around 30% of loan revenue on average. **As a result, Italy's banks, like Germany's state-owned landesbanken, generate some of the lowest returns on assets in the eurozone.**

Without a housing bubble like in Ireland or Spain, the Italian banks escaped the initial part of the 2008 global financial crisis relatively unscathed. But resilience soon turned into complacency. According to data from the [European Central Bank](#), **Italy's banks accumulated 337 billion euros (\$365.07 billion) of bad loans, or more than 30% of the eurozone's total.** The credit crunch was hard on Italian firms too, as banks cut 114 billion euros of loans since 2008, out of an initial total loan book of 864 billion euros.

Despite the [European Central Bank's](#) quantitative-easing program, which was initiated in January 2015, lending volumes have continued to fall. The situation calls for an urgent response, especially since 95% of Italy's firms are small businesses relying exclusively on banks for funding.

Little has been done to improve the system. After a record number of lenders failed the [European Banking Authority's](#) stress test in 2014, the government of Prime Minister [Matteo Renzi](#) implemented a reform to first convert the popolari banks into public companies, and then eventually to merge them. Yet so far only one such bank has been listed, while no mergers have taken place.

Other lenders were able to raise capital and sell assets, but made few structural changes to their business model. According to Bloomberg, the nation's top five lenders after national champions [UniCredit](#) and Intesa raised 19.8 billion euros of additional capital since 2008. Their total market capitalization is now 16 billion euros.

Investors are getting anxious. A last-minute rescue of four small lenders at the end of last year, with losses on equity and subordinated bondholders, sparked a broader sell-off on other banks. **Today, Italian banks' equities trade near the heaviest discount to book value in the eurozone, suggesting external capital may be either expensive or unavailable in the future.**

The rules of the game have changed. **EU rules in effect since Jan. 1 introduced a mandatory bail-in for banks receiving state aid. This means holders of stocks, subordinated and senior bonds, as well as depositors above 100,000 euros in the banks applying for state aid, will take a cut of the losses.** The new rules improve transparency and protect taxpayers, but also limit the room for the government for band-aid solutions.

After a long negotiation, last week Italy reached a deal with the [EU](#) for a private "bad bank" that would include a state guarantee to those who bought bad loans at market prices. While the new guarantee may unblock some sales, it is by far not enough. Unlike the public bad banks created in Ireland and Spain, Italy's deal excludes any sort of restructuring of participating lenders. Without structural consolidation, Italy's banks will remain weak, vulnerable to an economic slowdown and unable to support the economy.

As the global economic outlook worsens, Italian authorities must act without hesitation. Asking for an exception to the new [EU](#) rules on bail-in requirements, as the [Bank of Italy](#) is considering, is politically tempting but ineffective.

Instead, national regulators must improve transparency, implementing public stress tests and a regular assessment of bad loans, rather than bilateral inspections. They have the power to push consolidation and should use it, even if it means losing political allies.

The government must also expand the alternatives to bank lending. Bonds and securitizations can help firms refinance while banks are healing. **Finally, Italy's legal system must be overhauled, especially with respect to the bankruptcy proceedings that can help banks clear nonperforming loans from their portfolios. With an average of eight years to complete a civil trial, Italy's late justice is no justice: it increases the risk and cost of lending and discourages investment.**

"Everything must change, so that everything can stay the same," writes Tomasi di Lampedusa in "The Leopard," a novel that 50 years ago portrayed the Sicilian aristocracy's resistance to the advent of modernization and democracy in 1860. **The image remains relevant to Italy's elites and its banks today. It's now time for real change.**

Der Satz, auf den viele warteten

Das ist noch keine Kulturrevolution, aber ein Signal: Merkel spricht vom Zurückgehen. Dafür gibt es mehrere Gründe.

02.02.2016, von BERTHOLD KOHLER

In der Erregung über die neueste Provokation der AfD ist eine Äußerung untergegangen, die mindestens so viel Beachtung verdient wie die militanten Phantasien von Frau Petry und Frau von Storch. Sie lautet: „Wir erwarten, dass, wenn wieder Frieden in Syrien ist und wenn der IS im Irak besiegt ist, dass ihr auch wieder, mit dem Wissen, was ihr jetzt bei uns bekommen habt, in eure Heimat zurückgeht.“ Dieser Satz stammt von der Bundeskanzlerin. Er steht noch nicht für eine Kulturrevolution, zeigt aber doch wenigstens die Ergänzung der Willkommenskultur durch eine Verabschiedungskultur an. Viele Deutsche, auch CDU-Mitglieder, haben lange auf einen solchen Satz von ihrer Kanzlerin gewartet. Er ist ein Beleg dafür, dass Merkel verstanden hat, was im Land und in ihrer Partei los ist.



Autor: Berthold Kohler, Herausgeber.

Der Unmut über die bisherige Politik der Regierung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise hat ein Ausmaß erreicht, das CDU und SPD zum Reagieren zwingt. Die Radikalisierung der Debatte ist unübersehbar. Die CSU mit ihrer Sensorik für die Stimmung im Volk hatte davor schon früh gewarnt. Nach und nach ändern die beiden großen Koalitionsparteien ihren Kurs. Der SPD fällt das noch schwerer als der CDU, weil sich ihre Funktionärsschicht auch aus ideologischen Gründen gegen eine Kehrtwende stemmt. Dieses Festklammern bezahlt die SPD mit schweren Verlusten in den Umfragen und vermutlich auch in den bevorstehenden Wahlen. Die Führung der SPD versucht, dem mit Signalen entgegenzuwirken, wie sie jetzt auch die Kanzlerin aussendet. Der „illusionslose Blick auf die Wirklichkeit“, den Andrea Nahles in dieser Zeitung beim Umgang mit den Themen Einwanderung und Integration empfahl, offenbart einen bemerkenswerten politischen Lernprozess. Vor nicht allzu langer Zeit wären die Anpassung und die Anstrengung, die Nahles mit Recht von den Migranten fordert, als „rechtes“ Gedankengut gezeißelt worden – von empörten Sozialdemokraten.

Merkels Satz hat noch eine zweite Funktion. Sollte die Koalition im Frühjahr zu einer anderen Flüchtlingspolitik gezwungen werden, weil es bis dahin keine europäische Lösung gibt, die Migrantenzahlen wieder steigen und die Geduld der Deutschen am Ende ist, wird der Regierungssprecher Belege dafür brauchen, dass die Kanzlerin dieses und jenes schon immer gesagt und gefordert habe. Die kluge Frau baut vor – und ihr Archiv rechtzeitig aus.

„Es gibt keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung“

VON [CICERO-REDAKTION](#) 28. JANUAR 2016

picture alliance



Peter Sloterdijk ist einer der bekanntesten Philosophen Deutschlands. Im Interview mit Cicero spricht er über Merkel und die Flüchtlingskrise.

Mit deutlichen Worten kritisiert Peter Sloterdijk die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und geht auch mit den Medien hart ins Gericht. Wenn die Regierung mit ihrer Politik des Souveränitätsverzicht weitermache, sei eine Überrollung Deutschlands nicht mehr aufzuhalten, prophezeit der Philosoph

er Philosoph Peter Sloterdijk hat das Handeln von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingskrise scharf kritisiert. „Die deutsche Regierung hat sich in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben“, sagte Sloterdijk im Gespräch mit dem [Magazin Cicero \(Februarauflage\)](#), „diese Abdankung geht Tag und Nacht weiter“.

Die Politik der offenen Grenzen könne final nicht gut gehen. „Merkel wird zurückrudern“, so der Philosoph. Semantische Tricks würden die notwendige Kehrtwende bemänteln.

„Wir haben das Lob der Grenze nicht gelernt“, sagte Sloterdijk. In Deutschland glaube man immer noch, „eine Grenze sei nur dazu da, um sie zu überschreiten“. Innerhalb Europas schere Deutschland damit aus. „Die Europäer werden früher oder später eine effiziente gemeinsame Grenzpolitik entwickeln. Auf die Dauer setzt der territoriale Imperativ sich durch. Es gibt schließlich keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung.“

Dem Nationalstaat prophezeit Sloterdijk „ein langes Leben“. Er sei das einzige politische Großgebilde, das bis zur Stunde halbwegs funktioniere. „Als lockerer Bund hat die EU mehr Zukunft, als wenn sie auf Verdichtung setzt.“

Kritik übt der Philosoph auch am Zustand der Medien wie der Politik im allgemeinen: „Der Lügenäther ist so dicht wie seit den Tagen des Kalten Kriegs nicht mehr.“ Im Journalismus trete die „Verwahrlosung“ und die „zügellose Parteinahme allzu deutlich hervor“. Das Bemühen um Neutralität sei gering, „die angestellten Meinungsäußerer werden für Sich-Gehen-Lassen bezahlt, und sie nehmen den Job an.“

138,147

Sozialhilfe für EU-Ausländer

Städte warnen vor Anreizen zur Einwanderung

EU-Ausländer dürfen nach einem Urteil des Bundessozialgerichts in Deutschland Sozialhilfe erhalten. Nun liegt die Urteilsbegründung vor – und die Kommunen laufen Sturm.

03.02.2016, von JAN HAUSER



© DPA Der Städtetag hält es für unverständlich, dass Ausländerbehörden EU-Bürgern das Aufenthaltsrecht entziehen müssen, damit sie keinen Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen können.

Das Urteil des Bundessozialgerichts hat erst die Städte und Landkreise in Aufregung versetzt und dann die Bundespolitik alarmiert. EU-Ausländer dürfen in Deutschland Sozialhilfe erhalten, wie die Bundesrichter in mehreren Fällen entschieden haben. In einer Urteilsbegründung verweist das Gericht darauf, dass Ausländerbehörden EU-Bürger ohne Arbeit rechtzeitig ausweisen sollen, sofern diese keine Sozialhilfe nach sechs Monaten erhalten sollten.

Doch das leuchtet den Städten und Gemeinden nicht ein, die Milliardenkosten fürchten. „Der Verweis des Gerichts auf die Ausländerbehörden, die den Verlust des EU-Freizügigkeitsrechts förmlich per Verwaltungsakt hätten feststellen müssen, geht an der Praxis völlig vorbei“, sagte Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Landkreistages, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Die Forderung nach einer behördlichen Feststellung einer dritten Behörde – der Ausländerbehörde – ist absolut unpraktikabel.“

Der Städtetag fordert, dass der Gesetzgeber rasch handelt, um das Urteil zu korrigieren. „**Der Bundestag sollte im Gesetz klarstellen, was bisher bereits politischer Konsens war: Die kommunale Sozialhilfe bleibt als Hilfesystem für nicht erwerbsfähige Menschen konzipiert, während das Sozialgesetzbuch II Leistungen für Arbeitslose und ihre Familien regelt**“, sagte Helmut Dedy, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Städtetages, dieser Zeitung.

Landkreistag rechnet mit 800 Millionen Euro Mehrkosten

Erwerbsfähige EU-Bürger, die in Deutschland erstmals Arbeit suchen, sind seiner Ansicht nach vom Gesetzgeber bewusst von Sozialleistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II/Hartz IV) ausgeschlossen. Dies würde konterkariert, wenn die Sozialhilfe ähnliche Leistungen übernehmen müsste. **Zudem sei die Sozialhilfe nicht das geeignete System für erwerbsfähige Menschen, weil darin, anders als im SGB II, kaum Integrationsleistungen in den Arbeitsmarkt vorgesehen sind.**

Für die Kommunen ist die Gerichtsentscheidung bedeutend, da sie für die Sozialhilfe vollständig aufkommen. Für Hartz-IV-Leistungen, dessen Anspruch das Gericht in den Fällen verneint hat, zahlt auch die Bundesregierung einen Teil. Aufgrund erster Berechnungen erwartete der Landkreistag kommunale Mehrkosten von 800 Millionen Euro durch die Gerichtsbeurteilung. „Wir brauchen dringend eine umsetzbare Lösung durch den Gesetzgeber. In diesen Fällen muss Sozialhilfe gänzlich ausgeschlossen sein“, sagte Henneke. Er verweist darauf, dass das Bundessozialministerium ihnen zugesagt hat, eine Änderung nach der Urteilsbegründung zügig anzugehen. „Es kann doch nicht sein, dass EU-Bürger, die die Voraussetzungen des EU-Freizügigkeitsrechts nicht erfüllen, trotzdem Sozialleistungen beanspruchen können.“

Bundesministerium sieht Handlungsbedarf

Das Bundessozialgericht schrieb in der Begründung, Ausländerbehörden könnten drei Monate nach der Einreise verlangen, dass Antragsteller eine Aussicht auf eine Stelle nachweisen. Dies wird nach Ansicht der Richter nur selten gemacht, so dass durch dieses „Vollzugsdefizit“ ein „verfestigter Aufenthalt“ entstehe und den Betroffenen Leistungen zu zahlen seien. Dem stehe die Freizügigkeit in der EU nicht im Wege, sofern die Person sich nicht selbst finanziert. Der Städtetag hält es für unverständlich, dass Ausländerbehörden EU-Bürgern das Aufenthaltsrecht entziehen müssen, damit sie keinen Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen können.

„Diese Erwartung an die ohnehin mehr als ausgelasteten Ausländerbehörden ist wenig praxistauglich, da sie dort vermeidbare Aufgaben verursachen würde“, sagte Dedy. Schwer nachvollziehbar sei, warum erwerbsfähige EU-Bürger Sozialhilfe erhalten können sollen: Hier werde durch Rechtsprechung ein Anspruch festgelegt, der bisher politisch nicht gewollt war und über den nur der Gesetzgeber entscheiden könne. Er verlangt eine rechtliche Klarstellung: „Andernfalls würden als Folge der Urteile Anreize für Zuwanderer aus anderen europäischen Mitgliedstaaten geschaffen und zusätzliche Belastungen für die Integration und die Haushalte in den Kommunen entstehen.“

Das Haus von Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) sieht Handlungsbedarf durch die Urteilsgründe. Wichtige Aufgabe sei es, Kostenmehrbelastungen von Ländern und Kommunen abzuwenden. Doch zunächst müssen die Urteilsgründe geprüft werden, teilte das Ministerium am Dienstag mit. Zudem wartet es noch auf weitere Urteilsbegründungen ähnlicher Fälle, bevor es tätig wird. Die Städte müssen sich noch gedulden, um zu erfahren, was Nahles plant.

138,148

EUROPE

Britain Receives Proposals for ‘Better Deal’ to Stay in the E.U.

By **STEPHEN CASTLE**FEB. 2, 2016



Prime Minister David Cameron of Britain, right, and Donald Tusk, president of the European Council, at Downing Street in London on Sunday. CreditToby Melville/Reuters

LONDON — The [European Union](#) offered a proposal on Tuesday intended to keep [Britain](#) as a member of the bloc, setting out compromises on hot-button issues like immigration and setting up a referendum as early as this summer on whether the country wants to retain close ties to the Continent or go its own way.

The proposal, drafted by the European Council president, Donald Tusk, addressed all the issues that Prime Minister [David Cameron](#) had insisted be revisited if he was to campaign to keep [Britain](#) in the union. But it remained vague on some crucial points, and in any case was unlikely to sway those most committed to Britain’s exit from the bloc.

Mr. Cameron’s task in the months before the referendum is to rally enough supporters of continued membership and win over enough of those on the fence to avert a vote to leave, a choice that many predict could have global ramifications.

Written after weeks of diplomacy, the dense texts still need to be approved by leaders of the other 27 members of the bloc, who, along with Britain, will meet for a crucial summit meeting in Brussels this month. A deal there could pave the way for a British referendum as early as June.

Not only would a British exit from the bloc cause acute economic uncertainty in and beyond Britain, it could also trigger an existential crisis for the union, which has struggled in vain to react coherently to a growing wave of migration from the Middle East and elsewhere.

Mr. Cameron has said that he wants to negotiate a “better deal” from the bloc, one that would then allow him to campaign for the country to stay. On Tuesday, speaking in Chippenham, England, Mr. Cameron called the new plan a “very strong and powerful package,” adding that, while there was no final agreement and more work was needed, “strong, determined and patient negotiation has achieved a good outcome for Britain.”

Immediate reaction was divided along well-established lines, with critics of the [European Union](#) denouncing the proposals as insubstantial.

Nigel Farage, leader of the U.K. Independence Party, called them “truly pathetic.” Steve Baker, a Conservative Party lawmaker who also wants Britain to quit the bloc, said that “nothing in it would stand up to serious scrutiny.”

But Carolyn Fairbairn, director general of the Confederation of British Industry, a business lobby group, described the offer as “an important milestone on the way to a deal that could deliver positive changes to the E.U. that will benefit not just the U.K., but the whole of Europe.”

Significantly, one senior euroskeptic figure in Mr. Cameron's Conservative Party, Home Secretary Theresa May, signaled cautious support for the plan on Tuesday, describing it a "basis" for a deal.

The most delicate issue on the table was Mr. Cameron's call for the right to restrict welfare benefits for non-British citizens of European Union countries, namely by limiting access to "in work" payments that typically supplement the earnings of low-wage employees.

These curbs could apply for up to four years, and the documents published on Tuesday state that the scale of immigration into Britain would justify them. However, it also stipulated that there would need to be a final agreement among the 28 nations for the restrictions to kick in.

Plans would also be drawn to reduce the "child benefit" payments to workers whose children have not accompanied them to Britain. This plan would involve Britain paying a lower amount based on costs in the nation where the child lives.

Mr. Cameron's welfare proposals were seen by some nations, most notably in Eastern Europe, as a breach of the principle that all European Union citizens should be treated equally.

In a letter accompanying the release of the documents, Mr. Tusk defended his attempt to balance British demands against the sensitivities of other countries. "To my mind, it goes really far in addressing all the concerns raised by Prime Minister Cameron," Mr. Tusk wrote. "The line I did not cross, however, were the principles on which the European project is founded."

In a Twitter post, Tomas Prouza, the Czech minister for European affairs, described the mechanism as "acceptable" but said there would be a crucial debate over how long the restrictions would apply.

Mr. Tusk's proposals also offered assurances to Mr. Cameron that a treaty commitment to "ever closer union among the peoples" of Europe would not bind Britain to the goal of political union.

Instead the proposals argued that this was "compatible with different paths of integration," does "not compel all Member States to aim for a common destination" and allows for "an evolution towards a deeper degree of integration among the Member States that share such a vision of their common future, without this applying to other Member States."

Another proposal ensured safeguards for the large financial sector in Britain, which decided to keep the pound rather than adopt the euro. The British government worries that, as the 19 nations that use the single currency integrate further, rules might be skewed against European Union nations that do not.

Offering such guarantees to Britain is sensitive in some eurozone nations, such as France.

In another concession, European Union legislation could be blocked if enough national parliaments oppose a measure, though critics doubt that that would be easy to deploy.

Mr. Cameron's enthusiasm for the plan is crucial because those who want Britain to stay in the bloc believe his opinion will prove decisive with the public in a referendum.

He argues that, inside Europe's single market, but outside its euro single currency and the passport-free Schengen travel zone, Britain could have the "best of both worlds" if it succeeds in its negotiation.

Britain voted in 1975 to stay in what was then called the European Economic Community, which it had joined two years earlier, but has held no plebiscites on European issues since.

On Tuesday Mr. Cameron said that, providing that the deal is reached, he would not argue that "the European Union is now a perfect and unblemished organization" but that "on balance, Britain is better off" inside it.

138,150

The Opinion Pages | OP-ED CONTRIBUTOR

The West Must Stop Giving Turkey a Free Pass

By **BEHLUL OZKAN** FEB. 2, 2016

9 COMMENTS

Last month, more than 1,200 Turkish and foreign academics signed a petition calling attention to the continuing humanitarian crisis in many Kurdish-majority towns in southeastern Turkey, which are the site of fighting between the Turkish Army and the Kurdistan Workers' Party, or P.K.K. The petition decried the Army's shelling of urban areas and the imposition of weeklong, 24-hour curfews, which have left many civilians unable to bury their dead or even obtain food. **President Recep Tayyip Erdogan publicly denounced the signers as "so-called intellectuals" and "traitors."** Within days, antiterror police had detained and harassed dozens of the signatories.

Mr. Erdogan's actions shouldn't have been surprising. **The president has a history of jailing journalists and cracking down on media companies critical of his policies.** And yet this time the response from his supporters was exceptionally chilling: A pro-Erdogan organized crime boss proclaimed, "We will take a shower in your blood," while the office doors of some of the academics were ominously marked with red crosses.

Prime Minister Ahmet **Davutoglu**, who as a former academic might have been expected to come to his colleagues' defense, **announced that he "did not regard the petition as falling under the rubric of free speech."** **He then set out on a trip to several European countries in order to encourage foreign investment in Turkey's foundering economy. In Britain and Germany, Mr. Davutoglu received a warm welcome from Prime Minister David Cameron and Chancellor Angela Merkel.** **The European Union's response to the latest crackdown on dissent in Turkey amounted to little more than a statement calling the persecution of the academics "extremely worrying."**

Many prominent Western academics and non-governmental organizations have been vocal in censuring the persecution suffered by their Turkish counterparts. The European Union's lack of action on Turkey's crackdown on academic freedom and human rights would therefore be inexplicable but for one crucial detail: **As the European Union faces its largest refugee crisis since World War II, the 2.5 million Syrians currently in Turkey are a huge bargaining chip for Ankara. Europe's leaders are well aware of this.**

Just weeks before Turkey's early elections **on Nov. 1, Ms. Merkel came to Istanbul to meet with Mr. Erdogan and strike a deal: If Turkey helped stem the flow of refugees into Europe, Germany would help push forward talks on Turkey's membership in the European Union.** Many people fear that Ms. Merkel offered another compensation in exchange for help on the refugee issues: The European Union would tolerate Turkey's human rights violations and its reckless handling of the Kurdish conflict.

The United States, which has crucial air bases in Turkey, cannot afford to alienate the Erdogan government, either. When Vice President Joseph R. Biden Jr. visited Turkey recently, he made a point of meeting with journalists who had been fired under government pressure. **But afterward, Mr. Biden declared that the Turkish government was the United States' "strategic partner" — an apparent gesture of reconciliation by Washington.** Like many Western governments, the Obama administration has distanced itself from Mr. Erdogan since his suppression of the Gezi Park protests of 2013.

The diplomatic balancing act cannot go on indefinitely. The Syrian Kurdish group known as the Democratic Union Party, or P.Y.D., a branch of **the P.K.K., is an American ally on the ground against the Islamic State and has received American military aid. Meanwhile, Turkey continues its attempt to overthrow the**

regime of Bashar al-Assad by supporting Jaish al-Fatah, a Syrian rebel group that includes the Nusra Front, Al Qaeda's Syrian branch.

Turkey and the United States also do not see eye to eye when it comes to the Islamic State. Washington views the group as a high-priority threat and is pressuring Turkey to build a wall along its 60-mile border with the territory the jihadist group controls. Ankara, by contrast, sees the Islamic State as a symptom of a larger problem — Bashar al-Assad's continued presence in Damascus — and is entreating Washington to back an Islamist-dominated rebel group. The United States is ill at ease about this state of affairs, yet believes it has no choice but to stand behind Mr. Erdogan.

Turkey and the European Union are in a more complex entanglement. At present, the European Union wields considerable leverage over Turkey, both as the market for more than 40 percent of its exports and as the arbiter of its long-stalled membership bid. Europe's current strategy of placating Mr. Erdogan for the sake of its own short-term interests is misguided. As the Paris and Istanbul attacks have shown, Europe and the Middle East are part of one open system: Chaos and conflict in one region is sure to have repercussions in another. **The millions of Syrians seeking refuge in the West, as well as the thousands of jihadists going to Syria from Europe, are now Europe's problem — a problem that cannot be solved by building walls.**

With the Middle East ravaged by religious radicalism and sectarianism, the European Union and the United States can't afford the Turkish government's brutal military efforts against the Kurds or its undemocratic war on academics and journalists. Only a secular, democratic Turkey that can provide a regional bulwark against radical groups will bring stability to both the Middle East and Europe. As Mr. Erdogan seeks to eliminate all opposition and create a single-party regime, the European Union and the United States must cease their policy of appeasement and ineffectual disapproval and frankly inform him that this is a dead end.

Behlul Ozkan is an assistant professor at Marmara University in Istanbul and the author of "From the Abode of Islam to the Turkish Vatan: The Making of a National Homeland in Turkey."

138,152

How the ECB Hurts Europe's Savers

Michael Heise

3 février 2016

Mario Draghi, president of the European Central Bank, is standing up to his critics. In a recent speech he argued that ultralow interest rates and the ECB's asset-purchase program, known as quantitative easing, didn't unfairly punish savers as is often claimed. The truth is considerably more complicated, and the danger is that Europe's savers will get caught in the crossfire of this economic argument.

Mr. Draghi and others note that while bank deposits and similarly liquid assets now yield low or even negative returns, equity or real estate have performed well because of expansionary monetary policies. The return of an average portfolio therefore hasn't been as low as often assumed, especially if one looks at inflation-adjusted returns. The ECB's policies are also said to boost growth and jobs. That means higher incomes for households and thus more opportunities to save.

In claiming that it has helped fuel an economic recovery, the ECB points to a recent strengthening in bank lending and confidence among businesses and consumers. Higher asset values and the devaluation of the euro -- both effects of monetary policies -- are supposed to be the main drivers of this recovery.

But there is an alternative explanation for the recovery. Supply-side and fiscal reform in the former crisis countries, and then to a more limited extent in Italy and France, have made European economies more efficient and competitive. These reforms have fueled confidence among businesspeople and households.

Wage growth has remained sluggish, but low inflation, pushed down in large part by collapsing oil prices, has given people additional purchasing power and fueled consumption. Companies across the eurozone have used the downturn to cut costs and become more productive. This, together with the lower value of the euro, has helped exports recover.

Faced with such improvements in the real economy, banks have reassessed lending risks and become less reluctant to give out loans. On the demand side, with the slow recovery of investment, corporate borrowers have come back to the market, as have private households especially in the mortgage market.

In this view, it was mainly the recovery in the economy that allowed for the less-restrictive lending conditions, not the liquidity provided by the ECB. Liquidity had been abundant for years and hadn't restricted lending.

What seems clear is that monetary expansion has lowered long-term bond yields as expected. We estimate that monetary policy has pushed down yields on 10-year maturities of German bunds by a full percentage point. As returns on safe assets have plummeted, investors have switched to riskier ones, pushing up the prices of stocks, corporate bonds and real estate, among others.

So investors with diversified portfolios have been compensated, to some extent, for lost interest income through higher valuations of other assets. But that's only if the investors have been prepared to shift into riskier assets. As a result, those benefits have been unevenly distributed.

Most Europeans tend to stash their limited savings in bank accounts. On average, eurozone households hold more than 40% of their financial assets as bank deposits; in lower-income groups this share climbs as high as 60%. So many Europeans, first and foremost the not-so-well-off, have incurred major losses from lost interest income.

For those wealthy enough to have diversified portfolios, the crucial question is whether the valuation gains will prove sustainable. That depends largely on whether the eurozone economy will grow fast enough to justify such valuations on risky assets and on where interest rates go next.

Meanwhile, extremely low long-term bond yields have put company pension plans under severe pressure. Many companies have been forced to use a growing share of their profits to fund their pension commitments and have had less money left for productive investment. **This is set to become a growing problem in particular for smaller companies which often haven't set aside a lot of capital (often even below 25%) for their now-rising pension liabilities.** Other savings plans and life-insurance companies have for regulatory reasons purchased low-yielding safe assets in recent years, which reduces future returns for savers in these long-term vehicles.

This flies in the face of the theories used to justify the monetary policies. Many people seem to be aware of the long-term impact on savings and therefore haven't reacted to ultralow interest rates by reducing their savings rate and consuming more. In the U.S. and many eurozone countries, the savings rate has even gone up - - reinforcing the impression that the demand stimulus provided by monetary policy has been weak.

That leaves borrowers as the main beneficiaries of ultralow interest rates. Governments have made massive gains through lower funding costs, as have households with mortgages, particularly floating-rate ones. On the whole, however, households tend to be net lenders rather than borrowers. So it's no surprise that the net impact of low interest rates on income has been negative.

In Germany, for example, interest income only on liquid assets such as bank deposits and money-market funds was roughly 33 billion euros (\$35.84 billion) lower in 2015 than the average of the five years before the crisis. The real loss is higher as this figure doesn't include the yield reduction on long life-insurance and pension plans. **Contrast these numbers with the benefits for borrowers in terms of lower funding costs, which show a yearly gain of 26 billion euros compared to the years before the crisis.**

Mr. Draghi is right that falling nominal interest rates have been accompanied by falling inflation. Therefore, real rates of return haven't collapsed. **But since falling inflation has been driven by collapsing commodity prices, it probably won't last long. The real test for Mr. Draghi -- and the nightmare for Europe's households -- will come when inflation picks up while interest rates remain at rock-bottom.**

138,154

Jeudi noir dans le RER pour soutenir les "huit condamnés de Goodyear" !

Pour manifester son mécontentement contre une décision de justice, la CGT organise une grève. Seul un train sur deux devrait circuler sur les lignes A et B !

LE POINT.FR AVEC AFP

Publié le 02/02/2016 à 20:33 - Modifié le 03/02/2016 à 09:09 | Le Point.fr



Le RER A, photo d'illustration. © AFP/ STEPHANE DE SAKUTIN

Il faut le lire pour le croire ! La régie de la RATP a indiqué que seulement un train sur deux circulerait jeudi sur les RER A et B en raison de l'appel à mobilisation et grève lancé par la CGT pour réclamer la relaxe des huit ex-salariés de Goodyear, condamnés en janvier à de la prison ferme. Les lignes de métro, bus et tramway fonctionneront normalement, précise-t-elle dans un communiqué. Ainsi donc, des salariés de la RATP peuvent prendre en otage des centaines de milliers de franciliens pour "apporter leur soutien" à des salariés qui avaient séquestré entre le 6 et le 7 janvier 2014 le directeur des ressources humaines ainsi que le directeur de la production dans les locaux de l'usine Goodyear d'Amiens nord de pneumatiques. Certes cette décision rendue mi-janvier avait paru "disproportionnée" -d'autant que les deux cadres ainsi que Goodyear France avaient retiré leur plainte- mais le soutien qui leur sera apporté demain par la CGT ne fait pas preuve d'une modération exemplaire...

Interrogée par l'Agence France-Presse, la SNCF, qui cogère une partie des lignes A et B et les autres lignes RER, a indiqué qu'un préavis avait été déposé également mais que l'éventuel impact sur le trafic ne serait connu que mercredi. Sur la ligne B du RER, où transitent quotidiennement près de 900 000 voyageurs, un changement de train sera obligatoire à Gare du Nord, précise la RATP. Sur le RER A, emprunté par un million de personnes chaque jour, l'interconnexion est maintenue à Nanterre-Préfecture.

Des rassemblements prévus en région

La CGT a appelé jeudi à « une grande journée de mobilisation et de grève » dans toute la France pour soutenir les huit ex-salariés de Goodyear Amiens-Nord, condamnés le 12 janvier à neuf mois de prison ferme - une peine inédite - pour avoir retenu deux cadres pendant trente heures en 2014. Au-delà du cas Goodyear, la CGT veut faire de jeudi une journée de « protestation contre les atteintes aux libertés syndicales », qui se « multiplient ».

Dans la capitale, le rendez-vous est, sous réserve d'acceptation par la préfecture, finalement fixé place de la Nation à 11 heures, où des manifestants venus en bus de Beauvais, Lille, Valenciennes, Dunkerque et surtout Amiens devraient garnir les troupes. Il avait été initialement annoncé au Trocadéro. En région, des rassemblements sont prévus notamment à Nantes, Strasbourg, Toulouse, Lyon ou encore sur le site Goodyear de Riom (Puy-de-Dôme), près de Clermont-Ferrand.

